



**Netanjahu zu Besuch in Berlin: Deutsche Besserwisser und Islam-Appeaser**

SEITE 12-13

**Will Rot-Grün auch Judenhasser einbürgern?**

SEITE 18



**„New York in the Forties“: Fotografien von Andreas Feininger im Bröhan Museum**

SEITE 33



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Der Monat April ist ein wichtiger Monat sowohl für die Christenheit als auch für das Judentum. Während die Christen das Osterfest feiern, welches ohne Judentum nicht existiert hätte und eng mit dem Juden Jesus korreliert ist, begehen Juden in Israel und auf der ganzen Welt aber auch in Deutschland, aus dem im letzten Jahrhundert unendliches Leid über die Juden Europas gekommen ist, drei wichtige Ereignisse ihrer Kultur und Geschichte.

Die gerade beginnende Pessach-Woche ist das jüdische Fest der Befreiung und Erinnerung an den Auszug aus Ägypten. Es wird jedes Jahr im Frühjahr gefeiert und dauert sieben Tage. Während des Festes verzehren Juden kein gesäuertes Brot und erinnern sich an die Zeit, als ihre Vorfahren aus Ägypten flohen und keine Zeit hatten, ihr Brot aufgehen zu lassen.

Das einwöchige Pessachfest ist eines der wichtigsten Feste im jüdischen Kalender. Es erinnert die Juden an das Ende der pharaonischen Unterdrückung in Ägypten und den Exodus des jüdischen Volkes aus der ägyptischen Knechtschaft. Die Geschichte erzählt, wie Moses das jüdische Volk aus Ägypten geführt hat, nach 40 Jahren Wanderschaft im gelobten Land angekommen ist und somit die jüdische Eigenstaatlichkeit eingeleitet hat.

Das jüdische Volk hat im Laufe seiner Geschichte, die oft von unendlichem Leid begleitet war, unschätzbare Verdienste um Humanität, Ethik und die Zivilisation unseres Planeten erworben. Die zehn Gebote, die nach dem Exodus der Juden aus Ägypten entstanden sind, bilden eine erste frühe Formulierung der Menschenrechte und stellen einen unverzichtbaren, allgemeingültigen ethischen Verhaltenskodex dar. Sie haben maßgeblich die Rechtsgrundlagen und die Verhaltensethik des jüdisch-christlichen Abendlandes geprägt und haben die zivilisatorische Entwicklung der gesamten Menschheit im Sinne einer gelebten Humanität beeinflusst.

► Fortsetzung auf Seite 2



**Genauere Erscheinungstermine unter <https://juedischerundschau.de/service/erscheinungsplan.html>**

Österreich 4,90 €; Italien 4,70 €; Schweiz 6,20 CHF; Luxemburg 4,90 €; Belgien 5,00 €; Niederlande 5,90 €;



## Der 80. Jahrestag des Aufstands im Warschauer Ghetto



Von Alexander Kumbarg

In dem wunderschönen Film „Der Pianist“ des polnisch-jüdischen Regisseurs Roman Polanski gibt es eine bemerkenswerte Szene über den Bau der Ghetto-mauer. Die drei Meter hohe, mit Stacheldraht überzogene Mauer ist eines der schrecklichsten Symbole des Ghettos: Sie symbolisiert die Ablehnung des Lebens, die Isolation, die Massengrausamkeiten und das Töten von Menschen.

Der polnische Pianist und Komponist Vladislav Špilman, der aus dem Ghetto fliehen konnte, bemerkte in seinen Memoiren „Der Pianist“ (auf denen der gleichnamige Film basiert): „Das Leben im Ghetto war umso schwerer zu ertragen, je normaler es schien. Wenn man nach draußen trat, konnte man meinen, man sei in einer normalen Stadt... Aber die Straßen des Ghettos führten nirgendwo hin. Sie endeten immer an einer Mauer. Oft musste ich gehen, wohin ich wollte, bis ich plötzlich auf eine Mauer stieß. Sie wuchs plötzlich vor mir, und es gab keine logische Erklärung dafür, warum ich meinen Weg nicht fortsetzen konnte, wenn ich es wollte. Die Straße auf der anderen Seite der Mauer bekam eine unglaubliche Bedeutung für mich, ich konnte sie nicht mehr missen, sie war das Kostbarste im Leben, etwas, wofür ich alles auf der Welt gegeben hätte, um daran teilzunehmen...“

Zweiter Weltkrieg, besetztes Polen, Warschau... Die Juden bekamen das Naziregime unmittelbar zu spüren, fanden sich in der schlimmsten Situation wieder: Entlassungen aus staatlichen und öffentlichen Einrichtungen, ein Meer von Verboten aller Art, die ihnen die Bewegungsfreiheit in der Stadt und ihren Lebensunterhalt nahmen, demütigende Erkennungsbänder am Ärmel...

### Hunger, Krankheit und Kälte

Špilman, der Held des Films „Der Pianist“, kann nicht mit einem polnischen Mädchen, das ihm gefällt, in ein Café gehen, im Park spazieren gehen, sich auf eine Bank setzen. „Juden ist es verboten, sich auf öffentlichen Plätzen zu setzen“, zitiert er traurig einen Nazi-Erlass. Die Beschränkungen wurden im Laufe der Zeit weiter verschärft, und ein Jahr nach der Besetzung der polnischen Hauptstadt, im Oktober 1940, führte der „Schutz der arischen Bevölkerung vor den Juden“ zur Einrichtung eines Ghettos. Etwa eine halbe Million Menschen - Juden aus Warschau und Zehntausende aus anderen Teilen Polens - wurden dort zusammengepfercht. Es war verboten, dieses Gebiet zu verlassen. Ansonsten war es ein Gefängnis, ein Konzentrationslager, mit Schlägen und Erschießungen. Auch Polen durften das Ghetto nicht ohne eine Sondergenehmigung betreten. Polizeistreifen fingen diejenigen

ein, die versuchten, über die Mauer zu kommen, schlugen sie und töteten sie.

An der Spitze des Ghettos stand der Judenrat, das so genannte „Organ der Selbstverwaltung“, das die Befehle der Nazis ausführte. Es gab auch eine jüdische Polizei mit Uniformen und Gummiknüppeln, die oft ihre eigenen Leute schlug und beraubte. Sie sorgten für „Recht und Ordnung“. Die Ordnung war schrecklich - gnadenlose Essensrationen, Mangel an Kleidung, Brennstoff und notwendigen Medikamenten, überfüllte Wohnungen, Sklavenarbeit in den Fabriken, die SS und die Gendarmen konnten leicht jeden Menschen, den sie trafen, schlagen oder töten. Oder sie organisierten für sich selbst besondere Veranstaltungen und zwangen die Menschen, vor ihnen zu tanzen.

Der Historiker Valentin Alekseev schreibt in seinem Buch „Das Warschauer Ghetto gibt es nicht mehr“, dass alles auf die körperliche und geistige Erschöpfung der Juden abzielte, auf die natürliche Zermürbung durch Hunger, Kälte und Krankheiten. „Die Juden werden an Hunger und Armut sterben, und von der Judenfrage wird nur ein Friedhof übrig bleiben“, übte sich der Warschauer Gauleiter L. Fischer in „Humor“. Und in den ersten anderthalb Jahren starben bereits etwa 80 Tausend Menschen. Etwa 150 Tausend

► Fortsetzung auf Seite 2

◀ Fortsetzung von Seite 1

# Der 80. Jahrestag des Aufstands im Warschauer Ghetto

Am 19. April 1943 erhoben sich todesmutige und verzweifelte Juden im Warschauer Ghetto gegen die unmenschliche Unterdrückung durch die Nazis. Ab 1940 waren in Warschau über 400.000 Menschen im Ghetto zusammengepfercht, der Alltag war geprägt von Gewalt und Hunger. Als 1942 die Deportationen in die Vernichtungslager begannen und innerhalb weniger Monate über 280.000 Menschen verschleppt und ermordet worden waren, entschlossen sich die jüdischen Widerstandsorganisationen zum Aufstand. Für fast vier Wochen leisteten die polnischen Juden, trotz schlechter Bewaffnung und Unterzahl, heroischen Widerstand gegen die Nazis. Am 16. Mai löste die SS das Ghetto auf und setzte die große Synagoge im Ghetto in Brand. Trotz der Niederlage ist der Aufstand zum Symbol des bewaffneten jüdischen Widerstands geworden. Die Toten werden niemals vergessen werden. (JR)

lebten im Elend und warteten auf ein Stückchen Brot. Am schwierigsten war es für die Flüchtlinge, die kein Geld und keine Verbindungen hatten, um über die Runden zu kommen.

Mit den vorhandenen Lebensmittelrationen wäre das Ghetto tatsächlich schnell ausgelöscht worden. Aber die Initiative und das Geschick eines Teils der Bevölkerung verhinderten dies. Trotz des Widerstands des Besatzungsregimes wurde das Ghetto in ein Handwerks- und Handelszentrum verwandelt. Heimliche Fabriken arbeiteten nachts in getarnten Räumen und produzierten Textilien, Kleidung, Kurzwaren, Küchengeräte, Möbel, Spielzeug... Uhren und andere Haushaltsgegenstände wurden repariert. Es wurde ein Schmuggelnetzwerk eingerichtet. Kinder im Alter von vier oder fünf Jahren wurden oft als Schmuggler eingesetzt.

## Ringelblum und Korczak

Trotz aller Verbote ging das kulturelle und pädagogische Leben innerhalb der Ghettomauern weiter. Gelehrte und Pädagogen unterrichteten junge Menschen und veröffentlichten Lehrbücher. Der Historiker Emanuel Ringelblum, der die Geschichte der polnischen Juden erforschte, unterhielt ein Untergrundarchiv

des Ghettos und versorgte die Anti-Nazi-Presse im Ausland mit Informationen über Juden und Todeslager. Als mutiger Mann lehnte er ein Angebot der Delegation (polnische Exilregierung) ab, seine Flucht aus dem Land zu arrangieren, und blieb mit seinen Leuten im Ghetto.

Bekannt ist auch die heldenhafte Geschichte von Janusz Korczak, der ein Heim für Waisenkinder leitete. Als die Nazis sie zur Vernichtung in ein Konzentrationslager schickten, weigerte sich Korczak, einen Schweizer Pass anzunehmen, bevor ihm vor dem Tod bewahrte, und nahm mit zweihundert seiner Waisenkinder den Zug...

## Widerstand leisten oder abwarten?

Im Ghetto waren zwei politische Richtungen zu erkennen. Einige meinten, sie müssten gegen die Nazis kämpfen, bevor alle Juden im Ghetto umgebracht würden. Andere wiesen darauf hin, dass unbewaffnete Menschen den schwer bewaffneten Männern Hitlers nicht die Stirn bieten konnten. Man dürfe seine Angehörigen und das ganze Ghetto nicht einem Angriff aussetzen. Man müsse geduldig sein und auf das Entstehen der Zweiten Front, die Schwächung Deutschlands und die Reifung der Polen zum gemeinsamen Kampf warten. Viele wollten nicht an die Pläne der Nazis glauben,

alle Juden zu vernichten, wollten keine noch größere Unterdrückung hervorrufen.

In Jon Avnets amerikanischem Spielfilm *The Uprising* (Der Aufstand) bringt Adam Czerniakow, der Vorsitzende des Judenrats, diese Position im Gespräch mit seinen Gegnern klar zum Ausdruck: „Wie wollt ihr gegen die Deutschen kämpfen, gegen die die besten Armeen der Welt nichts ausrichten können?“ Aus seiner Sicht muss die Stimme der Vernunft die romantischen Träume ersetzen, sonst werden die Deutschen allen die Schuld geben, das Regime noch härter machen und Unschuldige töten. „Ich versuche, den Schaden zu minimieren.“

1942 kam die Nachricht von der Vernichtung der Juden in den Ghettos von Litauen und Weißrussland sowie in den Provinzghettos von Polen. Dies stärkte die Position der Befürworter eines entschlossenen Vorgehens. Dennoch teilte die Mehrheit des Untergrunds die Ansicht, dass ein Zusammenstoß mit den Deutschen nicht hinnehmbar war. Die Isolation von der Außenwelt gab Anlass zu Gerüchten über den Tod Hitlers, eine Spaltung der Naziführung oder über eine Front, die sich Warschau näherte.

Zwischen Juli und September 1942 begannen die Deutschen unter dem Vorwand der „Umsiedlung“ damit, massenhaft Menschen aus dem Warschauer Ghetto zur

Vernichtung in das Konzentrationslager Treblinka zu bringen. Czerniakow konnte dem nichts entgegensetzen und beging Selbstmord.

Die Organisation des aktiven Widerstands im Ghetto war eine äußerst schwierige Aufgabe, da es keine Waffen und nur wenige Menschen mit militärischer Erfahrung gab. Flugblätter, die zum Kampf aufriefen, wurden von vielen als Provokation durch die Deutschen empfunden. Einige leisteten individuellen Widerstand. Einige brachen in die Wälder ein und bildeten Partisaneneinheiten.

Im Ghetto bildeten sich Abteilungen der Jüdischen Militärunion unter der Leitung von David Apfelbaum und Pawel Frenkiel und der Jüdischen Kampforganisation mit ihrem Führer Mordechai Anielewicz, einem aktiven Befürworter des bewaffneten Widerstands. Mit Hilfe der Armia Krajowa, der Union des bewaffneten Kampfes (die von der polnischen Exilregierung in London kontrolliert wurde) und der Gwardia Ludowa (einer auf Moskau ausgerichteten Organisation) gelangte eine kleine Anzahl von Waffen in die Stadt: Pistolen, Maschinengewehre, Maschinenpistolen und Granaten.

►► Fortsetzung auf Seite 42

◀ Fortsetzung von Seite 1

## KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Das Seder-Mahl, das am Vorabend des Pessachfestes mit der Verlesung der Geschichte des jüdischen Auszugs aus Ägypten seit alter Zeit jährlich zelebriert wird, hat als heiliges Abendmahl auch Eingang in die christliche Lehre gefunden. Das Pessachfest ist somit nicht nur ein Fest des jüdischen Volkes, sondern es hat eine universelle Bedeutung für die gesamte Menschheit.

## 80. Jahrestag des jüdischen Aufstands im Warschauer Ghetto

Nach Ende der Pessachwoche wird im April dieses Jahres der 80. Jahrestag des jüdischen Aufstands im Warschauer Ghetto begangen.

Schon am 16. Oktober 1939 unterzeichnete Generalgouverneur Hans Frank einen Beschluss über die Organisation des Warschauer Ghettos. Die Ghettos wurden auch in anderen Städten gebaut (in Krakau, Lublin, Lodsch), aber das größte lag in Warschau. Es befand sich im nordwestlichen Teil der Stadt. Die Juden, denen es nicht rechtzeitig gelungen war zu fliehen, wurden auf das Territorium von 3,3 Quadratkilometern Größe getrieben. Insgesamt waren es mehr als 400.000 Menschen – ganze Familien, einschließlich alter Menschen, Frauen und Kleinkinder.

Als das Ghetto liquidiert werden sollte, erhoben sich am 19. April 1943 die gedemütigten, eingepferchten, entrechteten, von Hunger und Krankheit entkräfteten jüdischen Bewohner des nur noch knapp 60.000 jüdischen Frauen, Männer und Kinder zählenden Warschauer Ghettos zu einem ebenso heldenhaften wie verzweifelten und aussichtslosen Widerstand gegen ihre übermächtigen deutschen Peiniger und Schlächter, um sich gegen ihren Abtransport in die NS-Vernichtungslager zu

wehren. 27 Tage kämpften sie todesmutig gegen 2000 Soldaten und SS-Männern, mehr als 56.000 wurden von SS- und Polizeieinheiten getötet oder deportiert. Die wenigen jüdischen Überlebenden, die von den Mördern der SS nicht sofort vor Ort durch Erschießung hingerichtet wurden, kamen in das Vernichtungslager Treblinka. Dem Inferno entkommen ist nur eine Handvoll jüdischer Widerstandskämpfer.

Dieser aussichtslose Kampf und Symbol eines Sterbens in Würde wurde von vielen anderen Juden in Ghettos und Konzentrationslagern zum Vorbild genommen: Noch im Jahre 1943 folgten jüdische Aufstände in Lemberg, Tschenstochau, Białystok, Sobibor und Treblinka, in dem die meisten Warschauer Juden ermordet wurden.

Der Aufstand im Warschauer Ghetto war der größte jüdische Widerstand gegen die deutschen Nationalsozialisten während des Zweiten Weltkriegs. Trotz seines vorhersehbaren Scheiterns hat der Aufstand gezeigt, dass Juden nicht nur Opfer sind, die ihr Schicksal blind hinnehmen, sondern auch Helden sein können, die sich mutig gegen ihre Peiniger verteidigen.

## 75. Unabhängigkeitstag Israels

Es gibt im April aber auch Grund zum Feiern für das jüdische Volk. 2023 jährt sich der israelische Unabhängigkeitstag am 26./27. April zum 75. Mal. Der Feiertag wird am 5. Ijjar im jüdischen Kalender begangen und erinnert an die Gründung des Staates Israel am 14. Mai 1948, als das geschundene und durch Nazi-Deutschland dezimierte jüdische Volk allen seinen Feinden zum Trotz einen Teil seiner historischen Heimat nach 2000 Jahren Diaspora neu begründen konnte. Dieser Tag ist für die jüdische Gemeinschaft auf der ganzen Welt von großer Bedeutung, da es für die

jüdische Gemeinschaft den Beginn einer neuen Ära darstellt.

Noch zwei weitere jüdische Gedenktage, die an die vielen jüdischen Opfer von Genozid, Mord und Terror erinnern, fallen ebenfalls auf den Monat April. Der Yom HaZikaron, der israelische Gedenktag für gefallene Soldaten und Opfer des Terrorismus, wird am 25./26. April begangen. Der Yom Hashoa, auch bekannt als Holocaust-Gedenktag, beginnt diesmal am 18. April und erinnert an die sechs Millionen Juden, die während des Zweiten Weltkriegs von den Nazis ermordet wurden.

Lehren aus der Geschichte wurden beschämenderweise nicht hinreichend gezogen. Es gibt wieder und immer noch Bedrohungen für Juden weltweit aber auch für Christen, die im April ihr Osterfest begehen. Insbesondere in arabischen Ländern sind beide Gruppen oft Opfer von Diskriminierung, Gewalt und Verfolgung.

## Westliche Kirchen betreiben Islam-Appeasement

In vielen islamischen Ländern sind Juden aber auch Christen nach wie vor Diskriminierungen und Einschränkungen in ihren Rechten ausgesetzt. Diese Lage hat in den letzten Jahren zu einem massiven Rückgang der christlichen Bevölkerung geführt, während in arabischen Staaten die Zahl der Juden sogar auf sehr wenige gesunken ist.

Trotz dieser unhaltbaren Zustände haben westliche Kirchen bisher nur wenig Widerstand gegen die Diskriminierung der Christen und Juden in islamischen Ländern geleistet. Es scheint, als ob diese Ungerechtigkeit in der internationalen Gemeinschaft nicht genügend Aufmerksamkeit erhält.

In diesem Kontext könnte das interkulturelle Projekt "Abrahamic Family House" in

den Vereinigten Arabischen Emiraten ein Hoffnungsschimmer sein. Am 1. März 2023 wurden in Abu Dhabi eine Moschee, eine Synagoge und eine Kirche eröffnet. Dieses Projekt soll das friedliche Zusammenleben von Muslimen, Juden und Christen fördern und eine Botschaft der Toleranz und des gegenseitigen Respekts aussenden.

Allerdings scheint es eher wahrscheinlich, dass es sich hierbei lediglich um Symbolpolitik handelt und dass die Lage der Christen und Juden in den islamischen Ländern dadurch nicht verbessert wird. Es ist wichtig, dass die internationale Gemeinschaft und insbesondere westliche Kirchen nicht nur symbolische Gesten, sondern konkrete Maßnahmen ergreifen, um die Rechte von Christen und Juden in islamischen Ländern zu schützen und zu fördern.

## Situation für Juden in den USA verschlechtert sich unter den Democrats

Auch in den USA fühlen sich immer mehr Juden bedroht und unsicher. Laut einer kürzlich durchgeführten Untersuchung des American Jewish Committee (AJC) haben fast 40 Prozent der jüdischen Bevölkerung Angst vor täglicher Anfeindung und Diskriminierung. Dabei sind radikale Afroamerikaner, muslimische Attentäter sowie Neonazis die häufigsten Täter. Es ist erschreckend zu sehen, dass sich die Sicherheitslage für Juden in den USA in den letzten Jahren verschlechtert hat. Als einstiges "safe haven" für Juden sind die USA nun gefordert, ihr Sicherheitsversprechen gegenüber der jüdischen Bevölkerung einzulösen und effektive Maßnahmen zu ergreifen, um diese Bedrohung zu bekämpfen. Es ist bedenklich, dass die Situation unter

►► Fortsetzung auf Seite 8

# Das drohende Ende der Christen in der islamischen Welt

*In nahezu allen islamischen Staaten werden Christen in faktisch allen Lebensbereichen diskriminiert, marginalisiert, sind Schikanen ausgesetzt und werden in ihren Rechten eingeschränkt. Dies hat zu einem massiven Rückgang der christlichen Populationen in nahezu allen islamischen Ländern geführt, ohne einen erheblichen Widerspruch der westlichen Kirchen. Das mit großem Aufwand betriebene interkulturelle Projekt in den Vereinten Arabischen Emiraten „Abrahamic Family House“ hat am 1. März 2023 eine Moschee, eine Synagoge und eine Kirche in Abu Dhabi eröffnet. Das könnte ein Lichtblick sein und ist hoffentlich nicht lediglich ein weiterer Akt von Symbolpolitik ohne tatsächliche Besserung für die Lage der Christen und Juden. (JR)*

Von Dr. Alfred Schlicht

Diskriminierung und Verfolgung – das droht Christen in vielen muslimischen Ländern. Dabei existieren ihre Gemeinden dort häufig schon länger als der Islam. Dass ausgerechnet in einem besonders strengen Land jetzt erstmals Gottesdienste erlaubt wurden, ist kaum mehr als ein Hoffnungsschimmer.

Am orthodoxen Weihnachtsfest im Januar 2023 fand in Saudi-Arabien – von der Welt weitgehend unbemerkt – ein denkwürdiger Vorgang statt: An verschiedenen Orten des streng islamisch-konservativen Königreichs, das immer wieder wegen besonderer religiöser Rigidität kritisiert worden war, wurden mit offizieller Genehmigung christliche Gottesdienste abgehalten.

Christen leben in Saudi-Arabien seit jeher unter prekären Bedingungen. Christliche Symbole durften nicht öffentlich gezeigt werden und jede Art christlicher Äußerungen, etwa auch das Drucken oder Verbreiten der Bibel, war verboten. Gottesdienste wurden, solange sie in stark reduzierter Form – also etwa ohne sakrale Musik – in privatem Rahmen stattfanden, geduldet.

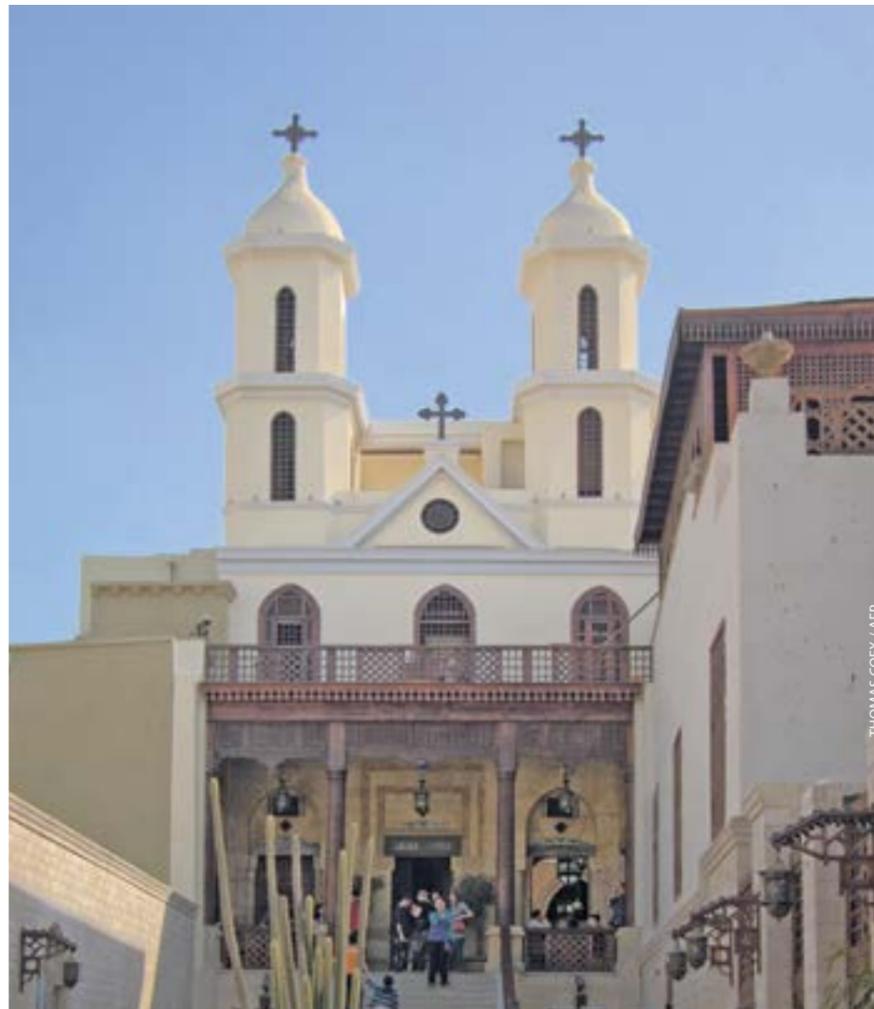
Zwar besteht die ursprüngliche Bevölkerung Saudi-Arabiens, in dem die Heiligen Stätten des Islam liegen, praktisch ausschließlich aus Muslimen. Aber zahlreiche Arbeiter aus Äthiopien und Eritrea, aus Indien und von den Philippinen, sowie Experten und Wirtschaftsvertreter aus dem Westen halten sich im Königreich auf. Besonders die oft tiefreligiösen Christen aus Ostafrika litten unter den drastischen Einschränkungen.

## Annäherungen geistlicher Vertreter

Die Lockerungen der Restriktionen für Nichtmuslime in einem Land, das sich als Wiege des Islam versteht, liegen im Trend. Im März 2018 bereits war der saudische Kronprinz Muhammad bin Salman in Kairo mit Papst Tewodros II., dem Oberhaupt der koptischen Kirche, zusammengetroffen. Und am 26. Februar traf der Erzbischof von Wien, Kardinal Schönborn, anlässlich eines mehrtägigen Besuchs in Saudi-Arabien, mit dem saudischen Religionsminister zusammen. Beide sprachen sich gegen religiös motivierte Gewalt aus.

Islamisch-christliche Annäherungsgesten gab es nicht nur mit Saudi-Arabien. Denn Papst Franziskus selbst hat deutliche Zeichen gesetzt dafür, dass er persönlich dem christlich-islamischen Dialog besondere Bedeutung beimisst – etwa durch seine Besuche in den Vereinigten Arabischen Emiraten 2019, im Irak 2021 und in Bahrain 2022. Im Februar 2019 unterzeichneten der Papst und der Kairoer Groß-Imam Ahmad Muhammad al-Tayyib in Abu Dhabi ein „Dokument über die Brüderlichkeit aller Menschen für ein friedliches Zusammenleben in der Welt“.

„Im Namen Gottes ... erklären al-Azhar al-Sharif (die Hochschule und Moschee al-Azhar in Kairo, die der Großmammam leitet und vertritt) – mit den Muslimen in Ost und West – und die



Die koptische „Hängende Kirche“ in Kairo

katholische Kirche – mit den Christen in Ost und West – gemeinsam, dass sie die Kultur des Dialogs als Weg, die allgemeine Zusammenarbeit als Verhaltensregel und das gegenseitige Verständnis als Methode und Maßstab annehmen wollen. (...) Der verdammenswerte Terrorismus ... ist nicht der Religion geschuldet – auch wenn die Terroristen sie instrumentalisieren –, sondern den angehäuften falschen Interpretationen der religiösen Texte ...“ Soweit die offiziellen Glaubensvertreter des Islam und des Christentums und ihre Bemühungen auf höchster Ebene um Verständigung und Dialog.

Einen scharfen Kontrast hierzu bietet die ernüchternde Realität, der Christen in der islamischen Welt ausgesetzt sind. Nach dem Weltverfolgungsindex

Kirchen, ein Anschlag auf eine christliche Kirche am Pfingstsonntag im nigerianischen Owo kostete etwa 100 Menschenleben. Ein Experte sagte im Interview mit der Deutschen Welle im Januar 2023: „Es gibt in Nigeria Regionen, bei denen ist der Weg in die Kirche zum Gottesdienst wie ein One-Way-Ticket“ – so hoch sei die Gefahr tödlicher Gewalt.

Die Zunahme von Gewalt gegen Christen sei zwar, so das überkonfessionelle christliche Hilfswerk „Open Doors“, ein globaler Trend, doch stehen immer wieder muslimische Länder im Fokus. Massive Gewalt gegen Christen ist dabei keine ganz neue Erscheinung, sondern hat eine unselige Tradition, wobei selbst Ereignisse mit Tausenden Opfern bei uns in Verges-

## „ Massive Gewalt gegen Christen hat eine unselige Tradition

– der zwar einerseits kritisiert, andererseits aber auch weithin anerkannt wird – sind unter den 15 Staaten, in denen die Lage für Christen am schlimmsten ist, nur drei nichtmuslimische. Von den zehn Staaten, in denen Christen am stärksten diskriminiert werden, ist nur eines ein nichtmuslimisches Land, nämlich Nordkorea.

Immer wieder schreckt die Weltöffentlichkeit auf, wenn besonders grausame und brutale Taten gegen Christen in der islamischen Welt verübt werden. Am Palmsonntag 2017 starben in Ägypten 40 Kopten bei Anschlägen auf

senheit geraten oder erst gar nicht die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregt haben.

### „Kaltblütiges, methodisches Massaker“

1933 beispielsweise wurden im Nordirak Tausende von Christen durch Militär liquidiert, selbst schwangere Frauen wurden nicht verschont, Mädchen wurden vergewaltigt. Der britische Offizier Stafford, dem wir auch ein Buch über die Ereignisse verdanken, schrieb von einem „kaltblütigen und methodischen Massaker“.

Noch viel weniger ist das weit zurückliegende Christenmassaker im Libanon und in Damaskus präsent, das im Jahr 1860 stattfand, Tausende von Opfern forderte (möglicherweise bis zu 20 000) und eine französische Militärintervention auslöste. Bei den Griechenverfolgungen in der Endphase des Osmanischen Reiches kamen zwischen 1914 und 1923 Hunderttausende Griechen ums Leben.

Die Spannungen zwischen islamischer und westlicher Welt haben vielfach zur Gewalt gegen Christen in muslimischen Ländern beigetragen. Oft werden Christen im Nahen Osten auch heute noch als „westliche Agenten“ oder Speerspitze westlicher Einflussnahme mit Misstrauen betrachtet.

Dabei sind Massaker und Massengewalt nur die Spitze des Eisbergs. In allen Lebensbereichen werden Christen praktisch aller islamischen Staaten diskriminiert und marginalisiert, sind Schikanen ausgesetzt und werden in ihren Rechten eingeschränkt. Da, wo der IS herrschte, bestand Sklaverei (die selbst im rückständigen Saudi-Arabien 1963 offiziell abgeschafft wurde), der vor allem Christen, aber auch Jesiden zum Opfer fielen. Auch herrscht in den meisten islamischen Ländern keine Religionsfreiheit, sondern der Übertritt vom Islam zum Christentum ist unmöglich. Auch auf den von vielen im Westen als freundliches Urlaubsparadies betrachteten Malediven ist die Staatsangehörigkeit an das Bekenntnis zum Islam geknüpft.

Als im Jahr 2011 die ägyptische Regierung einen Christen zum Provinzgouverneur ernennen wollte, führte dies zu solchen Unruhen (einschließlich Blockade der Eisenbahnlinie in die Hauptstadt Kairo), dass die Regierung einen Rückzieher machte. In Pakistan gehört die Entführung christlicher Mädchen, die dann zwangsverheiratet und zum Islam zwangskonvertiert werden, zum Alltag.

Diese düstere Lage hat zu einem Exodus der orientalischen Christen geführt, deren Gemeinden schon bestanden hatten, bevor der erste christliche Missionar deutschen Bodens betrat und lange, bevor die muslimischen Eroberer ihre Länder einnahmen. Hatte die Zahl der Christen im Irak Anfang des Jahrtausends noch 1,4 Millionen betragen, sind es heute nur noch etwas über 160 000.

All dies wurde nicht verhindert oder abgemildert durch versöhnliche Worte und ausgleichende Gesten der obersten religiösen Führer von Islam und Christentum. Das durch die oben zitierte Erklärung von 2019 angestoßene Projekt eines „Abrahamic Family House“ mit einer Moschee, einer Synagoge und einer Kirche, das am 1. März 2023 in Abu Dhabi für die Öffentlichkeit geöffnet wurde, ist hoffentlich nicht lediglich ein weiterer Akt von Symbolpolitik ohne Konsequenzen.

Der Verfasser ist Autor des Buches „Die Araber und Europa“, das bei Kohlhammer erschienen ist.

Dieser Artikel erschien zuerst auf Welt.de

# Trotz aller Kontroversen: Fatale Einmischung der Democrats in die israelische Demokratie

Das US-Außenministerium leitet Steuergelder an Netanjahus innenpolitische Gegner weiter, um den dienstältesten Regierungschef Israels zu diskreditieren. Seit 2020 hat das amerikanische Außenamt bereits erhebliche Beträge an eine Organisation namens „Movement for Quality Government“ für eine sogenannte „Demokratieerziehung“ überwiesen. Bei dieser „Bewegung“ handelt es sich um eine Aktivistengruppe, die Unruhen gegen die israelische Regierung schürt und den Rücktritt Netanjahus fordert. Dabei ist die Biden-Administration nicht die erste Regierung der immer mehr nach links abdriftenden Democrats, die versucht, sich in die Politik des jüdischen Staates einzumischen.

Schon Bill Clinton und Barack Obama nahmen unzulässigen Einfluss auf den israelischen Wahlkampf. (JR)

Tom Cotton /JNS.org

Es gibt einen ausländischen Regierungschef, für den die Demokratische Partei besondere Verachtung übrig zu haben scheint. Führende Demokraten haben ihn einen „Reaktionär“, einen „Rassisten“ und einen „Ethno-Nationalisten“ genannt. Sie haben ihn beschuldigt, „Kriegsverbrechen“ zu begehen und einen „Apartheidstaat“ zu führen. Präsident Joe Biden nannte ihn „extrem“ und sagte, sie seien sich „in keiner Weise“ einig. Starke Worte.

Wer ist dieses Monster, werden Sie sich fragen? Meinten die Demokraten den russischen Präsidenten Wladimir Putin? Oder Chinas Xi Jinping? Oder vielleicht Ayatollah Ali Khamenei, den Obersten Führer des Iran? Nein, sie sprachen von Benjamin Netanjahu, Israels dienstältestem Premierminister und einem der besten Freunde Amerikas. Wieder einmal haben diese Demokraten bewiesen, dass sie dazu neigen, unsere Feinde zu verhätscheln und unsere Freunde zu verurteilen.

Doch die Demokraten belassen es nicht bei bloßen Worten. Sie arbeiten gerade jetzt daran, Netanjahu und seine Regierung zu unterminieren.

Politische Einflussnahme

Der Washington Free Beacon berichtete am 6. März, dass das US-Außenministerium Steuergelder an Netanjahus innenpolitische Gegner weiterleitet. Seit 2020 hat das Außenministerium mehr als 38.000 Dollar an eine Organisation namens „Movement for Quality Government“ für die sogenannte „Demokratieerziehung“ überwiesen.

Was ist für die Bewegung eine gute Regierung und wie gut ist diese „Demokratieerziehung“? Bei dieser „Bewegung“ handelt es sich um eine Aktivistengruppe, die Unruhen gegen die israelische Regierung schürt und den Rücktritt Netanjahus fordert. In den letzten Tagen haben linke Demonstranten, die mit dieser Gruppe verbunden sind, gegen die von der Regierung vorgeschlagenen Justizreformen protestiert. Letzte Woche belästigten Hunderte von Demonstranten Netanjahus Frau Sara, so dass die Polizei eingreifen und sie in Sicherheit bringen musste.

Weit davon entfernt, in Sachen innerer Angelegenheiten Israels neutral zu sein, belehrte der US-Außenminister Antony Blinken Netanjahu über die Justizreformen und stellte sich damit stillschweigend auf die Seite der Demonstranten. Auch einige demokratische Senatoren haben die Reformvorschläge verurteilt. Und das ausgerechnet von den Demokraten, die dafür gestimmt haben, die alten Regeln dieses Senats in Stücke zu reißen, um den Obersten Gerichtshof zu besetzen und unsere Gründungsdokumente neu zu schreiben. Ich schätze, wenn amerikanische Linke die Gerichte ändern wollen, ist das der einzige Weg, die Demokratie zu retten, aber wenn israelische Konservative das wollen, ist



US-Präsident Joe Biden untergräbt die amerikanisch-israelische Freundschaft

das eine Bedrohung für die Demokratie. Man stelle sich das vor.

Das Außenministerium leugnet übrigens nicht einmal, dass es Geld für diese linken Aktivitäten bereitstellt. Das ist beunruhigend, denn es ist ein klarer Verstoß gegen die übliche Politik des Außenministeriums, keine parteiischen ausländischen Organisationen zu finanzieren. Nicht nur, dass diese von den USA finanzierte Organisation eine ausländische Regierung untergräbt, sie untergräbt auch die Regierung eines unserer engsten Verbündeten. Blinken sollte sich sofort beim israelischen Premierminister entschuldigen, sein Geld zurückfordern und eine Untersuchung darüber einleiten, wie es dazu kommen konnte.

„Blinken sollte sich sofort beim israelischen Premierminister entschuldigen“

Andererseits vermute ich, dass wir bereits wissen, wie es dazu kam. Schließlich mischt sich die Demokratische Partei seit mehr als einem Vierteljahrhundert in die israelische Demokratie ein, um Benjamin Netanjahu zu untergraben.

Clinton und Obama waren parteiisch

Der ehemalige Präsident Bill Clinton hat nach eigenem Eingeständnis in die israelischen Wahlen von 1996 eingegriffen, um Netanjahus Gegner Schimon Peres zu unterstützen. Clinton traf sich mit Peres, schickte seine eigenen Wahl-

kampfbereiter, bot Israel politische Veränderungen an – alles, um Peres über die Ziellinie zu bringen. Netanjahu setzte sich dennoch durch.

1999 intervenierte das Team Clinton ein weiteres Mal. Berichten zufolge drängte das Weiße Haus Clinton die demokratischen Spender, Netanjahus nächstem Gegner, Ehud Barak, Geld zu geben. Und dabei blieb es nicht. Clintons politische Berater machten erneut Wahlkampf gegen Netanjahu, während das Außenministerium Clintons angeblich Unwahrheiten über die israelische Regierung und Netanjahu selbst verbreitete. Diesmal verlor Netanjahu, obwohl er eher Opfer seines eigenen Erfolgs im Kampf gegen den „palästinensischen Terrorismus“ war als von

Barak und Clintons Kampagne gegen ihn. Aber nur drei Jahre später kehrte er in die Knesset zurück und wurde 2009 erneut Premierminister.

Das Außenministerium von Obama war, wenn überhaupt, noch schlimmer als das von Clinton, da es Hunderttausende von amerikanischen Steuerdollars an eine Gruppe namens „OneVoice Movement“ weiterleitete. Nicht zufällig hat sich OneVoice mit einer Organisation zusammengesetzt, die Anti-Netanjahu-Werbung schaltet und von einem hochrangigen Mitarbeiter der Obama-Kampagne beraten wird, wie Sie sich denken können.

Natürlich werden die Demokraten darauf bestehen, dass sie betreffend dieser Anschuldigungen unschuldig sind und sich nicht in die israelische Demokratie einmischen. Doch die Israelis kennen die Wahrheit. Obamas Einmischung war so allgegenwärtig, dass erstaunliche 62 % der Israelis der Meinung waren, dass er sich einmischt. In der Tat lautete eine Schlagzeile der Zeitschrift Foreign Policy, und dies ist ein Zitat: „Obama strebt einen Regimewechsel in Israel an“. Nicht im Iran, unserem Todfeind. Sondern in Israel, wohlgermerkt.

Jetzt tritt Joe Biden einfach in Obamas Fußstapfen und versucht, Netanjahu zu sabotieren. Im Jahr 2021 soll die Regierung Biden die Vereinigten Arabischen Emirate unter Druck gesetzt haben, ein Gipfeltreffen zu den Abraham-Abkommen abzusagen – alles, um Netanjahu einen diplomatischen Sieg vor den Wahlen in diesem Jahr zu verwehren. Und nachdem Netanjahu die Wahl 2022 gewonnen hatte, versuchte die Biden-Regierung sofort, seine Koalitionsregierung zu untergraben, indem sie versuchte, ein Veto gegen wichtige Kabinetternennungen einzulegen.

Dieser jüngste Skandal ist also kein Einzelfall. Seit einem Vierteljahrhundert ist es de facto die Politik der Demokratischen Partei, Netanjahu zu prügeln, obwohl er die Demokraten immer wieder schlägt. Allerdings ist dies ein weiterer Beweis für die alte Weisheit, dass es zwar gefährlich ist, Amerikas Feind zu sein, es aber tödlich sein kann, Amerikas Freund zu sein – zumindest, wenn die Demokraten das Sagen haben.

**Unterstützen, statt zu stürzen**

Anstatt zu versuchen, die demokratisch gewählte Regierung Israels zu stürzen, würde ich vorschlagen, dass wir sie unterstützen. Die Israelis sind mehr als fähig, ihre inneren Angelegenheiten ohne Einmischung der Demokraten zu regeln. Aber sie brauchen unsere Hilfe, um den Iran daran zu hindern, eine Atombombe zu bekommen; sie brauchen unsere Hilfe, um Frieden mit ihren Nachbarn zu erreichen; und sie brauchen unsere Hilfe, um die Terroristen zu besiegen, die unsere beiden Nationen bedrohen.

Doch auch das bekommen sie nicht von der Regierung Biden. Der Iran steuert auf einen nuklearen Durchbruch zu, während der Präsident zaudert. Seine Regierung bringt kaum das Wort „Abraham-Abkommen“ über die Lippen. Und der Präsident bricht amerikani-

sches Recht, um die Unterstützung der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde für den Terrorismus zu subventionieren.

Vor einigen Jahren verabschiedete der Kongress den Taylor Force Act, der nicht-humanitäre Hilfe für die „Palästinensische“ Autonomiebehörde so lange verbietet, bis diese ihre so genannten „Märtyrerzahlungen“ einstellt – ein Euphemismus für Prämien, die „palästinensischen“ Terroristen oder ihren Familien für die Verstümmelung und Tötung von Juden gezahlt werden. Stattdessen hat die Regierung Dutzende Millionen Ihrer Steuergelder an Nichtregierungsorganisationen weitergeleitet, um im Auftrag der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde Straßen, Gehwege, Parkplätze und andere Infrastrukturprojekte zu bauen. Da Geld beliebig umschichtbar ist, kann die „Palästinensische“ Autonomiebehör-

de diese grundlegenden Aufgaben der Regierung ignorieren und stattdessen immer mehr Geld in ihr „Pay-for-Slay“-Programm stecken.

Der Kontrast könnte nicht krasser sein. Wenn die „Palästinensische“ Autonomiebehörde Terroristen und ihre Familien finanzieren will, wird die Regierung Biden das Gesetz bis zur Unkenntlichkeit verdrehen, um die „Palästinenser“ zu finanzieren. Doch wenn in Israel wieder eine Mitte-Rechts-Regierung gewählt wird, wird die Biden-Regierung Überstunden machen, um sie zu untergraben.

Das ist genau verkehrt herum. Wir sollten von der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde verlangen, dass sie aufhört, den Terrorismus zu subventionieren, bevor sie einen weiteren Penny US-Steuergelder erhält. Und wenn wir schon dabei sind, sollten wir den Tay-

lor Force Martyr Payment Prevention Act verabschieden, den ich diese Woche wieder vorschlage, um ausländische Banken zu sanktionieren, die diese so genannten „Märtyrerzahlungen“ für die PA abwickeln.

In der Zwischenzeit sollten Biden und seine Regierung aufhören, Netanjahu wie einen Rivalen oder gar einen Gegner zu behandeln, und anfangen, ihn als das zu behandeln, was er ist – ein Kriegsheld, ein mutiger Patriot, eine überragende Figur des modernen Israel und, was für uns am wichtigsten ist, ein großer Freund Amerikas.

Der republikanische Senator Tom Cotton ist der neue Senator von Arkansas. Dies wurde ursprünglich als Rede im Senat gehalten.

Übersetzung aus dem Englischen von Daniel Heiniger

## Dänemark erlaubt erstmals Abschiebung von Syrern

Der dänische Berufungsausschuss für Flüchtlinge stuft die Rückführung syrischer Migranten in die Provinz Latakia als sicher und unbedenklich ein. Damit kann auch vielen in Dänemark geduldeten Syrern erforderlichenfalls die Aufenthaltsgenehmigung entzogen werden und eine Abschiebung in das Heimatland erfolgen. (JR)

Von Julian Marius Plutz

Nach langem Gezeter steht die Entscheidung: In Dänemark können syrische Flüchtlinge in ihre Heimat abgeschoben werden. Konkret handelt es sich um die Provinz Latakia. Der Regierungsbezirk liegt im Westen des Landes und etwa 50 Kilometer südlich der türkischen Grenze. 180 Kilometer weiter liegt Aleppo, Damaskus ist rund 350 Kilometer entfernt.

Die Hafenstadt Latakia, die zugleich die Hauptstadt der gleichnamigen Provinz ist, gilt als inoffizielle Hauptstadt der Alawiten, eine schiitisch islamische Sondergemeinschaft, der auch Präsident Assad angehört. Aber auch eine große Minderheit griechisch-orthodoxe und melkitisch griechisch-katholische Gläubige leben hier in einem verhältnismäßig liberalen Lebensstil zusammen. Von den rund 1,3 Millionen Einwohnern der Provinz leben mehr als 400.000 in Latakia.

### Ghettoisierung soll vermieden werden

Die UNO kritisiert indes die Entscheidung. So müsse der internationale Schutz aus Syrien aufrechterhalten bleiben. Neben Dänemark sei laut der Menschenrechtsorganisation Amnesty International Ungarn das einzige Land der Europäischen Union, das die Aufenthaltsgenehmigungen für syrische Flüchtlinge widerruft.

In Dänemark stellt die sozialdemokratische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen gemeinsam mit der liberal-konservativen Partei Venstre und den sozialliberalen Politikern von Moderaterne die Regierung. Unterstützt wird das Kabinett durch die färöischen Unionspartei, die färöischen Sozialdemokraten und die grönländische Siumut. Ihr Erfolg hatte vor allem einen Grund: Eine härtere Einwanderungspolitik. Laut einer Umfrage wünschten sich mehr als 70% der Dänen schärfere Kontrollen an den Grenzen und eine strikte Abschiebung. Diesem Wunsch möchte Frederiksen nachgehen.

Zwar sind erste Pläne, Asylbewerberlager in Afrika zu errichten, gescheitert,



Ministerpräsidentin Mette Frederiksen

dennoch hält die Sozialdemokratin an ihren Plänen fest. Die Anmietung von Gefängnisplätzen im Ausland für kriminelle Ausländer mit Abschiebestatus ist laut eigenen Aussagen „in vollem Gang.“ Das Ziel, die Ghettoisierung des Landes zu stoppen, wie es schon Vorgänger der Ministerpräsidentin aus dem rechten Lager forderten, könnte mit Frederiksen erreicht werden. So sollen Schulen zwangsdurchgemischt werden, damit es keine Lehranstalten mit eklatant hohem Ausländeranteil geben soll.

### Fremdfinanzierte Moscheen verhindern

Auch ihre Haltung zum Islam macht die Sozialdemokratin unmissverständlich klar: Die Religion sei „eine Integrationsbarriere“. So sollen Imame nur noch auf dänisch predigen dürfen, um Hasspredigten zu verhindern. Ein Gesetz, wonach „antidemokratische“ Spenden von islamischen Extremisten aus dem Ausland untersagt sind, brachte Frederiksen bereits 2021 auf dem Weg.

„Es gibt extremistische Kräfte im Ausland, die versuchen, unsere muslimischen Bürger gegen Dänemark aufzubringen und einen Keil in unsere Gesellschaft zu treiben“, erklärte In-

tegrationsminister Mattias Tesfaye. Mehrfach haben dänische Moscheen Millionenspenden „zum Beispiel aus dem Mittleren Osten“ erhalten: „Dagegen unternimmt die Regierung nun etwas.“ Mehrere Millionenbeträge kamen vor allem aus der Türkei, Saudi-Arabien und Katar.

„Für mich wird es immer klarer, dass die unregelte Globalisierung, Masseneinwanderung und die Bewegungsfreiheit für Arbeitskräfte von den unteren sozialen Klassen bezahlt wird“, schrieb die Ministerpräsidentin in ihrer Biografie. Im Jahr 2000 stand Frederiksen noch für eine liberale Flüchtlingspolitik. Sie kritisierte die Ausländerpolitik Dänemarks als „härteste in ganz Europa“.

### Islamische Einwanderung ohne Abschiebung evoziert Probleme

Ob der islamische Anschlag in Kopenhagen von 2015 ihre Meinung geändert hat, ist unklar. Fakt ist: Der Terrorakt gilt für das liberale und weltoffene Dänemark als Zäsur. Am Valentinstag erschoss Omar Abdel Hamid El-Hussein in dem Kulturzentrum Krudttønden zwei Menschen. Das Thema der Veranstaltung lautete „Kunst, Gotteslästerung und Meinungsfreiheit. Zu Gast war der bekannte schwedische Kari-

katurist Lars Vilks und der damalige schwedische Botschafter, Francois Zimeray. Der Dokumentarfilmer Finn Nørgaard war einer der Toten. Es wird vermutet, dass der Anschlag Vilks gegolten hat.

In der Folgenacht erschoss El-Hussein vor der Synagoge in der Krystalgade den jüdischen Sicherheitsmann Dan Urzan. Urzan arbeitete im Finanzministerium und engagierte sich als Freiwilliger im eigens installierten Sicherheitsteam in seiner Gemeinde. Sie standen Wache, um die Gäste einer Bat-Mizwa-Feier zu beschützen. Schutz von staatlicher Seite konnten Juden in Dänemark bis dato nicht erwarten, was sich danach änderte. Offensichtlich muss immer erst eine schlimme Tat passieren, bis sich Dinge zum Positiven wandeln.

Dänemark hat die Zeichen der Zeit erkannt: Zügellose Einwanderung aus islamischen Ländern in Verbindung mit einer Aussetzung von Abschiebung evoziert große Probleme. Es bleibt zweifelhaft, ob die Vernunft aus dem Norden in Berlin ankommen wird.

Der Berufungsausschuss ist die letzte Entscheidungsinstanz in umstrittenen Asylfällen. Das Gremium begründete seine Entscheidung mit einer verbesserten Sicherheitslage in der Provinz.

### UNHCR zeigt sich besorgt

Seit 2019 hat Dänemark nach Angaben der Einwanderungsbehörde 150 syrischen Staatsangehörigen aus Damaskus und Umgebung die Aufenthaltserlaubnis entzogen. Das UNO-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR zeigte sich besorgt. Die Lage in dem vom Bürgerkrieg zerstörten Land rechtfertigt nicht die Beendigung des internationalen Schutzes für syrische Flüchtlinge, sagte eine Sprecherin. Dänemark und Ungarn sind laut Amnesty International die einzigen beiden EU-Länder, die Aufenthaltsgenehmigungen für syrische Flüchtlinge widerrufen haben.

In Syrien herrscht seit zwölf Jahren Bürgerkrieg. Der syrische Präsident Bashar al-Assad lässt nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen Oppositionelle und Gegner mit unbarmherziger Härte verfolgen.

# Genderisten im Dilemma: Muslime in England und Irland machen gegen Gender mobil

In Irland und England protestieren nun auch Muslime gegen die Gender-Erziehung an Vor- und Grundschulen. In Schottland zieht derweil die Gender-Kirche gegen eine christliche Kandidatin zu Felde, während die Church of England sogar Gott „genderfluid“ machen will. Gerade die islamischen Gruppierungen, die von den Linken nahezu kritiklos hofiert werden, widersprechen nun dem Gender-Wahnsinn. Die religiös-politischen Gewichte auf den beschaulichen Inseln verschieben sich. Doch am Ende nützt diese unheilige Allianz zwischen den Muslimen und den Gender-Kritikern nur dem Erstarren islamischer Gruppierungen, die auch politischen Einfluss anstreben. (JR)

Von Matthias Nikolaidis

Der Birminghamer Konflikt eskalierte zum ersten Mal Anfang 2019, als die Welt – so ist man versucht zu sagen – noch weitgehend sorgenlos war. Doch zugleich wurde in Großbritannien früher als anderswo eine Agenda vorangetrieben, die ihrerseits für Probleme sorgt. Es geht um das Konstrukt, das meist unter dem Kürzel LGBT – gerne noch mit einem inklusiven „+“ versehen – behandelt wird. Die Toleranz und, was mehr ist, Akzeptanz für die so chiffrierte Menschengruppe ist ein natürliches Ziel liberaler Gesellschaften westlichen Zuschnitts.

Der moderne Staat hat sich eine Tugend daraus gemacht, keinen Unterschied zwischen andersgeschlechtlich und gleichgeschlechtlich orientierten Menschen zu machen. Er akzeptiert auch Menschen, die aus irgendeinem Grund glauben, dass ihnen von der Natur das „falsche Geschlecht“ zugewiesen wurde, zumal ihm als Staat kaum eine Gefahr von daher droht. Auch die Ansicht oder der Glaube mancher, im „falschen Geschlecht“ geboren worden zu sein, fällt unter die Gewissensfreiheit und das Toleranzgebot.

Muslimische Eltern protestieren in England gegen LGBT-„Gehirnwäsche“

Diese Toleranz des liberalen Staates kann aber nicht bedeuten, dass diese Minderheiten, die teils von verschwindender Kleinheit sind, den gesellschaftlichen Aufbau auf den Kopf und ihre Interessen vor die Rechte anderer stellen dürfen. Ein besonders heikles Feld ist dabei immer die Kindheit und frühe Jugend, weil in dieser Zeit – da sind sich Pädagogen und Eltern einig – die Grundlagen des späteren Lebens und vieler Einstellungen gelegt werden. Kein Wunder also, dass auch die ideologisch motivierten Umerzieher, gleich welcher Couleur, es immer wieder auf die Kinder abgesehen haben, die sie je nach Orientierung in einen sozialistischen Jugendbund oder in die moderne Gender-Kirche aufnehmen wollen. Womit wir beim Thema wären.

In Birmingham ergriff der Konflikt eine Grundschule namens Parkfield Community School, gelegen in einem alten Arbeiterviertel der nordenglischen Industriestadt, einem Viertel, in dem heute zu 98 Prozent Muslime leben. Die Schulklassen sind entsprechend besetzt, und dennoch – oder gerade deshalb – erfand ein Lehrer an der Schule, der bis heute aktive Andrew Moffat, das Lehrprogramm „No Outsiders“, das bis heute zwei erkennbare Inhalte hat, die man so an zahllosen deutschen Grund- und weiterführenden Schulen wiederfinden wird: Antirassismus und Gendertheorie. Heute wird die Schule für sich als „OUTSTANDING primary school“ – eine Schule, die herausragt aus dem Übrigen.

**Ein Streit so kurios wie das Programm, das ihm zugrundelag**

Der entbrennende Streit entsprach genau dem Inhalt von Moffats Pro-



Pride Parade in London im Juli 2022

gramms. Er war kurios und bizarr, rebellierten hier doch die Empfänger eines wohlwärtig ihnen zgedachten Antirassismus- und Self-Empowerment-Programms gegen die anderen Teile desselben Programms: etwa gegen Botschaften wie die, dass ein Kind auch zwei Mütter oder zwei Väter haben könne (wie in den Lehrbilderbüchern „Mommy, Mama and Me“ sowie „King & King“) oder dass ein kleiner Junge auch als „My Princess Boy“ gesehen werden kann. Jeder kann sich vorstellen, wie die meist ausgeprägt patriarchalisch organisierten, maskulinistisch gesonnenen muslimischen Familien auf solche Vorschläge reagierten. Schon das sorgte 2019 für böses Blut an der Parkfield-Schule.

Die Sache nahm allerdings noch eine weitere Wendung, als „Free Transition Trainings“, die „spezifisch“ für Eltern und andere Erziehungsberechtigte seien, angeboten wurden: Auf einem Bild, mit dem die Schule für das Angebot wirbt, erklärt offenbar eine Transfrau (also ein im Zweifel nur weiblich angezogener Mann) einem Grundschulkind, was es mit den Begriffen „Transgender“ und „Transition“ auf sich hat. Und damit war ein noch kontroverseres Thema berührt. Hier dürften die Gedanken nicht nur muslimischer Eltern sich eindeutig von denen des Lehrpersonals unterscheiden. Auf der aktuellen Bücherliste finden sich neben Titeln zur „Gang culture“ (Wie wehrt man sich gegen peer pressure?) auch einer zur „Transgender awareness“, in dem aus

dem traurigen Teddybär Thomas (m) eine glückliche Tilly (w) wird, die ihre Schleife künftig im Haar trägt.

Eine Zeit lang schwelte der Streit, doch am Ende protestierten nicht nur Eltern, deren Kinder an der Parkfield-Schule unterrichtet wurden. Es fanden sich auch Protestler aus anderen Städten und Orten ein, schließlich parkte sogar eine Art Wanderprediger seinen Pickup vor der Schule, um gegen das No-Outsiders-Programm zu mobilisieren. Durch Berichte und Videos aus jener Zeit hat man nicht den Eindruck, dass das noch nötig gewesen wäre oder hier eine „Aufhetzung“ der Menschen stattgefunden hätte. Die Umerziehung von Kleinkindern und Jugendlichen hin zur Genderfluidität, die sich als „Aufklärung“ und Werben um Toleranz tarnen mag, ist da bei Eltern ganz verschiedener Herkunft zu Recht umstritten.

Die BBC hat den Auftritt in einem Video dokumentiert. Die beiden Männer, die mit einem Pritschenwagen vor der Parkfield-Grundschule auftauchten, machen durchaus den Eindruck von rechtgläubigen, vielleicht radikalen Muslimen, auch wenn sie in einer Nebenbemerkung ihre Mäßigung vorführten. Auf ihren Transparenten war zu lesen: „Unsere Kinder, unsere Wahl. Stoppt ‚No Outsiders!‘“ Dazu rief der schwarzgekleidete Mann den Zuhörern zu: „Unsere religiösen Glaubenssätze sind nicht dazu da, um verändert zu werden. Wir schicken unsere Kinder nicht in die Schule, um sie indoktrinieren zu lassen.“

**Vom Reden und Schweigen im „Haus des Krieges“**

Genau dieses Wort hätten Eltern immer wieder benutzt, um zu beschreiben, was an der Parkfield Community School passiert. Es gehe um eine „aggressive Indoktrination“, gegen die man sich wehre. Das LGBT-Programm des staatlichen Bildungswesens sei „sehr toxisch“. Der Redner gab sich optimistisch, dass man es in ganz Birmingham abschaffen würde, rief die Eltern dazu auf, auf die Straße zu gehen, um für die Rechte ihrer Kinder zu kämpfen. Zum Schluss stellte er klar, dass man, wenn sich das Programm an Zehn-, Zwölf- oder 15-Jährige richten würde, kein Problem damit hätte. Fünfjährige Schulanfänger seien aber einfach noch zu jung, um über verschiedene „Beziehungsmodelle“ aufgeklärt zu werden, so der Prediger oder einfache Gläubige. An dieser Stelle brandet Applaus aus der Zuhörerschaft auf.

War die Aussage mit den Zehn-, Zwölf- oder 15-Jährigen nur ein taktisches Zugeständnis des frommen Manns? Wollte er damit die Zustimmung einer in sich gespaltenen Gesellschaft einsammeln, immer im Wissen, dass er sich im Dar al-Harb, im „Haus des Krieges“, und eben nicht im Dar al-Islam („Haus der Unterwerfung“) befindet?

**„No Outsiders“ kommt bis heute zum Einsatz**

Auf dem Höhepunkt der Krise wurden hunderte Kinder nicht mehr von ihren Eltern zur Schule geschickt. Um die

600 Kinder im Alter zwischen vier und elf blieben an einem Freitag zu Hause. Zuvor hatten 400 Eltern eine Petition unterschrieben, die die Absetzung des Programms vom Lehrplan forderte. Weitere Grundschulen in der Gegend wurden vom Protest angesteckt. Tatsächlich wird das No-Outsiders-Programm bis heute an hunderten Schulen in ganz England unterrichtet.

Andrew Moffat, der für sein Engagement in der „equality education“ (eben unser Thema: die schulische Indoktrination im Sinne von Gleichheit, Diversität und Inklusion) einen „Most Excellent Order of the British Empire“ (MBE) erhalten hat, fühlte sich bedroht durch eine Flugblatt-Kampagne, die sich gegen ihn und sein Outsiders-Programm richtete. Nach dem „Schulstreik“ der muslimischen Eltern wurde das Programm zunächst bis Ostern eingefroren, wie der Guardian im März 2019 berichtete.

Doch ein halbes Jahr später wurde es, angepasst an die Großwetterlage, wieder aufgenommen, nun als „No Outsiders for a Faith Community“ – „Keine Außenseiter für eine religiöse Gemeinschaft“. Aus Elterngruppen hörte man noch immer, dass auch dieses vorgeblich angepasste Programm zu sehr „Partei ergreife“ für die behandelten LGBT-Themen. Eine Mutter namens Fatima Shah, mit eigenen Kindern an der Parkfield-Schule, beklagte sich laut BBC: „Man hat uns nicht zugehört.“ Die Eltern hätten klargemacht, dass ihren Vorschulkindern keine „Bücher mit gleichgeschlechtlichen Beziehungen gezeigt werden“ sollten. Das sei verwirrend für die Kinder. Und nun habe die Schule mitgeteilt, dass „sie genau das Gleiche machen wird wie vorher, nur mit einem etwas anderen Namen“. „Wie soll das unsere Meinung berücksichtigen?“ In der Tat kann man auf der aktuellen Seite des Projekts noch immer die genannten Buchtitel finden.

### Die heilige Inquisition der schottischen Gender-Kirche

Inzwischen hat das Themenbündel „LGBT und Toleranz“ eine ganz unerwartete Wendung im benachbarten Schottland genommen: Die in einem christlich-calvinistischen Sinne fromme Politikerin Kate Forbes geriet nach der Ankündigung ihrer Kandidatur für den Vorsitz der Schottischen Nationalpartei (SNP) sogleich ins Kreuzfeuer britischer Journalisten, die sie zu ihren Ansichten zur Homosexuellen-Ehe und insbesondere zum schottischen Gender-Reformgesetz (Gender Recognition Reform Bill) befragten. Dabei war doch die Amtsvorgängerin und ehemalige Erste Ministerin Schottlands Nicola Sturgeon gerade über dieses äußerst umstrittene Gesetzesvorhaben und seine paradoxen Effekte – den Fall des Vergewaltigers „Isla Bryson“ – gestürzt.

Aber das war offenbar egal. Dem medialen Konsens konnte eine Kandidatin nicht gefallen, die offen gegen die LGBT-Agenda auftrat, auch wenn sie geltende Gesetze nicht antasten wollte. Kathleen Stock, die ehemalige Philosophie-Professorin, die wegen ihres Bestehens auf der Zweigeschlechtlichkeit des Menschen ihre Professur in Sussex verlor, brachte den Konflikt in ihrer Unherd-Kolumne auf einen kurzen Begriff. Titel: „Die Kreuzigung von Kate Forbes“. In der Diskussion um Forbes' Kandidatur stehen sich demnach zwei Kirchen gegenüber: die als konservativ geltende, calvinistische Free Church of Scotland, zu der Forbes gehört, sowie jene neue Kirche, deren Credo besagt,

dass LGBTQ-Menschen eine der am meisten verfolgten Gruppen in Großbritannien sind, während homosexuelle Menschen doch immer sichtbarer werden, sicher schon in manchen Bereichen überrepräsentiert sind.

Tatsächlich gab sich Forbes, wie auch die schottische Tageszeitung The National zu berichten weiß, relativ tolerant gegenüber anderen Meinungen. So sagte sie, dass sie keine Kampagne gegen die gleichgeschlechtliche Ehe führe oder führen werde. Eindeutig war allerdings ihr Widerstand gegen die „Gender Reform Bill“ von SNP und schottischen Grünen. Auch Forbes würde das alte schottische Gender-Recognition-Gesetz reformieren wollen, doch vor allem um die Gesellschaft von vielen seiner Regelungen zu entlasten. Gegen die Novelle Sturgeons war sie durchaus. Das hat sie übrigens mit einer zweiten weiblichen Bewerberin um das Amt,

## Ob Koran-Skandal oder LGBT-Protteste, dem sich ausbreitenden Islam an Britanniens Schulen sei entgegenzutreten.

Ash Regan, gemein, die dabei ebenfalls an die Sicherheit von Frauen und Mädchen dachte. Schon merkwürdig, dass die neueren Schottinnen die Gender-Vorstellungen der grüngefärbten Sturgeon nicht mittragen wollen.

Ein weiterer Konkurrent der beiden ist – welcher Zufall – der Muslim Humza Yousaf, der das neue Gender-Gesetz befürwortet und eine Art Fortsetzung der Ära Sturgeon mit anderen Mitteln anzustreben scheint. Schottische Muslime haben sich nun hinter Kate Forbes gestellt und Yousaf scharf kritisiert. Vor allem nannten die Wortführer des schottischen Moscheenverbands (Scottish Association of Mosques) die Debatte um die religiösen Überzeugungen von Kate Forbes „zutiefst beunruhigend“. Yousaf wird allerdings auch nachgesagt, dass er die schottische „Ehe für alle“ auf Druck seiner Moscheegemeinde hin abschaffen wolle. Dem trat Yousaf erzürnt entgegen, sprach von einer „Destabilisierung“ seiner Kampagne.

### In England soll nun selbst Gott genderfluid werden

Man denke sich nun noch eine Church of England (CoE) hinzu, die neuerdings zum Teil einen gender-fluiden Gottesbegriff propagiert und das auch sprachlich durch die Stilblüte „They/Them“ (hier für die heilige Dreieinigkeit) ausdrücken will. Einflussreiche Kreise in der CoE wollen eine „inklusive Sprache in unserer autorisierten Liturgie“ erreichen, nebst mehr Möglichkeiten für jene, die „in einer nicht geschlechtsspezifischen Weise von Gott sprechen möchten“. Es sei ohnehin Häresie zu behaupten, dass Gott ein Mann ist: „Gott ist im Unterschied zur Menschheit geschlechtslos.“

Nebenbei sollen so auch „die anhaltende Diskriminierung und der Sexismus gegenüber Frauen“ in der Kirche verschwinden, so die Hoffnung der oft weiblichen Verfechter. Dass es auf der anderen Seite gerade die Gender-fluiden sind, die an der Definition des Begriffs „Frau“ und ganz konkret an sicheren, exklusiven Bereichen für Frauen rütteln, wird vermutlich erst später ins Auge fallen. An dieser Stelle erkennt man, dass sich die Zustände im beschaulichen Königreich – vor allem im sub-politischen Unterholz – schon sehr verändert haben.

Für Nigel Farage, einst politischer Akteur, inzwischen Kommentator und

Moderator einer Diskussionssendung auf dem privaten Nachrichtenkanal GB News, führt diese „lächerliche woke Route“ direkt zur Abschaffung der Kirche von England: „Sie mag unsere etablierte Kirche sein, aber sie dient keinem nützlichen Zweck.“

### Auch in Irland sind Muslime keine Bank der Progressiven

Zuletzt bildet sich auch in Irland gerade eine interreligiöse Querverbindung. Auf der grünen Nachbarinsel protestieren Muslime nun ganz offiziell gegen die Vermittlung von Gender-Identitäten und anderen LGBT-Inhalten an Grundschulen. Das Irish Muslim Council unterstützt demnach die Position der Vereinigung katholischer Grundschulen (Catholic Primary Schools Management Association, CPSMA), die in einem Brief an die Regierung fordert, dass die Definition

gläublich respektlos“ mit einem Koran umgegangen sei. Der 14-Jährige hatte den Koran selbst in die Schule mitgebracht, aus welchem Grund, muss nicht interessieren. Das Buch entglitt ihm und wurde dabei leicht beschädigt, vielleicht beschmutzt. Die Folge waren Todesdrohungen gegen den Jungen und Drohungen, man werde ihn zusammenschlagen. Ein Vermittler (Akef Akbar mit Namen) umschrieb das später mit „aufflackernde Leidenschaften“. Die Drohungen wurden der Polizei berichtet, aber die Mutter wollte zugleich nicht, dass die Urheber strafrechtlich verfolgt werden.

Die Polizei klassifizierte das Falllassen des Korans tatsächlich nicht als „Hassvorfall“. Ein Polizeivertreter sagte in Anwesenheit muslimischer Religionsvertreter, es sei falsch, den Vorfall unter dem Gesichtspunkt eines Verbrechens zu sehen, es sei vielmehr eine Frage der Bildung. Der in der Mitte des Podiums sitzende Imam hob hervor, dass man die „Missachtung des heiligen Korans“ niemals erlauben werde. Man werde sogar sein Leben dafür opfern – zum eifrigen Nicken des Polizeibeamten.

Toby Young, der Generalsekretär der Free Speech Union hob hervor, dass auch von einem „Hassvorfall“ laut neuen Regeln, die seit letztem Juli gelten, nur dann die Rede sein könne, wenn eine Motivation durch Hass oder Vorurteile erkennbar sei. Eine solche „böswillige Absicht“ bei dem Vorfall verneinte wiederum der Rektor der Schule. Ein Sprecher von Innenministerin Suella Braverman fand den Polizeieinsatz „sehr besorgniserregend“. Die Reaktion der Polizei müsse „stets angemessen sein“, das Wohlergehen von Kindern müsse „Vorrang vor vermeintlichen Beleidigungen haben“. In einer Versammlung versprach die Mutter des Jungen, er werde sich besser über den Islam bilden. Er sei manchmal wirklich ein „sehr, sehr dummer Junge“. Der 14-jährige Autist und drei in den Vorfall verwickelte Mitschüler wurden zeitweise vom Unterricht suspendiert. Dem Daily Express sagte das Bildungsministerium, dass dies den „normalen Disziplinarmaßnahmen“ entspreche.

Was den vielfach sich überschneidenden Streit zwischen liberalen Westlern und eingewanderten Muslimen, sogenannten Progressiven und Konservativen angeht, wird er noch viele spannende Seiten in Großbritannien und anderswo erzeugen. Für die antikirchlichen „Humanists UK“ liegt die Sache freilich klar: Ob Koran-Skandal oder LGBT-Protteste, dem sich ausbreitenden Islam an Britanniens Schulen sei entgegenzutreten.

*Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick.*

### DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite [www.juedische-rundschau.de/shop](http://www.juedische-rundschau.de/shop) bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 85 Cent bei:

• Für jede Ausgabe – 3 Briefmarken;

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

◀◀ Fortsetzung von Seite 2

der Amtszeit von Präsident Biden und der Democrats noch schlimmer geworden ist. Die jüdische Gemeinschaft in den USA hat eine lange Geschichte und hat zu vielen Aspekten der amerikanischen Kultur und Gesellschaft beigetragen. Die jüngsten Angriffe und Anfeindungen gegen jüdische Bürgerinnen und Bürger in den USA sind ein Weckruf für die Regierung und die Gesellschaft, um sich effektiv gegen Antisemitismus und Hassverbrechen zu stellen.

### Importierter Antisemitismus in Deutschland

In Deutschland stößt zurzeit eine Reform des Einbürgerungsrechts, die es Migranten erleichtern soll, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten, nur deshalb auf Kritik, weil sie den Vorschlag enthält, Antisemitismus zum Ausschlusskriterium bei Einbürgerungen zu machen. Obwohl dies durchaus ein notwendiger Schritt wäre, den wachsenden, zumeist von islamischer Migrantenseite kommenden Antisemitismus in Deutschland zu bekämpfen, lehnt die SPD-Innenministerin Nancy Faeser diesen Vorschlag ab und hat die Reform vorerst auf Eis gelegt.

In Nordrhein-Westfalen gibt es auch einiges an der Politik der sich um Anschluss zu dem Politikrinn der Grünen und Linken bemühen CDU zu kritisieren: Trotz der Tatsache, dass das Landesinnenministerium seit 2017 CDU-geführt ist, gibt es immer wieder Kontakte zu Moscheevereinen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden oder bekanntermaßen eine Nähe zu den rechtsextremen Grauen Wölfen sowie der Muslimbruderschaft haben.

Auch darf man sich gestrost die Frage stellen, ob die zahlreichen Antisemitismusbeauftragten in Deutschland, der eher antisemitische Herr Blume voran nicht eher damit befasst sind, untaugliche Relativierungen und Ausflüchte für den islamischen Judenhass zu finden, als die Juden in diesem Lande davor zu schützen.

Die Israelitische Kultusgemeinde Bamberg betont jedenfalls in ihrem öffentlich gemachten Brief, dass es notwendig sei, sich mit mehr Einsatz gegen jede Form von Antisemitismus zu stellen, auch wenn sie wie zumeist von islamischer Seite kommt. Es dürfe keine Verharmlosung des islamischen Judenhasses geben und der Fokus dürfe nicht nur auf dem Rechtsextremismus liegen.

Der anhaltende Anstieg antisemitischer Vorfälle in Deutschland ist zwischenzeitlich zum Alltag geworden. Besonders besorgniserregend ist dabei der aggressive Antisemitismus, der sich bei vielen im Islam von Kindheit an manifestiert hat. Laut der Bundesregierung haben sich die Gewalttaten gegen Juden fast verdoppelt. Trotzdem scheint es, dass das Anliegen der sogenannten Antisemitismus-Beauftragten eher der Reinwaschung des Islam als dem Schutz der Juden gilt.

Die offizielle jüdische Vertretung unterstützt die Politik des neuen grün-dominierten Ampel-Bündnisses, die jüdische Bevölkerung in Deutschland zu schützen, nicht. Dabei gibt es trotz aller Beteuerungen und Gedenktagen keine Besserung der Situation für die jüdische Gemeinschaft in Sicht.

Die fortschreitende Verunmöglichung eines offenen jüdischen Lebens in Deutschland wird weiterhin durch den Islam und den damit verbundenen Judenhass gefördert. Die Einlassung von Rechts- und Demokratieverachtung, Dominanzverhaltens, Frauenentrechtung, Rassismus und Gewaltbereitschaft aus islamischen Ländern hat das Leben in unserem einst sicheren Staat unsicherer und gefährlicher gemacht. Die tägliche Angst vor ausufernder Gewalt, Terror, sexuellen Übergriffen und der Zukunft unserer Kinder hat un-



JACK GUEZ / AFP

ser Leben verändert und uns in ständiger Angst leben lassen.

### Verhandlungslösung nicht in Sicht

Mit dem Erscheinen dieser Ausgabe dauert das schreckliche Geschehen in der Ukraine mittlerweile über ein Jahr. Kompromissbereitschaft ist auf keiner Seite erkennbar. Das bedeutet für die zivile Bevölkerung ein ganzes Jahr traumatischer Erlebnisse und immenses Leid. Insbesondere für alte

damaligen Führung von Stepan Bandera in Schutz. Die Kritik des Simon Wiesenthal Zentrums bezieht sich jedoch nicht nur auf Bandera, sondern auch auf die Verharmlosung der OUN und die jüdenfeindlichen Hass-Verbrechen. Trotzdem wird Bandera bis heute von vielen Ukrainern als "Nationalheld" gefeiert und ihm werden Denkmäler, Straßen und Schulen gewidmet.

Es bleibt zu hoffen, dass die Ukraine sich trotz aller gegenwärtigen Situation in Zu-

doch während die Biden-Administration dies als unbedenklich betrachtet, sieht sie die Rückkehr von Juden beispielsweise in ihr zerstörtes Dorf Homesh als "Hindernis für den Frieden" an. Über die Doppelmoral und die zugrunde liegende Juden- und Israelfeindlichkeit der internationalen Gemeinschaft, darunter auch Deutschlands, braucht man keinen Zweifel zu hegen. Häufig kommen bei den arabischen Terrorakten gegen Juden auch Kinder um oder werden verletzt. Die Gewalt gegen Kinder, insbesondere in Form von terroristischen Angriffen, ist ein abscheulicher Akt, der von allen verurteilt werden sollte. Es wäre richtig und wichtig, dass die internationale Gemeinschaft aufhört, den Terrorismus zu belohnen und sich stattdessen für den Frieden und die Versöhnung einsetzt. Leider ist das im Falle Israels weder von Bidens USA oder der EU noch von der grün dominierten Ampelregierung unseres Landes zu erwarten.

Während das jüdische Volk im April an den Nazi-Horror und den 80. Jahrestag des verzweifelten Aufstandes der Juden im Warschauer Ghetto erinnert, leugnen die Vereinten Nationen mit Unterstützung Deutschlands und wie nicht anders nach dem Weggang Donald Trumps zu erwarten war wieder verstärkt die historische Verbindung Jerusalems zu den Juden.

Dies alles wird den demokratischen Staat Israel und seine Menschen nicht daran hindern, im Sinne und zum Wohl des jüdischen Volkes, Schutz und Verteidigung gegen alle inneren und äußeren Feinde zu bieten. Gerade in der letzten Zeit vertrauen sich wie schon oben erwähnt immer mehr Juden aus Osteuropa und besonders der Ukraine diesem Schutz an.

Daran werden auch die gegenwärtig besonders von unseren Medien hämisch und sachlich verdreht kommentierten Dispute in Israel nichts ändern.

Dem Staat Israel, dem gesamten jüdischen Volk, allen unseren Lesern und uns allen wünschen wir ein gesundes und koscheres Chag Pessach Sameach!

Für unsere christlichen Leser, frohe und gesegnete Ostern!

**Am Israel Chai !!**  
**Ihr**  
**Dr. Rafael Korenzecher**

## „ In vielen islamischen Ländern sind Juden aber auch Christen nach wie vor Diskriminierungen und Einschränkungen in ihren Rechten ausgesetzt. “

und kranke Menschen sowie für alleinstehende Mütter und ihre kleinen Kinder ist die tägliche Lebensgefahr, der Verlust der Wohnung, die Zerrissenheit der Familien und die Flucht in eine ungewisse Zukunft ein kaum vorstellbares Trauma.

Leider wird durch das schreckliche Geschehen in der Ukraine aber auch der tief mit der ehemaligen Kollaboration mit Nazi-Deutschland verbundene Nationalismus gestärkt. Der bis heute in der Ukraine als Volksheld gefeierte Nazi-Sympathisant Stepan Bandera wird verherrlicht und dadurch wird ein für einen demokratischen Staat untragbarer Nationalismus gestärkt.

Die Freunde des Simon Wiesenthal Zentrums für Holocaust-Studien haben nun massive Kritik an der Verherrlichung von Stepan Bandera geäußert. Bandera war kein Held, sondern ein ukrainischer Nazi-Kollaborateur und Judenfeind, der für die Verfolgung, Auslieferung und Ermordung vieler Tausender Juden in der Ukraine verantwortlich war.

Lubomyr Luciuk, Professor für Politikwissenschaften am Royal Military College of Canada, schrieb in einem Artikel in der kanadischen National Post über den Ukraine-Krieg und den Stand der „Entnazifizierung“ der Ukraine. Dabei nahm er, ebenso wie der noch kürzlich im Amt befindliche ukrainische Botschafter Andrij Melnyk, auch die Mitglieder der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) unter der

kunft stärker gegen den Nationalismus und die Verherrlichung von Nazi-Kollaborateuren engagiert und sich stattdessen für Demokratie und Menschenrechte einsetzt.

### Islamischer Terror fordert auch Kinderleben

In den letzten Monaten hat Israel wiederholt Angriffe von arabischen Terrorgruppen erlebt, bei denen vor allem auch Kinder zum Opfer fallen. Auf der israelischen Seite werden Kinder von arabischen Israel- und Judenhassern bei Anschlägen ermordet, während auf der arabischen Seite Kinder durch eine hasserfüllte Ideologie indoktriniert und für Attentate missbraucht werden.

Die anti-jüdische Ideologie wird oft schon im Kindesalter im Islam geschürt und ist auch im Koran mit entsprechenden Versen vertreten. Trotzdem belohnt die sogenannte "Palästinensische" Autonomiebehörde Terroristen für Anschläge auf Israelis. Das sogenannte "Pay-to-Slay"-Programm wurde nun um eine ungeheuerliche Erweiterung ergänzt: Abbas und Hamas schaffen ein luxuriöses Dorf, eigens für Terroristen, für die spezielle Wohnsitzanforderungen gelten. Nur wer mindestens fünf Jahre in einem israelischen Gefängnis verbracht hat, kommt für eine Residenz in diesem Terroristen-Dorf in Frage. Im Vorstand des Dorfes sitzen Familienangehörige führender Hamas- und PFLP-Terroristen.

# Jüdisches Leben in den USA bedroht – Bereits nahezu 40% aller Juden fühlen sich heute nicht mehr sicher

Das American Jewish Committee (AJC) hat eine Untersuchung in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse alarmierend sind: Fast 40 Prozent der Juden in den USA haben Angst vor der täglichen Anfeindung. Dabei geht heute die Bedrohung für jüdisches Leben in den USA zumeist von radikalen Afroamerikanern, muslimischen Messerattentätern aber auch von Neonazis aus. Gerade in den USA, dem Land, das jahrzehntelang ein „safe haven“ für Juden war, ist die Politik gefordert, ihr Sicherheitsversprechen gegenüber den Juden einzulösen und diesem Missstand entgegenzutreten. Es ist bedenklich, dass sich die Sicherheitslage der Juden besonders in der Amtszeit Präsident Bidens und der Democrats derart verschlechtert hat. (JR)

Von Julian M. Plutz

Man kann es als Ironie bezeichnen, dass Guy Taieb vor etwa 15 Jahren aus Frankreich ausgewandert ist, weil dort der Antisemitismus bis ins unerträgliche zunahm. Nun ist er in den USA, mehr als 9000 Kilometer entfernt, selbst Opfer von Judenhass geworden. Doch einschüchtern will sich der 73-Jährige nicht lassen. Ganz im Gegenteil.

Es war mild am Morgen des 16. Februar 2023, selbst für kalifornische Verhältnisse, als Jamie Thanh Tran das Feuer von seinem Auto aus eröffnete. Pico-Robertson, ein Viertel im Westen der Stadt, gilt als ein Stadtteil, in dem viele Orthodoxe leben. Der Morgengottesdienst fand gerade sein Ende und die Gemeinde verließ ahnungslos die Synagoge. Man kann von Glück sprechen, dass der Täter schlecht vorbereitet und offenkundig kein guter Schütze war.

Das sah auch der hiesige Polizeichef so. Zwar solle niemand glauben, nur weil Jamie Thanh Tran hinter Gitter sitzt - bereits kurz nach der Tat konnte er gefasst werden - solle man die Wachsamkeit aufgeben. „Aber im Vergleich zu einigen anderen Vorfällen, die wir gesehen haben, war dies kein gut geplanter Angriff, der darauf abzielte, so viele Juden wie möglich zu verletzen oder zu töten,“ so Ivan Wolkind. Wäre das das Ziel gewesen, so hätte er wahrscheinlich effektiver sein können.

## Die ersten Juden in Nordamerika waren meist Niederländer

Umso schmerzvoller müssen Anschläge wie diese sein, wenn man bedenkt, dass die Kolonialgeschichte der Vereinigten Staaten von Amerika auch eine jüdische Geschichte ist. Der erste zugewanderte Jude, der namentlich bekannt war, hört auf den Namen Joachim Gause und seine Geschichte geht auf das Jahr 1583 zurück. Gause, der in Prag geboren wurde, kam für eine Expedition nach Nordamerika. Von Beruf war er Metallurge, eine Beschäftigung, die sich auf die Gewinnung und Verarbeitung von Eisen, Stahl, Zink, Kupfer und Aluminium spezialisiert hat. Zwar verließ er die Staaten bald wieder, ihn zog es ins englische Bristol, dennoch wurde das jüdische Leben in den USA geboren.

Die ersten Juden, die sich ab 1649 dauerhaft in Nordamerika niederließen, hießen Solomon Franco, Solomon Pierson und Jacob Barimson. Die kaufmännischen Mitarbeiter waren bei einem niederländischen Handelsunternehmen beschäftigt, wie es Arthur Hertzberg in seinem Werk „The Jews in America“ beschreibt. Etwas später brach das sogenannte „Goldene Zeitalter“ an. Die Niederlande befreiten sich von der spanischen Besatzung, was dazu führte, dass Religionen weit- aus größere Freiheiten genossen als in



Gedenktafeln vor der Tree of Life Synagoge nach dem Attentat im Jahr 2018

anderen Ländern. Viele sephardische Juden, die noch Ende des 15. Jahrhunderts aus Spanien und Portugal vertrieben wurden, siedelten sich dort an. Sehr viele Kaufleute aber zog es in eine niederländische Kolonie, die in Brasilien lag: Pernambuco, heute Recife.

## Auf der Suche nach einer neuen Heimat

Doch der Wind drehte sich. Nur wenige Jahre später eroberten die Portugiesen die Kolonie zurück, was zur Folge hatte, dass die Juden das Land wieder verließen und über Kuba nach Nieuw Amsterdam, dem heutigen New York City, weiterreisen. Weitere Juden aus Spanien und Portugal folgten, nachdem die Verfolgung in beiden Ländern immer unerträglicher wurde. Zum ersten Mal siedelten sich auch vereinzelt aschkenasische Juden aus den Niederlanden an.

Man sieht also, dass noch vor der Unabhängigkeit des Landes die Kolonien für annähernd gleiche Rechte für Juden sorgten. So auch in der britischen Kolonie New York. Seit sie dem „Domination of New England“ einverleibt wurde, also zur Kronkolonie umgestaltet wurde, genossen Juden Bürgerrechte. Zumindest theoretisch. Oftmals mussten sie diese vor Gerichten mühsam einklagen. Das änderte sich, als im Jahre 1672 ein Präzedenzsurteil gefällt wurde. Dem Kaufmann Raba Gouty wurde als ersten Juden zugebilligt, die britische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Viele weitere würden folgen. Dennoch sollte es fast 60 Jahre dauern, bis Juden in der Mill Street, heute South William Street in Manhattan, die erste Synagoge auf nordamerikanischem Boden überhaupt bauten.

Die systematische Judenverfolgung in der NS-Zeit und die strukturelle Diskriminierung von Juden in der Sowjetunion taten ihr übriges. So konstatierte die Neue Freie Presse aus Wien folgendes: „Die jüdische Bevölkerung in Amerika seit fünf Jahren um vier Millionen vermehrt. Zwei Millionen Juden in New York.“ Nach den von der Statistischen Abteilung des Jüdischen Komitees in Amerika veröffentlichten Ziffern hat sich die jüdische Bevölkerung in den Vereinigten Staaten seit dem Jahre 1927 um mehr als vier Millionen vermehrt. Von der jüdischen Bevölkerung der Vereinigten Staaten wohnten etwa 85 Prozent in Städten mit 100.000 Einwohnern oder darüber. „In New York leben gegenwärtig über zwei Millionen Juden.“ Bis heute gilt New York City als eine der florierendsten Gegenden lebendigen Judentums.

tierte die Neue Freie Presse aus Wien folgendes: „Die jüdische Bevölkerung in Amerika seit fünf Jahren um vier Millionen vermehrt. Zwei Millionen Juden in New York.“ Nach den von der Statistischen Abteilung des Jüdischen Komitees in Amerika veröffentlichten Ziffern hat sich die jüdische Bevölkerung in den Vereinigten Staaten seit dem Jahre 1927 um mehr als vier Millionen vermehrt. Von der jüdischen Bevölkerung der Vereinigten Staaten wohnten etwa 85 Prozent in Städten mit 100.000 Einwohnern oder darüber. „In New York leben gegenwärtig über zwei Millionen Juden.“ Bis heute gilt New York City als eine der florierendsten Gegenden lebendigen Judentums.

## Anschläge auf Juden von allen Seiten

Trotz oder wegen der Sichtbarkeit nahmen auch die Anschläge auf das jüdische Leben nicht ab. Immer wieder verübten Extremisten Anschläge auf Synagogen, die sich für die Rassen- gleichheit einsetzten. In den 1960er Jahren verübte der Ku-Klux-Klan eine Reihe von Bombenanschlägen, wie 1967 auf der neuen Beth Israel Synagoge in Jackson. Der Grund: Der ansässige Rabbi Nussbaum engagierte sich im Rahmen der Bürgerrechtsbewegung für die Gleichstellung von Schwarzen.

Zwar galt jüdisches Leben in den Staaten, im Verhältnis zu Europa, als vergleichsweise sicher, jedoch waren es immer wieder White Supremacists, also Menschen, die die weiße Rasse als überlegen sehen, die Gewalttaten verübten. Trauriger Höhepunkt war zweifelsohne Pittsburgh im Jahr 2018. Der 46-jährige Neonazi Robert Bowers tötete in einer Synagoge elf Menschen. „Es war die vermutlich tödlichste Attacke gegen die jüdische Community in der Geschichte der USA“, sagte Jona-

than Greenblatt, Chef der Anti-Defamation League.

Doch es waren nicht nur Neonazis, die in den Staaten Juden töteten. Am 10. Dezember 2019 erschoss ein Mitglied der sogenannten „Schwarzen Hebräer“ sechs Menschen. Ihr Ziel war ein koscherer Supermarkt. „Schwarze Hebräer“ ist eine Gruppe um Afroamerikaner, die von sich behaupten, von den Israeliten abstammen. Zwar bedienen sie sich Rieten aus der Tora, jedoch werden sie von jüdischen Gemeinden nicht als Juden anerkannt. Bei vielen Experten gelten die „Schwarzen Hebräer“ als jüdenfeindlich und rassistisch. So warf im Jahr 2008 das Southern Poverty Law Center der Gruppierung vor, schwarzes Überlegenheitsdenken, genannt Black Supremacy, in den Communitys zu fördern. Nach ihrer Überzeugung sind

Schwarze das wahre auserwählte Volk, das einst nach Israel zurückkehren würde. Nicht wenige bezeichnen Juden als „Wesen vom Teufel“, „Betrüger und Lügner“, während sie andere „Weiße“ als das eigentliche Böse sehen, das nur Sklaverei oder den Tod verdient.

## „Ich bin Jude und wollte sagen ‘Danke Gott’“

Und so verwundert es wenig, dass das American Jewish Committee (AJC) eine Untersuchung in Auftrag gegeben hat, deren Ergebnisse Bände sprechen. Fast 40 Prozent der Juden in den USA haben aufgrund ihrer Angst vor Judenfeindlichkeit ihr Verhalten im vergangenen Jahr mindestens einmal verändert. 85 Prozent der Teilnehmer im Alter von 18 bis 29 Jahren gaben an, sie seien im Internet regelmäßig mit Antisemitismus konfrontiert. Mehr als 25 Prozent fühlen sich körperlich bedroht. „Was noch vor zehn Jahren unvorstellbar schien, ist nun bittere Realität“, so Ted Deutch, Chef von AJC.

Bei diesen Zahlen handelt es sich um Alarmsignale. Die Vereinigten Staaten von Amerika gelten für Juden neben Israel als wichtiger Rückzugsort. Dieser ist nun bedroht: Ob von radikalen Afroamerikanern, Neonazis oder muslimischen Messerattentätern. Die Politik im Land ist aufgefordert, ihr Sicherheitsversprechen auch einzuhalten.

Guy Taieb will sich nicht einschüchtern lassen. Bereits am Freitagmorgen, einen Tag nach dem Anschlag auf ihn, besuchte er das Morgengebete. „Warum nicht?“, antwortete der 73-Jährige. „Ich bin Jude und wollte sagen: ‘Danke Gott’.“ Für mich ist das normal.“ Er trägt die gleiche blaue Calvin-Klein-Jacke wie gestern. Die Einschusslöcher sind gut zu erkennen. Guy Taieb nennt sie seine „Glücksjacke.“ Vielleicht ist da ja etwas dran.

# Freunde des Simon Wiesenthal Zentrums: Kritik an der Verherrlichung des bis heute in der Ukraine zum Volkshelden stilisierten Nazi-Sympathisanten Stepan Bandera

*Bandera war kein Held. Er war ein ukrainischer Nazi-Kollaborateur und ein Judenfeind. In einem Artikel in der kanadischen National Post schrieb der ukrainisch-stämmige Kanadier Lubomyr Luciuk, Professor für Politikwissenschaften am Royal Military College of Canada, über den Ukraine-Krieg und den Stand der „Entnazifizierung“ der Ukraine. Dabei nahm er, ebenso wie der noch kürzlich im Amt befindliche ukrainische Botschafter Andrij Melnyk, auch die Mitglieder der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) unter der damaligen Führung von Stepan Bandera in Schutz. Die Freunde des Simon-Wiesenthal-Zentrums für Holocaust-Studien kritisierten daraufhin die Verharmlosung der OUN und der jüdenfeindlichen Hass-Verbrechen ihres Anführers Stepan Bandera, der explizit an der Verfolgung, Auslieferung und Ermordung vieler Tausender Juden in der Ukraine beteiligt war. Der von den Ukrainern bis heute als „Nationalheld“ gefeierte Judenmörder Bandera, dem Denkmäler, Straßen und Schulen gewidmet sind, hat aus tiefster Überzeugung mit Nazi-Deutschland kollaboriert und ist für die Ermordung tausender Juden verantwortlich. (JR)*

Von Menachem Wecker / JNS.org

Ein am 9. Februar in der in Toronto erscheinenden National Post veröffentlichter Meinungsartikel wurde von den Freunden des Simon-Wiesenthal-Zentrums für Holocaust-Studien wegen Verherrlichung von Nazi-Sympathisanten verurteilt.

Lubomyr Luciuk, Professor für Politikwissenschaften am Royal Military College of Canada, schrieb in dem Artikel, der aus seinem neuen, gemeinsam mit Volodymyr Viatrovych verfassten Buch stammt, dass der russische Präsident Wladimir Putin behauptete, ein Krieg gegen die Ukraine würde zu deren „Entnazifizierung“ führen, insbesondere bei denjenigen, die „Mitglieder der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) unter der Führung von Stepan Bandera“ seien.

„Während die sowjetische Propaganda die Mitglieder dieser ukrainischen nationalistischen Bewegung routinemäßig als Kriegsverbrecher, Nazi-Kollaborateure, Faschisten usw. darstellte – eine Phrase, die von der Russischen Föderation seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 bis heute regelmäßig wiedergekaut wird – haben wir sicherlich nicht erwartet, dass diese überarbeitete Desinformation als Vorwand für einen groß angelegten Krieg im Europa des 21. Jahrhunderts dient“, schrieb Luciuk.

Bandera unterstützte die Nazis, indem er zwei ukrainische Nachrichtendienstbataillone in der deutschen Armee aufstellte und Einheiten organisierte, die Deutschland beim Aufbau einer lokalen Regierung und Polizei in der Ukraine halfen, heißt es auf der Website von Yad Vashem. „Bandera und seine Leute betrachteten die Sowjets und die Juden als ihre Hauptfeinde“, heißt es dort.

In einer NPR-Story aus dem Jahr 2014 heißt es, dass Banderas Erbe einem „Tauziehen“ ausgesetzt sei, und weiter: „Banderas Orden der ukrainischen Nationalisten hat in seinem Streben nach Souveränität auch einige gewalttätige Dinge getan. Juden und Polen wurden massakriert“.

## CIA-Dokumente über Bandera

„Unter den Polen bringt die bloße Erwähnung des Namens ‚Bandera‘ unweigerlich Flüche und Verwünschungen mit sich“, heißt es in einem freigegebenen CIA-Dokument vom August 1945. Das Dokument zitiert eine Quelle, die behauptet, Bandera und seine Anhänger hätten ein Dorf niedergebrannt und dabei mehr als 50 Menschen und etwa 500 Stück Vieh getötet.

In einem CIA-Dokument von 1951, das inzwischen freigegeben wurde, heißt es weiter: „Bandera führte Hitlers

Aufträge mit großem Eifer aus. In demselben Dokument wird festgestellt, dass es schwierig sei, die Zahl der von Bandera und seinen Anhängern getöteten Polen zu schätzen, aber „einige Daten“ deuten darauf hin, dass bei einer einzigen Operation „über 10.000 Juden“ getötet wurden.

„Insgesamt vernichtete der Bandera-Staat‘ in den fünf Wochen seines Bestehens über 5.000 Ukrainer, 15.000 Juden und mehrere Tausend Polen“, hieß es.

Die National Post teilte den Pro-Bandera-Beitrag auf Twitter mit ihren 1 Million Followern und auf Facebook, wo sie 460.000 Follower hat. Chris Alexander, ein ehemaliges Mitglied des kanadischen Parlaments und ehemaliger Botschafter in Afghanistan, twitterte den Artikel an seine 145.500 Anhänger.

Im Jahr 2010 verlieh die Ukraine Bandera posthum den Titel „Held der Ukraine“, die höchste Auszeichnung des Landes, was das Wiesenthal Center verurteilte. Ein Gericht widerrief die Ehrung im darauffolgenden Jahr, allerdings mit der Begründung, dass Bandera nicht die ukrainische Staatsbürgerschaft besaß, da er 1959 ermordet wurde, lange vor der ukrainischen Unabhängigkeit 1991.

In einer Stellungnahme auf der Website des U.S. Holocaust Memorial Museums schrieb der Holocaust-Überlebende Marcel Drimer, ein Freiwilliger des Museums, über das Überleben des Krieges, indem er sich in geheimen Bunkern im Ghetto seiner polnischen Stadt Drohobycz versteckte und dann im Haus einer ukrainischen Familie unterkam.

„Es besteht ein großer Bedarf, die ukrainische Öffentlichkeit über ihre Nationalhelden und ihre Behandlung der Juden aufzuklären“, schrieb er und wies darauf hin, dass Bandera, „ein ukrainischer Nationalist und Nazi-Sympathisant, der den Deutschen im Zweiten Weltkrieg im Kampf gegen die Russen half und Juden und Polen tötete“, als Held gilt.

In jeder ukrainischen Stadt gibt es Denkmäler für Bandera, Straßen und Autowaschanlagen sind nach ihm benannt, ebenso wie Restaurantgerichte wie die Bandera-Wurst. „Damit die Ukraine die Geschichte des Holocausts objektiv betrachten kann, müssen die Ukrainer andere Helden finden“, schrieb Drimer.

In der Mitteilung der Freunde des Simon-Wiesenthal-Zentrums wird



Stepan-Bandera-Statue in Ternopil, 1. Januar 2017

darauf hingewiesen, dass der Ottawa Citizen, der dem Postmedia Network gehört, derselben Muttergesellschaft wie die Zeitung in Toronto, am 19. Dezember 2022 einen Meinungsartikel von Luciuk veröffentlicht hat, in dem es heißt, dass das Nationale Holocaust-Denkmal in Ottawa auch Ukrainer einschließen muss“

## Holocaust-Verzerrung

„Sicherlich waren die Ukrainer nicht die einzigen Opfer des Holocausts. Millionen von Juden starben“, schrieb Luciuk in dem Beitrag. Er wies darauf hin, dass das Denkmal zunächst keine Juden erwähnte, die Inschrift aber geändert wurde, um auf die 6 Millionen Juden hinzuweisen, die im Holocaust ermordet wurden. „So wie es heute steht, ignoriert das Nationale Holocaust-Denkmal absichtlich das Leiden von Millionen von Menschen“, schrieb er.

Acht Tage später veröffentlichte der Citizen eine Antwort von Daniel Panneton, Direktor für Verbündete und gesellschaftliches Engagement bei den Friends of Simon Wiesenthal Center, und einem Kollegen. „Holocaust-Verzerrung ist keine harmlose Frage der Perspektive oder des Missverständnisses“, schrieben sie.

„Es ist bedauerlich, dass einige Personen die internationale Sympathie opportunistisch ausnutzen, um die gut dokumentierte Geschichte der Kollaboration zu beschönigen“, fügte Panneton in einer Presseerklärung hinzu. „Die International Holocaust Remembrance Alliance betont zu Recht, dass die Verzerrung des Holocausts der Demokratie schadet, und es ist enttäuschend zu sehen, dass Nachrichtenagenturen mit nationaler Reichweite

solche giftigen Desinformationen wiederholt legitimieren“.

Die National Post erklärte sich bereit, den Freunden des Simon-Wiesenthal-Zentrums zu gestatten, eine Gegendarstellung zu dem jüngsten Meinungsartikel zu verfassen.

„Wir sind enttäuscht und beunruhigt über diesen blinden Fleck bei Postmedia, die wieder einmal Lubomyr Luciuk Raum gegeben haben, der weiterhin Holocaust-Verzerrungen und Desinformationen verbreitet“, so Panneton gegenüber JNS.

„Ihre Redaktionsmitarbeiter müssen viel vorsichtiger sein, wenn es um Themen im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg geht, und es vermeiden, Beiträge zu veröffentlichen, die die Fakten über den Holocaust verfälschen“, fügte er hinzu. „Wir hoffen, dass dies die letzte derartige Fehleinschätzung sein wird“.

Luciuk erklärte gegenüber JNS, dass „die so genannten ‚Freunde des Simon Wiesenthal Center‘ das Buch lesen sollten. Das haben sie offensichtlich nicht.“

„Diese Leute scheinen ein Manuskript vorverurteilt zu haben, das sie sicherlich nicht einmal gelesen haben. Sie haben die tatsächlichen dokumentarischen Beweise nicht studiert“, sagte er.

Luciuk fügte hinzu, dass seine Mutter „von den Nazis verklavt“ wurde und dass er als Kind mehrere KZ-Überlebende kannte. „Behauptungen, ich hätte den Holocaust irgendwie ‚verzerrt‘, sind absurd und tatsächlich beleidigend“, sagte er.

Rob Roberts, Chefredakteur der National Post, erklärte gegenüber JNS, die Zeitung habe einen Auszug aus einem von der McGill-Queen's University Press herausgegebenen Buch veröffentlicht, in dem Wladimir Putins Rechtfertigung für den Einmarsch in die Ukraine kritisiert wurde, das Land müsse „entnazifiziert“ werden.

„Der Auszug enthielt einen Absatz, in dem die Ansicht bestritten wird, dass die Organisation der ukrainischen Nationalisten aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs Nazi-Kollaborateure waren. Wir erkennen jedoch an, dass diese Kollaboration durch frühere Forschungen nachgewiesen wurde“, sagte er. „Wir werden den Kritikern des Artikels die Möglichkeit geben, zu antworten und aus dieser Episode zu lernen, wenn wir zukünftige Artikel über diese Epoche der Geschichte in Betracht ziehen.“

Roberts fügte hinzu, dass die Post seit ihrer Gründung im Jahr 1998 durch Conrad Black in ihrer redaktionellen Haltung ausdrücklich pro-israelisch sei, was sich unter anderem in der aktuellen Serie „Israel mit 75“ zeige.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

# Illegale Einreisen aus der Schweiz seit Sommer 2022 verfünffacht

Vom ersten zum zweiten Halbjahr 2022 haben sich allein die von der deutschen Bundespolizei festgestellten illegalen Grenzübertritte mehr als verfünffacht. Insgesamt wurden knapp 10.500 Aufgriffe von illegal einreisenden zumeist muslimischen Migranten registriert, die Dunkelziffer dürfte um ein Vielfaches höher liegen. Zwar gehört auch die Schweiz zum Schengenraum, doch die Bundespolizisten an der Schweizer Grenze haben keine Möglichkeit, diesen Vorgang zu stoppen, da die Grenze nicht notifiziert ist und damit nicht als EU-Außengrenze gilt. Ein weiterer Missstand, der der Innenministerin Nancy Faeser bekannt sein dürfte, die ohnehin prekäre Einwanderungssituation weiter verschärft und bisher ohne erkennbare Behebung geblieben ist. (JR)

Von Matthias Nikolaidis

Nach Bayern, Sachsen und Brandenburg rutscht nun auch das grün regierte Baden-Württemberg in eine Art Zuwanderungsnotstand hinein. Die Schweizer Grenze hält immer schlechter dicht. FDP-Landeschef Martin Rülke fordert einen besseren Grenzschutz von der Schweiz und, falls der nicht kommt, deutsche Grenzkontrollen.

Die deutschen Beziehungen zur Schweiz, bislang meist geradezu langweilig, werden neuerdings von Missheligkeiten über die Kontrollen im Schengenraum erschüttert. Weil am Rhein und Konstanz meldeten so zahlreiche Grenzübertritte, dass Sondereinsätze von Bundespolizisten nötig wurden. Die seit letztem Jahr gemeldeten Probleme an der Grenze zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz sind noch immer ungelöst. Auch die Schweiz gehört zum Schengenraum mit allen damit einhergehenden Rechten und Pflichten.

Vom ersten zum zweiten Halbjahr 2022 haben sich allein die von der Bundespolizei festgestellten illegalen Grenzübertritte mehr als verfünffacht, wie Bild mit Verweis auf eine AfD-Anfrage an das Innenministerium berichtet. 1.610 Aufgriffen im ersten Halbjahr standen 8.862 im zweiten gegenüber, insgesamt knapp 10.500 Aufgriffe von illegal einreisenden Migranten. Übrigens haben die Bundespolizisten an der Schweizer Grenze keine Möglichkeit, diesen Vorgang zu stoppen oder zu unterbrechen. Da die Grenze nicht notifiziert ist, nimmt die Bundespolizei nicht den Rang einer Grenzbehörde ein.

Zurückweisungen, wie an der österreichischen Grenze, seien zur Schweiz „nicht möglich“, hob Heiko Teggatz, Vorsitzender der Bundespolizeigewerkschaft und Vizechef der Deutschen Polizeigewerkschaft, nun erneut hervor. Auch den Schuldigen benennt Teggatz klar und deutlich: „Das Bundesinnenministerium weigert sich nach wie vor, Grenzkontrollen zur Schweiz bei der EU anzumelden und schiebt die Verantwortung damit vorsätzlich an die Länder und Kommunen ab.“ Jene finanzielle und personelle Verantwortung, der der Bund letztlich nicht gerecht wird, wenn – wie nun verlautete – weitere Ausgleichszahlungen an die Gemeinden ausgeschlossen werden. Das muss man eventuell als Gefeilsche zwischen den Verwaltungsebenen dieses Landes ansehen.

## Grenzaufgriffe zeigen nur Bruchteil illegaler Einreisen

Laut Bild, die sich damit wiederum auf offizielle Zahlen beruft, setzte sich der verschärfte Einreisetrend an der Schweizer Grenze auch in diesem Jahr fort. Allein 922 illegale Einreisen wurden von der Bundespolizei im ersten Monat des Jahres festgestellt. Die tatsächlichen Einreisezahlen liegen um ein Vielfaches höher. So gab es im Januar 2.543 Asylerstränge in Baden-Württemberg. Laut



Schlepperbanden haben die Route über die Schweiz nach Deutschland für sich etabliert.

Bild wurden aber sogar 4.504 im Bereich Asyl in Aufnahmeeinrichtungen des Südwestlandes aufgenommen.

Vergleicht man die unterschiedlichen Grenzabschnitte, dann konnte die deutsch-schweizerische Grenze im Jahr 2022 zu den anderen Grenzabschnitten zu Österreich, Tschechien und Polen aufschließen. Von Österreich nach Bayern reisten demnach immer noch 22.824 illegale Migranten ein. Diese Route war auch schon in der großen Migrationskrise von 2015 und 2016 die meistgenutzte. Von Tschechien her wurden im vergangenen Jahr 16.071 illegale Einwanderer festgestellt, von Polen waren es 15.198.

Alle diese Zahlen – wahrscheinlich sogar die bayerischen – stellen aber nur einen Ausschnitt aus dem viel breiteren Einwanderungsgeschehen dar, das erst in der Asylverwaltung wirklich sichtbar wird. In der Summe gab es offenbar mehr als 200.000 illegale Einreisen im vergangenen Jahr – das sind mehr als doppelt so viele, wie von der Bundespolizei insgesamt festgestellt werden konnten (2022: 91.986 Personen).

## FDP will zuerst Kontrollen der Schweizer, dann deutsche

In Baden-Württemberg will man den Wechsel in die Champions League der deutschen Einwanderungsbundeslän-

der nicht ohne Gegenwehr hinnehmen. FDP/DVP-Landeschef Hans-Ulrich Rülke bestätigt, dass die Landeskommunen „bereits jetzt bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gehen“ müssen: „Illegale Migration stellt eine Belastung für unser Land dar.“

Rülke wünscht sich folglich eine Entlastung, im Klartext „verstärkte Grenzkontrollen“, die er aber paradoxerweise zuerst von den Schweizern einfordert. Die „baden-württembergische Landesgrenze“ müsse „auf Schweizer Seite vor illegaler Migration wirksamer geschützt“ werden. In erster Linie fordert Rülke daher vom neuen Migrationsbeauftragten der Bundesregierung, Joachim Stamp (auch FDP), mit dem Schweizer Bundesrat in Verhandlungen für effektiven Grenzschutz zu treten. Erst in zweiter Linie, „wenn diese Bemühungen erfolglos [bleiben] sollten, müssen wirksame Grenzkontrollen auf deutscher Seite her“. Das ist schon sehr ausgefuchst, wie Rülke die Verantwortung zunächst delegiert, dabei auch noch seinen Parteifreund mit einer diplomatischen Mission betraut. Dabei ist auch den Schweizern klar, dass der Anziehungspunkt Deutschland diese illegale Migration wesentlich begründet und befeuert.

Zudem ist es die Schweiz, die von der EU-Politik an den Außengrenzen be-

troffen ist. Liebe Deutschland als mächtiges EU-Mitglied nicht eine so große Schutz- und Gesetzlosigkeit an den EU-Außengrenzen zu, die es durch direkte Zahlungen an Migrations-NGOs sogar noch befördert, dann müsste auch die Schweiz sich nicht einer ständig wachsenden Zahl von illegalen Migranten erwehren, bei denen man letzten Endes zum Teil „die Waffen strecken“ mag. Die gestiegenen Zahlen sind nur ein weiteres Symptom einer zerfallenden Bundesregierung (samt angeschlossenen Landesparteigliederungen), die ohne ein ernstzunehmendes migrationspolitisches Konzept ist.

## Das Land, das die Migranten rief, beklagt sich nun

An der österreichischen Grenze, wo die deutschen Grenzkontrollen dank Notifizierung am engmaschigsten sind, sind die Aufgriffe im letzten Jahr zwar auch angestiegen, doch nicht so stark wie an der Schweizer Grenze. Das zeigt die Dynamik der illegalen Wanderungsbewegungen und das Bemühen der Schlepper und illegalen Migranten um Ausgleichsrouten. Deutsche Erstaufnahmen sind abweichenden Behauptungen zum Trotz noch immer belagert, sei es in Bayern oder Sachsen. Vor allem ist das so, weil der Druck der neuerwachten Balkanroute sich speziell auf diese östlichen Grenzabschnitte auswirkt. Die Schweizer Grenze kommt nun als unbewachte Anlage dazu, und der baden-württembergische Ministerpräsident glaubt derweil, dass schnellere Einbürgerungen ihm Fachpersonal einbringen (Landesfunk-Überschrift: „Wir müssen ein Einwanderungsland werden“). Insgesamt, zusammen mit den Ukrainern, „flüchteten“ 2022 übrigens mehr als 130.000 Menschen nach Baden-Württemberg. Das ist der reale Kraftakt, den Gemeinden und Landkreise leisten müssen.

„Allein bei den Asylsuchenden war es bereits im ersten Halbjahr der höchste Halbjahreszugang seit 2016“, so liest sich eine Pressemitteilung der grün-schwarzen Landesregierung von vergangener August. „In der Kalenderwoche (KW) 27 waren es pro Tag noch 110 ukrainische Geflüchtete in die Erstaufnahmen des Landes und 79 Asylsuchende mit Verbleib in Baden-Württemberg. Bis KW 31 sind diese Zahlen bereits auf 170 ukrainische Geflüchtete und 110 Asylsuchende pro Tag gestiegen.“

Ein Problem im Hintergrund ist, dass die Gemeinden seit 2015 die kompletten Kosten für Heizen und Wohnen auf den Bund ‚abwälzen‘ konnten – eine Regelung, die sie nun gerne erneuert sähen. Allerdings stellt sich die Frage, ob man nicht Eigenverantwortung auch dort stärken sollte, wo zu oft nach noch mehr Flüchtlingen gerufen wird, nämlich in deutschen Rathäusern, teils auch in den Staatskanzleien der Bundesländer.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick.

# Netanjahu zu Besuch in Berlin: Deutsche Besserwisser und Islam-Appeaser

Ob beim Besuch des deutschen Justizministers Marco Buschmann in Israel oder jetzt beim Besuch des israelischen Premiers Benjamin Netanjahu in Berlin: Deutsche Politiker und Medien spielen sich gerne mit moralischen Urteilen und unerbetenen Ratschlägen besonders gegenüber Israel auf. Das stereotype Narrativ, die Israelis seien gegenüber den „Palästinensern“ die „modernen Nazis“, ist allerdings unwahr und zutiefst jüdenfeindlich. Dennoch wird es in Deutschland nicht nur von einem Großteil der islamischen Migranten, sondern gern auch von einem Teil der grünen und linken „Palästinenser“-freundlichen Kreise zur Dämonisierung des Staates Israel aufrechterhalten. Besonders bezeichnend ist die groteske quantitative und qualitative Diskrepanz zwischen der Dauerverurteilung des demokratischen Staates Israel im Vergleich zu der nahezu fehlenden oder sehr dürftigen Kritik an wirklich menschenverachtenden Diktaturen oder an den systematischen Menschenrechtsverletzungen in der arabischen Welt. Ein gutes Beispiel dafür ist auch das unter der „palästinensischen“ Verantwortung und der Terrororganisation Hamas stehende Gaza. (JR)

Von Laszlo Trankovits

Das deutsch-israelische Verhältnis auf dem Prüfstand: die große Frage war, wie offen und wie öffentlich werden Israels Premier Benjamin Netanjahu und Kanzler Olaf Scholz ihre Differenzen austragen? Sehr schnell wurde beim Besuch Netanjahus in Berlin klar, dass der deutsche Regierungschef auch öffentlich kaum ein Blatt vor den Mund nimmt. Scholz sprach offen über seine große „Besorgnis über die in Israel geplante Justizreform“. Die Unabhängigkeit der Justiz sei „ein hohes demokratisches Gut“, sagte der Sozialdemokrat auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit Netanjahu.

Israels Ministerpräsident blieb gelassen, betonte, dass Israel keineswegs demokratische Prinzipien abschaffen wolle. „Wir wollen Israels Demokratie nicht verändern, wir wollen sie mit anderen westlichen Demokratien in Einklang bringen.“ Es gehe um ein „Gleichgewicht“ in der Gewaltenteilung. Ansonsten verwies er auf die „zuverlässige Partnerschaft mit Deutschland“.

Ob Netanjahu so offen wie Scholz sagte, was er wirklich dachte, darf man mit Fug und Recht bezweifeln. Die Israelis wissen seit vielen Jahrzehnten was die Praxis der stets beteuerten „unverbrüchlichen Freundschaft“ der Deutschen mit Israel konkret bedeutet. Denn Politiker in Berlin fragen sich besonders gerne, ob das, was da im jüdischen Staat geschieht, moralisch wirklich zu rechtfertigen sei. Meistens haben sie auch stets gute Ratschläge parat.

Allerdings zeigen deutsche Politiker ebenso wie die Medien des Landes besonders dann, wie wichtig ihnen das Schicksal Israels ist, wenn sich das Land wie jetzt im Krisenmodus befindet. Denn wenn es um diesen jungen Staat geht, dem Zufluchtsort von Juden nach 2500 Jahren Erfahrungen mit Verfolgung und Diskriminierung, kann man Deutschland wahrlich keinen Mangel an Engagement vorwerfen.

So war es denn auch beim Arbeitsbesuch Netanjahus im März. Kanzler Scholz betonte erneut, dass die Sicherheit Israels zur Staatsräson Deutschlands gehöre – so wie es seine Vorgängerin im Amt, Angela Merkel, schon 2008 in der Knesset erstmals formuliert hatte.

## Gegen den Machtanspruch des Obersten Gerichts

Die Justizreform soll verhindern, dass das oberste Gericht in Jerusalem immer wieder, und aus Sicht vor allem konservativer Politiker „übergriffig“ und „parteiisch“ in die Gesetzgebung des



Wer die Justizreform in Israel nicht verstanden hat, protestiert auch in Berlin

Parlaments, der Knesset, eingreift. Zudem zieht die neue Regierung in Jerusalem angesichts der ständigen Terroranschläge der „Palästinenser“ und der anhaltenden Raketenangriffe aus dem Gaza-Streifen radikale Konsequenzen. Die Antwort auf die seit Jahrzehnten erwiesene Unfähigkeit der „Palästinenser“ zu Frieden und Kompromissen ist eine entschiedene Politik der Stärke und die unausgesprochene Absage an jegliche „Zwei-Staaten-Lösung“.

Diese Politik stößt allerdings auf massiven Widerstand vor allem bei den Linken in Israel, angeführt von Oppositionsführer Yair Lapid. Sie beschuldigen Netanjahu, aus persönlichen Gründen (Korruptionsvorwürfe) und Machtgier die Demokratie massiv schwächen zu wollen. Radikale Linke versuchten in diesen Tagen sogar, das Parlament in Jerusalem anzugreifen; in linken Blogs waren mehr oder minder direkt Aufrufe zum Bürgerkrieg zu lesen. Zudem wurden Minister und ihre Familien in ihren Häusern bedroht.

Anfang März entdeckten Aktivisten die Frau des Premierministers, Sara Netanjahu, in einem Friseursalon in Tel Aviv. Etwa 1000 Linksradikale belagerten den Salon und bedrohten lautstark die Frau, die schließlich nur mit Hilfe eines Großeinsatzes der Polizei dem Mob entkommen konnte. „Es sieht so aus, als hätte jemand ein Exemplar

vom Strategiehandbuch der Antifa in die Hände gekriegt“, kommentierte die „Jewish Press“.

## „Barbarische Brüder der Palästinenser“

„Das waren keine Demonstranten“, schrieb empört der Sohn Netanjahus auf Twitter. „Das sind ... Terroristen! Hier ist eine gewalttätige Widerstandsbewegung entstanden, die von üblen, kriminellen Milliardären finanziert wird.“ Für Yair Netanyahu sind die „aufgeklärten europäischen Linken ... die (ideologischen) Zwillinge ihrer barbarischen Brüder, der Palästinenser“. Heute sei es für einen Konservativen „genauso gefährlich, Tel Aviv zu betreten, wie für einen Juden mit Kippa Ramallah zu betreten“, so der Sohn des Premiers.

Mit seinem Hinweis auf die Rolle linker Organisationen in Europa und den USA bei den Protesten in Israel spricht Netanjahu ein Thema an, das von den deutschen Medien völlig außer Acht gelassen wird. Denn viele Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO) in Israel werden inzwischen seit Jahrzehnten mit ausländischen, vor allem amerikanischen Geldern finanziert.

Das zentrale Thema dieser Organisationen für Menschenrechte und Demokratie ist fast ausschließlich die Behandlung der Araber in Israel – die als israelische Staatsbürger alle politischen und zivilen Rechte genießen – sowie

der „Palästinenser“ im Gaza-Streifen und im Westjordanland. Mit großem Sendungsbewusstsein prangern diese Organisationen immer wieder angebliche Menschenrechtsverletzungen der Regierung, der Behörden oder des Militärs in Israel an. Besonders gerne greifen UN-Organisationen die Vorwürfe auf.

## Steinmeier macht sich Sorgen

In diesen schwierigen Zeiten wäre es auch für Israel besonders wichtig, sich auf gute Freunde verlassen zu können. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier könnte also den Israelis versichern, dass sich der jüdische Staat darauf verlassen kann, dass die Deutschen auch in unruhigen Zeiten helfen und unterstützen, wo immer man das kann. Auf keinen Fall aber wolle man sich in die Innenpolitik des einzigen demokratischen Staates im Nahen Osten einmischen. Das hätte Steinmeier sagen können. Vielleicht hätte er dann, hinter verschlossenen Türen, den Freunden ins Gewissen geredet, sie vor möglicherweise großen Fehlern gewarnt. So, wie man eben Freunde kritisiert, unter vier Augen.

Stattdessen aber nutzte das deutsche Staatsoberhaupt vor Kameras und Mikrofonen in Berlin eine große Bühne, nämlich einen Empfang zum fünfzigjährigen Bestehen der Universität Haifa. Steinmeiers Stellungnahme klang in israelischen Ohren eher wie eine offene Rüge:

Er mache sich große Sorgen wegen des geplanten „Umbaus des Rechtsstaates“ in Israel. Kaum verhüllt wandte er sich gegen die Reformpläne Netanjahus.

### Kaum Kritik an Islamisten in Teheran

Man muss lange darüber nachdenken, wann der Sozialdemokrat in seinem Amtssitz, dem Schloss Bellevue in Berlin, derart offen tagespolitische Vorgänge eines befreundeten Landes kritisiert hat – allerdings hatte Steinmeier schon 2016 als Außenminister den damaligen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump als „Hassprediger“ angegriffen. Heftige Töne gegenüber den „Freunden“ in Israel oder den USA fallen Steinmeier, gleich ob als Außenminister oder Bundespräsident, sichtlich leichter als beispielsweise eine Kritik an den islamistischen Tyrannen in Teheran oder an der Diktatur in China.

Steinmeier war natürlich nicht der einzige deutsche Politiker, der sich in die israelischen Auseinandersetzungen einmischte. Auch Justizminister Marco Buschmann (FDP) gab „in aller Freundschaft“, wie er betonte, den Israelis öffentlich Ratschläge, wie eine Demokratie funktioniere. „Aus der Geschichte zu lernen bedeutet zu erkennen, dass sich Demokratien mit ihren eigenen Mitteln selbst abschaffen können, wenn der Mehrheit keine Grenzen gesetzt sind“, mahnte er.

### Klimaaktivisten stellen nebenbei auch Israels Existenz in Frage

Wenig überraschend ist, dass die traditionelle Feindseligkeit der Linken und Linksextremen in Deutschland gegenüber Israel auch bei den modernen linken Basisbewegungen – wie Fridays for Future – nahtlos fortsetzt.

Israels Botschafter in Deutschland, Ron Prosor, beklagte jüngst, dass die Klima-AktivistInnen Israel als Apartheid-Staat diffamieren und auch in den Slogan „from the river to the sea, Palestine will be free“, der das Existenzrecht Israels infrage stellt, einstimmt. Der Diplomat verwies in der „Welt“ darauf, dass es in Deutschland neben dem „braunen, vulgären Antisemitismus“ einen wachsenden „linken Antisemitismus“ gebe, der mittlerweile „salonfähig“ geworden sei.

Sehr viel gravierender als der linksextreme Antisemitismus müssen allerdings die Stimmen aus der Regierung in Berlin genommen werden. Man könnte Steinmeier, Buschmann und alle anderen Besserwisser in Deutschland fragen, ob denn der jüdische Staat alle Unterstützung verlieren würde, gäbe es tatsächlich eine Entwicklung zu einem autoritären Staat (was nicht nur Likud-Politiker heftig bestreiten). Schließlich hat ja die immer wieder beschworene „Freundschaft“ zu Israel auch etwas mit der Tatsache zu tun, dass in deutschem Namen vor gerade mal 80 Jahren sechs Millionen Juden ermordet wurden.

Nichts hat den Juden in der Diaspora die dramatische Notwendigkeit eines jüdischen Staates so deutlich gemacht, wie der Holocaust, der ja selbst auch nur der entsetzliche Gipfel einer jahrtausendalten Verfolgung und Ausgrenzung der Juden darstellte. Nun beteuern die Kinder und Enkel der Tätergeneration, Israels Existenz sei auch für Deutsche essentiell, das winzige Land von der Größe Hessens, das seit 75 Jahren von der Auslöschung bedroht ist, könne immer mit der Solidarität Deutschlands rechnen.

### In deutschen Medien kommen nur Israel-Kritiker zu Wort

Liest man deutsche Medien, könnten einem große Zweifel kommen. Am allerliebsten lassen Zeitungen und Zeitschrif-



Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und Bundeskanzler Olaf Scholz

ten israelische und jüdische Autoren zu Wort kommen, die immer und immer wieder Israel wegen ihrer Besatzungs- und Siedlungspolitik kritisieren. Die Argumente für die Reformpläne Netanjahus finden sich in den meisten deutschen Medien kaum wieder, ebenso wenig kommen Politiker oder Intellektuelle zu Wort, die die aktuelle Regierungspolitik verteidigen.

In der „Berliner Zeitung“ wirft der linksgerichtete Literaturwissenschaftler und Autor Tomer Dotan-Dreyfus (36) Deutschland „Feigheit“ vor, weil es schweige und „zugucke ... während Israel brennt“. Damit meint er nicht Terroranschläge und Raketenangriffe auf Israel, sondern die innenpolitischen Auseinandersetzungen. „Die israelische Demokratie wird zerstört“, schreibt er.

Und dann wird der Leser mit erstaunlichen Gedankensprüngen konfrontiert. „Deutschland hat keine besondere Verantwortung gegenüber Israel.“ Deutschland habe Juden „in die Konzentrationslager geschickt, nicht Israel“. Es gebe keine besondere Verantwortung „gegenüber einem von rechtsradikalen Kräften geführten Staat ... Es wirkt, als nutze man die Politik der Wiedergutmachung, um ansonsten versteckte Affinitäten für erstarkten Nationalismus wieder offen zeigen zu dürfen.“ Schließlich stellt der Autor auch noch eine Verbindung zwischen den Anti-Netanjahu-Protesten, der angeblichen „Entdemokratisierung“ in Israel und dem „palästinensischen Kampf für Freiheit von illegaler Besatzung“ her.

### Antisemitismus jüdischer Intellektueller hat Tradition

So wie Dotan-Dreyfus denken viele Linke auch in Israel. Nun haben sowohl der Antisemitismus als auch die Israelfeindlichkeit mancher jüdischen Intellektuellen – auch in Israel selbst, vor allem aber in den USA – eine lange historische Tradition. Die Argumentationen sind oft genauso wirr wie in dem Kommentar der Berliner Zeitung.

Dem Autor gelingt es, mit seinen Worten an ein deutsches Publikum gleichzeitig Neonazis zu erfreuen („keine besondere Verantwortung“) als auch Politikern in Berlin zu unterstellen, die deutsche Politik der Wiedergutmachung zu nutzen, um eine heimliche Sympathie für den Nationalismus auszuüben. Und irgendwie wird dann noch der „palästinensische Freiheitskampf“ damit verknüpft.

In der Frankfurter Rundschau (FR) bekommt die israelisch-amerikanische Philosophin Susan Neiman ein Podium, die seit jeher die israelische „Palästinenser“-Politik anprangert, auch

unter der Regierung Naftali Bennets und Jair Lapidis seien immer mehr „Palästinenser“ „ermordet“ worden. Nun klagt sie über eine „fehlende moralische Klarheit der Deutschen im Umgang mit Israels Palästina-Politik“. Sie beschuldigt israelische Minister als „Faschisten“ und unterstellt, sie seien in ihrem Rassismus nur mit dem Ku-Klux-Klan zu vergleichen. Es werde in Deutschland viel zu wenig über die „Besetzung Palästinas“ gesprochen, was immer sie mit dieser Beschreibung auch meinen mag.

### „Tacheles mit Israel reden“ – „Der Widerstand braucht Hilfe“

In einem Kommentar fordert die FR dann unverblümt, dass die Bundesregierung „mit Israel Tacheles reden“ müsse, denn die „angepeilte Aushebelung des Gewaltensystems“ komme einem „Coup d'état“ (Staatsstreich) „gefährlich nahe“. Israels Regierung habe einen „gefährlichen Machthunger“ und beabsichtige, die Demokratie einzuschränken, „um das Westjordanland zu schlucken. Der Widerstand braucht Hilfe von außen.“

Die FR-Nahostexpertin Inge Günther dämonisiert in ihrem Leitartikel ohne jede Scheu die Vorgänge in Israel und verlangt „Widerstand“, ein Wort das in der deutschen Geschichte eine ganz andere Konnotation hat, nämlich den Widerstand gegen das Nazi-Regime. Und genau dieses unverschämte Narrativ, die Israelis seien gegenüber den „Palästinensern“ die „modernen Nazis“, wird in linken, „Palästinenser“-freundlichen Kreisen in Deutschland, aber auch in anderen Ländern, stets gepflegt.

Im „Spiegel“ hat die Parteilichkeit für die „Palästinenser“ und gegen Israel eine lange Tradition. Auch jetzt nimmt man kein Blatt vor den Mund: „Netanjahus neue Koalition mit religiösen Extremisten will die Demokratie beseitigen“, heißt es klar und direkt.

### Netanjahu „verkauft“ Israel

„Um seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen, opfert er die Demokratie Israels. Verkauft sein Land an Fanatiker“, so der ungeheuerliche Vorwurf des Nachrichtenmagazins. Der geneigte Leser könnte da leicht ein antisemitisches Stereotyp herauslesen. Die beiden spürbar empörten Autoren des Spiegels schreiben die Sätze im Indikativ, also sollen es keine Zitate sein. Journalistisch höchst unsauber werden die Aussagen mit dem Hinweis verknüpft, dass so immer mehr Kritiker der israelischen Regierung denken.

Nicht alle Kommentare in deutschen Medien sind so krass, aber oft ist schon der Zungenschlag der Israel-Berichterstattung erstaunlich eindeutig und parteiisch.

### Druck ausüben auf den besten Freund

Der Deutschlandfunk kritisiert Israel eleganter, fordert aber von Berlin auch „Signale“. Deutschland sei zwar „das letzte Land, das sich erlauben kann, gegenüber Israel den Zeigefinger zu erheben. Und doch muss es sein“, heißt es in einem Kommentar des früheren Israel-Korrespondenten Sebastian Engelbrecht. Schließlich überlebe „eine gute Freundschaft jeden Streit“.

Die Bundesregierung müsste „als einer der besten Freunde Israels Druck auf die Regierung in Jerusalem ausüben“. Der ARD-Kommentator, der durchaus sachlich, wenngleich recht einseitig die Pläne Netanjahus kritisiert, tut das, was deutsche Politiker und Journalisten besonders gerne tun.

Nach der formelhaften Betonung der besonderen Verantwortung auch des modernen Deutschlands gegenüber Israel angesichts des Holocausts beginnt eine meist sehr heftige Kritik an Israel. Derzeit wegen der Reformpolitik, ein anderes Mal wegen des Siedlungsbaus oder der militärischen Schläge gegen Terroristen und anderer Israel-Feinde in der arabischen Nachbarschaft.

### Die Probleme deutscher Kritik

Es gibt vor allem drei Gründe, warum die deutsche Kritik an Israel oft ungläubwürdig und fragwürdig ist, warum sie in Israel oft nur Kopfschütteln hervorruft:

Sprechen so in aller Öffentlichkeit wirklich „beste Freunde“?

Warum unterscheidet sich die Kritik der Deutschen („Verantwortung aus der Geschichte...“) kaum von der üblichen, weitverbreiteten, oft nur unterschwellig Israel-Feindseligkeit zum Beispiel in EU und UN?

Wieso gibt es diese groteske quantitative und qualitative Diskrepanz zwischen der Kritik an Israel im Vergleich zu der Kritik an menschenverachtenden Diktaturen (Iran, China u. a.) oder den systematischen Menschenrechtsverletzungen in der arabischen Welt (wie in Gaza unter der „palästinensischen“ Verantwortung).

Israel ist in Deutschland stets ein großes Thema. Eigentlich eine großartige Reaktion der Nachkriegs-Generationen, das Schicksal des jüdischen Staates wichtig zu nehmen. Und natürlich, auch Freunde dürfen kritisieren. Die Frage ist nur, wie und wo. Wie würde man am Arbeitsplatz, im Verein, in der Partei oder in der Familie wirkliche Freunde kritisieren? Vermutlich eher diskret, verhalten und eher leise.

### „Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nie verzeihen“

Noch einmal anders stellt sich die Situation dar, wenn man ernsthaft und ehrlich auf die Geschichte von Deutschen und Juden schaut. Die Tatsache, dass die Generationen der Eltern und Großeltern in Deutschland für unvorstellbare Verbrechen an den Eltern und Großeltern der Israeliten verantwortlich war, könnte zumindest sensible Menschen veranlassen, mit der Kritik sehr, sehr zurückhaltend zu sein.

Wie aber soll man Menschen beurteilen, die sich geradezu obsessiv mit den Problemen dieses kleinen Staates mit seinen neun Millionen Einwohnern beschäftigen? Warum dominieren vielfach Skepsis, Misstrauen und Unterstellungen die Berichterstattung über Israel, dessen Existenz in der halben Welt aggressiv und kampfbereit in Frage gestellt wird? Sollte gar Henryk M. Broder recht haben, dass „die Deutschen den Juden Auschwitz nie verzeihen werden“?

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick.

# Berufungsprozess um gewalttätigen Judenhasser: Das jüdische Opfer ist auf einem Auge blind

Der syrisch-stämmige Aram A. verletzte im September 2018 bei einer Mahnwache für Israel und gegen Antisemitismus in Hamburg einen jüdischen Mann so schwer, dass dieser nun auf einem Auge erblindet ist. Der islamische Angreifer hatte sich von den Israel-Flaggen provoziert gefühlt und pöbelte lauthals zusammen mit seinem Bruder: „Scheiß Israel“, „Scheiß Juden“ und „Free Palestine“. Vom Opfer daraufhin angesprochen, ging er brutal auf den 60-Jährigen los, der nun arbeitsunfähig und auf Erwerbsminderungsrente angewiesen ist. Trotz dieses antisemitischen Sachverhalts wurde Aram A. ausschließlich wegen schwerer Körperverletzung lediglich zu einer 16-monatigen Bewährungsstrafe verurteilt. Auch diese milde Strafe erscheint dem 18-jährigen Juden- und Israelfeind noch zu hoch. Er hat Einspruch gegen das Urteil erhoben und auf Notwehr plädiert. Pikantes Detail in der Personalie von Aram A. ist dazu, dass er eine Schauspielrolle im Film „Evolution“ hatte, der bei den Filmfestspielen in Cannes gezeigt wurde und in dem es um eine Familie von Holocaust-Überlebenden geht. Darin spielte der Judenhasser ausgerechnet „Ali“, der in einer Berliner Schule einen jüdischen Schüler mobbt und gegenüber seinem Klassenkameraden auch gewalttätig wird. (JR)

Von Birgit Gärtner

Am 21. März 2023 begann vor dem Landgericht Hamburg der Berufungsprozess im Falle Aram A. Der inzwischen 18-jährige Berliner mit syrischen Wurzeln war Anfang August 2022 wegen schwerer Körperverletzung zu einer Jugendstrafe von 16 Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt worden. Ihm wurde zur Last gelegt, Michael T. (Name von der Redaktion geändert), Teilnehmer einer Mahnwache gegen Antisemitismus und pro Israel, am 18. September 2021 in der Hamburger Innenstadt so schwer verletzt zu haben, dass dieser auf dem rechten Auge erblindet ist. Gegen das Urteil legte sowohl die Staatsanwaltschaft Berufung ein als auch der Angeklagte. Ersterer war das Urteil zu mild, Letzterer sieht sich zu Unrecht der schweren Körperverletzung beschuldigt, da er aus Notwehr gehandelt habe, wie sein Verteidiger sagte. Das Urteil stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Den 18. September 2021 wird Michael T. in seinem ganzen Leben nicht vergessen: Gemeinsam mit seiner damals fast 80-jährigen Mutter nahm er an einer Mahnwache unter dem Motto „Jewish Lives Matter – Kein Antisemitismus in Deutschland. Schluss mit Hass und Hetze gegen Juden“ teil. Diese findet seit fast acht Jahren mindestens einmal im Monat statt, zum vierten Mal waren Mutter und Sohn T. dabei. Einer der beiden Großväter von Michael T. überlebte mehrere Konzentrationslager, der Rest von dessen Familie wurde von den Nazis ermordet.

Die Beteiligten der Mahnwache wollen indes nicht nur gegen Antisemitismus protestieren, sondern ihre Solidarität mit dem jüdischen Staat zum Ausdruck bringen. Ein Anliegen, das auch Michael T. und seine Mutter teilen. Bei der Mahnwache kommen Israel-Flaggen und Fähnchen zum Einsatz, so dass die Solidarität mit Israel nicht übersehbar ist.

## Das Opfer ist auf einem Auge erblindet

An jenem 18. September 2021 kam die syrisch-stämmige Familie A. aus Berlin des Wegs: Mutter A. mit ihren Kindern, eine Tochter und zwei Söhne. Das Quartett hatte laut Bild in Hamburg Verwandte besucht und war auf dem Weg zum Bahnhof, um die Heimreise anzutreten.

Von der Pro-Israel-Mahnwache fühlten sich die beiden Jungs, damals 14 und 16 Jahre alt, so sehr provoziert, dass sie sich der Gruppe laut pöbelnd näherten und diese mit ihren Handys filmten. Dabei fielen Worte wie „Scheiß Israel“, „Scheiß Juden“, „Free Palestine“ und „ich fick Deine Mutter“. Michael T. ging auf die Gruppe zu, laut Zeit, um „die Jugendlichen zur Rede stellen“ zu wollen. Das Blatt schreibt weiter:

„Es gab kein Wortgefecht, keinen Dialog. Der Täter schlug direkt und unvermittelt zu“, erinnert sich der Zeuge. Danach habe der Schläger auch Personen bedroht, die



Wenn es um Israel und Judentum geht, werden sogar Mahnwachen attackiert

dem Opfer zu Hilfe eilen wollen.

„Schlug unvermittelt zu“ bedeutet einen Faustschlag in das Gesicht von Michael T., bei dem sowohl Nasen- als auch Jochbein brachen und seine Brille zerstört wurde. Splitter des Brillenglases bohrten sich in das rechte Auge, einer davon verletzte einen Sehnerv so sehr, dass er nie wieder wird sehen können. Für Michael T. hat das dramatische Konsequenzen, nicht nur gesundheitlich, sondern auch sozial: Bis zu jenem Tag arbeitete er in einem Elektro-Fachgeschäft, dieser Tätigkeit kann er seither nicht mehr nachgehen. Bis zum 30. November 2022 bekam er eine befristete volle Erwerbsminderungsrente beivilligt. Ursprünglich wollte er am 1. Dezember 2022 seine alte Tätigkeit wieder aufnehmen; doch nach mehreren Operationen war klar, dass er auf dem rechten Auge blind und erwerbsunfähig bleiben wird. Bis zum Erreichen des gesetzlichen Rentenalters erhält er statt des erhofften Gehalts die Erwerbsminderungsrente als befristete Dauerrente. Das bedeutet finanzielle Einbußen von monatlich mehrere Hundert Euro. Zu dem Trauma kommen nun auch Existenznöte. Gemeinsam mit seiner Anwältin Canan C. Yüksel verklagt Michael T. Aram A. auf 100.000 Euro Schadensersatz.

Im Verfahren im Sommer 2022 entschuldigte Aram A. sich bei Michael T. Doch dieser äußerte Bild gegenüber erhebliche Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Angeklagten:

„Aber ernst gemeint schien mir das nicht. Er hat gegähnt, bei Aussagen von Zeugen den Kopf geschüttelt und den Kopf sogar auf den Tisch gelegt. Das sagt ja wohl alles!“

## Israelhass als Familientradition

Der Anwalt von Aram A. plädierte schließ-

lich für Freispruch für seinen Mandanten, da dieser in Notwehr gehandelt habe. So sieht es auch die Mutter von Aram A.. Die Version von Michael T. bezeugen andere Kundgebungsteilnehmer. Fakt ist: Michael T. ist schwer geschädigt, nicht Aram A., der drei Mal die Woche boxt und zum Karate-Training geht, seitdem er acht Jahre alt ist. Das erklärt auch, wieso der an sich schmale Jugendliche mit einem Faustschlag eine solche Verletzung verursachen konnte.

Dieser schlagkräftige Jugendliche fühlte sich bedroht? Von einem 60-jährigen? Selbst wenn das stimmen sollte, wirft sein Verhalten Fragen auf:

Warum hat er Michael T. nicht gewarnt, dass er Kampfsportler sei?

Warum musste er so hart zuschlagen? Nachdem er sein halbes Leben lang Kampfsport ausübt, musste ihm die Wirkung seines Schläges bewusst sein.

Und – die Frage aller Fragen: Warum musste er überhaupt zuschlagen, hätte es Weglaufen nicht auch getan? Wäre das in einer vermeintlichen Bedrohungssituation nicht die naheliegendste Reaktion?

In dem Verfahren stand die Aussage der Familie A. gegen die mehrerer Kundgebungsteilnehmer. Das führte letztlich zu der Verurteilung des Jugendlichen; allerdings zu einer verhältnismäßig milden Strafe, gemessen an den Konsequenzen für den Geschädigten.

Für die Version der Kundgebungsteilnehmer spricht auch die politische Einstellung der Familie A.: Nicht nur Aram A., sondern auch seine Mutter ist Israel gegenüber feindlich eingestellt, macht daraus keinen Hehl und soll die Hisbollah unterstützen sowie mitunter an Israel feindlichen Demonstrationen teilnehmen. Es wäre sehr interessant, herauszufinden, ob die Familie sich beispielsweise auch am Al-Quds-Marsch beteiligte.

## Den Judenhasser „authentisch“ gespielt

Eine der Kundgebungsteilnehmerinnen machte Fotos von den Jugendlichen, die Mutter von Aram A. bestätigte später der Polizei gegenüber, dass darauf ihre zwei Söhne und ihre Tochter zu sehen seien.

Ein Foto des Tatverdächtigen kursierte recht schnell im Internet – und dann wurde die Angelegenheit vom virtuellen Tratsch in sozialen Medien zum real Crime: Jemand fand heraus, dass es einen jungen Mann gibt, der dem Tatverdächtigen stark ähnelt

und bei der Agentur „Kokon“ als Schauspieler Aram A. geführt wird. Die virtuelle Gerüchteküche brodelte. Wie sich heraus stellte, spielte der dem Tatverdächtigen stark ähnelnde Schauspieler in dem Film „Evolution“ mit, der im Juni 2021 bei den Filmfestspielen in Cannes Premiere feierte. Google verriet mir dann, was für ein Film das ist: Die Geschichte einer jüdischen Familie vom Holocaust bis in die Gegenwart, bei der Regisseur Kornél Mundruczó Biographisches einfließen ließ.

Die Agentur entfernte nach dem Bildbericht Aram A. aus ihrer Kartei – und es war klar: Der Tatverdächtige ist der junge Schauspieler Dorothea Trebs, Leiterin von „Kokon“, attestierte ihm schauspielerisches Talent. Doch möglicherweise ist das von der Agentur gepriesene schauspielerische Talent ja auch darin begründet, dass er seine Aversion gegen Juden nicht spielen musste...

## Die Reaktionen:

### Reine Lippenbekenntnisse

Alle zeigten sich erschüttert: Dorothea Trebs, Jan Krüger vom Filmverleih „Port au Prince“, Albert Wiederspiel, Leiter der Hamburger Filmfestspiele, im Rahmen derer der Film gezeigt wurde, wie die Hamburgerin Silke Opfer herausfand, und Regisseur Kornél Mundruczó.

Vorgeführt wurde der Film dennoch – einen Tag vor der nächsten Mahnwache. Diese wurde vor dem Film mittels eines Flugblatts angekündigt, welches an die Kinogänger verteilt wurde. Albert Wiederspiel ließ es sich nicht nehmen, persönlich in Begleitung seines Mannes, dem Schauspieler Gustav-Peter Wöhler, anderntags bei der Kundgebung zu erscheinen. Dort stieß ihm die offen zur Schau gestellte Solidarität mit Israel sauer auf. Er – selbst Jude – war davon ausgegangen, dass ganz allgemein gegen Antisemitismus demonstriert werde. Offenbar hat er ein – vorsichtig formuliert – kritisches Verhältnis zu Israel und fühlte sich anscheinend hintergangen.

Albert Wiederspiel kann selbstverständlich zu Israel stehen, wie er möchte. Nur: Der Angriff erfolgte nicht nur aufgrund eines Protestes gegen Antisemitismus, sondern wegen der offen zur Schau gestellten Solidarität mit Israel als jüdischem Staat. Die Gruppe wurde zunächst verbal attackiert, weil Israel-Flaggen und Fähnchen zur Schau gestellt wurden. Deshalb wurde Michael T. krankenhauserreif geschlagen. Logischerweise waren dann auch bei der nächsten Kundgebung zwei Wochen nach dem brutalen Angriff Israel-Flaggen im Spiel. Das hätte Albert Wiederspiel wissen müssen, denn darauf wurde in dem Flugblatt hingewiesen, dass vor dem Kino verteilt worden war.

### Rührselige Lovestory

Die verhaltene Reaktion des Regisseurs Kornél Mundruczó wird vielleicht deutlicher, wenn wir uns mal mit dem Inhalt des Films beschäftigen. Silke Opfer beschrieb diesen

folgendermaßen auf ihrem Facebook-Profil: «„Evolution“ ist ein Film, der aus drei Episoden besteht. In der ersten sieht man Sowjetische Soldaten, die zwanzig Minuten lang einen Raum ausfegen, reinigen, schrubben. Sie reden nicht, man hört nur die Geräusche ihres Tuns. In den Ritzen des Gemäuers finden sie zunächst einzelne Haarsträhnen, sie ziehen immer mehr und immer größere Haarbüschel aus dem Mauerwerk. Irgendwann hört man ein Kind schreien, es ist die erste Stimme, die man in diesem Film hört, sie suchen das Kind und bergen es aus einem Schacht unter der Erde, sie gehen hinaus und man sieht jetzt, dass sie sich im Lager Auschwitz-Birkenau befinden, dieses Kind hat die Gaskammer überlebt. Soldaten fahren mit dem Kind im Arm auf einem Panzer fort, damit endet diese Episode.

Der zweite Teil spielt in der Küche der Überlebenden, sie ist nun eine alte Frau, die mit ihrer erwachsenen Tochter redet, die nach Dokumenten sucht, um ihre jüdische Identität nachzuweisen. Die Mutter, auch schon ein wenig dement, wehrt sich dagegen, will aus ihrer Geschichte keinen „Vorteil“ ziehen, ich meine, sie zieht hier auch eine Parallele zu Israel, sie wirft dem Land genau dies vor. (Anmerkung: dieser Teil war auf Ungarisch mit englischen Untertiteln. Mein Englisch ist so schlecht nicht, die Untertitel gingen aber sehr schnell, also für mich manchmal zu schnell, und ich gebe zu: ich habe nicht alles verstanden)

Den dritten Teil aber habe ich sehr gut verstanden, er spielt in Berlin, die Schauspieler reden deutsch. Jonas, ein jüdischer Junge, soll für die Schule eine Laterne basteln, eine Martinslaterne. Die Mutter übernimmt diese Aufgabe und bastelt eine Chanukka-Laterne. Am Tag, als die Kinder die Laternen mitgebracht hatten, gibt es ein Feuer in der Schule, irgendjemand hat die Chanukka-Laterne angesteckt und die ganze Episode beginnt mit der Evakuierung der Schule.

Man sieht die Kinder auf einen gegenüberliegenden Rasen laufen, man sieht, wie Jonas mit einer Mitschülerin, die die Haare kurz geraspelt hat, nach Hause geht. Er fragt sie, wo denn ihre blauen Haare seien, sie ant-

wortet, Ihr Vater mochte das nicht und habe sie abgeschnitten.

Auf diesem Nachhauseweg wird Jonas angegriffen, der Angreifer ruft „Scheiß Jude“, der Schauspieler des Angreifers ist jener Aram Ahmadi, der vor drei Wochen in Hamburg auf der Mönckebergstraße einen Juden, der an einer Israel-Mahnwache teilgenommen hatte, krankenhausreif geschlagen hat. Das Mädchen biegt irgendwann in einen Hof ein und man sieht, wie sie sich ihr Kopftuch umbindet. Dass sie wohl dazu gezwungen wird, es zu tragen, wird nicht weiter thematisiert. Am nächsten Tag findet der große Martinsumzug der Schule (in Berlin!) statt. Jonas und Yasmin - so heißt das muslimische Mädchen - fühlen sich sichtlich unwohl, verlassen den Zug, laufen an einen Kanal, setzen sich dort nieder und küssen sich.

Conclusio dieser Erzählung: Juden werden an Schulen in Berlin von der christlichen Mehrheitsgesellschaft ausgeschlossen und haben die Möglichkeit, sich mit ihren muslimischen Mitschülern zu verbünden. Moslems und Juden sind hier gleichsam Opfer. Das ist so dermaßen realitätsverweigernd, dass einem echt die Spucke weg bleibt. Seit Jahren werden jüdische Schüler nicht nur in Deutschland in der Schule von ihren muslimischen Mitschülern gemobbt, verachtet, ausgegrenzt und angegriffen. Das Problem heißt auch hier wieder: Islam, immer mehr jüdische Schüler verlassen staatliche Schulen, um auf eine jüdische Schule zu gehen, wenn nicht die Familie ganze auswandert.»

Musliminnen und Muslime leiden also genauso unter antimuslimischen Rassismus wie Jüdinnen und Juden unter Antisemitismus. Vor allem muslimische Mädchen, die von ihrer Familie/Community unter den Hijab gezwungen werden und sich vor lauter Scham die Haare abrasieren. Vor allem aber würde ein solches Mädchen einen ungewollten Umgang mit gleichaltrigen Jungs pflegen und sich auf eine Liaison mit einem Juden einlassen ...

### Das politische Hamburg blieb einfach zuhause

Die Kölnerin Malca Goldstein-Wolf reagierte auf den Übergriff, indem sie ihre Commu-

nity zu einem Schweigemarsch unabhängig von der Mahnwache nach Hamburg mobilisierte. Auch dabei wurde reichlich Flagge gezeigt – wieder die mit dem Magen David – jedoch unabhängig davon, ob die Beteiligten jüdischen Glaubens waren oder nicht, und egal, wie sie zum Staat Israel stehen.

Es beteiligten sich auch einige Iranerinnen und Iraner an dem Schweigemarsch, die kurdische Gemeinde stellte die Ordner. Nur das politische Hamburg blieb vorsorglich zuhause. Als einziger offizieller Politiker nahm der CDU-Bundestagsabgeordnete Christoph de Vries an dem Marsch teil. Zwei grüne Bürgerschaftsabgeordnete betonten, als Privatperson gekommen zu sein. Ansonsten blieb das – rot-grün geprägte – politische Hamburg einfach weg. Die Politikerinnen und Politiker, die Parteimitglieder, die tapferen Kämpferinnen und Kämpfer „gegen Rechts“, gegen Rassismus, die Friedensbewegten, die Gewerkschaften – sie alle bleiben einfach weg. Auch hielt es der Senat nicht für nötig, sich öffentlich zu dem Vorfall zu positionieren, von den einzelnen Fraktionen ganz zu schweigen.

### Verbale Attacken seitens junger Muslime gehören zum Begleitprogramm der Mahnwache

Die Pro-Israel-Mahnwache findet grundsätzlich unter Polizeischutz statt. Wobei „Polizeischutz“ ein großes Wort ist: Bei jeder Anmeldung wird Polizeischutz beantragt, am Ende wird ein Beamter abgestellt. Oder eine Beamtin, die entsprechend ideologisch geprägte Jugendliche wie Aram A. ganz sicher nicht ernst nehmen – oder von der sie sich ganz besonders herausgefordert fühlen würden.

Die letzte Mahnwache fand am 4. März 2023 statt, jenem Samstag, an dem Hamburg bundesweit für Schlagzeilen sorgen sollte: Das Modeunternehmen Reternity hatte in sozialen Medien angekündigt, in der Hamburger Innenstadt Kleidung verschenken zu wollen. Diesem Aufruf waren Medien zufolge und zur großen Überraschung des Unternehmens rund 400 Menschen gefolgt. Daraufhin wurde die Verschenkaktion noch vor ihrem eigentlichen Beginn abgebrochen. Das führte –

gelinde gesprochen – zu Unmut unter den potentiellen Nutznießern der Aktion.

Auf Videoaufnahmen ist zu sehen, dass der gesamte Bereich, an der die Aktion stattfinden sollte, voller Menschen war. Das bedeutet, es müssen weitaus mehr gewesen sein. Was nirgendwo thematisiert wurde: Auf den Aufnahmen sind fast ausnahmslos Männer zu sehen – junge Männer mit dem berühmten Migrationshintergrund. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn die ganze Sache nicht völlig aus dem Ruder gelaufen und es zu Randalen und Verletzungen gekommen wäre. Ein Großaufgebot der Polizei musste ausrücken, um die Situation wieder unter Kontrolle zu bringen.

Etwa eine Handvoll dieser enttäuschten jungen Männer mit vermutlich muslimischem Hintergrund entdeckte die Pro-Israel-Mahnwache, postierte sich in Sichtweite und pöbelte rum. Die Teilnehmer der Mahnwache fühlten sich bedroht, der eine Beamte vor Ort vermittelte ihnen nicht eben ein Gefühl von Sicherheit. Es dauerte etwa eine Stunde, bis einige der Polizeibeamten, die in die Innenstadt gerufen worden waren, sich um die jungen Männer kümmerten.

Augenzeugenberichten zufolge gilt „blöd angequatscht“ zu werden mittlerweile als Begleitprogramm der Mahnwache. Fast immer sind es muslimische Jugendliche oder junge Männer, die ihren Judenhass nicht im Zaume halten können. Ein unhaltbarer Zustand. Deshalb versteht sich die Mahnwache nicht als Bekenntnis zum Judenstaat Israel, sondern als Bekenntnis zur Demokratie. Alle, die für Demokratie und Menschenrechte einstehen – körperliche Unversehrtheit (nicht nur von Juden und Frauen), Meinungs- und Versammlungsfreiheit – sind aufgerufen, sich an der Mahnwache zu beteiligen. Die nächste Gelegenheit dazu bietet sich am Freitag, dem 12. Mai 2023, von 13 – 15h vor dem Hamburger Rathaus. Geladene Gäste sind der Erste Bürgermeister Hamburgs, Peter Tschentscher (SPD), Vertreter der CDU Hamburg und der jüdischen Gemeinde; Gastredner ist der Publizist und Buchautor Alex Feuerherdt.

## JUDISCHE RUNDSCHAU

### Unabhängige Monatszeitung

**Herausgeber:** J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH  
**Verlag:** J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin  
 Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin  
 Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51, (Aboverwaltung) Fax: (03222) 13 24 601  
 E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de  
 Redaktion: Laila Mirzo (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski

### Kontaktmöglichkeiten

• per Post: **J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin** - per Mail: [redaktion@juedische-rundschau.de](mailto:redaktion@juedische-rundschau.de)  
 • per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion) • per Fax: (03222) 13 24 601 (Aboverwaltung)  
 • per Website: [www.juedische-rundschau.de](http://www.juedische-rundschau.de)

### Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 51

E-Mail: [werbung@juedische-rundschau.de](mailto:werbung@juedische-rundschau.de)

Druck: Presse Druck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)  
 (030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)

[redaktion@juedische-rundschau.de](mailto:redaktion@juedische-rundschau.de)

(03222) 13 24 601

[www.juedische-rundschau.de](http://www.juedische-rundschau.de)

[www.facebook.com/jrundschau](http://www.facebook.com/jrundschau)

[@jrundschau](https://www.instagram.com/jrundschau)

Unsere Kontaktadressen



Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

- 57,50 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 67,50 €, in Israel zum Preis von 89,50 €)
- 69,50 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)
- 99,75 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)
- 47,50 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Strasse, Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

Geburtsdatum \_\_\_\_\_ Telefon: \_\_\_\_\_ E-Mail: \_\_\_\_\_

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen vor dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift

**Ich zahle gegen Rechnung:**  
 Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

**Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (03222/1324601) oder als Scan per E-Mail an: [redaktion@juedische-rundschau.de](mailto:redaktion@juedische-rundschau.de). Sie können die Zeitung auch auf unserer Website [www.juedische-rundschau.de](http://www.juedische-rundschau.de) abonnieren.**

# Israelitische Kultusgemeinde Bamberg wirft Baden-Württemberg Versagen bei der Bekämpfung des islamischen Antisemitismus vor

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Bamberg, Martin Arie Rudolph, kritisiert in einem brisanten öffentlich gemachten Brief die Verharmlosung islamischen Judenhassens und des Mullah-Regimes in Baden-Württemberg. Besonders der Antisemitismusbeauftragte Dr. Michael Blume, der per Gerichtsentscheid sogar selbst als „antisemitisch“ bezeichnet werden darf und der Vorsitzende der Grünen-Landtagsfraktion Andreas Schwarz äußern sich bei der Kritik am eliminatorischen Juden- und Israel-Hass von iranischer, türkischer oder „palästinensischer“ Seite eher ungewohnt zurückhaltend. (JR)

Von Benjamin Weinthal

In einem brisanten Brief an den Vorsitzenden der Landtagsfraktion der Grünen in Baden-Württemberg, Andreas Schwarz, der der 'Jüdischen Rundschau' (JR) vorliegt, kritisiert die 'Israelitische Kultusgemeinde Bamberg' die Grünen-Partei und den Antisemitismusbeauftragten des Landes, Michael Blume, wegen ihres vollumfänglichen Versagens bei der Bekämpfung des islamischen, türkischen und „palästinensischen“ sowie iranischen Antisemitismus in Baden-Württemberg (BW).

Am 12. März d. J. schrieb der Vorsitzende der 'Israelitischen Kultusgemeinde Bamberg' in einem Brief an Schwarz, dass dieser den massiv verbreiteten islamischen, „palästinensischen“, türkischen und iranischen Islamismus in seiner Rede „Baden-Württemberg zeigt klare Kante gegen Antisemitismus“ vollständig ausblendet. Er kommt einfach nicht vor und wird nicht benannt.

So schreibt der Vorsitzende der 'Israelitischen Kultusgemeinde Bamberg', Martin Arie Rudolph, an den Grünen-Politiker Schwarz:

„Bedauerlicherweise haben Sie sich in der/dem Rede/Redeentwurf aber an keiner Stelle zum islamischen Antisemitismus, dem iranischen Antisemitismus und dem palästinensischen Antisemitismus, also den gesamten eliminatorischen Judenhass, geäußert.“

Es ist eine außerordentliche Entwicklung innerhalb der deutsch-jüdischen Community, dass ein Vorsitzender einer jüdischen Gemeinde das Versagen eines Bundeslandes bezüglich der Bekämpfung des Antisemitismus kritisiert. Rudolphs Brief spielt bundesweit eine wichtige Rolle im Kampf gegen Judenhass.

Die 'Jüdische Rundschau' zitiert in diesem Artikel signifikante Teile aus dem Schreiben von Martin Arie Rudolph:

So hat Rudolph den Grünen-Politiker Schwarz nach dem Grund seiner Weglassungen gefragt:

„Wenn Sie dagegen eine Rede mit dem Thema „klare Kante gegen Antisemitismus“ halten, warum gehen Sie nicht auf den schlimmsten Judenhass des iranischen Mullahregimes ein, der im Begriffe ist, Israel, unsere religiöse und seelische Heimat zu zerstören und Juden erneut im Millionenmaßstab zu ermorden, noch dazu mit Atombomben, die das Regime bauen will, wenn sie in ihren Zentrifugen in Isfahan genügend Spaltmaterial angesammelt haben?“

Ganz zu schweigen von den exponentiell steigenden und auf Antisemitismus unter Muslimen hierzulande basierenden Fallzahlen.“

Der Grünen-Politiker aus BW, Andreas Schwarz, hat auf verschiedene JR-Presseanfragen nicht reagiert.

Baden-Württemberg profitiert vom Iran. Iranische Dissidenten, wie Dr. Kazem Moussavi, der Sprecher der iranischen Grünen-Partei im Exil, werfen den deutschen Grünen vor, seit mehr als 20 Jahren eine Pro-Appeasement-Politik gegenüber



Der Antisemitismusbeauftragte des Landes Baden-Württemberg, Dr. Michael Blume

dem Iran zu pflegen.

Unternehmen und Banken in Baden-Württemberg machen in diesen Zeiten besonders wichtige, lukrative Geschäfte mit dem iranischen Mullah-Regime.

Die Volksbank Konstanz und die Volksbank Schwarzwald-Donau-Neckar aus Tuttlingen sind dauerhaft aktiv im Iran.

Der CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen (CDU) forderte im März den Abbruch der deutschen Wirtschaftsbeziehungen zum iranischen Regime.

Er sagte im März gegenüber dem Kölner Stadt-Anzeiger: „Handel mit einem Regime, das so menschenverachtend ist, sollte nicht mehr möglich sein.“

Röttgen sagte weiter, dass das als „klare Botschaft vereint von der deutschen Politik und Wirtschaft ausgesendet werden sollte.“

Die Grün-Schwarze-Regierungskoalition fördert den Handel mit dem antisemitischen, iranischen Regime. Baden-Württemberg ist eine Hochburg für pro-iranische Regime-Aktivitäten. So hielt BW z. B. lange massiv an der Städtepartnerschaft Freiburg-Isfahan fest. Iranischer eliminatorischer Antisemitismus (u.a.) wird in BW negiert, der Handel mit dem Regime allerdings gefördert und massiv verteidigt. Der explodierende Antisemitismus im Land Baden-Württemberg ist Ausdruck und Resultat dieser Verhältnisse.

## Ein antisemitischer Antisemitismusbeauftragter

Die 'Südwest Presse' berichtete im vergangenen Jahr: „Antisemitisch motivierte Delikte nahmen um fast 50 Prozent zu.“

Martin Arie Rudolph fügt dazu: „Nun ist ja bekannt, dass sich die Regierung von Baden-Württemberg einen Antisemitismusbeauftragten leistet, der, gelinde gesagt, seine Arbeit bislang nicht – ordentlich – macht. Gemäß dem Urteil des

Landgerichts Hamburg, darf dieser Antisemitismusbeauftragte, er heißt Dr. Michael Blume, sogar antisemitisch genannt werden.“

Das Gericht erklärte, dass man Blume als antisemitisch bezeichnen dürfe, da er, Michael Blume, eine deutsche Jüdin mit dem Nazi-Massenmörder Adolf Eichmann auf eine Stufe gestellt und einen der zionistischen Gründer (Orde Wingate) der 'IDF' als Kriegsverbrecher bezeichnet habe. Überdies lässt sich feststellen, dass antisemitisch motivierte Kriminalität in Baden-Württemberg kontinuierlich zunimmt, paradoxerweise seit der Antisemitismusbeauftragte Blume im Amt ist, wie renommierte Antisemitismus-Experten, wie der Journalist Henryk Broder, beobachten.

Rudolph schrieb in seinem Brief weiter: „Das Simon-Wiesenthal-Zentrum in USA, das ist nicht irgendeine Institution ist, hatte Dr. Blume schon einmal auf seiner Liste der schlimmsten Antisemiten aller Zeiten und es ist nicht auszuschließen, dass er dieses Jahr wieder auf dieser Liste stehen wird. Das Landgericht Hamburg hat dies bestätigt, die Datei ist beigefügt. Auch Dr. Blume hat es als Landesbeamter bisher nicht nur versäumt, den eliminatorischen Judenhass des iranischen Mullah-Regimes zu verurteilen, er bezeichnet seine Kritiker sogar als Rechtsextremisten!“

Rabbiner Abraham Cooper, der Associate Dean des Wiesenthal Centers, sagt der JR: „Das iranische Regime verbreitet Antisemitismus, Holocaust-Leugnung und Dämonisierung Israels. Das Land, das die größte jüdische Bevölkerung der Welt hat, wird von Teheran mit ständiger atomarer Auslöschung bedroht.“

Weder Matthias Gauger, Sprecher der Landesregierung in Baden-Württemberg noch Carsten Dehne, Leiter der Pressestelle des BW-Innenministerium, wollten sich zu den Vorwürfen gegen Herrn

Schwarz und Herrn Blume äußern.

Christian Wigand, ein Sprecher der Europäischen Kommission, antwortete im Auftrag von Katharina von Schnurbein, der Koordinatorin der Europäischen Kommission für Antisemitismus und die Förderung jüdischen Lebens. Sie sagte gegenüber der JR: „Wir kommentieren keine Kommentare (einschließlich Briefe oder Artikel).“

Rudolph schrieb an Schwarz: „Daher verstehen wir nicht, weshalb Sie Menschen aus den jüdischen Gemeinden nicht in Ihrer Rede berücksichtigt haben, indem Sie in Ihrer Rede betreffs 'Baden-Württemberg zeigt klare Kante gegen Antisemitismus' den Judenhass im Iran, den islamischen Judenhass und den Judenhass zulasten Israels, welcher die Juden in Deutschland ebenso trifft, nicht eindeutig benannt und verurteilt haben.“

Er fügt hinzu: „Dies hätte Ihre vornehmste Aufgabe bei der Rede sein müssen, um wünschenswerterweise das gutzumachen, was Ihr Kollege Dr. Michael Blume immer wieder versäumt, obwohl auch er es besser wissen müsste.“

Der islamische Antisemitismus breitet sich ungestört weiter in Baden-Württemberg aus

Kritiker werfen der Landesregierung von Baden-Württemberg und dem antisraelischen Beamten Michael Blume vor, dass sie nichts unternommen haben, um z. B. den antisemitischen türkischen Verdächtigen Serkan P. zur Rechenschaft zu ziehen.

Rudolph schreibt kritisch in seinem Brief zum Fall von Serkan P.: „dass bis heute der türkische Terrorist, der einen Brandanschlag auf die Synagoge in Ulm, übrigens meine Heimatstadt, verübt hat, noch nicht von der Türkei nach Deutschland ausgeliefert wurde, um sich vor deutschen Gerichten zu verantworten.“

Rudolph schrieb weiter: „Diesen Umstand empfinden wir Juden in Bamberg und nicht nur in Bamberg, schlicht unerträglich! Der islamistische Judenhass wird aber von vorwiegend linken Akteuren jeglicher Couleur mehr oder minder verharmlost, der Rechtsextremismus hingegen als das nahezu einzig gegenwärtige Böse in solche Sphären hochgespielt, bei denen man denken könnte, dass ganz Deutschland zu den braunen Dumpfbacken gehöre, die Juden das Leben schwer machen wollen. Ja, sicher gibt es diese Dumpfbacken, aber nicht in dem Maße, wie dies von den Regierungen und einem Großteil der Medien hierzulande gerne in Umlauf gebracht wird.“

Laut der Zeitung 'Stuttgarter Nachrichten' versäumte es die Regierung von Baden-Württemberg die deutsche Bundesregierung über die Flucht von Serkan P. zu informieren.

Blume und das Innenministerium lehnen eine Aufklärung ihrer Versäumnisse in Bezug auf den Fall von Serkan P. rundum ab.

Benjamin Weinthal ist Writing Fellow für the Middle East Forum

# CDU in Nordrhein-Westfalen: Heikle Moschee-Besuche und ein schmallippiger Innenminister

Die CDU pflegt in Nordrhein-Westfalen umstrittene Kontakte zu „auffälligen“ Moschee-Vereinen. Obwohl das Landesinnenministerium seit 2017 CDU geführt ist, „verirren“ sich CDU-Politiker regelmäßig in Moscheen und Vereinen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden oder bekanntermaßen eine Nähe zu den rechtsextremen Grauen Wölfen sowie der Muslimbruderschaft haben. (JR)

Von Peter Hemmelrath

Im März wurde im NRW-Landtag über Besuche von Politikern in Islamisten-Moscheen diskutiert. In den letzten Jahren waren etwa CDU-Politiker mehrfach durch Besuche in Graue-Wölfe-Moscheen aufgefallen. Dank des Desinteresses der meisten Fraktionen an der Debatte sowie einer resoluten Ausschussvorsitzenden, die diese abrupt wieder beendete, konnte sich CDU-Landesinnenminister Herbert Reul jedoch gut aus der Affäre ziehen.

Für islamistische Moschee-Vereine in Nordrhein-Westfalen ist es kein Widerspruch, gleichzeitig vom Verfassungsschutz beobachtet und von der kommunalen Politik unterstützt zu werden. Diese Unterstützung kann etwa dadurch erfolgen, dass sich Kommunalpolitiker dafür einsetzen, die Vereine mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen. Oftmals besteht sie darin, dass Politiker, aber auch hochrangige Vertreter des jeweiligen Polizeipräsidiums, den Vereinen öffentlichkeitswirksame Besuche abstatten. Diese Besuche, insbesondere die gemeinsamen Bilder davon, die anschließend im Internet verbreitet werden, führen im Ergebnis dazu, dass die Islamisten-Vereine vor Ort als gesellschaftsfähig wahrgenommen werden. Denn die Beobachtung durch den Verfassungsschutz ist vor Ort oftmals gar nicht bekannt. In den letzten Jahren haben insbesondere Vereine, die der Muslimbruderschaft zugeordnet werden, sowie türkisch-rechtsextreme Graue-Wölfe-Vereine von dieser gesellschaftlichen Aufwertung profitiert.

Im Düsseldorf Landtag sind solche Praktiken dennoch seit Jahren kein Thema. Das dürfte auch darin begründet sein, dass mit der CDU die Partei, die solche Debatten am meisten zu fürchten hat, auch die Partei ist, die seit 2017 das Landesinnenministerium führt. Denn insbesondere CDU-Politiker fallen in NRW immer wieder dadurch auf, Graue-Wölfe-Moscheen in Wahlkampfzeiten Besuche abzustatten. Zuletzt war es der Neusser CDU-Landtagsabgeordnete Jörg Geerlings, der 2022 die in seinem Wahlkreis gelegene Yunus-Emre-Moschee besuchte. Die Moschee gehört zur Föderation der Türkischen Idealistenvereine in Europa (ADÜTDF), die wegen ihrer Zugehörigkeit zu den Grauen Wölfen vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Besonders pikant war dieser Vorfall auch deswegen, weil Geerlings die CDU im Innenausschuss des Landtages vertritt. Endgültig blamiert war die Neusser CDU, als die Yunus-Emre-Moschee Anfang 2023 wegen einer Hetzrede eines türkischen AKP-Politikers in bundesweite Schlagzeilen geriet und dabei publik wurde, dass deren Vorsitzender, der die Rede beklatscht hatte, auch CDU-Mitglied ist.

Auch wenn der Neusser Graue-Wölfe-Funktionär danach schnell aus der CDU austrat, so zeigen dieses und andere Beispiele, wie schnell eine Debatte über solche Besuche auch zu einer darüber werden kann, dass die NRW-CDU Funktionäre dieses türkisch-rechtsextremen



Die Yunus-Emre-Moschee in Neuss

Spektrums bis heute als Mitglieder akzeptiert. Oder darüber, dass Personen, deren Bezüge zu den Grauen Wölfen längst öffentlich bekannt sind, dennoch bei Kommunalwahlen auf CDU-Listen antreten können. Diese Praxis begann unter dem ehemaligen Landesvorsitzenden Armin Laschet, wurde aber von seinem Nachfolger Hendrik Wüst nicht wieder beendet.

## Graue Wölfe in der CDU kein Thema

Damit ist es nicht weiter verwunderlich, dass CDU-Landesinnenminister Herbert Reul, dessen Kampf gegen Clan-Kriminalität ihm auch außerhalb seiner eigenen Partei Respekt und Anerkennung eingebracht hat und der dafür bekannt ist, bei Verfassungsfeinden kein Blatt vor den Mund zu nehmen, sich zu den Grauen Wölfen eher selten äußert. Insbesondere parlamentarische Nachfragen der AfD-Fraktion, die sich auf Graue Wölfe in der CDU beziehen, werden von ihm stets nur kurz und inhaltsleer beantwortet. Aber auch zur Muslimbruderschaft äußert sich Reul nur sehr schmallippig. Also dürfte die CDU-Landtagsfraktion auch kaum erfreut gewesen sein, als die FDP am 23. März im Innenausschuss über Besuche von Politikern in Islamisten-Moscheen sprechen wollte.

Mit der Überschrift „Vom Extremismus beeinflusst - Wissen Behörden und Politiker, wen sie besuchen?“ gab die FDP-Fraktion dem zwar einen neutralen Anschein. In seiner Begründung dazu stellte deren innenpolitischer Sprecher Marc Lürbke aber schnell klar, dass es ihm dabei insbesondere um Besuche in Islamisten-Moscheen geht. Lürbke verdeutlichte das an einem Beispiel eines Besuchs eines hochrangigen Polizeibeamten in einer Moschee in Münster, die wegen ihrer Beeinflussung durch die Muslimbruderschaft in einem Verfassungsschutzbericht namentlich genannt wurde. Dabei beton-

te der FDP-Politiker, dass solche Besuche vor Ort zur Legitimierung islamistischer Vereine beitragen. „Das ist ein Punkt, über den wir sprechen müssen“, sagte er. „Am Ende freuen sich die Verfassungsfeinde, am Ende freuen sich die Extremisten.“ Und direkt an Herbert Reul gerichtet: „Sehen Sie darin kein Problem?“

## Keine Politiker-Besuche bei den Wölfen?

Auch Markus Wagner, innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, sparte nicht mit Kritik. Wagner missfiel insbesondere, dass der Bericht, den Reul dem Ausschuss dazu vorgelegt hatte, nicht konkret benenne, wer welche Extremisten besucht habe. Auch dass darin nichts zu Besuchen bei Grauen Wölfen gesagt wurde, kritisierte er: „Dazu lese ich hier nichts.“

Herbert Reul wäre jedoch nicht Herbert Reul, hätte er auf Kritik keine wortreiche Antwort parat: „Sie haben das Thema total richtig beschrieben“, antwortete er Marc Lürbke. „Der Verfassungsschutz hat das im Blick.“ So würde sein Ministerium „massiv Sensibilisierung“ betreiben: „Da wird wahnsinnig viel gemacht, die reißen sich den Hintern auf, sind unterwegs und schulen.“ Es sei aber nicht möglich, jedes einzelne Ratsmitglied im Land zu informieren.

Damit umging er unbemerkt, welche Pannen es etwa bei den Vorgängen um den Islamischen Kulturverein Bochum (IKV) gegeben hatte. Da reagierte der dem Ministerium unterstellte Verfassungsschutz selbst dann noch mit Schweigen, als in Zeitungen zu lesen war, dass mehrere Ratsfraktionen den IKV bei der Errichtung einer neuen Moschee unterstützen wollen. Erst als 2019 im Internet von Bezügen des Vereins zum Netzwerk der Muslimbruderschaft zu lesen war, räumte Reul im Landtag auf Nachfrage der AfD ein, dass der IKV vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Eine

direkte Unterrichtung der örtlichen Politik fand jedoch erst ein Jahr später statt, nachdem die Bochumer CDU dem IKV auf Facebook zum Ramadan gratulierte. Die an einen vom Verfassungsschutz beobachteten Verein gerichtete Gratulation brachte der CDU nicht wenig Häme und Spott ein, woraufhin sich deren Kreisverband hilfe- und informationsuchend an das Innenministerium wandte.

## Informationen erst im Nachgang?

Aber auch andere Beispiele aus den vergangenen Jahren deuten darauf hin, dass sich das NRW-Innenministerium sowie der Landesverfassungsschutz erst dann zu kommunalen Akteuren des legalistischen Islamismus äußern, wenn direkt danach gefragt wird oder private Stellen ihre Erkenntnisse dazu bereits publik gemacht haben. Hier hätte die Konfrontation mit diesen Beispielen der Debatte eine völlig andere Richtung geben können.

Im gut besuchten Innenausschuss aber hatte Herbert Reul keinen Widerspruch zu befürchten. Bereits zu Beginn dieser Erörterung gab es weder von seinen Parteikollegen noch von Seiten der SPD oder der Grünen Wortmeldungen dazu. Und kaum hatte der Innenminister sein letztes Wort dazu gesprochen, erklärte die Ausschussvorsitzende Angela Erwin (ebenfalls CDU) den Tagesordnungspunkt abrupt für beendet. Dabei verzichtete sie auf die sonst an dieser Stelle übliche Nachfrage nach möglichen weiteren Wortmeldungen. Das könnte auch mit Stress begründet gewesen sein, weil der Ausschuss den Raum zu diesem Zeitpunkt nur noch für eine halbe Stunde zur Verfügung hatte, große Teile der Tagesordnung aber gleichzeitig noch immer unerledigt waren. Dennoch blieb so der Eindruck zurück, dass es der CDU-Fraktion bei diesem Punkt vordringlich darum gegangen ist, eine für sie peinliche Debatte möglichst rasch im Keim zu ersticken.

# Will Rot-Grün auch Judenhasser einbürgern?

Die Ampel-Regierung plant eine Reform des Einbürgerungsrechts, Migranten sollen schneller und unbürokratischer die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten können. Der Großteil der potentiellen „Neubürger“ stammt aus islamischen Staaten, wo vielerorts der Juden- und Israel-Hass schon häufig schon mit der Muttermilch aufgesogen wird. Es wird daher teilweise gefordert, dass Antisemitismus zum Ausschlusskriterium bei Einbürgerungen werden soll. Dieser Zusatz passt der SPD-Innenministerin Nancy Faeser ganz offensichtlich nicht. Die Reform wurde erst einmal auf Eis gelegt. (JR)

Von Mirjam Lübke

Wie testet man Antisemitismus? Im Regelfall merken Betroffene, wenn sie ihn erleben, da braucht es keinen Test, der das Erlebte untermauert. Aber in der Debatte um die erleichterte Einbürgerung von Migranten brachte die FDP nun einen solchen Test ins Spiel und hat damit immerhin erkannt, dass Deutschland ein Problem mit importiertem Judenhass hat. Wie zu erwarten, zeigen sich die roten und grünen Koalitionspartner der Liberalen wenig begeistert von der Idee – beim als »Israelkritik« getarnten Antisemitismus gibt man sich gern bedeckt und zieht die Handbremse an. Zwar scheint man das Problem langsam zu begreifen und hofft auf die Bekämpfung des eingebürgerten Judenhasses in Integrationskursen, aber das funktioniert nur in sehr begrenztem Maße: Er ist einfach da, der aggressive, beleidigende und oft auch gewalttätige Judenhass auf der Straße und dem Schulhof.

Zwar erklärt man uns immer wieder, die Täter kämen zum überwiegenden Teil aus dem rechtsextremen Spektrum, aber das deckt sich nicht mit den Erfahrungen der in Deutschland lebenden Juden. Zwar finden sich Rechts- und Linksextremisten einträchtig bei anti-israelischen Demonstrationen ein, Regie führen dort aber islamistische Organisationen. Deutsche Judenhasser steigen zwar unter dem Vorwand, für »die Rechte der Palästinenser« gern auf den Zug auf – aber es wird deutlich, dass der Antisemitismus mit der größten Lautstärke seine Heimat in den Regionen der Welt hat, aus denen gleichzeitig die meisten Migranten in unser Land kommen.

## Großes Mogelpotential

Es gibt also durchaus Bedarf, näher hinzuschauen, wen wir da einbürgern. Ob ein Standardtest dafür die ideale Lösung ist, darf aber bezweifelt werden. Wir alle haben schon einmal die in Zeitschriften populären »Psycho-Tests« gemacht, auch in der Psychologie ist es durchaus üblich, Klienten anhand von Fragenkatalogen auf Erkrankungen oder Auffälligkeiten zu testen. Das Ergebnis dieser Tests hängt allerdings sehr von der Selbsterkenntnis und Ehrlichkeit der Probanden ab, denn die Fragen verraten durchaus schon, in welche Richtung das Ergebnis gehen wird. Und es gehört nun einmal zur menschlichen Natur, sich keine Blöße geben zu wollen. Taucht in einem Test über Egoismus die Frage auf, ob man gerne mit anderen Menschen teilt, dann wird man das selbstverständlich bejahen, selbst wenn man sich nur vor der Auswertung durch die Frauenzeitschrift fürchtet. Wenn es um eine wichtige Lebensentscheidung wie die Einbürgerung geht, dann ist die Gefahr zu mogeln entsprechend größer. Es gehört nicht viel Fantasie dazu, sich auszumalen, wie schnell unter potentiellen Neubürgern Tipps kursieren würden, wie man den Antisemitismus-Test besteht.

Es ist nicht so, dass solche Tests nicht bereits existieren würden. Der bekannteste ist wohl der sogenannte »3D-Test«, in dem es darum geht, berechnete Kritik an der israelischen Politik von mehr oder minder offenem Antisemitismus zu



Innenministerin Nancy Faeser (SPD) möchte die Einbürgerungskriterien erleichtern

unterscheiden. Vorgestellt wurde dieser Test 2003 vom damaligen israelischen Sozialminister Natan Scharanski, im Mittelpunkt stehen dabei die Dämonisierung Israels sowie die Frage nach angewandten Doppelstandards und Delegitimierung des Staates. So wird Israel in der Postkolonialismus-Debatte auch in Deutschland häufig als »Kolonialmacht« dargestellt und damit die Idee vermittelt, Juden seien ein »Fremdkörper« in der Region. Die Geschichte der Juden wird damit vollkommen ausgelöscht und zugunsten der »Palästinenser« umgeschrieben.

## Fantasie antisemitischer Verschwörungstheoretiker

Der Antisemitismus-Test eines Schweizer Online-Magazins beschäftigt sich hingegen mit den alltäglichen Vorurteilen, die Juden entgegenschlagen und wurde ähnlich auch schon in Deutschland durchgeführt. Dabei geht es um Altbekanntes, das einem tatsächlich in verschiedenen Varianten aus allen Teilen der Gesellschaft entgegenschlagen kann und zum Teil schon Einzug in den jüdischen Humor gehalten hat. Schon in den Dreißigern lautete die Frage »Warum lesen auch Juden gern den Stürmer?« - »Weil wir gern so reich und mächtig wären, wie die Antisemiten behaupten!« Allerdings sind die Auswirkungen dieser Vorurteile durchaus ernst zu nehmen: Bei sozialen Unruhen, wie etwa den »Black Lives Matter«-Protesten kommt es immer wieder zu Vandalismus gegen jüdische Geschäfte, oder solche, die für jüdisch gehalten werden. Ein muslimischer Taxifahrer, der mich regelmäßig zur Arbeit fuhr, war fest davon überzeugt, die Albrecht-Brüder müssten Juden sein, denn schließlich hätten sie viel Geld. Auch das einst tatsächlich mächtige Bankhaus Rothschild beflügelt noch immer die Fantasie antisemitischer Verschwörungstheoretiker, da spielt es auch keine Rolle, dass die mächtigsten Banken der Welt längst in

China sitzen. Sogar der WEF-Vordenker Klaus Schwab soll von ihnen abstammen – dabei kommt er aus einer bei den Nationalsozialisten hoch angesehenen Unternehmerfamilie. Ähnlich sieht es bei der Einschätzung der Neutralität der Presse aus – angeblich steht sie unter der Kontrolle des »internationalen Judentums«. Schaut man sich hingegen die tendenziöse Berichterstattung über Israel nicht nur in Deutschland an, so wird rasch deutlich, wie wenig diese Einschätzung mit der Realität zu tun hat. Ein hartgesottener Antisemit findet jedoch auch hierfür eine Erklärung.

Einer der Testpunkte des Schweizer Magazins erscheint jedoch für sich selbst genommen etwas anstößig: »Juden verhalten sich loyal gegenüber Israel als dem Land, in dem sie wohnen.« - diese Aussage soll als wahr oder falsch bewertet werden. Der Gedanke dahinter ist nicht abwegig, denn ein weiteres Vorurteil über Juden ist ihre Ruhelosigkeit und die damit verbundene mangelnde Treue gegenüber dem Vaterland. Und das, obwohl sich in Deutschland zehntausende jüdischer Männer im ersten Weltkrieg freiwillig an die Front meldeten. Gedankt wurde es ihnen bekanntlich nicht. Heute ist der Staat Israel für uns auch eine Art »Lebensversicherung«, denn so gern wir uns in einem Land zu Hause fühlen, wissen wir nie, was die Zukunft bringt. Die Loyalität Israel gegenüber ist also eine Selbstverständlichkeit, auch weil wir wissen, dass dort Juden leben, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden, oftmals aus muslimischen Staaten.

## Entlarvende Kriminalstatistik

Das bringt uns zu der Frage nach dem Sinn dieser Tests zurück. Denn eigentlich haben wir anhand von vielerlei Befragungen der jüdischen und nichtjüdischen Bevölkerung ein umfassendes Lagebild längst ermittelt. Leider auch durch die polizeiliche Kriminalitätsstatistik, die eine starke Zunahme antisemitischer

Straftaten erfasst, die nicht nur aus Beleidigungen, sondern auch immer häufiger aus tätlichen Angriffen bestehen. Man hätte also längst Maßnahmen ergreifen können, die über Integrationskurse hinausgehen, die nur in wenigen Fällen Erfolge verzeichnen. Dazu gehört aber auch eine ehrliche und selbstkritische Auseinandersetzung in Regierungskreisen und Medien, die selbst gern wegsehen, wenn es um importierten Antisemitismus geht. Im Zuge der letztjährigen Documenta haben wir erlebt, wie Kulturstatsministerin Claudia Roth antisemitische »Kunstwerke« lange verteidigte, bei großen Fernsehveranstaltungen wie dem WDR arbeiten Migranten wie Malcolm Ohanwe, die offen den Holocaust relativieren. In einer solchen Atmosphäre werden Einwanderer mit antisemitischen Grundeinstellungen geradezu ermutigt, ihre Vorurteile auszuleben. Denn sie wissen: Aufgrund der Postkolonialismus-Debatte und der negativen Berichterstattung über Israel in den deutschen Medien dürfen sie auf viel Verständnis hoffen. So als wäre Antisemitismus nur eine kulturelle Marotte.

So lange Juden in Deutschland den Eindruck gewinnen müssen, dass ihre Sicherheit hinter politisch korrekten Bedenken zurückstehen muss und Antisemitismus nur dort bekämpft wird, wo es aus Sicht der Innenministerin genehm ist, kann man sich einen Test bei der Einwanderung getrost sparen. Man kann Antisemitismus auch nicht per Gesetz verbieten. So lange Integrationskurse auch nur wenige erreichen, haben sie durchaus ihre Berechtigung, aber eins muss endlich deutlich gemacht werden: Bei antisemitischen Straftaten darf es keinen Kulturbonus geben, indem selbst Sachbeschädigung und Körperverletzung als »erweiterte Israelkritik« ausgelegt werden. Nur dann werden die Bemühungen der Ampelregierung, Antisemitismus in Deutschland einzudämmen, endlich glaubwürdig.

# Belohnung für Judenhass und Judenmord: Eine neue Luxus-Siedlung eigens für islamische Terroristen

Die jüngste Erweiterung des „Pay-to-Slay“-Programms der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde, mit dem Terroristen für Anschläge auf Israelis belohnt werden, ist ein luxuriöses Dorf mit einzigartigen Wohnsitzanforderungen. Um dafür in Frage zu kommen, muss man mindestens fünf Jahre in einem israelischen Gefängnis verbracht haben. Ein Terroristendorf, in dem nur Terroristen wohnen dürfen in dessen Vorstand Familienangehörige führender Hamas- und PFLP-Terroristen sitzen, ist für die Biden-Administration weder „provokativ“ noch „kontraproduktiv“, aber Juden, die in die Ruinen ihres eigenen zerstörten Dorfes Homesh zurückkehren, sind laut US-Außenministerium ein „Hindernis für den Frieden“. (JR)



Von Daniel Greenfield/JNS.org

Blick auf die Siedlung Homesh im Westjordanland

Die architektonischen Pläne zeigen luxuriöse Eigentumswohnungen, die in Miami oder Santa Monica nicht fehl am Platze wären, mit Blick auf Balkone, Palmen und schlichter, moderner Einrichtung, einschließlich eines Kamins, eines Innenpools und eines Gartens mit einer Schaukelbank.

Die Sache hat nur einen Haken: Um hier zu wohnen, muss man ein Terrorist sein.

Die jüngste Erweiterung des "Pay-to-Slay"-Programms der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde, mit dem Terroristen für Anschläge auf Israelis und alle Nicht-Muslime belohnt werden, ist ein luxuriöses Dorf mit einzigartigen Wohnsitzanforderungen. Um dafür in Frage zu kommen, muss man mindestens fünf Jahre in einem israelischen Gefängnis verbracht haben.

Das Terroristendorf soll in der Nähe des israelischen Dorfes Ofra gebaut werden, das bereits mehrfach Opfer von Terroranschlägen wurde, unter anderem durch die Erschießung einer schwangeren Frau, bei der ihr Baby getötet wurde. Die Terroristensiedlung wird nicht nur von der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde PLO unterstützt, sondern auch von regionalen Gruppen wie dem Arabischen Entwicklungsfonds und der Islamischen Entwicklungsbank, zu deren Mitgliedern die meisten großen arabischen und muslimischen Staaten der Region gehören.

Die Islamische Entwicklungsbank, die von Saudi-Arabien aus operiert, ist ein langjähriger Geldgeber des islamischen Terrorismus. Vor allem in Israel. Letzte Woche traf Uzra Zeya, ein Diplomat von Biden, mit Mitgliedern der Organisation für Islamische Zusammenarbeit zusammen, um "Partnerschaften mit der Islamischen Entwicklungsbank" zu besprechen. Die Terrorabwicklung der Bank wurde dabei nicht erwähnt.

In einer hässlichen, undiplomatischen Eskalation rief die Biden-Administration jedoch den israelischen Botschafter zu sich, um ihn wegen der Aufhebung eines Apartheidgesetzes zu beschimpfen, das Juden verbietet, in ihre Häuser in Dörfern wie Homesh zurückzukehren. Ein Sprecher des Außenministeriums bezeichnete die Möglichkeit, dass Juden wieder in Orten wie Homesh leben könnten, als "provokativ und kontraproduktiv".

Ein Terroristendorf, in dem nur Terroristen wohnen dürfen und in dessen Vorstand Familienangehörige führender Hamas- und PFLP-Terroristen sitzen, ist weder "provokativ" noch "kontraproduktiv", aber

Juden, die in die Ruinen ihres eigenen zerstörten Dorfes zurückkehren, sind eine gefährliche Provokation.

Nach Ansicht der Regierung Biden liegt die Eindämmung der Gewalt im Interesse aller Beteiligten, auch im Interesse Israels. Die USA fordern Israel nachdrücklich auf, die Rückkehr von Siedlern in das Gebiet nicht zuzulassen. Juden, die in einer Stadt leben, verursachen Gewalt, aber der Bau eines Dorfes für Terroristen ist ein pazifistisches Unternehmen. "Das Vorantreiben von Siedlungen ist ein Hindernis für den Frieden", so die Regierung Biden. Es sei denn, es handelt sich um muslimische Terroristensiedlungen.

Im Gegensatz zu den luxuriösen Eigentumswohnungen, die von den Saudis für muslimische Terroristen finanziert werden, leben die verbliebenen Juden von

zurück und versuchten, sie zurückzuerobieren. Sie hissten die israelische Flagge über den Trümmern, feierten eine Hochzeit und verrichteten Gebete. Die Regierung Olmert reagierte, indem sie ihnen Lebensmittel und Wasser abschnitt. (Hätte man das mit muslimischen Terroristen gemacht, hätte es internationale Empörung gegeben). Sie wurden vertrieben, gaben aber trotzdem nicht auf. Eine derjenigen, die nicht aufgaben, war Limor Son Har-Melech. Limor war im siebten Monat schwanger, als PLO-Terroristen das Feuer auf sie und ihren Mann Shalom eröffneten. Ihr Auto überschlug sich. Shalom starb auf der Stelle. Die 24-jährige Mutter wurde schwer verletzt, überlebte aber. Ebenso wie ihre Tochter, die per Notkaiserschnitt vorzeitig entbunden wurde.

zu leben, "einen klaren Widerspruch zu den Verpflichtungen darstellt, die die israelische Regierung gegenüber den Vereinigten Staaten eingegangen ist", Juden dauerhaft aus ihren Häusern zu vertreiben und ganze Dörfer zu zerstören, "um die Situation zu stabilisieren und Spannungen abzubauen". Achtzehn Jahre später, wo ist die Stabilität oder das Fehlen von Reibungen?

Wo sind die Zusicherungen der Clinton-Regierung an den Staat Israel, dass die Autonomie der PLO dem Terrorismus ein Ende setzen würde? Vor dreißig Jahren behauptete Bill Clinton, die PLO habe "das Recht Israels auf Existenz in Frieden und Sicherheit" akzeptiert und sich verpflichtet, "dem Terrorismus abzuschwören". Die Idee der PLO, dem Terrorismus abzuschwören, ist, Hunderte von Millionen von Dollars pro Jahr auszugeben, um den Terrorismus durch Pay-to-Slay zu finanzieren: einschließlich ein Dorf nur für Terroristen zu bauen. Und die Biden-Administration hat nicht nur ihre Verpflichtungen verletzt, sondern auch das US-Recht, indem sie die Terroristen weiterhin finanziert und es versäumt hat, auch nur den geringsten Einwand gegen das Terror-Dorf vorzubringen.

Nach der Ermordung von Taylor Force, einem afghanischen Kriegsveteranen, der in Israel studierte, verabschiedete der Kongress das Taylor-Force-Gesetz, das weitere Auslandshilfe für die Terroristen verbietet. Die Regierung Biden hat das Taylor-Force-Gesetz in flagranter Weise verletzt, indem sie über 1 Milliarde Dollar in die von Terroristen besetzten Gebiete schickte. Bidens Entscheidung, die Terroristen zu finanzieren, hat zu einem 900%igen Anstieg der israelischen Todesopfer geführt. Vielleicht sollte die Biden-Regierung in Erwägung ziehen, "Reibungen zu verringern", indem sie ihre illegale Finanzierung des Terrorismus einstellt, anstatt von Israel die ethnische Säuberung von Teilen Israels zu fordern.

Daniel Greenfield, ein Shillman Journalism Fellow am Freedom Center, ist ein investigativer Journalist und Autor, der sich auf die radikale Linke und den islamischen Terrorismus konzentriert.

*Dies ist eine überarbeitete Version eines Artikels, der zuerst im FrontPage Magazine veröffentlicht wurde.*

„ Bidens Entscheidung, die Terroristen zu finanzieren, hat zu einem 900%igen Anstieg der israelischen Todesopfer geführt. “

Homesh in behelfsmäßigen Zelten. Es ist ihnen nicht erlaubt, feste Häuser zu bauen. Technisch gesehen dürfen sie dort nicht einmal übernachten, und unter dem Druck lokaler und ausländischer Linker werden sie immer wieder hinausgeworfen. Dennoch kehren sie immer wieder zu rück.

## Vertreibung jüdischer Familien

Im August 2005 vertrieb der israelische Premierminister Ehud Olmert, der später wegen Korruption verurteilt und ins Gefängnis gesteckt wurde, die 70 jüdischen Familien, die in dem israelischen Dorf Homesh lebten, gewaltsam.

Durch den mit der Bush-Regierung koordinierten "Rückzug" wurden Tausende von jüdischen Einwohnern ethnisch gesäubert, ihre Häuser zerstört und ihre Synagogen mit Bulldozern niedergedrückt, in der Erwartung, dass eine neue Ära des Friedens anbrechen würde, wenn die PLO und die Hamas mehr Territorium zum Spielen hätten. Stattdessen nutzten die Hamas und die PLO ihre neu gewonnenen Gebiete, um eine neue Terrorwelle zu starten.

Die Familien, die aus ihren Häusern in Homesh vertrieben wurden, kehrten

Limor, die noch immer die Narben des Anschlags im Gesicht trägt, heiratete erneut, hat inzwischen 10 Kinder und wurde in die Knesset gewählt. Achtzehn Jahre (eine Zahl, die das Leben im Judentum symbolisiert), nachdem sie aus ihrer Heimat vertrieben wurde, ist der von ihr verfochtene Gesetzentwurf zur Aufhebung des Verbots der Rückkehr von Juden nach Homesh verabschiedet worden. Dieser Gesetzentwurf wurde von der Regierung Biden verurteilt.

Das Außenministerium, das den PLO-Botschafter wegen der zahlreichen Terroranschläge in diesem Jahr, bei denen ein Amerikaner, Elan Ganeles aus Connecticut, getötet und ein anderer, Daniel Stern, ein Marine-Veteran, der trotz eines Kopfschusses seinen Angreifer abwehren und seine Familie in Sicherheit bringen konnte, verwundet wurde, nicht vorgeladen hat, hat den israelischen Botschafter vorgeladen, um ihn wegen Homesh zu schelten.

## Kein Einwand gegen Terrorort seitens der USA

Bidens Außenministerium behauptet, dass die Erlaubnis für Juden, in Homesh

# Proteste gegen Justizreform in Israel: Ein Vehikel, um Netanjahu zu stürzen

In Israel genügen derzeit zwei nicht vom Volk gewählte Richter, um ein Gesetz außer Kraft zu setzen, das vom gewählten Parlament beschlossen wurde. Die bisherige Regelung ist elementar undemokratisch, argumentiert die jetzige Regierung und zeigt sich trotz der gegenwärtigen Unterbrechung weiterhin entschlossen, dies mit Hilfe der soliden Parlamentsmehrheit abzuändern. Dies führt zu weiteren Protesten und Krawallen der zumeist linken Netanjahu-Gegner in Israel. Das eigentliche Ziel vieler Demonstranten – den Sturz einer demokratisch und mehrheitlich gewählten, aber ihnen unliebsamen Regierung um jeden Preis zu erreichen – wird nicht offen deklariert. (JR)

Von Chaim Noll

Eine Justizreform in Israel bringt auch viele hierzulande in Wallung. Im Kern aber geht es darum, mit diesem Vehikel die Regierung Netanjahu zu stürzen. Alle Schleusen sind geöffnet, die trüben Wasser sinnloser Stigmatisierung ergießen sich über uns, sobald wir einen Blick in die Medien riskieren.

In Israel versucht eine motivierte, lautstarke Minderheit seit einigen Wochen, die eben gewählte sechste Regierung Netanyahu zu stürzen. Dazu finden jeden Samstagabend Massendemonstrationen statt, meist in den großen Wirtschaftszentren Tel Aviv und Haifa, neuerdings auch so genannte „Days of Disruption“, an denen der Verkehr – vor allem auf dem zentralen Ayalon Highway – und andere vitale Funktionen des Landes gezielt gestört werden. Der Effekt ist enorm: weltweite Aufmerksamkeit, die guten Ratschläge und die „Besorgnis“ tausender Außenstehender. Leidtragende der spektakulären Aktionen sind – wie bei den deutschen „Klima-Klebern“ – unbeteiligte, weitgehend unschuldige Mitbürger, die in Verkehrsstaus warten und alle möglichen Einbußen hinnehmen müssen.

Das eigentliche Ziel vieler Demonstranten – der Sturz einer zwar demokratisch und mehrheitlich gewählten, doch ihnen unliebsamen Regierung – wird nicht offen deklariert. Offiziell richten sich die das Land erschütternden Proteste gegen eine von dieser Regierung geplante „Justizreform“, von der die meisten Israelis, mich eingeschlossen, nicht genug verstehen, um wirklich mitreden zu können. Offensichtlich ist, dass Israels Oberstes Gericht einzigartige Rechte und Machtmittel hat, die es in diesem Extrem in anderen westlichen Demokratien nicht gibt. Deshalb hat eine Justizreform auch viele Fürsprecher außerhalb der Regierung, sie werden jedoch in den Medien weniger gern erwähnt. Einer der prominenten Befürworter der Reform, der Nobelpreisträger und Mathematiker Israel Aumann, erklärte:

„Es sollte möglich sein, ein Gesetz durch das Oberste Gericht für ungültig zu erklären, aber nicht so einfach, wie es jetzt der Fall ist. Heute kann ein Gremium von drei Richtern ein vom Parlament verabschiedetes Gesetz außer Kraft setzen, wenn zwei Richter dafür und einer dagegen sind. Das muss geändert werden.“

## Hinsichtlich der Souveränität der Gerichte könnte Deutschland viel von Israel lernen

Solche Urteile des Obersten Gerichts ergehen oft binnen weniger Tage. Auch Petitionen israelischer Bürger – nicht selten israelischer Rechtsanwälte im Auftrag „palästinensischer“ Petitionen, die eigentlich keine israelischen Staatsbürger sind – werden innerhalb weniger Wochen (und mit auffallend geringen Gebühren) vom Obersten Gericht entschieden. Zum Vergleich: Das deutsche Bundesverfassungsgericht brauchte zweieinhalb Jahre, um den offenen Verfassungsbruch



Das eigentliche Ziel vieler Demonstranten ist der Sturz der demokratisch gewählten Regierung.

der Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrer Einmischung in die Wahl eines Thüringer Ministerpräsidenten auch nur festzustellen – für Konsequenzen war es nach der Verschleppung des Urteils ohnehin zu spät. Kein Wunder, möchte man sagen, da der Präsident dieses angeblich unabhängigen Gerichtshofs, Stephan Harbarth, ein alter Mitstreiter Angela Merkels in der CDU-Fraktion des Deutschen Bundestages ist, wo er neun Jahre lang eng mit ihr zusammenarbeitete – solche undemokratischen Verquickungen von Legislative und Judikative wären in Israel undenkbar. Was die Souveränität der Gerichte betrifft, könnte manches westliche Land, vor allem Deutschland, viel von Israel lernen. Es wirkt lachhaft, wenn sich deutsche Politiker – wie jüngst Scholz und Steinmeier – berufen fühlen, Israel Ratschläge in Sachen Demokratie und Gewaltenteilung zu geben.

Israel neigte in den letzten zwei Jahrzehnten eher zum anderen Extrem: zu einer zu großen Machtfülle des Obersten Gerichts. In Israel genügen derzeit zwei nicht vom Volk gewählte Richter, um ein Gesetz außer Kraft zu setzen, das vom gewählten Parlament beschlossen wurde. Diese Regelung sei elementar undemokratisch, argumentiert die jetzige Regierung und zeigt sich entschlossen, es mit Hilfe ihrer soliden Parlamentsmehrheit abzuändern. Was wird folgen, fragen sich besorgt die Anhänger der Opposition, vor allem angesichts in der Regierung massierter ultra-religiöser Gruppen, die bekanntermaßen zu Verboten und Restriktionen neigen.

Aus dieser wiederum in sich zersplitterten Szene werden wirklich einige scho-

ckierende Vorschläge gemacht, doch darin bereits „die Abschaffung der liberalen Demokratie“ zu sehen, wie der jüdische Israel-Schmäher Meron Mendel im deutschen Fernsehen, ist maßlos übertrieben. Die israelische Linke, in den letzten Wahlen ruhmlos untergegangen, arbeitet mit dystopisch dräuenden Visionen, die Angst und Schrecken auslösen sollen. Leichtfertige Lippen und furiose Federn zeichnen Israel als kommende „Diktatur“, faschistoiden Unterdrückungsstaat oder fundamentalistische „Theokratie“, alle Schleusen sind geöffnet, die trüben Wasser sinnloser Stigmatisierung ergießen sich über uns, sobald wir einen Blick in die Medien riskieren. Wie immer können sich die großen Zeitungen nicht auf ihre eigentliche Aufgabe, die Berichterstattung, beschränken, sondern müssen Partei ergreifen, die Stimmung anheizen und sich ihrerseits als Macht aufspielen.

## Immer wieder ist Adjustierung vonnöten, darum geht es jetzt in Israel

Das Prinzip der Gewaltenteilung ist tief in der abendländischen Tradition verwurzelt, am tiefsten vermutlich bei den Juden. Bereits in der Bibel wird Volksführer Moses ein Ältestenrat zur Seite gestellt, ein Apparat von Richtern, ein weiterer von Priestern, die das Regieren und Rechtsprechen unter sich aufteilen und sich gegenseitig kontrollieren sollen. Aristoteles, Thomas von Aquin, John Locke und andere europäische Denker kamen im Lauf der Jahrhunderte auf die Idee der Gewaltenteilung zurück, schließlich umriss der französische Schriftsteller Charles de Montesquieu in seinem 1748

erschienenen staatsrechtlichen Werk „Vom Geist der Gesetze“ das Prinzip der Gewaltenteilung für die modernen westlichen Gesellschaften: eine Balance zwischen Legislative, der gesetzgebenden, Judikative, der richterlichen, und Exekutive, der vollziehenden Gewalt.

Heute sprechen wir von einer vierten Gewalt, den Massenmedien, inklusive den sogenannten „alternativen“, die es inzwischen an Macht und Einfluss durchaus mit den vorgenannten aufnehmen können. Checks and Balances nennt die amerikanische Verfassung das Prinzip gegenseitigen Ausgleichs und gegenseitiger Kontrolle. Ob Checks and Balances funktioniert, ist eine Frage der Proportion, des Maßes, der Feinabstimmung – keine der vier Gewalten darf auf Kosten der anderen überproportional viel Macht gewinnen. Immer wieder ist Adjustierung vonnöten, kritischer Blick und Korrektur. Und darum geht es jetzt in Israel.

Ich bin, was die neue Regierung betrifft, neutral, denn ich habe keine der ihr angehörenden Parteien gewählt. Weder den von Netanjahu dominierten Likud noch die von sephardischen Juden bevorzugte strikt religiöse Shas-Partei, noch die Partei der Ultraorthodoxen, noch das Otzma jehudit („Jewish Power“) genannte Bündnis des Siedler-Anwalts Itamar Ben-Gvir. Dennoch erkenne ich an, dass diese Regierung von der Mehrheit der Israelis gewählt wurde. Und deshalb legitim ist und das Recht hat, zu regieren und Gesetze zu erlassen. Das scheint mir zunehmend das Problem in Demokratien: die Entscheidungen der Mehrheit zu respektieren, auch wenn sie mir selbst unsinnig, ja wahnsinnig erscheinen.

Der Minderheit bleiben alle möglichen Formen des Protests und Widerstandes. Ich habe die halbe Zeit meines Lebens damit verbracht und darf mich zu Recht als Spezialist auf diesem Gebiet bezeichnen. Mein Widerstand war allerdings immer schriftlich. Ich habe nie eine Straße blockiert und unschuldige Mitbürger daran gehindert, zur Arbeit, zum Kindergarten oder zur Oma ins Krankenhaus zu fahren. Oppositioneller Furor berechtigt für mein Gefühl nicht dazu, auf Fairness zu verzichten. „Denn, ach, die Leidenschaft macht blind“, spottete im neunzehnten Jahrhundert der Schweizer Literatur-Professor Rodolphe Töpffer in seiner Histoire de Monsieur Jabot, wenn seinen Protagonisten der wilde Aktivismus packte.

### Maßlosigkeit, Massenhysterie und sinnlose Wut

Auch heute sollten manche Protestler lieber einmal mehr als zuwenig darüber nachdenken, wozu sie sich hinreißen

lassen. So wandte sich, angeführt vom Schriftsteller David Grossman, eine Hundertschaft von Intellektuellen aus dem Großraum Tel Aviv – der sich selbst irrtümlich für ganz Israel hält – mit einem Brief an die deutsche Regierung: man solle Netanyahu in Berlin nicht empfangen, da er zu Hause in Israel gerade die Demokratie abschaffe. Andere israelische Linke appellierten an die amerikanische Regierung, dem wegen seiner radikalen Auftritte umstrittenen Finanzminister Bezalel Smotrich kein Visum zu erteilen, damit er nicht zum geplanten Besuch in die Vereinigten Staaten einreisen könne. Hinter solchen Aktionen mag echte Empörung stehen, achtbare Sorge um ihr Land, dennoch wirkt es jämmerlich: dieses Betteln bei fremden Regierungen, ihnen zu einer Macht zu verhelfen, die ihnen die eigenen Landsleute nicht zugestehen wollen. Die darin enthaltene Arroganz und de-facto-Entmündigung aller Israelis, die nicht ihrer Meinung sind, macht den ganzen

Ansatz unglaublich.

Proteste gibt es derzeit, mal aufflackernd, mal abflauend, in fast allen westlichen Ländern. In Frankreich ist es die Rentenreform des Präsidenten Macron, die Zehntausende auf die Straße bringt. Diese Proteste sind legitim, nicht selten notwendig. Sie gehören zu den Ausdrucksformen der öffentlichen Debatte in Demokratien. Es liegt in ihrer Natur, dass sie laut, womöglich gewalttätig werden, dass ihre Redner und Transparente eine radikale Sprache sprechen. Doch auch hier schaden Maßlosigkeit, Massenhysterie und sinnlose Wut.

Unsere Enkelin Sarah, achtzehn Jahre alt, ein sanftes Kind mit blauen Augen, ist am vergangenen Montag zu ihrem Wehrdienst bei der israelischen Armee eingerückt, und erst kurz zuvor erfuhren ihre wenig begeisterte Mutter und Großmutter, dass sie sich freiwillig zum Dienst in einer Kampfereinheit gemeldet hat. Als sie uns zum Abschied besuchen

kam, sagte sie etwas, was ich nicht vergessen werde: Sie sei keine Anhängerin der Proteste, denn diese Leute verbreiteten – selbst, wenn sie ursprünglich gute Absichten geleitet hätten – einen das ganze Land vergiftenden Hass. Ich denke an sie, wenn ich in der Zeitung von neuen lautstarken Auftritten in Tel Aviv lese, während sie sich irgendwo in der Wüste dazu ausbilden lässt, Israels südliche Grenzen zu schützen.

Und nun tue auch ich das, was derzeit so viele aufgebrachte Israelis tun: Ich äußere mich zu den hiesigen Vorgängen durch ein Medium des Auslands. Hier in Israel würde mir in diesen Tagen ohnehin kaum jemand zuhören: Ich versuche eine neutrale, eine Mittlerposition zu vertreten, und das ist in Zeiten aufgeregter Gemüter die undankbarste Rolle, die sich denken lässt.

Dieser Artikel erschien zuerst auf Achgut.com

# Islamische Fatwa: Die Hamas ist schuld am Leid der „Palästinenser“

*Sogar der schiitisch-sunnitische Islamische Fatwa-Rat mit Sitz im irakischen Najaf befand, dass die Hamas den Grundsätzen des Islam widerspricht und Terror gegen die eigene Zivilbevölkerung übt. Er verbietet der Hamas beizutreten, für sie zu beten oder sie zu unterstützen und fordert die Terrororganisation Hamas auf, die Waffen niederzulegen und endlich Frieden zu schließen. /JR)*

### Von Aviel Schneider

Eine islamische Fatwa verurteilt das Hamasregime im Gazastreifen: „Die Hamas behandelt Millionen „Palästinenser“ im Gazastreifen unmenschlich. Der Islam verbietet es, die Hamas zu unterstützen, der Hamas beizutreten und für die Hamas zu beten!“ Dies hat in einem beispiellosen Urteil eine der wichtigsten Institutionen in der muslimischen Welt gegen die Hamas entschieden. Die islamische Fatwa bestätigt das, was Israel und wir über Jahre hinweg gegen das Hamasregime behauptet haben. Nicht Israel ist für das Leid der „Palästinenser“ verantwortlich, sondern die Hamas.

Der Islamische Fatwa-Rat, eine Nichtregierungsorganisation von Schiiten, Sunniten und anderen Geistlichen mit Sitz in der Stadt Najaf im Irak, veröffentlichte kürzlich ein islamisches Urteil, genannt Fatwa, gegen das brutale Hamasregime im Gazastreifen. Dort forderten die Mitglieder des Islamischen Fatwa-Rates die Hamas auf, die Waffen niederzulegen und endlich Frieden zu schließen. Die Fatwa sieht im Hamasregime den Verantwortlichen für das Leid der „Palästinenser“ im Gazastreifen. „Die Hamas trägt die Verantwortung für die Korruption und den Terror gegen die palästinensischen Bürger im Gazastreifen. Es ist verboten, im Namen der Hamas zu beten, sich ihr anzuschließen, sie zu unterstützen, zu finanzieren oder für die Hamas zu kämpfen.“ Eine Fatwa ist eine von einer muslimischen Autorität auf Anfrage erteilte Rechtsauskunft, die dem Zweck dient, ein religiöses oder rechtliches Problem zu klären, das unter Angehörigen des Islam aufgetreten ist.

„Als islamisches Rechtsorgan nehmen wir die Lage der Unterdrückten auf der ganzen Welt zur Kenntnis“, sagte Muhammad Ali Al-Maqdisi, ein Geistlicher des Rates, in einer Videoerklärung, die Fox News Digital vorliegt. „Wir haben gesehen, was Gaza unter der Herrschaft der Hamas erleiden musste. Wir haben auch die Grausamkeiten gesehen, die



Seit ihrem Wahlsieg 2006 terrorisiert die Hamas auch die eigene Bevölkerung

unserer Meinung nach gegen „Palästinenser“ – gläubige und unbewaffnete Zivilisten – verübt wurden, die weder Kraft noch Rechtsmittel haben. Und so hielten wir es für unsere islamische Pflicht, den Unterdrückten zu helfen.“

Über die Jahre hinweg haben wir oft Stimmen aus dem Gazastreifen veröffentlicht, die gegen das Hamasregime sprachen. Etliche Geschäftsleute aus dem Gazastreifen, die mit israelischen Kollegen kooperieren, klagen in Gesprächen mit Israelis, wie schlimm das Hamasregime ist. Sie hassen die Hamas, aber dies darf man nicht laut aussprechen und wer davon hört sind meistens ihre israelischen Freunde und Geschäftskollegen, mit denen sie in Israel handeln. Nicht die israelische Blockade des Gazastreifens ist Grund für das Leid der „Palästinenser“, sondern das Hamasregime selbst. Solange nur Israel das behauptet, hört sich das

unglaublich an, aber sobald eine islamische Fatwa dasselbe erklärt, dann hört sich das schon besser an.

Auch wenn die Fatwa nicht bindend ist, so ist sie in der muslimischen Welt sehr einflussreich. Diese Fatwa erfolgte nach der Veröffentlichung einer Reihe von Videoaussagen von „palästinensischen“ Zivilisten im Gazastreifen, die im vergangenen Monat vom amerikanischen Center for Peace Communications veröffentlicht wurden. „Das ist es, was unsere Religion von uns verlangt. Unser Glaube befiehlt uns in seiner Weisheit, ein Feind des Unterdrückers und ein Helfer der Unterdrückten zu sein. Aus diesem Grund wurde die Fatwa gegen die Hamas erlassen.“

Al-Maqdisi fügte hinzu, dass es für die Hamas an der Zeit sei, ihre Waffen niederzulegen und den Frieden zu suchen. „Der Hamas und ihren Anhängern sage

ich: Ihr habt seit 1948 – also seit fast 75 Jahren – zu den Waffen gegriffen. In dieser Zeit wurden Tausende von Unschuldigen getötet. Mein Rat ist: Warum nehmt ihr nicht die Waffen des Friedens und setzt euch an den Tisch des Dialogs? Sucht den Frieden.“

Die Hamas ist offiziell eine terroristische Organisation und hat den Gazastreifen seit 2007 gewaltsam und eisern im Griff, nachdem sich Israel 2005 einseitig zurückgezogen hat. Die Hamas, die vom Iran finanziert und ausgebildet wird, zwingt den mehr als zwei Millionen „Palästinensern“ einen strengen islamischen Kodex auf, während sie sich weiterhin am Kampf gegen Israel beteiligt, u. a. durch den endlosen Abschuss von Raketen und Brandbomben auf das jüdische Land.

Dieser Artikel erschien zuerst bei israelheute.com

# Die wahre Bedrohung der israelischen Demokratie ist der linke Universalismus

*Israels richterliche Übergriffe auf Regierung und Militär gehen bis in die 1990er Jahre zurück, als der damalige Oberste Richter Aharon Barak begann, die Grenzen zwischen Recht und politischem Aktivismus zu verwischen. Rechte entstehen aber aus einer Reihe von Pflichten, ohne die sie sonst nur egozentrische Forderungen wären. Besonders das Judentum ist diesem Prinzip verpflichtet. Bereits die Tora definiert mit den 10 Geboten eine erste frühe Form der Menschenrechte, in der der Glaube an die Menschenwürde zu Gerechtigkeit, Mitgefühl und einem Netz von Verpflichtungen führte, die eine Gesellschaft freier aber verantwortlicher Individuen erschaffen. Dieses verantwortliche Denken widerspricht der linken Identitätspolitik in der Tiefe ihrer Ideologie und lässt besonders Netanjahus linke Gegner auf die Straßen gehen. (JR)*

Von Melanie Phillips/ JNS.org

Die riesigen Demonstrationen, die in Israel andauern und in dieser Woche in Gewalt ausarteten, werden durch die Behauptung angeheizt, das Justizreformpaket der Regierung bedeute das Ende der israelischen Demokratie.

Es ist natürlich mehr als unsinnig, eine demokratisch gewählte Regierung mit Aufrufen zu „Blutvergießen auf den Straßen“ und „Bürgerkrieg“ stürzen zu wollen, weil die Regierung – so die Organisatoren des „Tages der Störung“ – ein „Regime“ sei, das einen „Putsch“ gegen die Demokratie versuche.

Diese Proteste beruhen auch auf einer Reihe von Missverständnissen über die Reformen.

Die Situation schreit nach politischer Führung. Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu muss der Öffentlichkeit klar machen, warum diese Reformen ein antidemokratisches Ungleichgewicht korrigieren sollen, das durch eine Übervorteilung der Justiz entstanden ist.

Doch Netanjahu ist daran gehindert worden, dies zu tun. Wie er auf der Konferenz der Präsidenten in Jerusalem ironisch bemerkte, hat Generalstaatsanwältin Gali Baharav-Miara eine „Maulkorbverfügung“ gegen ihn erlassen.

Grund dafür ist eine Interessenkonfliktvereinbarung aus dem Jahr 2020, die sich aus den Gerichtsverfahren gegen Netanjahu ergab. Letzten Monat teilte Baharav-Miara dem Premierminister mit, dass diese Vereinbarung ihn daran hindere, über das Justizreformpaket zu sprechen oder irgendetwas damit zu tun zu haben.

Zu ihren Anweisungen gehörte auch eine Stellungnahme ihres Stellvertreters, wonach die Reformen „dem Premierminister bei der Verwaltung seines Prozesses zugute kommen“ und es der Regierungskoalition ermöglichen würden, Gesetze voranzubringen, die ihn leichter unterstützen könnten.

Dies ist lediglich eine Meinung. Dafür gibt es keinerlei Beweise. Da sich Baharav-Miara selbst öffentlich gegen die Reformen ausgesprochen hat und behauptet, sie würden der Exekutive und der Legislative „weitreichende und praktisch unbegrenzte Befugnisse“ einräumen, ist sie es, die in dieser Frage einen Interessenkonflikt zu haben scheint.

Baharav-Miaras Maulkorbverfügung ist daher ein hochpolitisches Manöver, um einen demokratisch gewählten Premierminister in seinen Möglichkeiten, das Land zu regieren, einzuschränken. Sie ist ein Beispiel für genau die richterliche Übervorteilung, die Netanjahus Regierung zu korrigieren versucht.

Es ist daher äußerst ironisch, dass die Anordnung ihn daran hindert, für die Justizreformen zu plädieren, und ihn darauf beschränkt, die Demonstranten aufzufordern, ihre Gewalt und Störungen der öffentlichen Ordnung zu beenden.



Der ehemalige Präsident des Obersten Gerichts in Israel, Aharon Barak, 2008

## Kompromisse sind erforderlich

Die allgemeine Hysterie wird von Menschen getragen, deren ausdrückliches Ziel es ist, Netanjahu loszuwerden. Die meisten Demonstranten kommen von der politischen Linken, für die Netanjahu einen dämonischen Status hat. Für sie ist eine „rechte“ Regierung per Definition ein Verstoß gegen die natürliche Ordnung.

Aber es gibt auch Demonstranten, die nicht der Linken angehören und sich ernsthaft Sorgen über den möglichen Machtmissbrauch einer Regierung machen, die ihrer Meinung nach nicht mehr durch die Gerichte eingeschränkt wird.

Professor Moshe Koppel, Leiter des Kohelet Policy Forums und einer der wichtigsten Architekten der Reformen, hat sich selbst gegen den umstrittensten Aspekt der Reformen ausgesprochen: Der Vorschlag, der es der Knesset ermöglichen würde, Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs mit einer knappen Mehrheit außer Kraft zu setzen.

Zweifelsohne sind Kompromisse erforderlich, und einige werden bereits vorgeschlagen. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass sie die Demonstranten zufriedenstellen werden. Es gibt tiefere Gründe für ihre Überzeugung, dass die israelische Demokratie kurz vor dem Ende steht.

Israels richterliche Übergriffe begannen in den 1990er Jahren, als der damalige Oberste Richter Aharon Barak begann, die Grenzen zwischen Recht und politischem Aktivismus zu verwischen.

Damit vertrat er jedoch lediglich eine Position, die in Großbritannien in den 1970er und 1980er Jahren immer mehr an Boden gewonnen hatte. Sie wurde zur vorherrschenden Orthodoxie der linken

Politik und der juristischen Welt und schließlich der progressiven Kreise im gesamten Westen.

## Rechte ohne Pflichten sind Forderungen

Dies war die Entwicklung der universalen Menschenrechte. Internationale Menschenrechtskonventionen wurden nach dem Zweiten Weltkrieg von Juristen entwickelt, die glaubten, der Nationalsozialismus habe gezeigt, dass nationale Gesetze Tyrannei nicht verhindern könnten. Universelle Gesetze seien notwendig, um die Rechte der Menschen zu schützen.

Dies war zwar eine bewundernswerte Intention, aber auch eine sehr fehlerbehaftete Idee.

Rechte entstehen aus einer Reihe von Pflichten, ohne die sie nicht existieren können. Die wahren Menschenrechte wurden der Welt durch die hebräische Bibel gegeben, in der der Glaube an die Menschenwürde zu Gerechtigkeit, Mitgefühl und einem Netz von Verpflichtungen führte, die eine Gesellschaft freier Individuen erschaffen.

Ohne die Verankerung in einem Netz von Pflichten sind die Rechte nichts anderes als Forderungen. Dementsprechend trugen die universalen Menschenrechte zur Entstehung einer „Opferkultur“ bei, in der Gruppen auf der Grundlage ihrer vermeintlichen Machtlosigkeit um eine bevorzugte Behandlung konkurrieren.

Menschenrechte sind von Natur aus parteiisch zugunsten der „machtlosen“ Minderheiten und gegen die „mächtige“ Mehrheit. Dies wurde von dem bedeutenden englischen Richter Lord Bingham anerkannt, der 2008 in einer Rede sagte,

dass die Menschenrechtsgesetzgebung „in gewissem Sinne undemokratisch ist“, da sie gegen die Mehrheit gerichtet ist“, da ihr Zweck darin besteht, die politisch Machtlosen zu schützen.

Sich gegen die Mehrheit zu stellen, wurde so zur Tugend. Die „Machtlosigkeit“ gab selbsternannten „Opfergruppen“ die Möglichkeit, sich von ihren eigenen Pflichten zu befreien und gleichzeitig von der Gesellschaft Privilegien zu fordern.

Das ist es, was hinter der Identitätspolitik und der „Intersektionalität“ steckt, die zunehmend alle terrorisiert, die sich der Erfüllung dieser Forderungen in den Weg stellen.

Menschenrechte sind jedoch nicht universell, sondern werden von Richtern als Mediatoren vermittelt, deren Urteile konkurrierende Rechte gegeneinander abwägen müssen und die von den vorherrschenden kulturellen Einstellungen abhängig sind.

Da die Menschenrechte jedoch mit Tugendhaftigkeit gleichgesetzt werden, sahen sich die Richter nicht nur als Hüter des innerstaatlichen Rechts, sondern auch als Verteidiger des Guten gegen das Böse.

Aus diesem Grund führte Aharon Barak seine juristische Revolution in Israel an, die es der Justiz ermöglichte, sich moralisch tugendhaft zu fühlen, indem sie politische Maßnahmen, die sie missbilligte, niederschlug.

## Universelle Menschenrechte

Darüber hinaus untergräbt der Universalismus, der zum politischen Standardbekenntnis der Linken geworden ist, das Konzept der Nation, das die Grundlage der Demokratie bildet. Der Universalismus hält die Nation für von Natur aus exklusiv, bigott und unterdrückerisch. Nationale Gesetze müssen daher universalen Prinzipien untergeordnet werden.

Als universelle Menschenrechte geschaffen wurden, warnten einige Juristen, dass solche Rechte, die in keiner nationalen Rechtsprechung verankert sind, eine potenzielle Gefahr für die Justiz darstellen könnten. Diese Warnung wurde ignoriert. Aber genau deshalb wurden die Menschenrechte als Waffe gegen Israel eingesetzt.

Das ist der Grund, warum sich Menschenrechts-NGOs als das Gewissen der Welt positionieren konnten, selbst wenn sie Israelis böswillig als Menschenrechtsverletzer diffamieren und die völkermörderischen Angriffe der „palästinensischen“ Araber entschuldigen.

Das ist der Grund, warum der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen unverhältnismäßig und ungerecht Israel ins Visier nimmt, während er tyrannische Regime – von denen einige sogar Mitglieder des Rates sind – freispricht.

Das ist der Grund, warum die „palästinensischen“ Araber vor dem Internationalen Gerichtshof oder dem Internationalen Strafgerichtshof schikanöse Klagen gegen Israel anstrengen können.

Die Menschenrechtskultur hat einen „Lawfare“ (Krieg der Juristen) gegen Israel, gegen die Justiz und gegen die Demokratie geschaffen. Sie hat die Richter von Hütern der Rechtsstaatlichkeit zu Tätern der Herrschaft der Anwälte gemacht.

Die Bedrohung der Demokratie in Israel geht nicht von der Regierung Netanjahu aus, sondern von den Tausenden auf der Straße. Letztlich ist es ein Angriff auf die Idee eines Nationalstaates, der durch die Zustimmung der Mehrheit regiert wird, die durch demokratische Gesetze zum Ausdruck kommt.

Deshalb ist es keine Überraschung, dass diese Proteste vom New Israel Fund unterstützt werden, dessen derzeitiger Versuch, Israels Regierung zu stürzen, mit seiner unermüdlichen und unerbittlichen Untergrabung Israels selbst einhergeht. Und es ist der Grund, warum diese Schlacht der dritte Krieg dieser Art um die Idee der Nation im Westen ist.

Der erste war das Votum Großbritanniens im Jahr 1916, die Europäische Union zu verlassen, als das britische Volk für nationale Unabhängigkeit und

Demokratie und gegen Universalismus stimmte.

Der zweite war die Wahl von Präsident Donald Trump im selben Jahr, als die Amerikaner dafür stimmten, den amerikanischen Exzeptionalismus gegen diejenigen wiederherzustellen, die ihre Nation zu untergraben versuchten.

Nun ist die dritte derartige Erschütterung auf Israels Straßen ausgebrochen, da der Universalismus die Demokratie erneut herausfordert und Sprache, Wahrheit und Vernunft auf den Kopf stellt.

Melanie Phillips, eine britische Journalistin, Rundfunksprecherin und Autorin und schreibt eine wöchentliche Kolumne für JNS. Derzeit ist sie Kolumnistin für die Times of London. Ihre persönlichen und politischen Memoiren „Guardian Angel“ sind bei Bombardier erschienen, wo auch ihr erster Roman „The Legacy“ veröffentlicht wurde. Besuchen Sie [melaniephillips.substack.com](mailto:melaniephillips.substack.com) für den Zugang zu ihren Werken.

Übersetzung aus dem Englischen von Daniel Heiniger

# Im Nahen Osten was Neues: Tauwetter zwischen Israel und arabischen Staaten

Beherrschen auch aktuell eine Flut aus arabischen Terroranschlägen und islamische Gewalt die Schlagzeilen in Israel, so gibt es doch aus Nahost auch Erfreuliches zu berichten: Die Beziehungen zwischen Israel und einer wachsenden Zahl von Staaten der arabischen Welt wachsen und gedeihen. In Abu Dhabi wurde jetzt die erste neue Synagoge seit über 100 Jahren eröffnet und es wurde sogar eine gemeinsame Marineschau mit den Emiraten zur Sicherung der Küste abgehalten. (JR)

Von Claudio Casula

Die Terrorwelle, die Israel seit Wochen heimsucht, reißt nicht ab. Im März zählte man dort bereits das 14. Opfer eines „palästinensischen“ Anschlags in diesem Zeitraum. Doch die täglichen Schreckensmeldungen vermitteln nicht das ganze Bild.

Was die „Palästinenser“ betrifft, so scheint auf absehbare Zeit Hopfen und Malz verloren. Mit der Fatah und der Hamas ist einfach kein Staat zu machen, und beide sitzen fest im Sattel, die einen in den Autonomiegebieten im Westjordanland, die anderen im Gazastreifen. Diese Terrororganisationen hatten nie ein Interesse an Frieden mit Israel, sie haben ihn jetzt nicht und sie werden es aller Voraussicht nach auch in Zukunft nicht haben, jedenfalls nicht, solange Amerika und Europa einschließlich Deutschlands den fortgesetzten Terror der „palästinensischen“ Hardliner auch noch indirekt unterstützen, indem sie hunderte Millionen Dollar und Euro an Unterstützung zahlen, ohne Vorbedingungen zu stellen.

## Emirate-Außenminister in Yad VaShem

Und damit kommen wir zu den guten Nachrichten: Israel und diverse arabische Staaten bauen ihre Beziehungen auf vielen Ebenen aus. Reden wir nicht von Ägypten (Friedensvertrag 1979) oder Jordanien (Friedensvertrag 1994) – in beiden Fällen blieb es bei einem „Kalten Frieden“, was zwar immerhin die Abwesenheit von Krieg, aber eben leider auch keine wirklich freundschaftlichen Beziehungen bedeutet. Israelis reisen zwar in diese beiden Nachbarländer, umgekehrt ist das aber eher nicht der Fall.

Ganz anders sieht es mit anderen Staaten aus. Die „Abraham-Abkommen“, die Israel unter Vermittlung der USA (unter der Trump-Regierung!), aber auch Ägyptens, Bahains und Omans im Sommer 2020 mit den Vereinigten Arabischen Emiraten schloss, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Marokko und der Friedensvertrag mit Bahrain erregten bei uns nicht die gebührende mediale Aufmerksamkeit; das übliche „Jews are news“ gilt wohl vor allem in negativem Kontext. Da sich hartnäckig der von den Medien in der Welt verbreitete Glaube hält, Frieden zwischen der arabischen Welt und Israel könne es nur geben, wenn die „Palästinenser“ ihren eigenen Staat bekämen, mag sich hier auch der Frust darüber Bahn brechen, dass es



Moses Ben Maimon Synagogue in Abu Dhabi

bei weiträumiger Umfahrung der Interessen von Hamas und Fatah durchaus zu Fortschritten in der nahöstlichen Nachbarschaft kommen kann. Ähnlich verbittert zeigten sich auch die arabischen Parteien in Israel: Die Knesset stimmte mit überwältigender Mehrheit für die Abraham-Abkommen, ausschließlich die 13 Abgeordneten der arabischen Parteien votierten dagegen.

Dabei ist die Entwicklung der Beziehungen Israels zu etlichen Staaten des Orients ganz und gar erstaunlich. Wer hätte etwa gedacht, dass der Außenminister der Emirate, Bin Sajed, jemals nach Jerusalem reisen, die Holocaust-Gedenkstätte Yad VaShem besuchen und dort einen Kranz niederlegen würde?

## Gemeinsame Investitionen in Schlüsselsektoren

Einige Beispiele aus den vergangenen Wochen mögen zeigen, wie vielfältig die Zusammenarbeit inzwischen gedeihen ist. So besuchte der Kommandant der israelischen Luftstreitkräfte, Tomer Bar, kürzlich Marokko und lotete mit seinem marokkanischen Kollegen eine Festigung der militärischen Zusammenarbeit

aus. In Abu Dhabi hielten Israel und die Emirate erstmals eine gemeinsame Marineschau im Rahmen der „Ausstellung und Konferenz für die Verteidigung der Meere“ (NAVDEX) ab und führten ein von Israel Aerospace Industries, der Werft Abu Dhabi Ship Building und dem emiratischen Rüstungsunternehmen Edge ein für den Einsatz an Häfen oder im Küstenbereich entwickeltes unbemanntes Marineschiff vor.

Israelnetz berichtet:

„Dazu gehören Aufklärungsmissionen, Küsten- und Grenzüberwachung, das Erkennen von Minen und die Verteidigung gegen U-Boote. Es eignet sich auch für zivile Aufgaben wie die Meeresforschung, das Aufspüren von Umweltverschmutzungen oder Katastropheneinsätze.“

Vor einigen Tagen trafen sich Vertreter Israels, Indiens, der Vereinigten Arabischen Emirate und der USA zu einem Geschäftsforum („I2U2 Business Forum“) in Abu Dhabi, bei dem es um gemeinsame Investitionen in Schlüsselsektoren ging. Sieben parallele Sitzungen behandelten die Themen Ernährungssicherheit, Energie, Wasser, Weltraum, Verkehr, Gesundheit und Technologie.

## Erste neue Synagoge seit fast hundert Jahren in einem arabischen Land

Das Sultanat Oman hat seinen Luftraum jetzt auch für israelische Flugzeuge geöffnet, was die Flugzeit von Tel Aviv nach Fernost künftig um Stunden verkürzt. In Israel wird eine solche, eher unspektakuläre Entscheidung als „historisch“ gefeiert, während der Golfstaat Israel nicht einmal namentlich erwähnt, aber steter Tropfen scheint den Stein zu höhnen. Bereits im Juli 2022 hatte Saudi-Arabien seinen Luftraum für israelische Maschinen geöffnet.

Mitte Februar wurde die erste Synagoge seit fast hundert Jahren in einem arabischen Land offiziell eingeweiht, die Moses Ben Maimon Synagogue in Abu Dhabi, wo Schätzungen zufolge tatsächlich etwa 600 Juden leben sollen. Sie ist Teil eines interkonfessionellen Friedensprojekts. Die Anlage, die Abrahamic Family House genannt wird, umfasst neben der Synagoge eine Kirche und eine Moschee. Laut ihrer Website soll es „als Gemeinschaft für den interreligiösen Dialog und Austausch dienen und die Werte der friedlichen Koexistenz und der Akzeptanz zwischen verschiedenen Glaubensrichtungen, Nationalitäten und Kulturen fördern“.

Last but not least: Israels Ministerpräsident Benjamin Netanyahu kündigte an, daran zu arbeiten, auch Saudi-Arabien für die Abraham-Abkommen zu gewinnen. Dies würde einen „Quantensprung“ bedeuten, weil dies den Weg für die Normalisierung mit dem Rest der arabischen Welt ebnet könnte. Dieser Frieden, so Netanyahu, „umfasst nicht nur Regierungen, sondern auch wesentliche Teile der arabischen Völker am Golf, die nun erkennen, dass Israel nicht der Dämon ist, von dem man ihnen so viele Jahrzehnte lang erzählt hat. Sie sehen die Vorteile für ihr eigenes Leben und wollen es ausbauen. Nun, wir wollen es auch ausweiten“.

Ein „warmer Frieden“ ist keine Utopie mehr. Allein in den ersten vier Monaten nach den „Abraham-Abkommen“ reisten 140.000 Touristen und Geschäftsleute aus Israel in die Golfstaaten – und auch hunderte Gäste aus den Golfstaaten wurden in Jerusalem und Tel Aviv gesichtet. Es tut sich was in Nahost, und manches gibt sogar Anlass zur Hoffnung.

Claudio Casula arbeitet als Autor, Redakteur und Lektor bei der Achse des Guten.

Dieser Artikel erschien zuerst auf [Achgut.com](http://Achgut.com)

# Israelisches Parlament beschließt Aberkennung der Staatsbürgerschaft bezahlter Terroristen

In einem parteiübergreifenden Votum beschloss die Knesset, arabischen Terroristen mit israelischem Pass die Staatsangehörigkeit zu entziehen. Sollte ein Terrorist zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden sein und für sein Verbrechen auch Geld von der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde erhalten haben, kann sogar eine Abschiebung ins Westjordanland oder den Gazastreifen erfolgen. Obwohl einer der Chefs der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde, Mohammad Shtayyeh, Israel nicht als Staat anerkennt, beklagt er den Entzug der israelischen Staatsbürgerschaft. (JR)

Von Bassam Tawil

Ein neuer Gesetzentwurf, der derzeit die ersten Etappen im israelischen Parlament durchläuft, stößt bei der „palästinensischen“ Führung auf scharfe Kritik. Der Gesetzentwurf besagt im Wesentlichen, dass ein israelischer Staatsbürger oder Einwohner, der eine terroristische Handlung begeht und zustimmt, dafür von der Palästinensischen Autonomiebehörde bezahlt zu werden, damit zum Ausdruck bringt, dass er die Leistungen der Palästinensischen Autonomiebehörde denen des Staates Israel vorzieht. Wenn der Terrorist seine Haftstrafe verbüßt hat, wird er an den Ort seiner Wahl, das Westjordanland oder der Gazastreifen, überstellt. Das bedeutet auch, dass die Wiedereinreise nach Israel verboten ist.

Klingt eigentlich ganz gut. Nicht aber für den Premierminister der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde, Mohammad Shtayyeh.

Nach Angaben der offiziellen Nachrichtenagentur Wafa der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde ist Shtayyeh wütend. Er warnte vor „den schwerwiegenden Folgen der Zustimmung der israelischen Knesset zum Gesetz über den Entzug der Staatsangehörigkeit unserer in den Gebieten von 1948 und in der besetzten Stadt Jerusalem inhaftierten Kinder“. Bemerkenswert ist, dass Shtayyeh wie viele andere „Palästinenser“ den Staat Israel als „das Gebiet von 1948“ bezeichnet. Das bedeutet, dass diese „Palästinenser“ die Existenz Israels nicht anerkennen: Für sie ist Israel eine einzige große Siedlung, die ausgerottet werden muss.

Shtayyeh ist wütend über den Entzug der Staatsbürgerschaft von Terroristen des Staates, dessen Existenz er nicht anerkennen will. Er sagt auch, dass Israel kein Recht hat, sich zu verteidigen oder Maßnahmen gegen „Palästinenser“ zu ergreifen, die in den Terrorismus verwickelt sind und dann von seiner eigenen „palästinensischen“ Behörde im Westjordanland finanziell belohnt werden.

Es ist ein ziemliches Dilemma. Shtayyeh behauptet, er wolle einen unabhängigen „palästinensischen“ Staat neben Israel, nennt Israel das „Gebiet von 1948“, ist aber wütend über den Entzug der israelischen Staatsbürgerschaft eines arabischen Bürgers Israels. Eine solche Position ist schwer zu vertreten.

Dennoch appelliert er entgegen jeglicher Logik weiterhin an „die UNO, die USA und die Europäische Union: Die Resolution zu verurteilen und Druck auf Israel auszuüben, um es zu zwingen, sie zu annullieren... Dieser Beschluss ist eine rassistische Praxis und ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht und das humanitäre Völkerrecht.“

Nach Ansicht der „palästinensischen“ Führung ist es weder rassistisch noch rechtswidrig, wenn „Palästinenser“ unschuldige Zivilisten ermorden, nur weil sie Juden sind, aber wenn Israelis diese Mörder zur Verantwortung ziehen und ins Gefängnis stecken, ist das rassistisch



Mahmoud Abbas sorgt sich mehr um die Rechte der Terroristen als um die Lebensumstände seines Volkes.

und rechtswidrig.

Unterstützt wird die „Palästinensische“ Autonomiebehörde bei dieser Perverterung von Recht und Gesetz von Adalah, dem Rechtszentrum für die Rechte arabischer Minderheiten in Israel, das sich für die „Notlage“ der Mörder einsetzt, denen nach dem neuen Gesetz die Staatsbürgerschaft entzogen werden könnte:

„Die Menschen haben keinen Status mehr, sie sind staatenlos... Es ist sogar die Rede davon, diesen Menschen die Wiedereinreise nach Israel zu verweigern – sei es mit einer Arbeitserlaubnis oder auch nur, um ihre Familie zu besuchen.“

Möchtegern-Terroristen haben diese Wahl, im Gegensatz zu den Opfern des Terrors, die ihre „Familie“ nie wieder besuchen können.

Adalah wurde 1996 gegründet und nennt sich selbst „Rechtsberatungsstelle für die Rechte arabischer Minderheiten“. In Anbetracht ihrer Position zum Entzug der israelischen Staatsbürgerschaft von Terroristen sollte die Gruppe vielleicht ihren Namen in Rechtszentrum für die Rechte von Judenmördern ändern. Die „Palästinensische“ Autonomiebehörde ihrerseits sollte ihren Namen in „Palästinensische“ Autonomiebehörde zur Verteidigung von Terroristen ändern.

## Gewalt verstößt gegen Osloer Abkommen

Anders als die vielen Male, in denen „palästinensische“ Führer das Töten von Kindern und die Ermordung Unschuldiger groteskerweise als „natürliche Reaktion“ bezeichnet haben, hat Shtayyeh dieses Mal Recht, wenn er die neue Gesetzgebung „ein natürliches Ergebnis“ nennt. Man könnte fast hof-

fen, dass er zur Vernunft gekommen ist, aber diese Hoffnung wird sogleich enttäuscht. Er fährt fort, dass diese Gesetzgebung „ein natürliches Ergebnis der Politik der doppelten Standards ist, die falsche Botschaften an Israel sendet und es ermutigt, mehr solcher Verstöße zu begehen, solange es in der Lage ist, einer Bestrafung zu entgehen“.

Ironischerweise ist es Shtayyehs „Palästinensische“ Autonomiebehörde, die „falsche Botschaften“ sendet, indem sie den Terrorismus – in Form von Geld – belohnt, anstatt die Angreifer zur Verantwortung zu ziehen. Für Mord zu bezahlen, anstatt zu verhandeln, ist nicht das, wozu sich die „Palästinenser“ in den Osloer Abkommen oder in anderen Vereinbarungen verpflichtet haben.

Jedenfalls ist Shtayyeh äußerst besorgt um die Rechte der Terroristen, die sowohl in Israel als auch unter der Herrschaft seiner Regierung im Westjordanland leben. Er will offenbar sicherstellen, dass die arabischen Terroristen in Israel ihre Staatsbürgerschaft behalten, ein angenehmes Leben in Israel führen und weiterhin Juden ermorden können, während er weiterhin die Familien der Terroristen im Westjordanland finanziert. Das könnte sich nun ändern, und deshalb sind die „palästinensischen“ Führer in Aufruhr.

Israel hat genug davon, dass Mörder unter dem Jubel und den Paraden eines Heldenempfangs freigelassen werden, wie kürzlich bei der Freilassung des israelischen arabischen Staatsbürgers Karim Younis, der 1980 einen israelischen Soldaten ermordet hatte. Nachdem er auf den Schultern einer bewundernden Menge getragen wurde, erklärte Younis, dass er es gerne wieder tun würde, wenn er die Chance dazu bekäme. „Ich bin bereit, weitere 40 Jahre zu opfern, um das

Heimatland Palästina zu befreien“, wurde er zitiert.

Um sicherzustellen, dass nicht noch mehr Terroristen die Möglichkeit erhalten, Juden zu ermorden, stimmten 94 Mitglieder des israelischen Parlaments in einer ungewöhnlich parteiübergreifenden Vertretung für das neue Gesetz.

Knessetminister Ofir Katz kommentierte den Gesetzesentwurf mit den Worten:

„Lassen Sie sich nicht täuschen... es spielt keine Rolle, ob es sich um eine Terrororganisation oder einen einzelnen Terroristen handelt. Ich verspreche den Hinterbliebenen, die hier sind oder uns zusehen... wir werden nicht zulassen, dass, während unsere Geschwister verbluten, nur wenige Meter entfernt die Familien der Terroristen fröhlich Süßigkeiten verteilen.“

Interessant ist, dass „palästinensische“ Offizielle, die sich über diesen Gesetzentwurf aufregen, sehr besorgt über die „palästinensischen Rechte auf Staatsbürgerschaft“ zu sein scheinen, aber nur in Israel – nicht im Libanon oder in Jordanien.

## Kaum Bürgerrechte im Libanon

Im Libanon wird den „Palästinensern“, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Staatsbürgerschaft verweigert. Es ist ihnen verboten, Eigentum zu besitzen, in den meisten erstrebenswerten Berufen zu arbeiten, und selbst die grundlegendsten staatlichen Sozialleistungen werden ihnen verweigert. „Palästinenser“ werden von den libanesischen Behörden als „Flüchtlinge“ betrachtet.

„Palästinenserlager im Libanon sind ghettoartige Siedlungen, die manchmal von Trennmauern, Stacheldraht

und militärischer Überwachung umgeben sind“, so der libanesische Journalist Sawssan Abou-Zahr. „Sie sind überfüllte und unorganisierte Betonklötze mit verfallender Infrastruktur.“

Die Menschenrechtsbilanz der libanesischen Regierung in Bezug auf die „Palästinenser“ in ihrem Land ist mehr als düster.

Anstatt die kriminelle Behandlung seines Volkes im Libanon anzusprechen und Reformen anzustreben, wurde der Präsident der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas, bei seinem Libanon-Besuch 2017 gesehen, wie er mit Prominenten bei der Fernsehshow Arab Idol kokettierte. Irgendwie hat er es versummt, ein einziges „palästinensisches“ Flüchtlingslager zu besuchen.

Einer der Lagerbewohner bemerkte verbittert:

„Abbas weiß nicht, dass wir leiden und dass uns die Bürgerrechte und das Recht auf Arbeit vorenthalten werden, und Abbas kümmert sich nicht um die Lebensbedingungen der Menschen hier.“

Ein anderer fragte: „Warum ist er gekommen?... Hat sich etwas geändert.... werden wir in der Lage sein, Eigentum zu besitzen oder Pässe zu bekommen und in andere Länder zu reisen?“

Die Antwort lautet nein.

### Auch Jordanien entzieht Staatsbürgerschaft

In Jordanien können „Palästinenser“ die Staatsbürgerschaft erhalten, die ihnen aber leicht wieder entzogen werden kann. Dieses Problem scheint weder für die „Palästinensische“ Autonomiebehörde noch für Abbas ein dringendes Anliegen zu sein, obwohl es viel gegenseitiges Schulterklopfen und eine Abstimmung hinter den Kulissen gegeben hat.

Die Interessengruppe Minority Rights beschreibt die Situation so:

„... die jordanische Regierung hat eine Politik betrieben, die manchen Palästinensern die jordanische Staatsbürgerschaft entzogen hat, oft aus scheinbar willkürlichen Gründen... und es gab nur wenige praktische Möglichkeiten, die Entscheidung anzufechten.... Jordanien hat auch palästinensische Flüchtlinge nach Syrien zurückgeschickt, was gegen internationales Recht verstößt.“

Einem Bericht der Josef Korbel School of International Studies zufolge wird „Palästinensern“ in Jordanien die Staatsbürgerschaft entzogen, und:

„Kindern ... kann der Zugang zu öffentlichen Schulen verwehrt oder sie können von ihnen ausgeschlossen werden.... Palästinenser... können aus ihrem aktuellen Arbeitsverhältnis entlassen werden, unabhängig von der Dauer oder dem Status in einer solchen Position.“

Schlimmer noch: „Palästinenser“, denen in Jordanien die Staatsbürgerschaft entzogen wurde, können „bestimmte medizinische Behandlungen in öffentlichen Gesundheitseinrichtungen nicht mehr kostenlos oder zu geringen Kosten erhalten. Staatenlose Palästinenser sind von diesen Leistungen ausgeschlossen.“

Abbas und der jordanische König Abdullah II. arbeiten zusammen, um die politische Kontrolle zu behalten, und nicht, weil sie sich tatsächlich um die Lage der „Palästinenser“ sorgen. Was den Entzug der Staatsbürgerschaft Tausender „palästinensischer“ Jordanier betrifft, so haben jordanische Amtsträger diese Praxis als Mittel gegen künftige israelische Pläne verteidigt, die „palästinensische“ Bevölkerung des von Israel besetzten Westjordanlandes nach Jordanien umzusiedeln.“ Dies ist natürlich eine falsche Anschuldigung und eine weitere Verleumdung gegenüber Israel.

Abbas stimmte dem Entzug der jordanischen Staatsbürgerschaft zu, um die jahrelange Behauptung der USA und der internationalen Gemeinschaft, Jordanien sei eigentlich Palästina, zu widerlegen.

Ob im Libanon, in Jordanien, im Westjordanland oder anderswo: Abbas, Shtayyeh und die „Palästinensische“ Autonomiebehörde machen sich keine Sorgen um die Rechte der „Palästinenser“, ihre Staatsbürgerschaft oder das

Völkerrecht. Diese „palästinensischen“ Führer sorgen sich vielmehr um die Rechte von Terroristen – weit mehr als um den Lebensstandard oder die wirtschaftliche Not, unter der Millionen ihrer Bürger im Westjordanland und im Gazastreifen leiden. Die Motivation scheint leider darin zu bestehen, die eigene politische Macht auf Kosten des eigenen Volkes zu festigen.

Sie scheinen sich nur dann um die „Rechte der Palästinenser“ zu kümmern, wenn es darum geht, Israel zu delegitimieren.

Die Biden-Administration und die Europäische Union unterstützen die „Palästinensische“ Autonomiebehörde weiterhin politisch und finanziell, ohne ein Ende von Abbas' „Bezahlung-für-Tötung Beschäftigungsprogramm“ zu fordern, das Anreize und Belohnungen für die Ermordung von Juden bietet, oder die laufende Kampagne zur Verteidigung der „Rechte von Terroristen“.

Durch ihr Schweigen signalisieren die US-Regierung und die Europäische Union den „Palästinensern“, dass es völlig in Ordnung ist, Terrorismus zu finanzieren und Juden zu ermorden.

*Bassam Tawil ist ein muslimischer Araber mit Wohnsitz im Nahen Osten. Auf Englisch zuerst veröffentlicht bei Gatestone Institute. Übersetzung Audiatur-Online.*

## Jom haAtzma'ut: Israel feiert den 75. Unabhängigkeitstag

Entsprechend dem jüdischen Kalender fällt der israelische Unabhängigkeitstag in diesem Jahr auf den 26. April. Am 5 Ijjar im Jahr 5708 (14. Mai 1948) hat David Ben-Gurion die Unabhängigkeit des jüdischen Staates ausgerufen. Jom haAtzma'ut wird als großes Fest gefeiert, das Land erstrahlt in den Farben Weiß und Blau. An diesem Tag feiern Juden weltweit die finale Erfüllung des Selbstbestimmungsrechtes des über 3000 Jahre alten jüdischen Volkes. Am Israel Chai! (JR)

### Von Miriam Sofin

Am 26. April dieses Jahres feiern Juden weltweit, allen voran die Bevölkerung Israels, wieder ein ganz besonderes historisches Ereignis: den israelischen Unabhängigkeitstag namens Jom haAtzma'ut.

An diesem Tag vor 75 Jahren, genau genommen am 14. Mai 1948 und am fünften Tag des achten Monats (Ijjar) des jüdischen Kalenders, endete offiziell das britische Mandat über Palästina. Noch am selben Nachmittag proklamierte Ben Gurion, der erste israelische Ministerpräsident, den Staat Israel, indem er in Tel Aviv die dreiteilige israelische Unabhängigkeitserklärung verlas. Damit ging ein alter, über Jahrtausende hinweg gewachsener jüdischer Traum in Erfüllung. Noch in der Nacht griffen daraufhin Ägypten, Jordanien, Libanon, Irak und Syrien den neuen, durch die UN legitimierten Staat an, um seine Proklamation wieder rückgängig zu machen. Bis zum heutigen Tag wünschen sich sämtliche islamische Nachbarländer Israels seine Vernichtung. Auch für einen Großteil der Muslime im Westen gilt der einzige jüdische Staat von der Größe Hessens seit seiner Entstehung als Dorn im Auge und ultimatives Hassobjekt.

In Israel ist Jom haAtzma'ut ein gesetzlicher Feiertag, der von den Israelis ausschweifend zelebriert wird. Er gehört zwar nicht zu den traditionellen jüdischen Festtagen, spielt aber eine zentrale Rolle im kollektiven jüdischen Bewusstsein. Fällt er zufällig auf einen Sonntag



Mit israelischen Flaggen dekorierte Häuser

(Schabbat), so findet er erst am darauffolgenden Dienstag statt. Anlässlich der Feierlichkeiten ist es üblich, dass Häuserfronten mit israelischen Flaggen und Blumen geschmückt werden. Das ganze Land erstrahlt dann in den Farben Blau und Weiß. Manche Israelis besuchen die Schlachtfelder des israelischen Unabhängigkeitskrieges oder die staat-

lich organisierten Feste und üppigen Militärparaden unter freiem Himmel. Andere verbringen den Feiertag lieber im privaten Rahmen im Beisein ihrer Familie und Freunde, um gemeinsam zu kochen, zu grillen, zu musizieren, zu tanzen und natürlich - wie sollte es auch anders sein - gut zu essen. Die israelische Regierung verleiht darüber hinaus

an diesem besonderen Tag regelmäßig Preise an israelische Bürger für herausragende Erfolge in Kunst, Literatur und Wissenschaft.

Die israelische Nationalhymne verrät uns, warum Jom haAtzma'ut den allermeisten Juden rund um den Globus so wichtig ist: Darin geht es nämlich um nicht weniger, als die Erfüllung der jahrtausendelangen Hoffnung - nicht bloß des Wunsches - eines Tages als freies und unabhängiges Volk wieder auf dem Boden seiner Vorfahren zu leben. Selbstverständlich residieren nicht alle Juden in Israel. Auch sind nicht alle Juden religiös. Aber jeder Jude, wo auch immer er sich befindet und woran auch immer er glaubt, erinnert sich an diesem speziellen Tag daran, dass er eindeutig zur festen Einheit des jüdischen Volkes gehört und dass ihm, sollte er jemals wieder von Repression und Verfolgung bedroht sein, immer einen Platz im sicheren Hafen Israel gewiss ist.

Das Judentum hat als Grundlage für zahlreiche kulturelle und ethische Werte von universeller Bedeutung an diesem einen Ort nach Jahrtausenden der Bedrohung bis hin zur fast geglückten Dezimierung endlich seine vorherbestimmte Verwirklichung gefunden: Frei zu leben, wo Frieden, Innovation, Fortschritt, Menschenwürde und die Gleichwertigkeit aller Menschen das alltägliche Leben bestimmen. Somit bietet Israel Juden weltweit etwas, was kein anderes Land ihnen jemals bieten kann: die finale Erfüllung des Selbstbestimmungsrechtes des über 3000 Jahre alten jüdischen Volkes. Am Israel Chai!

# Tyranei der Minderheiten: Wenn parlamentarische Entscheidungen nicht mehr akzeptiert werden

Diejenigen, die die Justizreform in Israel gestoppt haben, bejubeln ihre Bemühungen als gelebte Demokratie. Aber diese Massenproteste folgen einem Muster, das die Grundfesten der repräsentativen Demokratie erschüttern könnte. Demokratien verwandeln sich zunehmend in gespaltene Gesellschaften, in denen besonders die Opposition nicht glaubt, dass die gewählte Regierung legitim ist oder gute Absichten hat. Es ist eine Denkweise, die bereit ist, jeden politischen Diskurs zu einem Kampf nicht nur um die Macht, sondern um das Überleben zu erklären. (JR)

Von Jonathan S. Tobin/JNS.org

Nachdem der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu die weiße Fahne für die Bemühungen seiner Regierung um eine Justizreform geschwenkt hat, haben seine Gegner einige Siegesrunden gedreht. Diejenigen, die zu Hunderttausenden auf die Straße gingen, Autobahnen blockierten, Geld aus dem Land abzogen oder den Reservendienst verweigerten - unterstützt von denen, die sie von der Seitenlinie aus anfeuerten - glauben alle, dass sie etwas Großartiges geleistet haben.

Aus ihrer Sicht haben sie nicht nur die israelische Demokratie gegen die drohende autoritäre oder diktatorische Herrschaft der Koalition verteidigt, die die Wahlen im November letzten Jahres gewonnen hat. Sie sind auch der Meinung, dass ihre Proteste an und für sich eine schöne Demonstration des Glanzes der demokratischen Kultur waren. Das Volk habe sich erhoben und seiner Stimme Gehör verschafft und die Mächtigen zum Zuhören gebracht.

Daran ist etwas Wahres dran, auch wenn vieles davon eher als Tugendbeweis, denn als Beweis für ihre Hingabe an die Demokratie dargestellt wird. Aber so sehr das Recht auf friedlichen Protest ebenso geschützt werden muss wie das Recht der Bürger, sich mit Petitionen an ihre Regierung zu wenden, um Missstände zu beseitigen, so unaufrichtig ist die Vorstellung, dass dies nichts anderes war als eine Debatte darüber, ob Israel eine Demokratie bleiben soll.

Viele Israelis waren entsetzt über die Vorstellung, dass Netanjahu an die Macht zurückkehren und eine Regierung bilden würde, indem er sich mit den religiösen Parteien verbündet.

Auch wenn die Justizreform als Vorwand diente, so war das Ziel der Demonstrationen im Grunde genommen, die Ergebnisse der verlorenen Wahlen vom November zu kippen. Es handelte sich also weniger um eine Protestbewegung zu einem bestimmten Thema als vielmehr um etwas, das mit den so genannten "farbigen Revolutionen" in den ehemaligen Sowjetrepubliken vergleichbar ist, die auf den Sturz der Regime abzielten.

## Amerikanischer 'Widerstand'

Es gibt auch viele Gemeinsamkeiten mit den Protesten, die im Januar 2017 nach der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten begannen. Beim Women's March, der am Tag nach seiner Amtseinführung stattfand, sowie bei den nachfolgenden Demonstrationen ging es angeblich um den Schutz des Rechts auf Abtreibung. Aber es ging um weit mehr als das. Es war, wie die Demonstranten und ihre Cheerleader in den Konzernmedien und in den Programmen der Popkultur behaupteten, ein "Widerstand", der die Rolle einer loyalen Opposition zugunsten des Versuchs, den Gewinner der Präsidentschaftswahlen 2016 sowohl als illegitim als auch als eine Bedro-



Die Demonstranten vertreten nicht die Mehrheitsmeinung in Israel.

hung für die Nation zu behandeln, die mit allen Mitteln ausgerottet werden sollte, vernachlässigte.

Diese Haltung war der Auslöser für die russische Verschwörungssaffäre, die die Nation drei Jahre lang erschütterte und viel dazu beitrug, Trump am Regieren zu hindern. Und sie trug dazu bei, die Bemühungen der Medien und ihrer Verbündeten, der Big Tech- und Social-Media-Unternehmen, zu legitimieren, die dazu beitragen sollten, dass Trump besiegt wurde.

Das wiederum hat seit 2020 eine parallele Bewegung auf der rechten Seite hervorgebracht, die, angestachelt von Trump, glaubt, dass Joe Biden ebenfalls ein illegitimer Präsident ist, was am 6. Januar 2021 offensichtliche und tragische Folgen haben wird.

Auch wenn die israelischen Demonstranten und ihre amerikanischen Bewunderer glauben, dass sich das, was sie getan haben, deutlich von diesen beiden Widerständen unterscheidet, täuschen sie sich. Was gerade in Israel passiert ist, ist nur eine weitere Wiederholung desselben Trends, bei dem sich Demokratien in gespaltene Gesellschaften verwandeln, in denen keine Seite glaubt, dass ihre Gegner legitim sind oder gute Absichten haben. Es ist eine Denkweise, die bereit ist, jedes Problem zu einem existenziellen Kampf nicht nur um die Macht, sondern um das Überleben zu verdrehen.

Dies geht über die übliche Neigung hinaus, Meinungsverschiedenheiten zu einem Kampf auf Leben und Tod über grundlegende Prinzipien des Regierens zu machen. In den letzten zwei Jahren hat sich dies in den Vereinigten Staaten gezeigt, als die Demokraten die von den Republikanern verabschiedeten Gesetze zur Wählerintegrität fälschlicherweise als "Jim Crow 2.0" bezeichneten und ihre konservativen Gegner als "Faschisten" darstellten.

Beide Behauptungen sind Lügen, aber die Auswirkungen ihrer Übertreibungen gehen über die harten Gefühle hinaus, die oft aus den schmutzigen Tricks resultieren, die ein unvermeidlicher Teil der normativen politischen Kriegsführung sind. Sie haben bei den Demokraten die Überzeugung geweckt, dass die Republikaner um jeden Preis besiegt werden müssen, und bei den Rechten die parallele Überzeugung, dass die Demokraten rücksichtslos entschlossen sind, Wahlen zu stehlen und Gegner zu verhaften. Die Versuche der demokratischen Staatsanwälte, Trump ins Gefängnis zu bringen, haben diese Überzeugungen nur bestätigt.

## Dasselbe Gefühl der Bösgläubigkeit ist auch in Israel im Spiel

Die Protestbewegung wurde durch Argumente angeheizt - unterstützt von den weitgehend einfarbigen israelischen Mainstream-Medien, die mit wenigen Ausnahmen noch stärker nach links tendieren als ihre Pendanten in den Vereinigten Staaten -, die behaupteten, dass die Justizreform eine rechte "Tyranei der Mehrheit" einleiten würde. Für sie bedeutet das, dass liberale, säkulare Israelis von ihren rechten und vor allem religiösen Mitbürgern unterdrückt werden. Das war eine unfaire Charakterisierung eines Maßnahmenpakets, mit dem versucht wurde, die Macht eines von der Linken dominierten israelischen Obersten Gerichtshofs zu kontrollieren, der seiner Macht, die vom Volk gewählten Gesetzgeber und die Regierung zu behindern und zu überstimmen, keine Grenzen setzt.

## Der Sturz der Regierung

Aber dieser "Widerstand" entstand nicht an dem Tag, an dem die Justizreformen der Knesset vorgelegt wurden. Er begann am Tag nach den Wahlen vom 1. November, als der Likud und seine Ver-

bündeten zur Überraschung ihrer Gegner die dreijährige politische Pattsituation durchbrachen und eine klare Mehrheit in der Knesset errangen.

Die Vorstellung, dass der Mann, den die Linke nach den fadenscheinigen Korruptionsvorwürfen, mit denen ein linkes juristisches Establishment versucht hatte, Netanjahu zu stürzen, als "Verbrechensminister" bezeichnete, das Land wieder anführt, war schlimm genug. Was folgte, war das, was die Linke als "Aufstand" bezeichnet hätte, wenn es ihre Gegner gewesen wären, die ihn durchführten.

Wie der ehemalige Premierminister Ehud Barak, ein Unterstützer der Proteste, kürzlich in einer Rede in London deutlich machte, ist die Vorstellung, dass diese Proteste die Ansichten der Mehrheit repräsentieren, ein Mythos. Er machte deutlich, dass eine engagierte und radikalisierte Minderheit, wenn sie, wie in Israel, strate-

gisch so platziert ist, dass sie den größten Schaden anrichtet, eine gewählte Regierung stürzen kann.

Auch wenn die Behauptung, die Justizreform bedeute eine Diktatur, von vielen Israelis aufrichtig geglaubt worden sein mag, war das eigentliche Ziel der Proteste der Sturz der Regierung. Selbst wenn die Justizreform abgeschafft wird, wird ein anderes Thema - das wahrscheinlich mit Smotrich und Ben-Gvir und ihren Bemühungen zur Bekämpfung von Kriminalität oder Terrorismus zusammenhängt - bald an ihre Stelle treten.

Die Linke hat sich bereits davon überzeugt, dass die Einhaltung normaler demokratischer Verfahren und das Abwarten bis zu den nächsten Wahlen keine ausreichende Antwort auf die Regierung Netanjahu darstellt. Deshalb sind die Chancen, wieder nach den Regeln zu spielen, gering. Und nachdem wir bereits festgestellt haben, dass es zulässig ist, die Wirtschaft zu sabotieren oder den Militärdienst zu verweigern, weil einem die aktuelle Regierung nicht gefällt, ist es unwahrscheinlich, dass diese Taktiken nicht wieder angewendet werden.

Wie schon beim gewaltsamen Vorgehen gegen rechte Demonstranten gegen die Osloer Abkommen und den Rückzug aus dem Gazastreifen in der Vergangenheit wird die Verleumdung derjenigen, die tatsächlich die Mehrheit der Wähler repräsentieren, die erst vor vier Monaten ihre Stimme abgegeben haben, zu weiteren Ressentiments und Zynismus gegenüber der rechten Seite führen. Das bedeutet, dass, egal wer die nächste Wahl in Israel gewinnt, die andere Seite dies nicht akzeptieren wird.

Jonathan S. Tobin ist Chefredakteur von JNS (Jewish News Syndicate). Folgen Sie ihm auf Twitter unter: @jonathans\_tobin.

# Bidens fatale politische Handschrift: Die Phase der Abkühlung in den Beziehungen zwischen den USA und Israel ist längst im Gange

Die Erklärungen und Handlungen der Biden-Administration in den vergangenen Wochen gegenüber Israel seit dem Amtsantritt der neuen Regierung deuten auf einen grundlegenden Wandel hin. Bidens aggressive Rhetorik verrät, dass er weniger daran interessiert ist, die Justizreform zu blockieren, als vielmehr die Regierung Netanjahu zu destabilisieren. Solange die Democrats regieren, muss Israel damit rechnen, dass militärische Hilfe für Israel nur noch bei politischer Willfährigkeit genehmigt wird. In diesem Sinne ist auch Bidens Ansage zu sehen, dass es keinen baldigen Besuch Netanjahus in Washington geben werde. (JR)

Von Caroline Glick/JNS.org

Israel wurde Ende März von der Nachricht erschüttert, dass das US-Außenministerium die NASA-Wissenschaftlerin Dr. Amber Straughn angewiesen hat, ihre Teilnahme an der Jahrestagung der Israel Physical Society abzusagen. Die Nachricht kam, nachdem Straughn am 29. März auf Twitter gepostet hatte, dass ihre „Reise genehmigt wurde“.

Der Schritt des Außenministeriums, der den Anschein eines offiziellen Boykotts erweckt, wäre unter allen Umständen erstaunlich. Aber er ist umso alarmierender, da er auf die schockierenden Äußerungen von US-Präsident Joe Biden in Bezug auf den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu und die Bemühungen seiner Regierung, die derzeit unbegrenzten Befugnisse des Obersten Gerichtshofs auf ein Minimum zu beschränken, folgt.

In scheinbar unbedachten Äußerungen gegenüber Reportern sagte Biden lapidar: „Wie viele starke Unterstützer Israels bin ich sehr besorgt, und ich bin besorgt, dass sie dies [die Justizreform] in den Griff bekommen. Sie können diesen Weg nicht weitergehen. Hoffentlich wird der Premierminister so handeln, dass er versucht, einen echten Kompromiss auszuarbeiten. Aber das bleibt abzuwarten.“

Nachdem er sich in die inneren Angelegenheiten Israels eingemischt hatte, fügte Biden hinzu: „Wir mischen uns nicht ein. Sie kennen meinen Standpunkt. Sie kennen Amerikas Position. Sie kennen die Position der amerikanischen Juden.“

Als ein Reporter Biden im Anschluss danach fragte, ob er Netanjahu ins Weiße Haus einladen würde, antwortete der Präsident sofort und ohne Zögern.

## „Nein, nicht in nächster Zeit.“

Noch bevor das Außenministerium Straughn anordnete, ihre Reise abzusagen, war völlig klar, dass Bidens Erklärung kein Zufall war. Und es ging nicht um Netanjahu. Trotz der gelegentlichen Komplimente, mit denen Biden und seine Berater Yair Lapid und Naftali Bennett überschütteten, war die Politik der Regierung nicht israelfreundlicher, als sie an der Macht waren. Ungeachtet des Scheiterns der Atomdiplomatie der Regierung mit dem Iran im vergangenen Jahr hielt die Regierung Biden an ihrer Politik der Beschwichtigung des Irans und der Erleichterung seines nuklearen Fortschritts fest, obwohl sich die vorherige Regierung dagegen ausgesprochen hatte.

Das zielstrebige Engagement der Biden-Administration für ihre iranfreundliche Politik zeigte sich am deutlichsten in der Gewalttaktik, mit der sie Lapid am Vorabend der Wahlen vom 1. November zur Zustimmung zu einem Gasgeschäft mit dem von der Hisbollah kontrollierten Libanon zwang. Im Rahmen dieses Abkommens musste Israel seine Hoheitsgewässer und Wirtschaftsgewässer sowie ein Erdgasvorkommen an den Libanon abtreten,



Die Beziehungen zwischen Israel und der Biden-Administration kühlen sich derzeit ab.

ohne dafür eine Gegenleistung zu erhalten.

Das Abkommen verschaffte dem libanesischen Stellvertreter des Iran einen Geldsegen und ein Standbein im östlichen Mittelmeer. Als Israel versuchte, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen, drängte Biden Lapid öffentlich zum Abschluss eines Abkommens. Er weigerte sich monatelang, mit Lapid zu telefonieren, und tat dies erst, nachdem Lapid vor den Forderungen der Hisbollah kapituliert, die von den US-Gesprächspartnern weitergegeben wurden.

Und dann sind da noch die „Palästinenser“. Während der gesamten Amtszeit der Vorgängerregierung lehnte die Regierung Biden die nationalen und gesetzlichen Rechte Israels in Judäa und Samaria sowie in Jerusalem offen ab. Sie stellte sich auf die Seite illegaler arabischer Hausbesetzer und ihrer Unterstützer, als diese gegen ihre jüdischen Vermieter und jüdischen Nachbarn im Jerusalemer Viertel Shimon HaTzadik randalierten. Sie stellten sich gegen Israels Antiterroroperationen und eröffneten eine FBI-Untersuchung gegen Soldaten und Offiziere der israelischen Verteidigungskräfte.

Die Regierung untergrub das Abraham-Abkommen, indem sie Israel zwang, die „Palästinenser“ bei den Gipfeltreffen des Abraham-Abkommens zu akzeptieren. Durch die Teilnahme der „Palästinenser“ wurde aus einem funktionierenden Bündnis gegen den Iran eine Hetzjagd gegen Israel - orchestriert und angeführt vom Außenministerium.

Was die Demokraten im Kongress betrifft, so zogen sie das Genehmigungsverfahren für zusätzliche Iron-Dome-Raketen nach der „Operation Guardian of the Walls“ in die Länge und machten damit deutlich, dass von einem demokratisch kontrollierten Kongress nicht erwartet werden kann, dass er militärische Hilfe für Israel automatisch genehmigt.

All dies geschah, während die israelische Linke an der Macht war.

Einer der bemerkenswerten Aspekte

von Bidens Äußerungen ist, dass Netanjahu bereits am Vortag den Gesetzentwurf seiner Regierung zur Justizreform auf Eis gelegt und sich dafür entschieden hatte, mit den Oppositionsführern zu verhandeln, um zu sehen, ob es möglich ist, ein Kompromisspaket zu schnüren, das für eine breitere Mehrheit akzeptabel ist. Bidens Entscheidung, seine Rhetorik zu verschärfen, nachdem Netanjahu der Position Bidens zugestimmt hatte, deutet darauf hin, dass die Regierung weniger daran interessiert war, die Justizreform zu blockieren, als vielmehr die Regierung Netanjahu zu destabilisieren.

Die Erklärungen und Maßnahmen der Regierung sowie ihre allgemeine Politik gegenüber Israel seit ihrem Amtsantritt deuten darauf hin, dass Israel eine neue Phase in seinen Beziehungen zu Amerika erreicht hat.

Bislang hatte Israel eine strategische Allianz mit den Vereinigten Staaten. Wie nun ein Jahrzehnt lang durchgeführte Umfragen zeigen, wird Israel von einigen Amerikanern feindselig betrachtet, während es von anderen Amerikanern stark unterstützt wird. Die jüngste Gallup-Umfrage über die Unterstützung der USA bringt dies deutlich zum Ausdruck.

Die Umfrage ergab, dass die meisten Amerikaner Israel insgesamt mehr unterstützen als die „Palästinenser“. Aber zum ersten Mal sympathisieren 49 % der Demokraten mehr mit den „Palästinensern“ als mit Israel. Insgesamt 38 % der Demokraten haben mehr Sympathien für Israel. Bei den Republikanern unterstützen 78 % Israel, und nur 11 % sympathisieren mit den „Palästinensern“. Die Unabhängigen sind ebenfalls eher für Israel als für die „Palästinenser“, allerdings mit einem geringeren Abstand.

Immerhin sind die Demokraten eine von zwei Parteien. Und derzeit unterstützen sie die „Palästinenser“ mehr als Israel, und diese Präferenz spiegelt sich in der Politik und den Maßnahmen der Regierung und des Kongresses wider.

## Ein anderes, tieferes Verständnis der amerikanischen Gesellschaft

Wie soll Israel mit dieser neuen Beziehung umgehen? Der erste Ort, um nach Antworten zu suchen, ist die Vergangenheit. In den 1950er und 1960er Jahren war Frankreich der engste Verbündete Israels. Doch nach Frankreichs Rückzug aus Algerien wandte sich der damalige französische Präsident Charles de Gaulle den Arabern zu. In der aktuellen Krise Israels mit den Vereinigten Staaten und dem Abbruch der Beziehungen zu Frankreich sind zwei Dinge anders. Erstens befand sich de Gaulle auf dem Höhepunkt seiner Macht und Popularität, als er Israel den Rücken kehrte. Als er Israel im Stich ließ, nahm er Frankreich mit. Das ist bei Biden und Amerika nicht der Fall.

Nach Bidens Äußerungen argumentierten einige israelische Kommentatoren, dass Biden wahrscheinlich der letzte demokratische Präsident sei, der sich als Zionist bezeichnen würde. Wenn sich die gegenwärtigen Trends fortsetzen, wird kein zukünftiger Präsident der Demokraten es riskieren, seine Unterstützung für Israel zum Ausdruck zu bringen.

Die Wahrheit ist komplizierter. In den letzten 20 Jahren haben die Progressiven ein Credo entwickelt, das auf der Identitätspolitik beruht. Sie haben eine Koalition vorbestimmter Opfergruppen zusammengestellt, die durch das Konzept der „Intersektionalität“ miteinander verbunden sind. Die Intersektionalität behauptet, dass alle „Opfergruppen“ automatisch gleichgeschaltet sind. Die „Palästinenser“ waren seit langem mit einigen der genannten Opfergruppen verbündet - in erster Linie mit schwarzen Nationalisten, die mit Louis Farrakhans Nation of Islam verbunden sind. Die pro-„palästinensischen“ Aktivisten nutzten ihre bestehenden Allianzen und setzten sich dafür ein, in die intersektionale Allianz aufgenommen zu werden. Ihr Erfolg war keine ausgemachte Sache. Aber bisher war sie äußerst erfolgreich und hat dazu beigetragen, die Unterstützung für Israel und die Position der Juden im progressiven Lager und in der Demokratischen Partei zu untergraben.

Was die Beziehungen Israels zur Regierung selbst betrifft, so ist es ziemlich klar, dass Israel seine strategische Haltung neu kalibrieren muss. Es ist unmöglich zu wissen, ob die Regierung Biden ein weiteres langfristiges Militärhilfeabkommen aushandeln will, und es ist auch unklar, ob Israel besser oder schlechter dran ist, wenn es seine Position als Empfänger von US-Militärhilfe beibehält.

Caroline B. Glick ist die leitende Redakteurin von Jewish News Syndicate und Gastgeberin der Caroline Glick Show auf JNS. Glick ist außerdem diplomatische Kommentatorin des israelischen Senders Channel 14 und Kolumnistin bei Newsweek. Glick ist Senior Fellow für Nahost-Angelegenheiten am Center for Security Policy in Washington und Dozentin am israelischen College of Statesmanship.

# Interview mit Ulrich Sahm: Vielen Dank für 50 Jahre Journalismus aus Israel!

Der Israel-Kenner und Freund des jüdischen Staates, Ulrich Sahm, war Jahrzehnte als Nahost-Korrespondent tätig. Seine Objektivität und Handschlagqualität zeichneten seine Arbeit aus. Nun ist Ulrich Sahm im verdienten Ruhestand, doch es bleibt zu hoffen, dass seine Stimme der Presselandschaft erhalten bleibt. (JR)

Von Yonatan Shay

Von Ulrich Sahm habe ich zum ersten Mal 2016 gehört, als ein antisemitischer Israel-Bericht der ARD Deutsche wie Israelis entsetzte.

In dem Bericht wurde behauptet, dass Israel „Palästinensern“ in Judäa und Samaria absichtlich das Wasser vorenthielte und sie verdursten ließe. Obgleich der Bericht in sozialen Netzwerken wie in verschiedenen deutschen Zeitungen harsch kritisiert wurde, hob sich eine Stimme von den übrigen Kritikern ab – es war die des erfahrenen und angesehenen deutschen Journalisten Ulrich Sahm.

Er verstand es sehr gut, auf mehreren Kanälen die argumentative Linie von Susanne Glass und Martin Rosch des ARD-Studios Israel zu durchbrechen und ihre einseitige wie hetzerische Berichterstattung gegen Israel zu entlarven. Dabei wurden Sahms Einwände gegen den Bericht u. a. von der BILD-Zeitung zitiert.

Mein erstes Treffen mit ihm fand fast ein Jahr später statt, im Sommer 2017, als ich ihn auf der KAS ISRAEL-Konferenz in Jerusalem zum Buch von Gisela Dachs mit dem Titel DIE HERAUSFORDERUNG DER KOMPLEXITÄT: WIE MAN ISRAEL AN DIE DEUTSCHE ÖFFENTLICHKEIT VERMITTELT. Natürlich protestierten viele der Anwesenden gegen die Hetze und die Bühne, die bei dieser Konferenz geboten wurde. Ich ging sogar aus Protest mit Ulrich Sahm nach draußen, wobei wir beide nervös eine Zigarette rauchten. Wir hatten ein spannendes Kennenlerngespräch und er berichtete sogar, dass er von den antisemitischen Erfahrungen gehört hatte, die ich während meiner Zeit als Praktikant im Bundestag erlebt habe, als ich für die Jewish Agency in Deutschland arbeitete. Ich lernte viel von ihm über die Beziehungen zwischen Israel und Deutschland und wurde mit einem Freund und Vorbild gesegnet, der ein Gentleman ist und immer für Wahrheit und Gerechtigkeit einsteht.

Wir kamen uns noch näher, als ich nach Israel zurückkehrte und anfangs, als deutscher Medienanalyst bei der israelischen GPO (Presseamt der Regierung) zu arbeiten. Es war tatsächlich mein erstes Treffen in dieser Position, als er mich über die in Israel stationierten deutschen Journalisten und ihre Tendenz zur voreingenommenen Berichterstattung informierte. Es besteht kein Zweifel, dass Ulrich bereits vor Beginn meiner Tätigkeit bei der GPO von den dortigen Mitarbeitern als Urgestein der aus Israel berichtenden deutschen Journalisten hochgeschätzt wurde.

Als ich hörte, dass sich sein Gesundheitszustand verschlechtert hatte und er Israel verlassen müsste, war ich sehr traurig und beschloss, herauszufinden, was es damit auf sich hatte.

**JR: Sie hatten eine weltoffene Kindheit mit einem Diplomatenvater. Was hat Sie dazu gebracht, den größten Teil Ihres Lebens im Land Israel zu verbringen und von dort zu berichten?**

**SAHM:** In London bin ich in den



Ulrich Sahm (links) mit dem israelischen Politikwissenschaftler Yonatan Shay

Kindergarten und in die Grundschule gegangen. Deshalb rechne ich bis heute auf Englisch. In Paris wurde ich nicht auf eine deutsche Schule geschickt, sondern in die internationale Abteilung einer französischen Schule. In meiner Klasse kamen die Kinder buchstäblich aus der ganzen Welt! Ich war der einzige Deutsche. Das Besondere ist, dass in meiner Klasse sechs Israelis waren. Sie waren Kinder von Diplomaten oder Militärattachés und Abgesandte des Verteidigungsministeriums. Vielleicht gerade deshalb, weil ich Deutscher war, entstand eine besondere Verbindung zu den israelischen Klassenkameraden. Sie beschützten mich vor dem Mobbing französischer Schüler, die mich als Nazi beschimpften. Mit einigen von ihnen bin ich bis heute befreundet. Sie sprachen untereinander Hebräisch und so begann ich im Alter von 14 Jahren in Paris Hebräisch zu lernen. Ich interessierte mich schon damals für Archäologie und das Heilige Land. Meine Eltern waren

suchte nach ihm, während er sich in der Odenwaldschule versteckte. Nach dem Abitur habe ich dann in Köln am Martin-Buber-Institut studiert. Dort habe ich das Judentum akademisch erkundet. Parallel dazu habe ich in Köln und Bonn Theologie studiert. 1970 reiste ich nach Israel, um mein Studium an der Hebräischen Universität in Jerusalem fortzusetzen. Zu diesem Zeitpunkt hatte ich bereits das Journalistenzertifikat einer Lokalzeitung in Heppenheim. Das ist das Dorf, aus dem der berühmte Martin Buber stammt. Ich habe damals in Jerusalem Vorträge vor Journalisten gehalten und dann für Zeitungen in Deutschland geschrieben. Meine Texte wurden gedruckt und das hat mich dazu gebracht, selbst Journalist zu werden. Ich habe auch bei Radiosendern gearbeitet, und so hat sich meine journalistische Karriere entwickelt.

**JR: Sie waren bekannt für einen Schreib- und Berichterstattungsstil, der Solidarität mit Israel zum Ausdruck**

besetzt hätte. Tatsache ist aber, dass er sie auch nach 15 Jahren Herrschaft im Amt nicht annektiert hat. Und man fragte sich nicht, wieso die Mehrheit der Israelis sich immer wieder für Bibi entscheidet, obwohl er doch nach Meinung der meisten Deutschen so furchtbar sei. Daher war einer meiner Vorteile, dass ich die andere Seite, die israelische Sicht, darlegte, die der Großteil der deutschen Presse nicht darstellen wollte oder konnte. Ich selbst war als Korrespondent von N-TV Teil der deutschen Mainstream-Presse gewesen und habe viele Jahre direkt aus Israel berichtet. Ich bin tatsächlich derjenige, der zum ersten Mal über die Telefonleitung von zu Hause aus im Fernsehen erschien. Ich war auch der Erste, der schriftliche Artikel aus Israel nicht per Telex, sondern elektronisch nach Deutschland transferiert hat. Erleichtert wurde mir das durch die Tatsache, dass der Vorläufer von Skype in Israel entwickelt wurde und die Firmenleitung mit Interesse meine Arbeit unterstützte. So konnte ich technische Verbesserungen vorschlagen und habe mich quasi gemeinsam mit den neuen Medien und Technologien entwickelt. Dabei habe ich nie eine politische Position bezogen. Ich habe einfach das erzählt, was ich erlebte und auch über die Dinge berichtet, die die anderen deutschen Journalisten nicht auf dem Schirm hatten. Zum Beispiel wurden Mizrahim und Menschen aus der Volksgruppe der „arabischen Juden“ in Israel in Transit- und Elendsviertel geschickt. Dort entwickelte sich die Likud-Partei und wurde stark, gerade weil ihre Wähler oftmals diskriminiert wurden. Inwiefern unterscheiden sich die Mizrahim beispielsweise von den polnischen und russischen Aschkenasim? Sie haben ein ganz anderes politisches Bewusstsein. Es war wichtig, dies in Deutschland zu vermitteln.

**JR: Sie haben aus dem Heiligen Land berichtet. Viele tausend Deutsche haben Ihre Berichte gelesen. Die meiste Zeit gab es keine sozialen Netzwerke: Sie mussten durch einen Filter von Nachrichtenredakteuren mit unterschiedlichen Interessen und Motiven gehen. Wie**

„ Wir müssen den wichtigsten Zeitungen in Deutschland und den Nachrichtenagenturen, die weiterhin ein verzerrtes Bild der Lage zeichnen, entgegentreten. “

gläubige Protestanten und wir gingen jeden Sonntag in die Kirche. Da ich mich für das Judentum interessierte, den Tannach gut kannte und Hebräisch bereits beherrschte, kaufte ich mir eine Zeitung auf Jiddisch, um die Schrift zu üben. Nach meinem Aufenthalt in Paris kam ich mit 16 zurück nach Deutschland, als mich meine Eltern auf die Odenwaldschule schickten. In diesem Internat war mein beeindruckendster Lehrer Ernest Jouhy ein ehemals deutscher Jude, der 1933 nach Frankreich emigrierte. Er war ein wichtiger Lehrer in der Schule, wo er auch einen Jungen beeinflusste, der in der ganzen Welt in den Schlagzeilen war: Daniel Cohn-Bendit. Cohn-Bendit startete 1968 die Revolution in Frankreich. Die Polizei in ganz Europa

**brachte. Wie hoch war der Preis dafür? Hat Sie das daran gehindert, auf den „Mainstream-Kanälen“ in Deutschland zu berichten?**

**SAHM:** Im Gegenteil, wenn wir von Israel sprechen, wenn die israelische Mehrheit Bibi wählt – und da waren früher Ariel Scharon und vor ihm Yitzhak Shamir, rechte Ministerpräsidenten, die nicht gerade alle Deutschen mochten –, dann war es mein Ziel, meinen Lesern in Deutschland zu erklären, wie die Dinge wirklich sind. Zum Beispiel bezeichnete die größte Nachrichtenagentur Deutschlands (dpa) „Bibi“ (Netanjahu) stets als einen Hardliner. Sie unterstellten ihm, dass er beabsichtigte, die Gebiete zu annektieren, von denen viele Deutsche glauben, dass Israel sie illegal

**war Ihr Verhältnis zu ihnen und wie ist Ihre Wahrnehmung der deutschen Medien im Allgemeinen?**

SAHM: Ich gebe Ihnen ein Beispiel, das Ihnen das verdeutlichen soll: die überall erscheinende deutsche Nachrichtenagentur (dpa) sprach damals davon, dass die israelische Regierung rachsüchtig sei, weil sie in ihrer Sicherheitspolitik gegen die „Palästinenser“ nach dem Bibelvers handelt: „Auge um Auge, Zahn um Zahn“. Dies war die allgemeine Meinung in der deutschen Mainstream-Presse: die israelische Regierung sei rachsüchtig, weil sie diesem Bibelvers folgt. Aufgrund meines Wissens aus meinen jüdischen Studien ging ich hin, um den Tora-Vers selbst zu überprüfen. Ich habe auch Studien zu diesem Vers gelesen und was stellt sich heraus? Wenn der Meister seinem Sklaven den Zahn ausbrach, sollte er ihn laut Tora freilassen. So steht es in der Bibel. Nach einer umfassenden Untersuchung stellte ich fest, dass nach allgemeiner Meinung kein Zusammenhang zwischen diesem Vers und Rache besteht. Ich kontaktierte die deutsche Nachrichtenagentur, schickte ihnen die Recherchen, diese Interpretation des Tora-Verses und forderte sie auf, die Verleumdung der israelischen Regierung aufgrund dieses Verses einzustellen. Die Redakteure waren überrascht, als sie den Vers schließlich vollständig lasen und forderten in einer E-Mail ihre Reporter auf, die Verwendung dieses Motivs sofort zu unterlassen. Meine Redakteure haben meine authentische Berichterstattung immer akzeptiert und ich hatte jahrelang keine Probleme. Ein anderes Beispiel: Niemand berichtete jemals darüber, dass die Jordanier die Juden seinerzeit viel mehr unterdrückten als die Israelis später die „Palästinenser“. Die deutschen Medien sprachen auch kaum über die Vertreibung der Juden aus den arabischen Ländern und Nordafrika nach der Gründung des Staates Israel. Ich war mehr oder weniger der Einzige, der diese Dinge zur Sprache brachte. Leider dominiert heute in Deutschland die politische Meinung, dass wir Deutsche allein zu den armen „Palästinensern“ stehen sollten, die von den Israelis angeblich unterdrückt werden.

**JR: Fast ein halbes Jahrhundert in Israel ist eine unvorstellbare Zeit. Haben Sie jemals daran gedacht aufzugeben, nach Deutschland zurückkehren, bevor die medizinischen Probleme begannen?**

SAHM: Ich habe nie daran gedacht, aufzugeben oder nach Deutschland zurückzukehren. Nur wegen meines Gesundheitszustandes und der Bürokratie bin ich schließlich zurückgekehrt. Ich konnte nicht mehr damit umgehen.

**JR: Ihre letzten Jahre in Israel wurden von einem hässlichen und groben Boykott des deutschen Establishments, genauer gesagt, der deutschen Botschaft in Israel, gegen Sie überschattet. Hängt das mit dem Fall zusammen, in dem Sie vor vielen Jahren von deutschen Diplomaten in Israel mit der Aufdeckung eines antisemitischen Skandals gedroht haben?**

SAHM: Die Geschichte war, dass sich die Vertreter der deutschen Botschaft gelegentlich, etwa einmal im Monat, mit den in Israel stationierten deutschen Korrespondenten trafen. Die Treffen fanden immer in Tel Aviv mit Reportern statt, die von Nachrichtenagenturen, großen Zeitungen und Fernsehsendern entsandt worden waren. Und es gab auch lokale Journalisten, die in Israel arbeiteten, aber nicht offiziell

von einem Fernsehsender oder einer bestimmten Agentur entsandt wurden, sondern Freiberufler waren. Mit denen fanden die Treffen in Jerusalem statt. Dies war die Politik der Botschaft, um zwischen den Journalisten zu unterscheiden. In meiner Wohnung in Jerusalem gab es manchmal Treffen mit den freien Journalisten.

Eines Tages wurde der Reporter Peter Finkelgruen von der Deutschen Welle entsandt. Das Auswärtige Amt verlangte, dass er zu den Treffen der freien Journalisten nach Jerusalem kommt und nicht zu den Treffen der entsandten Journalisten in Tel Aviv. Ich fragte die Botschaft, warum dies der Fall sei. Die Antwort des Vertreters der Botschaft erstaunte mich: „Weil er Jude ist!“ Dieses ereignete sich kurz vor dem Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Israel. Die Botschaft kündigte an, dass es während dieses offiziellen Besuchs eine große Pressekonferenz im King David Hotel mit dem Bundeskanzler geben werde. Dann stellte sich heraus, dass nur die entsandten Journalisten zur Pressekonferenz eingeladen würden, die unabhängigen und freiberuflichen Journalisten jedoch nicht. Als ich bemerkte, dass der jüdische Journalist Peter Finkelgruen nicht zu dem Treffen eingeladen war, obwohl er nach Israel entsandt worden war, um für die Deutsche Welle zu berichten – rief ich am Samstag den Botschafter an und erzählte ihm von dieser Geschichte. Allein die Tatsache, dass Finkelgruen nicht eingeladen wird, weil er ein jüdischer Journalist ist, ist Antisemitismus. Das habe ich dem Botschafter klar gesagt. Der damalige Botschafter, Dreßler, war geschockt und sagte mir, er würde es sofort ändern. Er tat eine einfache Sache – im King David Hotel mietete er einen Saal neben dem Ort, wo der Kanzler zur Pressekonferenz erscheinen sollte, und plötzlich hatten alle Journalisten einen Platz, darunter auch ich und Peter Finkelgruen. Ich habe diese Geschichte auch einige Zeit später öffentlich gemacht, und dabei nicht unterschlagen, wie der Botschafter das Problem unkompliziert und auf positive Weise gelöst habe.

Tatsächlich hat die deutsche Botschaft in den letzten Jahren den Kontakt zu mir weitgehend abgebrochen.

Und wenn es zu offiziellen Besuchen deutscher Politiker in Israel kam, wurde ich boykottiert, während andere Journalisten die Informationen erhalten haben. So konnte ich meine journalistische Arbeit nicht mehr leisten. Zudem haben sich einige peinliche Vorfälle mit Beamten der Deutschen Botschaft in Tel Aviv ereignet, auf die ich hier im Interview nicht näher eingehen möchte.

**JR: Es ist kein Geheimnis, dass in den letzten Jahren das Phänomen, den Holocaust rückgängig zu machen oder Opfer und Täter zu ersetzen, immer häufiger in Deutschland zum Ziel der Politik wird. Das Establishment besteht darauf, Israel zu erziehen und es als Entschädigung für die dunkle Vergangenheit zu unterstützen, während es das Narrativ der „Palästinenser“ voll und ganz annimmt. Wie erklären Sie sich diesen Trend und was kann Israel dagegen tun?**

SAHM: Die Deutschen sind die klügsten Menschen der Welt (Ulrich Sahn lacht ironisch). Sie wissen immer, was richtig und was falsch ist. Das ist ein deutsches Phänomen. Aber die Deutschen wissen nicht, wie sie mit den Juden umgehen sollen. Sie kennen Juden nur als „Opfer“. Sie können eigentlich nicht akzeptieren, dass es plötzlich einen souveränen jüdischen Staat auf palästinensischem Gebiet gibt. Während selbst Leute wie Mahmoud Abbas (der in Safed geborene Präsident der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde) zugeben, dass sie nicht von den Juden im Zuge des Unabhängigkeitskrieges vertrieben wurden, erzählt man in Deutschland, dass die Juden die „Palästinenser“ vertrieben hätten. Abbas wurde – wie viele andere – von den arabischen Staaten zum Verlassen des israelischen Staatsgebietes aufgefordert, damit diese bei ihrem geplanten Vernichtungsfeldzug freie Bahn gehabt hätten. Leider haben sich viele Deutsche das „palästinensische“ Propaganda-Narrativ zu eigen gemacht, und es gibt zudem einige Israelis, die in die gleiche Kerbe schlagen und diese „Israelkritik“ auf diversen Bühnen in Deutschland weitverbreiten, wie etwa Professor Ilan Pape, Moshe Zimmermann und Avi Primor. Zudem gibt es christliche Geistliche, die ein Problem mit Israel haben. Viele

Berichte in den Medien Deutschlands ignorieren grundlegende Fakten. Gegen die aktuelle Situation kann nicht viel getan werden. Wir müssen den wichtigsten Zeitungen in Deutschland und den Nachrichtenagenturen, die weiterhin ein verzerrtes Bild der Lage zeichnen, entgegentreten. Es gibt leider kaum jemanden, der das tut, weder in Israel noch in Deutschland. Es ist auch eine finanzielle Frage. Unpopuläre Ansichten verkaufen sich nicht so gut.

**JR: Abschließend: Was werden Sie in Israel am meisten vermissen und was sind die Pläne für die Zukunft?**

SAHM: Ich werde in Israel am meisten die Leichtigkeit der zwischenmenschlichen Beziehungen vermissen, wo jeder mit jedem redet und es keine starren oder idiotischen Regeln gibt, die für das Leben irrelevant sind, wie die Farbe der Strümpfe in meinen Sandalen. Meine Geschwister finden es zum Beispiel „unmöglich“, dass der große Bruder weiße Socken trägt. In Israel kümmert man sich nicht um diese Dinge. Man lebt nach dem Motto „leben und leben lassen“. Das Zweite, was ich vermissen werde, ist das Wetter in Israel. In Deutschland ist es bitterkalt und grau. In Israel ist es viel angenehmer, obwohl es im Sommer wegen der Hitze ebenfalls unerträglich werden kann. Der menschliche Umgang in Israel ist mir ebenfalls sympathischer als die deutsche Steifheit. Ich will auch wieder reisen. Allerdings habe ich momentan noch einige Arztbesuche zu absolvieren. Ende 2022 bin ich in einem Gemüseladen eine steinerne Kellertreppe heruntergestürzt. Bei den anschließenden Operationen blieb zwischendurch mein Herz stehen. Also bin ich jetzt stolzer Besitzer eines Schrittmachers. Meine Freundin und ich haben eine nette kleine Wohnung in Bremen gefunden, die für ältere Menschen wie mich perfekt ist. Im April werde ich dort mit kleinem Gepäck einziehen. Meine Bibliothek und meine Möbel habe ich ja in Israel verschenkt. In meinem neuen Leben möchte ich mich auf das Kochen konzentrieren, was schon immer ein Hobby von mir war und vielleicht auch wieder Vorträge halten.

**JR: Lieber Ulrich, wir wünschen dir Gesundheit und dass du auf dich aufpasst!**

# BEAUVITÉ®

... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung  
 Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie  
 Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE



# Brücken zwischen Israel und Mitteleuropa: deutschsprachige Medien im Heiligen Land

Unter den jüdischen Einwanderern vor und nach dem 2. Weltkrieg gab es viele mit deutscher Muttersprache. Einige dieser „Jeckes“ haben im Heiligen Land deutschsprachige Medien gegründet. Noch heute existieren in Israel mindestens zehn Publikationen in deutscher Sprache - darunter vier Zeitschriften und mehrere Mitteilungsblätter bzw. Jahrbücher. (JR)

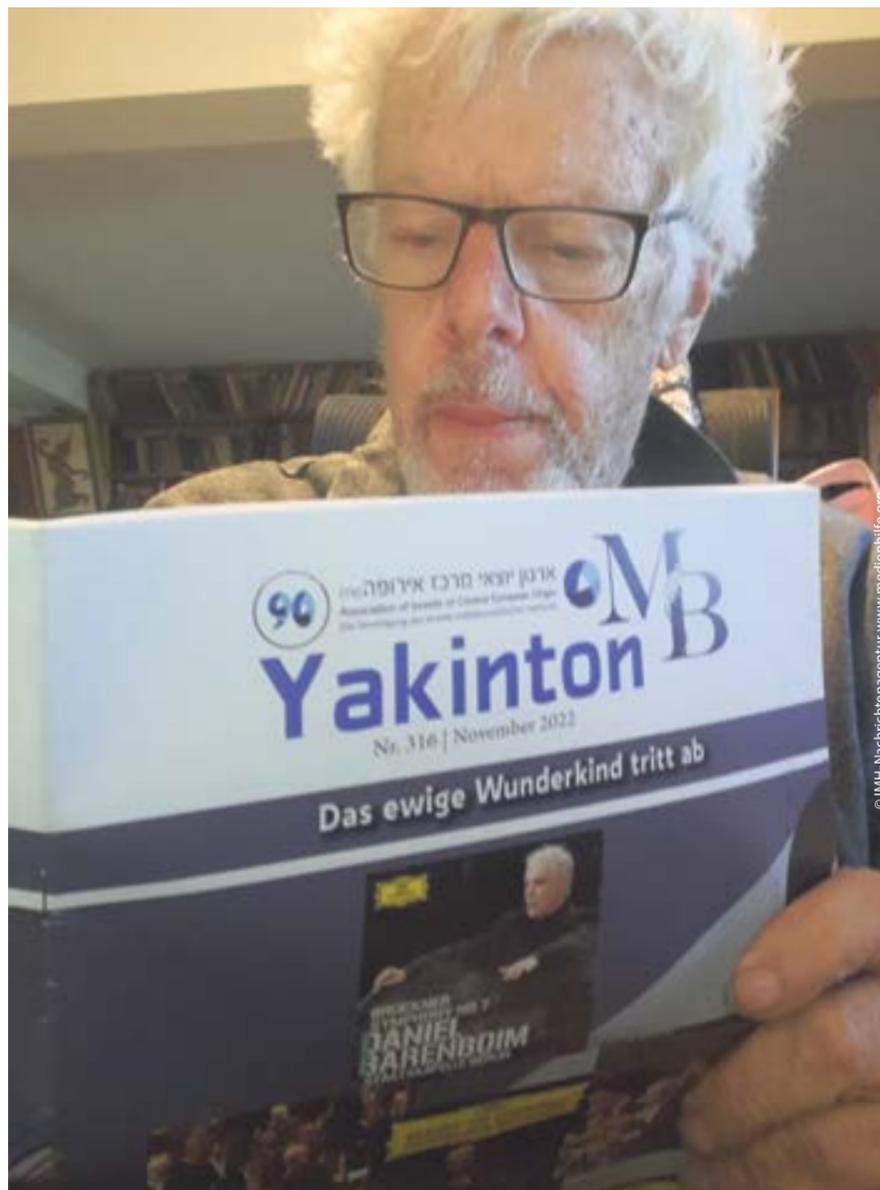
Von Björn Akstinat

Man könnte meinen, dass Juden in Israel nach 1945 nicht mehr viel mit der deutschen Sprache zu tun haben wollten und bis heute nicht wollen. Dem ist aber nicht so. Zahlreiche israelische Juden mit deutschen bzw. mitteleuropäischen Wurzeln und deren Nachfahren - auch Jeckes genannt - interessieren sich stark für ihre ehemalige Heimat und die einstige Muttersprache. Oftmals sind es gerade diejenigen, die in der Nazizeit besonders zu leiden hatten. Das Interesse äußert sich nicht zuletzt darin, dass einige von ihnen im Heiligen Land deutschsprachige Medien gegründet haben. Heute existieren in Israel mindestens zehn Publikationen auf Deutsch - darunter vier Zeitschriften und mehrere Mitteilungsblätter bzw. Jahrbücher. Außerdem werden mehrere Internetseiten sowie zwei Fernsehsendungen in der Muttersprache der Jeckes produziert. Berücksichtigt man noch die jiddischen Medien, so kommen beim Zusammenrechnen etwa fünf gedruckte Veröffentlichungen wie beispielsweise die amerikanisch-israelische Kinderzeitschrift "The Jerusalem Yidishe Licht" und die wöchentliche Radiosendung des staatlichen Senders KAN REKA mit Moderator Abraham Sachs hinzu. (Direktlink zu einer Übersicht der jiddischen Sendungen mit vorgeschalteten russischen Nachrichten: <https://www.kan.org.il/radio/radio-reka.aspx?lang=YI>)

Schon vor der offiziellen Gründung Israels entstanden die ersten Publikationen. Die Nachfrage danach war groß. Am Anfang des 20. Jahrhunderts kamen tausende Juden aus Deutschland in den Nahen Osten und gründeten Siedlungen und Kibbuz-Gemeinschaften wie Hazorea, Dalia und die Stadt Nahariya. Sie alle konnten häufig kein Hebräisch. 1932 wurde das "MB - Mitteilungsblatt" der Vereinigung der Israelis mitteleuropäischer Herkunft (Irgun Olei Merkas Europa) in Tel Aviv aus der Taufe gehoben. Es erscheint bis heute ohne Unterbrechung. Die lange Erscheinungsdauer von über 90 Jahren ist ein kleines Wunder. Natürlich hat es mit der Zeit einige Änderungen gegeben. So nahm der Anteil hebräischsprachiger Artikel stetig zu und der Titel lautet jetzt "MB - Yakinton". Der Zusatz „Yakinton“ stellt ein Wortspiel aus „Jecke“ sowie der hebräischen Bezeichnung für „Zeitung“ (= „iton“) dar - gleichzeitig ist es auch der hebräische Name der Hyazinthe, einer typischen Blume aus dem östlichen Mittelmeerraum. Als Redaktionsleiter fungiert momentan Michael Dak. Er erstellt fünf bis sechs Ausgaben des Verbandsmagazins pro Jahr (<https://irgun-jeckes.org/category/mb-digital>). Gelesen wird es von bis zu 10.000 Menschen in Israel und im Ausland.

## Traditionsreiche Blätter

1936 gründete Siegfried Blumenthal, ein aus Berlin ausgewandertes jüdischer Buch- und Pressefachmann, in Tel Aviv die deutschsprachige Tages-



Michael Dak, Chefredakteur der deutschsprachigen "MB - Yakinton"

zeitung "BNN-Blumenthals Neueste Nachrichten". Die Auflage des Blattes überstieg in den 1950er Jahren die der meisten anderen Zeitungen Israels und zu den Kolumnisten gehörten so berühmte Schriftsteller wie Max Brod und Arnold Zweig. Später wurde die Zeitung in "Israel-Nachrichten" umbenannt. Chefredakteurin war von 1975 bis zu ihrem Tod im Jahre 2007 die bekannte Journalistin und Schriftstellerin Alice Schwarz-Gardos. Sie hatte in der Tel Aviver Redaktion zuletzt nur zwei Mitarbeiter als Unterstützung. Für ihre fast übermenschliche Arbeit als Zeitungsmacherin und Buchautorin wurde sie mit dem deutschen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Sie war Mitbegründerin der Internationalen Medienhilfe (IMH), des Netzwerks der deutschsprachigen Auslandsmedien, und galt lange als älteste Chefredakteurin der Welt. In Wien am 31. August 1916 geboren und in Pressburg aufgewachsen, gelang sie nach abenteuerlicher Flucht 1939 mit ihren Eltern nach Palästina. Zweifellos war sie jahrzehntelang der "Motor" des Tageblatts. Als sie 2007 verstarb, fehlte die entscheidende Kraft. 2010 wurde die Erschei-

nungsweise der "Israel-Nachrichten" von täglich auf wöchentlich umgestellt und 2011 kam das endgültige Aus für die gedruckte Zeitung. Glücklicherweise starteten ehemalige Leser unter der Federführung von Dr. Dean Grunwald wenige Monate später in Jerusalem als elektronisches Nachfolgemedium das umfangreiche Internetportal [www.israel-nachrichten.org](http://www.israel-nachrichten.org). Doch in der Coronazeit kam die Internetredaktion ins Straucheln. Seit 2021 wird das Portal nicht mehr aktualisiert.

Eine sehr traditionsreiche Zeitung, die wie die "Israel-Nachrichten" bis vor kurzem erschien, ist "Die Stimme". Hinter dieser von 1945 bis 2022 veröffentlichten Monatszeitung stand als Herausgeber der Weltverband der Bukowiner Juden in Tel Aviv. Die Redaktionsarbeit erledigte Bärbel Rabi. Sie schrieb in guten Zeiten für rund 1.000 Leser in Israel sowie auch einige Abonnenten in Europa, USA, Südamerika und Australien. Das waren vornehmlich geflüchtete Juden aus der ehemaligen Bukowina, die heute zur Ukraine und zu Rumänien gehört. Am Kiosk konnte man die Monatsschrift nicht erwerben, sondern ausschließlich direkt in gedruckter

oder elektronischer Form zugeschickt bekommen. Da die deutschsprachigen Juden mit Verbindung zur Bukowina in Israel natürlich nach und nach wegstarben, war ein Ende der Publikation abzusehen. Für Medien in deutscher Sprache mit anderen und jüngeren Zielgruppen sieht Bärbel Rabi aber durchaus Potential, weil "Deutsch momentan sehr in Mode sei".

## Stimmen aus der Hauptstadt

Besonders ansprechend für junge Leute ist die äußerst modern gestaltete Zeitschrift "israel heute" aus Jerusalem. Sie erblickte 1978 das Licht der Welt. Seitdem berichtet sie alle zwei Monate über Politik, Wirtschaft und Kultur - meist aus einem christlich-jüdischen Blickwinkel. Redaktionsleiter ist Aviel Schneider. Für ihn ist es eine Herzensangelegenheit, der oft realitätsfremden Nahost-Berichterstattung westeuropäischer Medien faktenreiche Artikel, die vor Ort recherchiert wurden, entgegenzusetzen. Ein Großteil der Bezieher sitzt in Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Ebenfalls aus der Hauptstadt kommen die "Jerusalem-Korrespondenz" des Österreichischen Pilger-Hospizes in der Via Dolorosa und das bis zu 80 Seiten starke Quartalsmagazin "JERUSALEM Gemeindebrief - Stiftungsjournal", hinter dem das Deutsche Evangelische Institut für Altertumswissenschaft des Heiligen Landes und die Evangelische Gemeinde Deutscher Sprache stehen. Der Gemeinde gehört die berühmte und deutlich herausragende Erlöserkirche inmitten der Jerusalemer Altstadt. Wenn man die Herausgeber kennt, kann man sich leicht denken, welche Themen in der Publikation behandelt werden. Ansonsten besteht die deutschsprachige Medienszene Israels aus Mitteilungsblättern wie dem kostenlosen "Rundbrief" der Dormitio-Benediktinerabtei, aus wissenschaftlichen Fachzeitschriften und Jahrbüchern wie dem "Jüdischen Almanach" des Jerusalemer Leo-Baeck-Instituts. Das Institut, benannt nach dem berühmten Rabbiner Dr. Leo Baeck, wurde 1955 von mehreren bedeutenden deutschen Juden gegründet und hat drei Niederlassungen. Es beschäftigt sich mit der Erforschung, Dokumentation und Förderung der deutschsprachigen jüdischen Kultur in Mitteleuropa. Heute zählt das Institut zu den größten unabhängigen jüdischen Forschungseinrichtungen weltweit.

Nicht nur interessante Publikationen entstehen in Jerusalem, sondern auch große Teile zweier deutschsprachiger Fernsehsendungen. Die erste namens "Fokus Jerusalem" wird von einer Mannschaft um Chefredakteur Thomas Müller produziert. Eine zweite mit Gottfried Bühler als Moderator trägt den Titel "Faszination Israel" und stammt von der Internationalen Christlichen Botschaft Jerusalem. Beide werden über Bibel TV in Deutschland ausgestrahlt, aber sind natürlich auch übers Internet zu sehen.

# Opfer des Hasses: Kinder in Israel und in der Westbank

Dem islamisch-arabischen Terror fallen immer wieder gerade auch Kinder zum Opfer. Auf der israelischen Seite sterben Kinder, weil arabische Israel- und Judenhasser sie bei Anschlägen ermorden. Die Kinder der arabischen Seite werden nicht selten durch eine hasserfüllte Ideologie indoktriniert und für Attentate missbraucht. Schon im Kindesalter wird im Islam der Hass gegen Juden geschürt – auch der Koran ist voll mit anti-jüdischen Versen. (JR)

Von Julian Marius Plutz

JERUSALEM – Der sechsjährige Ja'akov und der achtjährige Ascher wollten mit seinem Vater den Bus nehmen. Also taten sie das, ungeahnt, dass es das Letzte ist, was sie tun würden. Es war ein kühler Tag in Jerusalem. Sie standen an der Ramot Kreuzung, die Teil des gleichnamigen Stadtteils im Osten der Stadt ist. Seit dem Sechstagekrieg im Jahre 1967 gilt Ramot Alon als israelische Siedlung.

Der religiös fanatisierte 31 Jahre alte „Palästinenser“ Mohammed besteigt an diesem Tag sein Auto, um Juden zu töten. Also rast er mit Vollgas in die besagte Bushaltestelle. Ja'akov ist sofort tot. Sein älterer Bruder Ascher stirbt kurze Zeit später im Krankenhaus. Die Ärzte konnten nichts mehr tun. Ebenso wie bei Salomon Ledermann. Der 20-Jährige hatte gerade erst seinen wohl schönsten Tag hinter sich. Seine frischvermählte Ehefrau ist nun eine junge Witwe geworden.

## Der Mob feiert den Tod der Kinder

„Unsere Herzen schmerzen nach dem abscheulichen Terrorangriff kurz vor Schabbat in Jerusalem“, schrieb Präsident Izhak Herzog kurze Zeit später auf Twitter. Rettungskräfte berichteten von schockierenden Szenen vor Ort. Der Attentäter wurde von der Polizei getötet. Er muss sich nun einem höheren Gericht verantworten.

Keine 100 Kilometer tobt der Mob in Jubel, Trubel und Heiterkeit.

Über Lautsprecher der Moscheen wird der Tod der Kinder und des jungen Mannes gefeiert. Ein Mitglied der im Gazastreifen herrschenden Hamas sagte, der Angriff sei „eine natürliche Reaktion auf alle Verbrechen der Besatzung gegen das palästinensische Volk“. Selbst wenn das stimmen sollte, was nicht der Fall ist: Was kann ein sechs- und ein achtjähriger Junge dafür? Der islamische Dschihad, ebenfalls eine islamische Terrororganisation lobte den Anschlag als „herorisch“.

Wie sehr kann eine Ideologie Menschen entmenschlichen? Selbst, wenn man anderer Meinung ist, was zwischen Israel und der Terrororganisation der Fall sein dürfte, rechtfertigt nichts und niemand, keine Tat, keine Regierung das Töten. Und schon gar nicht das Töten von Kindern, die ihr Leben noch vor sich haben. Der Islam als politisches Instrument hat längst den letzten Rest an Humanismus abgelgt. Der blutige Pfad des Dschihad wird zum Leitbild vieler radikalisierten Muslime. Juden stören hier nur.

## „Jude“ als Schimpfwort

Der Islamwissenschaftler Abdel-Hakim Ourghi bringt es auf den Punkt: „Viele Muslime werden zum Judenhass erzogen.“ Die Anleitung gibt dabei der Koran. So müssten Juden im Alltag gemieden werden (Koran 2:120). Ihre Herzen seien verhärtet, sogar härter als die Steine (Koran 2:69, 5:16 und 57:15). Sie hätten ihre eigenen Propheten umgebracht (Koran 2:58 und 2:85) und den mit Gott geschlossenen Bund gebrochen (Koran



Arabische Kinder im Westjordanland halten Plakate hoch, auf denen israelische Militärkommandeure mit Tierköpfen abgebildet sind

4:154 und 5:16). Ihnen sei nicht zu trauen, sie seien als Verräter zu betrachten (Koran 2:94 und 5:16). Ihnen werden Wortverdrehungen und Verfälschungen des Wortes Gottes zugeschrieben (Koran 4-48-49 und 16:45), die durch den Koran korrigiert werden. Sie brächten andere Menschen um ihr Geld (Koran 159 und 9:34). Alles klassische judenfeindliche Stereotypen.

Das Problem: Diese Zeilen evozieren unter Moslems eine Atmosphäre des Misstrauens gegenüber Juden. Auch Mohammed ging in Medina bedingungslos und in aller Härte gegen Juden vor. Wer nicht vertrieben wurde, wurde getötet. Für Moslems ist das nichts Neues. Viele bekommen den Antisemitismus mit der Muttermilch. In Sure 9, Vers 29 wird sogar ganz deutlich aufgerufen, Juden zu bekämpfen. Die Moscheen sind hierbei

oft Treiber des Bazillus Judenfeindlichkeit. Und so ist es auch nicht verwunderlich, dass unter nicht wenigen Moslems das Wort „Jude“ als Schimpfwort benutzt wird.

## Die Probleme müssen beim Namen genannt werden

Linksliberale aus der deutschen Mittelschicht sind nach solchen Informationen überrascht. Sie können sich dies gar nicht vorstellen. Doch es ist Teil der Realität. Aber auch ihr Wegsehen, ihr Appeasement ist Teil der Realität und Teil des Problems. Sie sehen in einer ungezügelter Zuwanderung, auch aus islamischen Ländern, die Lösung für das Fachkräfteproblem. Ohne es zu merken, wird jüdisches Leben in Deutschland rückabgewickelt. Nicht so offensichtlich wie 1938-1945. Eher implizit. Juden

verlassen das Land, auch aufgrund der Bedrohungslage durch muslimischen Judenhass, freiwillig. Synagogen verfallen und werden von wackeren, aber einsamen Nichtjuden gepflegt.

Für Ja'akov, Ascher und Salomon ist das egal. Nichts zählt mehr. Sie sind nicht mehr am Leben, weil sie Opfer einer blutigen Ideologie geworden sind. Alav Hasalom, Ruhe in Frieden. Nichts kommt mehr zurück, wenn alles vorbei ist. Hat diese Tat einen Sinn? Für die Menschen in Gaza, die den Tod wie einen Geburtstag feiern? Natürlich nicht. Vielleicht fällt ja dem einen oder anderen gutbürgerlichen Deutschen auf, dass uns solche Taten auch in Deutschland drohen. Erste Anschläge gab es bereits. Und vielleicht kommen sie aus ihrer Komfortzone und nennen die Probleme beim Namen. Das wäre ein erster Schritt.

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

**DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!**

Sie können auf unserer Website [www.juedische-rundschau.de/shop](http://www.juedische-rundschau.de/shop) die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

# Zum Gedenktag Yom Hashoah: Yad Vashem stellt Buch mit den Namen von 4,8 Millionen Opfern der Shoah vor

Yom Hashoah ist der Tag des Erinnerns an die sechs Millionen jüdische Frauen, Männer und Kinder, die von den Nationalsozialisten ermordet worden sind. Am 18. April, Punkt 10 Uhr, heulen im ganzen Land die Sirenen, das Leben in Israel bleibt für zwei Minuten stehen. In Yad Vashem wurde nun symbolisch ein kollektiver Grabstein in Form eines Buches enthüllt, das die Namen von 4,8 Millionen Opfern der Shoa auflistet. Das „Buch der Namen“ soll die Identität der ermordeten Juden in Schriftform wiederherstellen und der ganzen Menschheit zeigen, dass jedes jüdische Opfer ein Mensch war und einen Namen hatte. (JR)

Von Jürgen Th. Müller

Yom Hashoah ist der Tag der Sirenen. Punkt 10 Uhr heulen sie im ganzen Land. Die Menschen bleiben stehen, Busse, Autos und Straßenbahnen halten an, das Leben in Israel steht für zwei Minuten still. Das Land gedenkt der jüdischen Menschen, die während der Shoah umgebracht wurden. Sämtliche Flaggen wehen landesweit auf Halbmast, viele öffentliche Einrichtungen bleiben geschlossen. Die Radiostationen senden Trauermusik.

Die Feierlichkeiten beginnen bereits mit Sonnenuntergang am 27. Nisan des jüdischen Kalenders und enden am darauffolgenden Abend. Nach gregorianischem Kalender ist das in diesem Jahr der 18. April. Der Tag erinnert auch an den Widerstand gegen die Judenverfolgung durch Hitlerdeutschland und das Heldentum der jüdischen Untergrundkämpfer.

Eine zentrale Rolle kommt der Jerusalemer Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem zu. Zum Auftakt des Gedenkens werden sechs Fackeln entzündet, die symbolisch für die sechs Millionen jüdischen Opfer des Holocaust stehen.

## Opfer bleiben nicht namenlos

In diesem Jahr gibt es in Yad Vashem eine Besonderheit: Rechtzeitig vor dem Gedenktag hat Staatspräsident Isaac Herzog ein riesiges Buch seiner Bestimmung übergeben, das die Namen von 4,8 Millionen Opfern der Shoa auflistet.

„Mein Vater war ein Mensch, er war nicht nur Luft“, unterstreicht die Holocaust-Überlebende Giselle (Gita) Cy-cowicz. Der Name von Giselles Vater, Wilhelm Friedman, ist dank einer von Giselle zu seinem Gedenken ausgefüllten Seite in das Buch der Namen eingetragen.

Die Namen, die in Yad Vashems zentraler Datenbank enthalten sind und die bisher nur auf der Website von Yad Vashem zugänglich waren, werden nun auf dem „Berg der Erinnerung“ in greifbarer Form ausgestellt. Besucher können die Namen anfassen und so das Ausmaß des persönlichen und kollektiven Verlusts des jüdischen Volkes und der gesamten Menschheit besser begreifen. Die Namen selbst wurden in den vergangenen sieben Jahrzehnten akribisch zusammengetragen und von Experten von Yad Vashem sorgfältig überprüft. Im vergangenen Jahr gelang es Yad Vashem, etwa 40 000 neue Namen ausfindig zu machen.

Nach Schätzungen der Gedenkstätte werden in den kommenden Jahren etwa 200.000 bis 300.000 weitere Namen in die zentrale Datenbank aufgenommen werden, so dass insgesamt mehr als fünf Millionen Identitäten der schätzungsweise sechs Millionen Opfer des Holocausts erfasst werden.

## Herzog: Nazis wollten Identität auslöschen

„Der Nazi-Satan hat versucht, das Bild Gottes im Menschen auszulöschen“, machte Staatspräsident Isaac Herzog



Staatspräsident Isaac Herzog hat das „Buch der Namen“ in Yad Vashem seiner Bestimmung übergeben.

deutlich. „Indem man seine Identität auslöscht, indem man seinen Namen mit Füßen tritt - indem man ihn in eine Nummer verwandelt - ist der Mensch wie ein Tier. Der Kern dieses heiligen Berges des Gedenkens, auf dem wir mit Mut und Zittern stehen, ist der Aufruf: ‚Und ihnen will ich in meinem Haus und in meinen Mauern ein Denkmal und einen Namen geben (ein Yad Vashem)... der nicht ausgerottet werden soll.‘ Wir erinnern uns nicht an Zahlen. Wir erinnern uns nicht an namenlose Gefangene, sondern an Leben, an menschliche Wesen: Mütter und Schwestern, Väter und Söhne... Wir erinnern uns an das Leben - und das ist unser großer Sieg. Denn jeder jüdische Name, der in Flammen aufging und achtzig Jahre später in

ten. Siebzig Jahre später bleibt es unsere Pflicht, weiterhin jedes Archiv zu durchsuchen, jede Dokumentationsquelle zu durchforsten und jeden Stein umzudrehen, um jeden Namen zu finden, der dem Vergessen entrissen werden kann. Das ‚Buch der Namen‘ soll die Identität der ermordeten Juden schwarz auf weiß wiederherstellen und der ganzen Menschheit zeigen, dass sie nicht nur Opfer waren, sondern auch Menschen wie du und ich.“

## Forschung wird immer schwieriger

„Je weiter wir uns von den Ereignissen des Holocaust entfernen, desto schwieriger wird unsere Aufgabe des Erinnerns und Gedenkens“, erläuterte der Direktor der ‚Halle der Namen‘ von Yad Vas-

sich weltweit mit dem Erinnern und Gedenken befassen, aber wir sind nahe daran, dass all diese Möglichkeiten ausgeschöpft wurden.“

## Kindernamen eine Herausforderung

Avram wies auch auf objektive Schwierigkeiten bei der Suche nach den Namen hin. „Von Anfang an war uns klar, dass die Suche nach den Namen von Kindern eine besondere Herausforderung darstellen würde, da sie in vielen Fällen nicht erfasst wurden, als sie mit ihren Familien ermordet wurden. Wir werden nie alle Namen vollständig erfassen können, denn die Nazis waren bewusst nicht daran interessiert, ihre Verbrechen zu dokumentieren und versuchten sogar, sie zu vertuschen. Deshalb ist jeder neue Name, den wir entdecken und verewigen können, ein weiterer kleiner Sieg über die Nazis und ihre Komplizen und ihren Versuch, die Juden und die jüdische Religion vom Angesicht der Erde zu tilgen.“

Soweit bekannt, enthält das Buch auch die Geburtsorte, Geburtsdaten und Orte der Ermordung.

Die Namen der Opfer sind auf Seiten gedruckt, die einen Meter breit und anderthalb Meter hoch sind. Die Gesamtlänge des Buches beträgt etwa acht Meter. Seine gewaltigen Ausmaße verweisen auf den kollektiven, unvorstellbaren und enormen Verlust. Die letzten Seiten des Buches sind leer. Sie stehen für die Namen derer, die noch nicht ausfindig gemacht, dokumentiert und verewigt wurden und vielleicht nie ausfindig gemacht werden können. Das Buch ist eine Antwort auf das emotionale Bedürfnis der Angehörigen nach einem physischen Ort, an dem die Namen gesehen und berührt werden können: ein symbolischer kollektiver Grabstein.

„Jeder jüdische Name, der in Flammen aufging und achtzig Jahre später in Jerusalem, im demokratischen Nationalstaat des jüdischen Volkes, laut verlesen wird, ist der größte Sieg der Welt“

Jerusalem, im demokratischen Nationalstaat des jüdischen Volkes, laut verlesen wird, ist der größte Sieg der Welt... Gerade in diesen Tagen, in denen die Erde bebt, muss uns das Buch der Namen daran erinnern, woher wir kommen, und - was noch wichtiger ist - uns zum Nachdenken bringen, wohin wir gehen.“

„Jeder Jude, der während des Holocausts ermordet wurde, hatte einen Namen, ein Gesicht und eine einzigartige Lebensgeschichte“, erklärte Dani Dayan, Vorsitzender von Yad Vashem. „Sie waren keine anonymen Opfer, wie die Nazideutschen sie uns vorgaukeln woll-

hem und Leiter des Projekts, Dr. Alexander Avram: „Es ist zwar immer noch möglich, neue Namen zu sammeln, aber die Geschwindigkeit, mit der wir dazu in der Lage sind, wird in den kommenden Jahren drastisch abnehmen. Es liegt auf der Hand, dass die Zahl der Überlebenden des Holocaust und ihrer Zeitgenossen abnimmt, und diejenigen, die es nie geschafft haben, Zeugnis abzulegen oder Namen zu nennen, werden dazu nicht mehr in der Lage sein. Die Dokumentation der Namen aus der Zeit des Holocausts ist in Osteuropa am unvollständigsten: Wir stehen in Kontakt mit vielen Archiven und Einrichtungen, die

# „New York in the Forties“: Fotografien von Andreas Feininger im Bröhan Museum

Das Bröhan Museum in Berlin widmet sich dem bekannten deutschen Fotografen mit der Ausstellung „Andreas Feininger. New York in the Forties“. Etwa 90 Bilder, teils Originalabzüge, sind aus dem Zeppelin Museum Friedrichshafen zu Gast. Der jüdisch-stämmige Fotograf wurde insbesondere durch die atmosphärischen Bilder der Architektur New Yorks berühmt. Die Ausstellung zeigt Ansichten der US-Metropole, die es heute nicht mehr gibt. (JR)

Von Sabine Marie Wilke

Lucia Moholy hat mit ihren Fotografien das Bild des Bauhauses in die Welt getragen. Das zeigte das Bröhan Museum in Berlin mit der Ausstellung „Lucia Moholy – das Bild der Moderne“. Die Fotografie prägte auch das Leben eines anderen am Bauhaus: Andreas Feininger, Sohn des amerikanischen Malers und Bauhauslehrers Lyonel Feininger. Das Bröhan Museum widmet sich nun dem Fotografen mit der Schau „Andreas Feininger. New York in the Forties“. Etwa 90 Bilder, teils Originalabzüge, sind aus dem Zeppelin Museum Friedrichshafen zu Gast. Dort befindet sich das Andreas Feininger Archiv.

Feininger prägte das Bild New Yorks wie kaum ein anderer, denn seine Aufnahmen der Metropole, vor allem ihrer Architektur, waren einzigartig und wurden millionenfach im LIFE-Magazin gedruckt. Darunter die Skyline von Manhattan in der Dämmerung, deren Lichter der Millionenstadt etwas Erhabenes verleihen. Feiningers lebenslange Faszination von Architektur ließ ihn eine Kameraausrüstung bauen, die Abstände zwischen den Gebäuden optisch verdichtete und ein Gefühl von Raum schuf, das kein anderer Fotograf reproduzieren konnte. Hinzu kommt seine Liebe zu New York, die in jedem Bild erkennbar ist. Er hat die Großstadt immer wieder aus unzähligen Perspektiven fotografiert und so ein umfassendes Portrait geschaffen: die geschwungenen Stahlkonstrukte der Brücken, die nach Manhattan führen, die Fähren, die die Arbeiterschaft aus den umliegenden Bezirken über den Hudson River bringen, die urbane Landschaft mit ihren gigantischen Hochhäusern, die Straßenschluchten dazwischen sowie die verschiedenen Viertel, in denen Einwanderer mit ihren speziellen Lebensmittelgeschäften sich ein Stück Heimat bewahrten.

Feininger gehörte de facto selbst zu diesen Einwanderern. New York war ein Exil, in das er im Dezember 1939 kam, als in Europa der Krieg tobte. Anders als die meisten Immigranten besaß er jedoch dank seines Vaters die amerikanische Staatsbürgerschaft. Amerika kannte er allerdings nur aus Erzählungen. Er war 1906 in Paris geboren, als seine Eltern dort vorübergehend wohnten. Die jüdische Herkunft seiner Mutter spielte in ihrem Haushalt keine Rolle. 1908 siedelte die Familie nach Berlin über bis Lyonel Feininger 1919 als Meister ans Bauhaus nach Weimar berufen wurde. Feininger Junior durchlief dort eine Lehre zum Tischler.

## Bauhaus und künstlerische Einflüsse

1926 richtete sich das Bauhaus in Dessau ein, wo die Feiningers neue Nachbarn bekamen: Sein Bauhauskollege Lazlo Moholy-Nagy und seine Frau Lucia.

Andreas Feininger hatte sich im Jahr zuvor als 19-jähriger erstmals mit der Fotografie beschäftigt: Pflanzen, Architektur und Stadtszenen faszinierten ihn. Es ist also gut vorstellbar, dass Moholy und Feininger sich im Garten viel über Tricks in der Fotografie austauschten. Inzwischen hatte Feininger ein Architekturstudium aufgenommen, doch die Fotografie verfolgte er leidenschaftlich weiter. Er experimentierte viel und baute Teile seiner Kamera selbst, um seine Aufnahmen zu optimieren.

1929 nahm er, wie auch Moholy, an der bedeutenden Ausstellung „Film + Foto“ in Stuttgart teil. Sie wurde vom Deutschen Werkbund organisiert und war eine wichtige Bestandsaufnahme zur Positionierung der Fotografie als Kunstform und als Kommunikationsmedium und reflektierte den Trend des Neuen Sehens und der Neuen Sachlichkeit. Inzwischen hatten Moholy und Feininger das Bauhaus verlassen und bald holten die politischen Entwicklungen beide ein, denn beide waren jüdisch. Während sich Moholy 1933 über Nacht nach Paris rettete, hatte Feininger sich schon 1932 an der Seine niedergelassen, nachdem ihm in Deutschland seine Arbeitserlaubnis als Architekt entzogen wurde. Auch dort gab es langfristig keine Zukunft. Moholy zog nach London und Feininger mit seiner schwedischen Frau nach Stockholm. Dort konnte er sich zwar nicht als Architekt etablieren, wurde aber zum gefragten Architekturfotografen. Als 1939 russische Panzer über Finnlands Grenzen hinwegrollten, schlug Schweden Alarm. Feininger musste abermals seine Koffer packen. Mit seiner Frau folgte er schließlich seinen Eltern nach New York, die 1937 dort ein Apartment bezogen hatten.

Trotz der amerikanischen Herkunft seiner Eltern, hatte Feininger nie Englisch gelernt. Daher war es ein Segen, dass er einen Beruf ausüben konnte, bei dem er auf die Sprache nicht angewiesen war. Er war nicht der einzige Emigrant mit einer Kamera im Gepäck. Aus Deutschland geflüchtete Fotografen wie Fred Stein, Alfred Eisenstaedt, Erwin Blumenthal oder Lotte Jacobi mussten sich in New York ebenfalls eine neue Existenz schaffen.

Feininger konnte sich aber durch seine Spezialisierung auf Architektur und seiner ausgeklügelten Aufnahmetechnik von den anderen unterscheiden. Zudem war für den Architekturliebhaber Feininger New York ein unerschöpflicher Fundus an Motiven. Selbst in seiner Freizeit durchstreifte er die Stadt und scheute keine Mühen, die bestmögliche Aufnahme zu machen. Für die „Brooklyn Bridge im Nebel“



Andreas Feininger, Downtown Manhattan in the evening, New York, 1940

wartete er acht Stunden bis der Nebel die Brücke so umhüllte, wie er es sich im Geiste vorgestellt hatte.

## Faszinierende Architektur-Fotografien

In der von Fabian Reifferscheidt kuratierten Ausstellung wird Feiningers fotografische Meisterschaft deutlich. Sie ist mit drei Räumen in drei Abschnitte gegliedert: eine Einführung, New Yorks architektonisches Stadtbild und das Leben in der Stadt. Ersteres stellt ihn als Techniker vor, samt der Bilder, die ihn und sein Handwerk kennzeichnen. Da sind New York, wie es das Ende des Zweiten Weltkriegs feiert, die ikonische Freiheitsstatue und Manhattan in der Dämmerung. Zwei Abbildungen stechen hervor. Die eine zeigt dicht gedrängte Mietshäuser, hinter denen das Rockefeller Center empor ragt und in seiner Monumentalität beinahe den ganzen Hintergrund einnimmt. Als „Rückseite des Rockefeller Center“ ist das Bild verzeichnet. Für die andere Abbildung hatte Feininger den Asphaltschungel hinter sich gelassen und sich nach New Jersey begeben. Idyllisch bedecken Einfamilienhäuser eine Anhebung – hinterm Horizont jedoch ragt unwirklich das Empire State Building hervor. „Empire State Building aus 22 km Entfernung fotografiert, New Jersey“ notiert er.

Feiningers Bilder zeichnen sich durch weitere Aspekte aus. Zum einen, der vom Bauhaus geschulte Blick für Komposition, in der klare Linienführung, Rhythmus und geometrische Formen dominieren, beispielsweise wenn er die aus Stahl konstruierten Hochbahnbrücken von unten fotografierte. Zum anderen dem Leben, das er den an sich 'toten' Objekten aus Stein und Stahl einhauchte. Dies zog er be-

wusst aus den Stimmungen, die Licht- und Wetterverhältnisse mit sich brachten. Da ist das gleißende Sonnenlicht, das sich in den Schienen der Hochbahn spiegelt. Andernorts sind es Schneeflocken, die über die Dächer der Stadt wirbeln. Er hielt die weißen Wolken fest, die quer durch Manhattans Skyline ziehen. Die Brooklyn Bridge fotografierte er nicht nur im Nebel. 1945 hatte er sie bei Nacht als Silhouette vor den Lichtern New Yorks aufgenommen und 1950 dokumentierte er sie bei Tag.

Im dritten Raum finden sich Feiningers Beobachtungen aus dem Alltag: Karl Elms Wurstgeschäft, ein italienisches Lebensmittelgeschäft, chinesische Zeitungsverkäufer. Zum Stadtbild gehörten auch jüdische Geschäfte wie der „Devotionalienladen in der Orchard Street“ und die „Jüdische Nähstube in der Lower East Side“.

Anders als Lucia Moholy, die im Exil ums Überleben kämpfte und deren Wiederentdeckung längst überfällig war – die Jüdische Rundschau berichtete darüber im Dezember 2022 – ist Andreas Feininger eine renommierte Größe in der Fotografie. Die Ausstellung selbst beruht auf seinem Bildband „Andreas Feininger. New York in the Forties“, das 1978 erschien. Desweiteren hat er mehr als 50 Lehrbücher über Fotografie verfasst. 1999 verstarb er im Alter von 93 Jahren in New York. Die Ausstellung lässt den Besucher nicht nur zurück in eine Zeit reisen, in der die Menschen adrett gekleidet waren, sondern zeigt auch Ansichten New Yorks, die es heute nicht mehr gibt. Gleichzeitig erinnert sie, welche Meisterwerke die klassische Fotografie hervorbrachte.

Andreas Feininger. New York in the Forties“ im Bröhan-Museum, Berlin, bis 28. Mai 2023

# Düstere Erinnerungen an Tarnow: „Wir waren auf Judentreibjagd“

Agnieszka Wierzcholska beschreibt in ihrem Buch „Nur Erinnerungen und Steine sind geblieben. Leben und Sterben einer polnisch-jüdischen Stadt: Tarnów 1918-1945“ das Schicksal und die Geschichte der jüdischen Einwohner. Während des Holocaust wurden 27.000 Juden aus Tarnow ermordet, ihre Häuser und Synagogen geplündert. Von der nichtjüdischen polnischen Bevölkerung der Stadt gab es kaum Solidarität, viele zogen sogar Profit aus den Pogromen und der Deportation. (JR)

Von Theodor Joseph

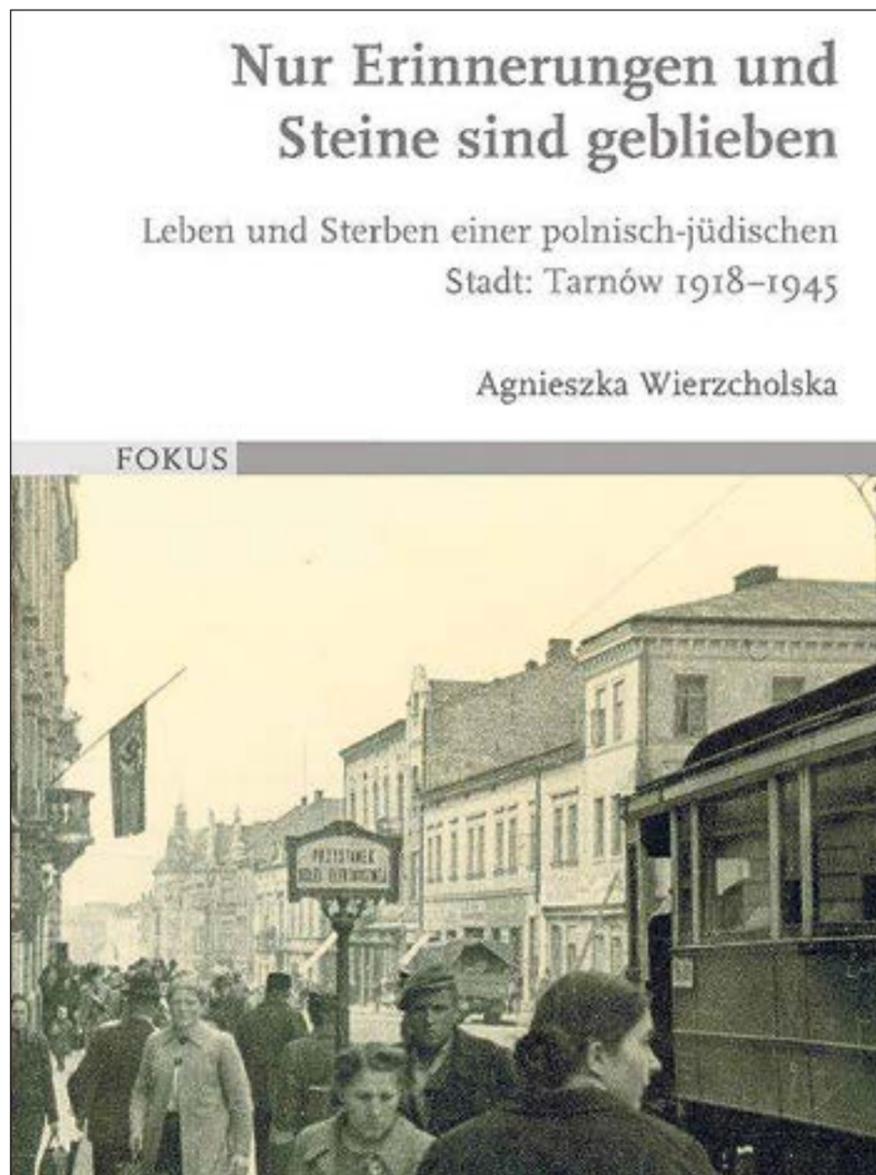
Es gibt ein Foto, vermutlich von einem Wehrmachtssoldaten aufgenommen, das einen orthodoxen Juden mit umgehängten Tallit, aber ohne Kippa, zeigt. Der Jude kniet mit erhobenen Armen und verängstigtem Blick vor einer Gruppe uniformierter Deutschen. Der vordere Soldat steht breitbeinig und grinsend, in der Rechten einen Prügelstock, vor dem Juden, noch unschlüssig, wie er mit dem gedemütigten Juden weiter verfahren soll – eine Szene aus Tarnów, eine polnische Kleinstadt, in die die Wehrmacht am 8. September 1939 einmarschiert war. Im Gefolge der Wehrmacht erschienen die Einsatzgruppen, mobile Tötungseinheiten.

Tarnów ist eine Stadt im oberschlesischen Polen, östlich von Krakau gelegen. Seit Mitte des 15. Jahrhunderts sind in der Stadt Juden bezeugt. Vor dem Zweiten Weltkrieg war die Hälfte der Bevölkerung jüdisch. Fromm ging es unter den Tarnówer Juden zu. Die Synagogen und Gebetstuben waren am Schabbat voll. Die Stadt war dann wie verwandelt. Ein Rabbiner erinnert sich: „Seine Majestät, der shabes, verbreitete sein Königreich über alle Gassen und Viertel, wo Juden mit seidenen kapotes und shtraymlekh umhergingen“. Die Topografie der Stadt war von jüdischen und katholischen Gottes- bzw. Gebetshäusern geprägt, der Schabbat war für die Christen ein bekannter und sichtbarer Feiertag, die Kirchenglocken waren sonntags für die Juden der Stadt hörbar.

## Keine Solidarität für die jüdischen Mitbürger

Zwischen den Weltkriegen hatten die 25 000 Tarnówer Juden unter einer diskriminierenden, antisemitischen Politik der Zweiten Polnischen Republik zu leiden. Agnieszka Wierzcholska, Historikerin für polnisch-jüdische Beziehungsgeschichte, zeichnet in ihrer Fallstudie die Sozialgeschichte der polnisch-jüdischen Stadtbevölkerung nach, bevor die deutschen Besatzer diese unterwarfen und ermordeten, während der Gewaltherrschaft und auch nachdem die Besatzer wieder abgezogen waren.

In Tarnów wurde die jüdische Bevölkerung, auf der niedrigsten Stufe der von den Besatzern oktroyierten rassistischen Hierarchie stehend, vor den Augen ihrer nichtjüdischen Nachbarn in einem Blut- und auf verschiedenste Arten ermordet. Immer wieder boten sich für nichtjüdische Polen Gelegenheitsfenster, um von den deutschen Maßnahmen gegen Juden zu profitieren. Das von den Deutschen induzierte maligne Machtgefälle unter den ungleichen Opfern – nichtjüdische Polen einerseits und Juden andererseits – rief seit Beginn der Besatzung Profiteure unter der Lokalbevölkerung auf den Plan. Zudem konnte sich dieses von den Deutschen neu eingeführte Machtgefälle zum Teil auf die bereits vorhandenen antisemitischen Muster stützen und eine eigene Dynamik entfalten. Es gab keine



breite Norm der Solidarität mit den verfolgten Juden.

Die ausgeübte Gewalt wurde unmittelbar und in größter Nähe ausgeübt. Die nichtjüdischen Stadtbewohner sahen, hörten und rochen, wie ihre Nachbarn, Handelspartner sowie Schulkameraden mitten in der Stadt in einem Blutbad ermordet wurden. Manche stolperten buchstäblich über Leichenteile in den umliegenden Wäldern, kurz: es war eine mit allen Sinnen wahrnehmbare Erfahrung des Genozids in ihrer Heimatstadt. Die große Nähe der ausgeübten Gewalt und zum Teil die „Intimität des Gewaltgeschehens“, so Wierzcholska, machten jegliche Passivität oder lediglich ein By-standing unmöglich. Und damit waren alle nolens volens involviert in das sich abspielende Geschehen.

Die Deutschen hatten es bei ihrem Überfall auf Polen am 1. September 1939 eilig und ließen keinen Zweifel an ihren eliminatorischen Absichten, immer radikaler, immer brutaler: Fünf Tage nach dem Einmarsch mussten jüdische Geschäfte mit einem Davidstern markiert werden. Bei Nichtbefolgung drohte die Todesstrafe. Es folgten Razzien auf der Straße, um Juden für diverse Aufgaben wie Straßenfegen oder Gepäcktragen zu rekrutieren. Deutsche Soldaten foto-

grafierte chassidische Juden und rissen ihnen die Bärte aus. Ab dem 20. Oktober 1939 mussten Juden über 12 Jahre ein weißes Armband mit einem blauen Davidstern tragen.

## Demütigung und Gewalt

Am 9. November 1939, dem ersten Jahrestag des Novemberpogroms in Deutschland, wurden alle Synagogen sowie die zahlreichen Gebetshäuser, die Shtibel, der Stadt zerstört. Die Menschen aus den umliegenden Häusern flohen in Nachtgewändern aus ihren Wohnungen. Es gibt Berichte, dass nichtjüdische Polen in die verlassenen Wohnungen eindrangen und Hausrat und Wertsachen aus ihnen herausholten. Thora-Rollen wurden geschändet, nur Ruinen blieben übrig.

Dann die Juden. Im Frühjahr 1940 wurde ihnen ein „Bußgeld“ von einer halben Million Złoty auferlegt. Sie wurden zur Zwangsarbeit gepresst und ihrer Habe beraubt. Allein zwischen September 1943 und Februar 1944 sollen, laut eines Zeugenberichts, 200 Eisenbahnwaggons mit jüdischer Habe aus Tarnów abtransportiert worden sein. Neben dem Gewaltanschub, den die Tarnówer Juden erfuhren, wurde ein Teil von ihnen seit dem Frühjahr 1942 zu Objekten rassistisch-„anthropologischer“ Untersuchun-

gen. Eine Studie zu galizischen „Judentypen“ wurde vom Anthropologischen Institut der Universität Wien und vom Institut für Deutsche Ostarbeit Krakau (Sektion Rassen- und Volkstumsforschung) in Tarnów durchgeführt. Die Menschen wurden vermessen und fotografiert. Anschließend wurde ein Bericht über die „Vorderasiatische Rasse“ angefertigt.

Es folgten nach und nach Mord-„Aktionen“ auf den Straßen der Stadt und auf dem jüdischen Friedhof. Am 11. Juni 1942 wurden 3 500 Tarnówer Juden nach Belzec deportiert, innerhalb von drei Tagen wurden weitere 10 000 Personen ins Konzentrationslager verschleppt. So ging es weiter bis Ende 1943. Dreihundert Juden blieben in Tarnów mit dem Befehl zurück, die letzten Habseligkeiten der Deportierten zu sortieren. Nachdem man auch sie nach Plazów deportiert hatte, wurde Tarnów für „judenrein“ erklärt. 27 000 Juden wurden während des Holocaust ermordet. Die Stadt selbst blieb weitestgehend unzerstört.

Tarnów war kein Einzelfall. Im östlichen deutschen Machtbereich gab es hunderte Tarnóws. Die euphemistisch „Aktionen“ genannten antijüdischen Maßnahmen erfolgten in arbeitsteiliger Koordination, an der manchmal die Wehrmacht beteiligt war – allein zum Zwecke des Mordens. Ein Teilnehmer schrieb seiner Frau: „In den letzten Tagen konnte ich nicht an Dich schreiben, wir waren in der Gegend von Tarnow auf Judentreibjagd. Morgens um 1 hiess es heraus aus den Betten, ... die Juden zusammentreiben. Tolle Dreckjuden sag ich Dir. Gestern wars am Schlimmsten. 3600 haben wir geholt, Männer, Weiber und Kinder.“

## Ermordung oder Zwangsarbeit

Es gab Fälle von „Feilschen“ um Juden zwischen unterschiedlichen Besatzungsbehörden. Dann konnte es ein stundenlanges Gezerre geben, begleitet von gegenseitigen Drohungen zwischen SS und Wehrmacht. Dabei ging es um das utilitaristische Verständnis von Juden als Arbeitskräfte zu Sklavenbedingungen, die für die deutsche Kriegswirtschaft von Nutzen seien, und dem Vernichtungswillen des NS-Polizeiapparats, der bereits die „Endlösung“ in Gang gesetzt hatte. Dieses Beispiel zeigt die Handlungsoptionen der diversen Entscheidungsträger auf.

Auf dem Marktplatz von Tarnów vollzogen die Besatzer ihre Gewaltexzesse und breite Bevölkerungsschichten nahmen aktiv daran teil. Der Marktplatz mit seinen jüdischen Verkaufsständen wurde sozusagen „entjudet“. Das öffentlich ausgetragene Gemetzel und buchstäbliche Blutbad im Zentrum der Stadt zeigt, dass der Holocaust nicht nur als industriell betriebenen Massenmord in weit entfernten Vernichtungslagern zu verstehen ist – die „killing fields“ in Osteuropa waren mehr als die Gaskammern von Auschwitz.

Dadurch dass ein erheblicher Teil der jüdischen Bevölkerung nach den Massakern und den „Aussiedlungen“ nicht mehr „da waren“, eröffneten für die nicht-

jüdische urbane Bevölkerung Leerstellen in jenen sozialen und ökonomischen Positionen, die die ethnischen Polen seit Längerem für sich eingefordert hatten. Zudem gab es Polen, die auf die Totalität der Vernichtung spekulierten und an ihrem neuen Besitz, das ehemals Juden gehört hatte, festhalten wollten.

Agnieszka Wierzcholska schildert die Ereignisse in Tarnów schonungslos und scheut sich nicht, auch nur das kleinste Detail dieser Blutorgie unerwähnt zu lassen, was dem Leser einiges abverlangt.

#### Komplizenschaft unter den Polen

Das polnische Volk, selbst Opfer des NS-Terrorregimes, trennte sich von seinen Juden ohne besonderes Bedauern. Es hatte mit angesehen, wie Juden in Ghettos gesperrt wurden, Juden in Gräben, die sie selbst ausheben mussten, erschossen wurden, in Synagogen verbrannten, in die Vernichtungslager deportiert wurden. Das polnische Volk sah es und

schwieg, auch wenn viele Polen Juden geholfen, sie versteckt, sich und ihre Familien dadurch in Gefahr gebracht und später von der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem die Auszeichnung „Gerechte der Nationen“ erhalten hatten. 23 Familien aus Tarnów wurden von Yad Vashem geehrt. Andere wiederum hatten Juden eigenhändig umgebracht, denunziert oder sie an die Nazis ausgeliefert, meist aus Geldgier.

Es gab individuelle Helfende in Tarnów, die große Empathie und Mut bewiesen, um ihren jüdischen Mitmenschen zu helfen, obgleich sie sich selbst und ihre Familien dabei in Gefahr brachten. Doch nicht alle Helfenden waren von edlen Motiven geleitet. Oft konnte die Linie zwischen Habgier und Altruismus sehr dünn sein. Auf dem Land gab es regelrechte „Helferindustrie“, die dadurch entstand, dass sich Helfende ihre Unterstützung teuer bezahlen ließen.

Als die Rote Armee am 18. Januar 1945

Tarnów einnahm, fanden sie noch 232 Juden in der Stadt vor. Nach dem Krieg herrschten in Polen weiterhin ausgeprägte antisemitische Ressentiments, die den nationalsozialistischen Judenmord überdauert haben. Obwohl es in Tarnów nach dem Holocaust, wie z.B. im Juli 1946 in Kielce, keinen Pogrom gab, konnte sich ein jüdisches Leben hier nicht mehr etablieren. Dennoch: Die antisemitische Stimmung war so angeheizt, dass die Stadt einem Pulverfass zu gleichen schien.

Als im Juni 1945 in der Nachbarschaft von Tarnów ein junges Mädchen umgebracht wurde, fiel der Verdacht sofort auf die Juden und das Gerücht einer Ritualmordlegende machte die Runde. Die Atmosphäre in der Stadt nahm pogromähnliche Züge an. Die Tarnówer Sicherheitsbehörden griffen mit dem Zug fliehende Juden auf und misshandelten sie. Auch wenn die große Gewalteskalation in Tarnów ausblieb, ereigneten sich antisemitisch motivierte Übergriffe und

vereinzelte Morde. Mit der sogenannten Gomulka-Aliyah verließen die wenigen überlebenden Juden Stadt. Alle bis dahin noch in der Stadt verbliebenen jüdischen Institutionen wurden aufgelöst. Und zum zweiten Mal war jüdisches Leben beendet. Hier, im Jahre 1956, endet auch die Studie.

Im Jahre 1993 reiste der ehemalige Arzt Amos Lavyel aus Haifa in seine Heimatstadt Tarnów, wo er eine Rede zum 50. Jahrestag der Ghettoliquidierung hielt. Er führte aus: „Wenn wir durch Tarnów schreiten, erkennen wir jede Straße, jeden Winkel, jedes Haus. Jeder Ort ruft uns unsere Nächsten ins Gedächtnis, die nicht mehr da sind. Das blieb von unserem Tarnów: Erinnerungen und Steine“.

Agnieszka Wierzcholska: *Nur Erinnerungen und Steine sind geblieben. Leben und Sterben einer polnisch-jüdischen Stadt: Tarnów 1918-1945, Brill/Schöningh Paderborn 2022, 665 S., 89 Euro.*

## Ein Ritchie-Boy erinnert sich: Werner T. Angress - Flucht und Rückkehr. Erinnerungen eines jüdischen Berliners

Werner T. Angress emigrierte 1939 mit seiner jüdischen Familie in die USA, kehrte aber 1944 vom D-Day an als Soldat der US-Armee zurück und kämpfte bis zum Ende des Krieges gegen die Nationalsozialisten. Mit seinen Deutschkenntnissen war Angress Teil der geheimdienstlichen Einheit „Die Ritchie-Boys“. Nach dem Krieg studierte Werner Angress Geschichte, lehrte an den Universitäten Berkeley und New York und kehrte schließlich 1988 in seine Heimatstadt Berlin zurück, wo er im Jahre 2010 verstarb. (JR)

#### Von Theodor Joseph

Welch ein Leben! Werner „Tom“ Angress (1920-2010): Er stammte aus einer bürgerlichen jüdischen Familie in Berlin, „sehr bourgeois, sehr preußisch, in vielem an das Ambiente im Roman Jettchen Gebert“ erinnernd, wie er in seiner Autobiographie schreibt. Das familiäre Milieu war typisch für viele andere Juden in den Berliner Weimarer Jahren. Typisch auch für Juden, wenn man es so sagen darf, die ab 1933 verfolgt, vertreiben und ermordet wurden – unter den Augen eines billigenden, zumindest gleichgültigen, und manchmal auch aktive Beihilfe leistenden deutschen Bildungsbürgertums.

Angress verließ 1939, 19-jährig, seine Heimatstadt Berlin in Richtung USA. Dort lehrte er 35 Jahre als Professor für europäische Geschichte in Berkeley und New York. Als US-Soldat kämpfte er vom D-Day im Juni 1944 bis zum Kriegsende im Mai 1945. Nach seiner Emeritierung kehrte Angress 1988 nach Berlin zurück, blieb als Historiker für deutsch-jüdische Geschichte in Deutschland weiterhin aktiv. Als Mensch war Angress, wie der Herausgeber der Angressschen Erinnerungen, Norbert Kampe, schreibt, völlig unautoritär – als Wissenschaftler jedoch eine Autorität.

Als Jugendlerner wurde Angress Mitglied des antizionistischen jüdischen Jugendbundes „Schwarzes Fähnlein“. Angesichts des wachsenden Antisemitismus unter den Nationalsozialisten wechselte er 1933 auf eine jüdische Schule in Berlin. Die Familie floh 1937 in die Niederlande und beschloss 1939, in die USA auszuwandern, was nur teilweise gelang. Zuvor hatte Angress sich noch auf dem Lehrgut Groß Breesen bei Breslau zum Landarbeiter ausbilden lassen, um auf einem ausländischen Arbeitsmarkt bestehen zu können. Da die gemeinsame Flucht die finanziellen Möglichkeiten der Familie überstiegen hätte, wurde Werner An-

gress als junger, leistungsfähiger Mann dazu bestimmt, die Emigration der Familie, also der Eltern und seiner jüngeren Brüder, vorzubereiten.

In seinen Erinnerungen beschreibt Angress seine ersten 25 Lebensjahre, in denen er mit dem Judentum haderte. Er erzählt fesselnd, weil auch die Zeitspanne, die er reflektiert, spannend bis aufregend war – das Schicksal seiner Generation als assimilierter deutscher Jude, der seine Heimat verlassen musste, gleichwohl in den USA eine erstaunliche akademische Karriere machen konnte.

In der US-Armee ließ er sich als deutscher Muttersprachler im Camp „Ritchie“ zum Gefangenenverhörer („Ritchie Boy“) ausbilden, die die Aufgabe hatten, gefangene Wehrmachtssoldaten und Mitglieder der Waffen-SS zu verhören. Er selbst geriet zeitweilig in deutsche Kriegsgefangenschaft, als Jude, der seine deutsch-jüdische Identität verheimlichen musste, ein lebensgefährliches Unterfangen.

Angress war an der Befreiung des KZ Wöbbelin, ein Außenlager des KZ Neuengamme, beteiligt. Erstaunlich, dass er bis zu diesem Zeitpunkt, wo der Holocaust beinahe beendet war, nichts von den Vernichtungslagern wie Auschwitz oder Majdanek gehört hatte.

Bei seinen Verhören wurde Angress von den deutschen Gefangenen oft gefragt, ob sie nun erschossen werden würden, worauf dieser antwortete: „Wir sind doch keine Nazis“. Und wenn er gefragt wurde, woher er so gut deutsch spräche, erwiderte er, er sei Amerikaner deutscher Abstammung, was sowohl richtig als auch falsch war. Dass er Emigrant und Jude war, hat er keinem je erzählt.



Als amerikanischer Verhörer („Interrogator“) deutsch-jüdischer Herkunft erwies sich Angress als jemand, der deutschen Kriegsgefangenen gegenüber mitunter Mitgefühl empfand, sich als ein im humanistischen Geist erzogener Mann erwies, jemand, den seine Vorgesetzten daran erinnern mussten, dass er kein Seelsorger sei.

Auf der Grundlage seiner Verhöre junger Angehöriger der Waffen-SS in einem Kriegsgefangenen-Durchgangslager bei Ludwigslust nach Ende des Zweiten Weltkrieges nahm Angress Günter Grass während der Debatte um dessen verschwiegene

Dienstzeit bei der Waffen-SS und ihrer Bekanntmachung in dessen Roman „Beim Häuten der Zwiebel“ in Schutz. Er, Angress, habe vor allem „verführte Mitläufer“ verhört, „[h]albe Kinder [...]“, dazu bestimmt, in den letzten Kriegstagen verheizt zu werden.“

Am 13. Mai 1945 fand Angress in Amsterdam seine Mutter und seine beiden jüngeren Brüder wieder und erfuhr, dass sein Vater 1942 nach Auschwitz deportiert worden war. Dort ist dieser im Januar 1943 „mit preußischer Effizienz“ ermordet worden.

Das Jahr 1945 war in doppelter Hinsicht ein Einschnitt in Werner Angress Leben: Nach seinem Kriegsdienst begann er im Spätherbst 1945 sein Geschichts-Studium in den Vereinigten Staaten, wo er auch promovierte und habilitiert wurde. Es folgte nach und nach ein erfülltes akademisches Leben als anerkannter und geschätzter

Historiker, ein Leben, das von der Frage geleitet war, wie sich Deutschland zwölf Jahre lang einem Hitler inbrünstig in die Arme werfen konnte.

Leider beschreiben die Angressschen Erinnerungen nur die Zeit bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, wobei die Leser sicherlich gerne mehr über dessen Zeit „danach“ erfahren hätten.

Werner T. Angress: *Flucht und Rückkehr. Erinnerungen eines jüdischen Berliners 1920-1945. Hentrich & Hentrich Verlag Berlin Leipzig, 384 S., 24,90 Euro*

# Steven Spielberg: Lebensweg und Lebenswerk eines jüdischen Regisseurs

Der Name Steven Spielberg steht für Hollywood-Blockbuster wie „Der weiße Hai“, „E.T.“, oder „Indiana Jones“. Der jüdische Erfolgsregisseur prägte die amerikanische Filmindustrie wie kaum ein anderer. Seine Filme erhielten 140-Oscar-Nominierungen, er selbst wurde mit drei Oscars ausgezeichnet. Mit „Schindlers Liste“ brachte er die Geschichte des Großindustriellen, der tausenden Juden das Leben rettete, einem Millionenpublikum nah. In seinem aktuellen Film „The Fabelmans“ kehrt Steven Spielberg zurück zu den Wurzeln des narrativen Kinos. Mehr noch, das Werk ist nichts weniger als seine Biographie. (JR)

Von Julian M. Plutz

„Ich verdanke dem deutschen Kino viel“, sagte Steven Spielberg anlässlich seiner Ehrung bei der diesjährigen Berlinale. „Friedrich Wilhelm Murnau, Ernst Lubitsch, Rainer Werner Fassbinder, Werner Herzog, Margarethe von Trotta, Wim Wenders, Wolfgang Petersen, Volker Schlöndorff und Tom Tykwer inspirierten mich. Mein Werk ist irgendwie auch in Deutschland zu Hause“, betonte der wohl erfolgreichste Regisseur aller Zeiten. Insgesamt erhielten seine Werke 140 Oscar-Nominierungen. 35 davon wurden tatsächlich ausgezeichnet.

Besonders bedeutsam sei für ihn der Preis, der alljährlich in Berlin vergeben wird, weil er ein jüdischer Regisseur sei, sagte Spielberg. So erfordere es riesige Anstrengungen, die Wunden zu heilen. Der Regisseur erinnerte an den Satz, das Gegenteil von Gerechtigkeit sei nicht Ungerechtigkeit, sondern das Vergessen. „Man kann historische Wunden nur heilen, wenn man sich erinnert.“ Und an Spielbergs Werk erinnert man sich, zumal es noch nicht vervollkommen ist.

Am 18. Dezember 1946 erblickte Steven Allan Spielberg in Cincinnati, Ohio das Licht der Welt. Sein Vater war der bekannte Computerpionier Arnold. Dieser entwarf für die Firma RCA erstmals automatische Steuerungssysteme und später Logikschaltungen und Hardware-Systeme, als sich sein Arbeitgeber der Computertechnologie zuwandte. Bereits 1954 entwickelte er ein Online-Abrechnungssystem über einen Zentralcomputer, das die wesentlichen Eigenschaften einer heutigen EC-Karte besaß. Nach seinem Arbeitsleben engagierte er sich in der Shoah Foundation seines Sohnes.

## Mit 14 drehte Spielberg den ersten längeren Film

Stevens Großvater väterlicherseits, Shmel Spelberg emigrierte 1906 als Samuel nach Cincinnati und wurde US-Amerikaner. Er selbst stammte aus dem westukrainischen Oblast Chmelnyzkyj und betrieb einen Gemischtwarenhandel. Zwei Jahre später folgte Spielbergs Großmutter Rebecca Chechnik ihrem Mann in das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Auch Stevens Großvater mütterlicherseits, Philip Posener, stammte ursprünglich aus der Ukraine, genauer gesagt aus Odessa. Er musste 1905 fliehen, da das Zarenreich in der Metropole am Schwarzen Meer ein Pogrom startete, das alleine in einem Jahr 1500 Juden das Leben gekostet hat.

Der 1880 in der Stadt Odessa geborene Zionist und Schriftsteller Zeev Jabotinsky schrieb damals: „Von Pogromen bleiben Eimer voller Blut und Pfunde menschlichen Fleisches, aber eine Lehre für das jüdische Bewusstsein, die sie auf die Ebene einer Tragödie erheben



Der jüdische Regisseur Steven Spielberg schrieb mit seinen Werken Filmgeschichte.

würde, lässt sich nicht aus ihnen ziehen (...) Es gibt keine Rettung.“ Rebecca entkam dem Tod nur knapp.

Schon sehr früh entdeckte er seine Liebe zum Bewegtbild. Nachdem er sich regelmäßig über die schlechte Qualität der Familienfilme beschwerte, überließ ihn der Vater entnervt seine eigene Super-8-Kamera, da war er gerade zehn Jahre alt. Zwei Jahre später, im Jahr 1958, drehte er seinen ers-

nicht nur seine Familie ein, seine Mutter musste ihm für Montags eine Entschuldigung schreiben, da er den Film zu schneiden hatte, sondern auch Schüler auf der Schule. Sie wurden seine ersten Schauspieler.

Die Familie lebt inzwischen in Phoenix, Arizona. Der junge Spielberg ist in der christlich geprägten Stadt ein Einzelgänger. Mit Antisemitismus kam er immer wieder in Berührung. Im

Amateur Film Festival“ einen Preis: Eine 16mm Kodak-Filmkamera sowie umfangreiches Material, wie Fachzeitschriften und Fachbücher. Der Vater riet ihm jedoch, die Kamera zu verkaufen und mit dem Erlös eine voll ausgestattete 8 mm Bolex de Luxe mit mehreren Objektiven und Equipment zu kaufen. Gesagt, getan. Seitdem war für ihn klar, dass er Filmemacher werden möchte.

## Unterstützung vom Vater

Und er tat alles dafür. In einer beeindruckenden Akribie drehte Steve in seiner Zeit als Teenager insgesamt 15 Filme. Wo andere Basketball spielten und sich mit Mädchen trafen, schnitt er seine Bewegtbilder zu einem Gesamtwerk. Sein Hauptthema ist zumeist der 2. Weltkrieg. Wahrscheinlich lag es auch am Einfluss des Vaters, der im Krieg beim US Signal Corps und später bei der US Air Force in Indien als Funker und Kanonier diente. Nicht weit von seinem Elternhaus lag das Kiva Theatre-Kino in Scottsdale. In dem Lichtspielhaus sah er Klassiker, wie Hitchcocks Psycho, Ben Hur, oder Die Brücke am Kwai, die bis heute zu seinen Lieblingsfilmen gehört. Im Garten der Eltern veranstaltete er regelmäßig Kinovorführungen, bei denen er bereits 25 Cent als Eintritt verlangte. Eine seiner drei Schwestern verkaufte Popcorn.

Mit 17 Jahren drehte er 1963 „Firelight“. Der für Amateurverhältnisse aufwendig gedrehte Science-Fiction Film

„Steven Spielbergs Karriere ist auch eine Ode an die Hartnäckigkeit, seinen Traum leben zu wollen.“

ten Kurzfilm, der die Kollision zweier Züge seiner Spielzeugeisenbahn zeigte. Mit vierzehn Jahren begann er mit den Dreharbeiten des 40-minütigen Film „Escape to Nowhere“.

## Antisemitische Erfahrungen gehörten zum Alltag

Der Kriegsfilm erzählt die Geschichte US-amerikanischer Soldaten im Zweiten Weltkrieg. Sie versuchen, einen strategisch relevanten Berg in Ostafrika einzunehmen, der von den Nazis unter Führung von Erwin Rommel besetzt war. Bis auf einen amerikanischen Soldaten tötet die Wehrmacht alle Kameraden. Die Dreharbeiten dauerten ganze vier Jahre. Steven spannte hierzu

Time Magazin beschrieb er seine Erfahrungen einmal so: „Meine Klassenkameraden tuschelten hinter vorgehaltener Hand etwas, was wie „Jude“ klang und warfen mir einen schrägen Blick zu. Antisemitismus hinterließ tiefe Spuren in mir, er gab mir das Gefühl, dass ich jenseits meiner eigenen Haustür nicht sicher war.“

Einige Schüler mobben ihn. Seine Körperstatur erleichterte den Tätern, ihn anzugehen. Doch was er nicht in den Armen hatte, das hatte der kleine Steve im Kopf. Seinem übelsten Angreifer gab er in „Escape to Nowhere“ eine wichtige Rolle als Kriegsheld. Seitdem war er Spielbergs bester Freund. Mit dem Film gewann Spielberg beim „Arizona

dauerte knapp 140 Minuten und gilt als Vorläufer für den 14 Jahre später produzierten Hollywood-Klassiker "Unheimliche Begegnung dritter Art", indem der spätere Oscar-Preisträger Richard Dreyfuss, den Spielberg immer wieder einsetzte, die Hauptrolle spielte.

Inzwischen hatte Steven während eines Besuchs der Universalstudios Kontakt zu dem Mitarbeiter Chuck Silvers. Silvers erkannte sein außergewöhnliches Talent und stand dem jungen Spielberg als Mentor beratend zur Seite. Doch seine Karriere stagnierte. 1966 ließen sich seine Eltern, die bereits über Jahre getrennt gelebt hatten, scheiden. Im Gegensatz zu seinen Schwestern blieb Steven bei seinem Vater, der ihn in seinem Bestreben, Regisseur zu werden, vor allem finanziell unterstützte. Doch aufgrund eines mittelmäßigen Abschlusszeugnisses wurde Spielberg zunächst an keiner Filmhochschule angenommen.

### "Night Gallery" als wichtiger Meilenstein

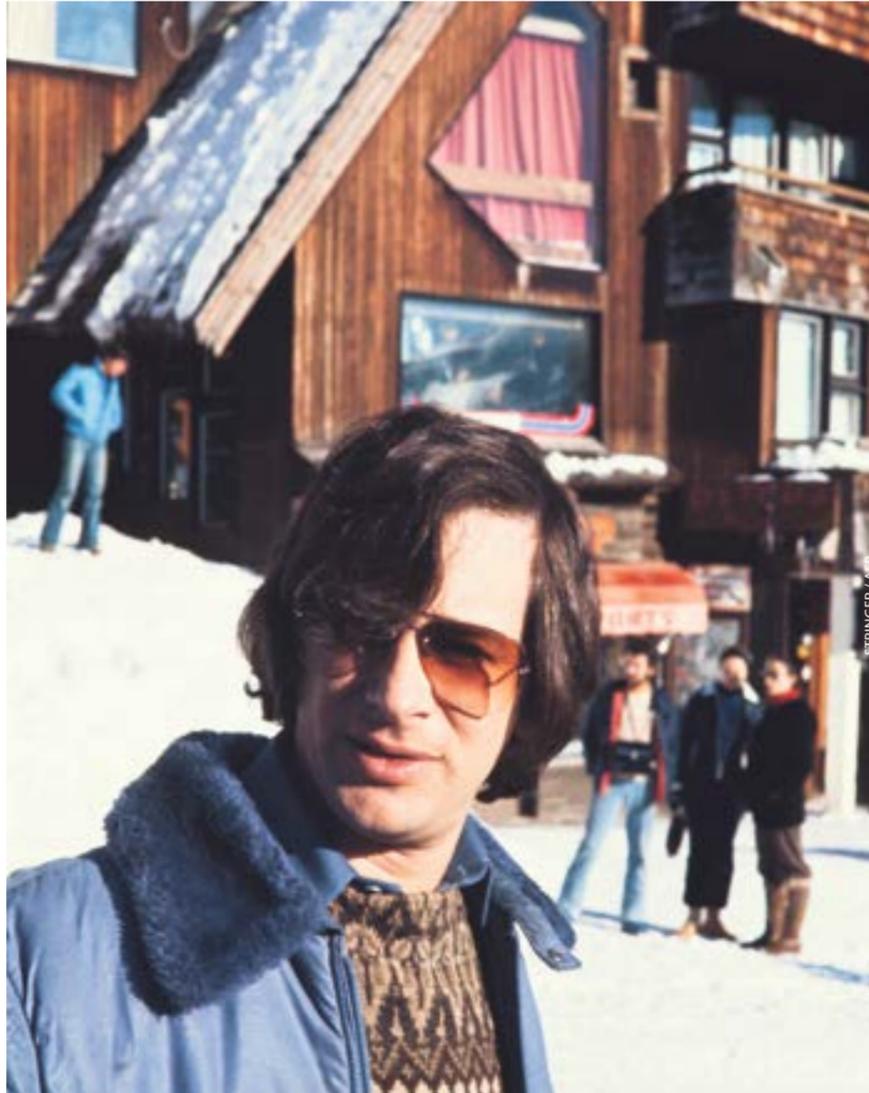
Aus Angst, in den Vietnamkrieg zu müssen, schrieb er sich an der California State University in Long Beach für ein Studium Generale ein. Doch die Hochschule interessierte ihn wenig. Nur selten sah man Steven in den Vorlesungen. Immer wieder zog es ihn zu den Universal Studios. Doch bis auf einige unbezahlte Praktika konnte er kaum Kontakte knüpfen. Auch seine Filme wurden stets abgelehnt. Noch im Jahr der Scheidung gründete Spielberg mit seinem Vater eine Filmproduktionsfirma mit dem Namen Playmount Productions, eine unverkennbare Anlehnung an ihren Familiennamen. Zu dem Zeitpunkt war er 19.

Das Alter ist insofern wichtig zu betonen, dass er sehr früh sehr genau wusste, was er in seinem Leben machen wollte. Das Ziel war der Weg und das Ziel war seine Motivation, für einen Teenager ein überdurchschnittliches Engagement an den Tag zu legen. Heute würde man sagen: Steven Spielberg nahm die viel zitierte Extrameile. Rückschläge schienen ihn noch viel mehr zu motivieren. Und so dauerte es weitere drei Jahre, bis er im Februar 1969 mit 22-Jahren eine Episode als Regisseur produzieren durfte.

Dies war das Ergebnis jahrelanger Arbeit und des effektiven Netzwerks. Für die NBC-Serie "Night Gallery", des sehr bekannten Erfinders von Twilight Zone, Rod Sterling, war er beauftragt, bei einer der drei Pilotfolgen Regie zu führen. Trotz des Vertrauensvorschlusses seitens der Geldgeber stoß die Besetzung im Ensemble nicht nur auf Gegenliebe. Als die Hollywood-Diva Joan Crawford erfahren haben soll, dass ein völlig unbekannter Spielberg Regie führen sollte, zitierte man sie mit den Worten "sprachlos und entsetzt."

### "Der weiße Hai", "ET" und "Indiana Jones" als Kassenschlager

Zunächst stieß das experimentelle Arbeiten von Steven auf wenig Gegenliebe. Produzent Sterling ordnete an, er solle doch konventioneller drehen und auf die ungewöhnlichen Choreographien verzichten. Doch eine gewisse Joan Crawford, die für ihre exzentrische Art in Hollywood berüchtigt war, sah das anders: „Mir und wahrscheinlich allen anderen war sofort klar, dass hier ein junges Genie am Werk ist. Ich dachte zunächst, vielleicht wäre mehr Erfahrung wichtig. Aber dann musste ich an all die erfahrenen Regisseure denken, die eben nicht Stevens intuitive Einfälle hatten und die immer wieder nur die gleiche alte Routine wiederholten. Das



Der Regisseur Steven Spielberg posiert während des "International Fantastic Film Festival" in Avoriaz im Januar 1977.

nannte man wohlwollend ‚Erfahrung‘. Da wusste ich, dass Steven Spielberg eine glänzende Zukunft vor sich haben würde. Hollywood erkennt Talente nicht immer, aber Stevens Talent kann einfach nicht übersehen werden. All dies teilte ich Steven in einem Brief mit, den ich ihm im Anschluss an die Dreharbeiten schrieb. Dasselbe habe ich auch Rod Serling geschrieben. Ich war einfach nur dankbar, dass er Steven als Regisseur genehmigt hatte und sagte ihm, dass er mit seiner Wahl im Nachhinein vollkommen Recht gehabt habe.“

"Night Gallery" gilt rückwirkend als Startschuss. Mit 23 gründete er seine eigene Produktionsfirma Amblin Production Company. Es folgten Episoden als Regisseur, wie "The Daredevil Gesture", oder "Dr. med Marcus Welby" und die Premieren Folge "Tödliche Trennung" aus der Reihe Columbus mit Peter Falk. Die Karriere von Steven Spielberg kannte von nun an nur eine Richtung: Nach oben. Für den Fernsehkanal ABC realisierte er das Thriller Duell. Der Film kam beim Publikum gut an und wurde sogar zu einem Kinofilm vermarktet, der acht Millionen Dollar eingespielt hat, was inflationsbereinigt heute mehr als 40 Millionen Dollar wären.

Seinen bis heute kommerziell erfolgreichsten Film drehte er mit 29: Der weiße Hai. Würde man den Dollarkurs von heute nehmen, hätte der Film mehr als 1,3 Milliarden US-Dollar eingespielt. Nach einer Talsohle von einigen Jahren drehte er im Duett mit George Lucas die erste Indiana-Jones-Verfilmung "Jäger des verlorenen Schatzes". Ein Jahr später, 1982 folgte E.T. - der Außerirdische, Poltergeist, Zurück in die Zukunft, Jurassic Park und vieles mehr.

### Kritik um den Film „München“

Doch Spielberg verfilmt auch immer wieder Stoffe, die mit seinem Judentum zusammenhängen. Mit "Schind-

lers Liste" brachte er die Geschichte des Großindustriellen, der tausenden Juden das Leben rettete, einem Millionenpublikum nah. Neben vielen Auszeichnungen, unter anderem sieben Oscars, evozierte der Film bei so manchem Deutschen altbekannte Erzählmuster. Im Tagesspiegel vom 10. März 1994 schrieb der Kritiker Günther Rühle über den Film und seinen Erfolg: "Mit Schindler verdienen viele Leute derzeit viel Geld". Daraufhin antwortete der Publizist Henryk M. Broder, er erkenne in Rühles Worten den "Vorwurf der jüdischen Geschäftemacherei", also ein antisemitischer Stereotyp. Vielleicht ist es tatsächlich so, dass die Deutschen den Juden Auschwitz nie verzeihen, wie es der Holocaustüberlebende Zwi Rex einmal sagte. Doch vereinzelt gibt es diesen Mechanismus auch unter Juden. Sechs Jahre nach dem Film erschien das Werk: "Die Holocaust-Industrie" von Norman Finkelstein, was bis heute als eines der übelsten antisemitischen Werke von Juden gilt.

Mit dem Film "München", der die wahre Geschichte um die israelische Reaktion auf das Olympia-Attentat zeigte, geriet Spielberg in die Kritik. So warf der Journalist Leon Wieseltier dem Journalisten vor, der Film sei "tendenziös antiisraelisch". So gebe es in dem Streifen lediglich brutale Israelis mit Gewissensbissen und brutale Israelis ohne Gewissensbisse. "Während man die persönliche Geschichte der palästinensischen Terroristen erfährt, die als Poeten und treusorgende Familienväter dargestellt werden, wird die Geschichte der Sportler von München nicht erzählt", schrieb Wieseltier im Magazin New Republic. Die Attentäter würden als geschichtslos, als von ihrem blinden Nationalismus getrieben dargestellt. Auch der israelische Konsul in Los Angeles Ehud Danoch kritisierte den Film. So sei es dem Attentäter Ali in einem

mehrminütigen Monolog gestattet, seine Sicht darzustellen, ohne dass es eine ähnliche Szene für die israelische Sicht gebe.

Auf die Kritik antwortete Spielberg im Wochenblatt Newsweek: "München bezieht keine Stellung, sondern stellt einfach jede Menge Fragen." Der Regisseur sei sogar der Ansicht, dass es berechtigt gewesen war, auf den Terror von München entsprechend zu antworten. "Daher habe ich in Rückblenden immer wieder das Massaker gezeigt", so Spielberg. Er wollte durch den Film eine intellektuelle Diskussion anstoßen. In einem anderen Interview betonte Spielberg, dass der größte Feind nicht die „Palästinenser“ oder die Israelis sind, sondern die Unnachgiebigkeit.

Mit dieser Rechtfertigung tut sich Spielberg keinen Gefallen, setzt er doch, indem er implizit beiden Parteien "Unnachgiebigkeit" unterstellt, einen demokratisch legitimierten Staat mit einem Terrorregime gleich. Die alte Logik gilt auch noch heute: Legen die „Palästinenser“ die Waffen nieder, gibt es heute noch Frieden. Legt der Judenstaat die Waffen nieder, gibt es ab morgen kein Israel mehr.

### „Ich bin noch nicht fertig“

Wahrscheinlich war "München" nicht sein bester Film. Offensichtlich ist die Versuchung für Regisseure und Produzenten, durch Werke politische Botschaften zu transportieren, eine Versuchung, die Spielberg über viele Filme erfolgreich widerstand, zu groß. Manchmal sollte ein Film einfach nur ein Film sein. Ein Bewegtbild, das zum Lachen oder zum Weinen anregt. Moralische Exkurse von Filmemachern enden in aller Regel in verkrampten Filmen mit einer verstörend klaren Botschaft eines erhobenen Zeigefingers. Tatort-Konsumenten kennen das.

In seinem aktuellen Film "The Fabelmans" kehrt Steven Spielberg zurück zu den Wurzeln des narrativen Kinos. Mehr noch, das Werk ist nichts weniger als seine Biographie. Die Ruhrnachrichten haben völlig recht, wenn das Blatt von einer "Liebeserklärung an die Leinwand" spricht. In dem äußerst feinfühligem sowie humorvollen Biopic, in dem die zerrüttete Ehe eine große Rolle spielt, erzählt Spielberg, wie ein kleiner jüdischer Junge, der in Filmen vernarrt ist, zum erfolgreichsten Regisseur der Gegenwart wird. Und auch wenn er sich mit "München" in den Augen mancher Kritiker am Stoff verloh, so setzte er mit "Schindlers Liste" Maßstäbe. Möge er noch lange hinter der Kamera stehen.

Steven Spielbergs Karriere ist auch eine Ode an die Hartnäckigkeit, seinen Traum leben zu wollen. Neben dem unzweifelhaften Talent war es auch der Wille zum Erfolg und die Fähigkeit, sich von Enttäuschungen nicht unterkriegen zu lassen. Betrachtet man seine Biografie, so verwandelt der Regisseur immer wieder Rückschläge in Chancen. Ein Motto, das uns gerade in diesen Zeiten gut tut. Spielbergs bisherige Lebensleistung zeigt aber auch, wie wichtig eine enge und vertrauenswürdige Beziehung zur Familie ist. Auch, und gerade wenn diese nicht perfekt ist, bleibt sie ein wesentlicher Anker in einem Menschenleben.

Bei der Verleihung des Goldenen Ehrenbär in Berlin sagte Spielberg lächelnd: "Ich bin noch nicht fertig. Deswegen bin ich über den Preis für die Lebensleistung verwirrt. Ich werde weiterarbeiten, werde lernen, entdecken und mich immer wieder erschrecken - und manchmal auch Sie erschrecken".

# Zum 100. Geburtstag der Hollywood-Legende Aaron Spelling

Der polnisch-amerikanisch-jüdische Film- und Fernsehproduzent Aaron Spelling hat sich in Hollywood selbst ein unvergessliches Denkmal gesetzt. Mit über 200 Filmen und Serien war er stets am Puls der Zeit und für viele prominente Schauspieler der „Star-Maker“. Mit Produktionen wie „Drei Engel für Charly“, „Denver Clan“, „Beverly Hills 90210“ oder „Starsky & Hutch“ schrieb er Film-Geschichte. (JR)

Von David Shimanovsky

Mit seinem Tod ging eine ganze Ära in der Geschichte des Fernsehens und des Films in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu Ende. Der Nachkomme jüdischer Einwanderer aus Osteuropa, der zum Milliardär wurde, wurde oft als Self-Made Man bezeichnet. Der amerikanische TV-Tycoon Aaron Spelling wird im Guinness-Buch der Rekorde als "der produktivste Produzent aller Zeiten" geführt.

## Der Botenjunge

Über seine Vorfahren machte er keine Angaben. Bekannt ist jedoch, dass sein Vater, David Spelling, 1912 aus Polen nach Amerika auswanderte und bald darauf Pearl Seltzer heiratete, die fünf Jahre zuvor mit ihren Eltern aus Russland gekommen war. Nach dem Tod ihres ersten Mannes blieb sie mit zwei Kindern in Dallas, Texas, zurück. David nannte sich Dave Spelling und begann als Schneider zu arbeiten. Sie hatten drei Söhne, von denen der jüngste, Aaron, am 22. April 1923 geboren wurde. Dave und Pearl waren Mitglieder der Congregation Shearith Israel. Sie lebten in einem armen Viertel von Dallas, und ihre Kinder besuchten die Schule in der Forest Avenue, direkt neben einer Textilfabrik.

Der kleingewachsene und schüchterne Aaron wurde ständig von den Mitschülern der "Fabrikbande" schikaniert. Die soziale Ablehnung verursachte bei dem 8-jährigen Jungen ein psychosomatisches Trauma: Er erlitt einen Nervenzusammenbruch. Ein ganzes Jahr lang war er bettlägerig und zog sich von der Schule zurück. Aber er las gerne die Werke von O. Henry, Mark Twain und anderen. Trotz des bescheidenen Einkommens verweigerten seine Eltern ihrem Sohn nicht das Vergnügen, ins Kino zu gehen. Vollständig genesen, verpasste Aaron keinen einzigen Film. Während des Zweiten Weltkriegs diente er im Air Corps als Pilot. Nach seinem Ausscheiden aus der Armee schrieb er sich an der Southern Methodist University (einem privaten College in Texas) ein, studierte Journalismus und gewann Preise für Theaterstücke, die er während seiner Collegezeit schrieb. Nachdem er sich bereit erklärt hatte, bei einem afroamerikanischen Schultheaterstück Regie zu führen, wurde er von Rassisten so sehr bedroht, dass er Texas verlassen musste und sein Vater beinahe seinen Job verloren hätte.

Aaron macht sich auf, New York zu erobern, in der Hoffnung, Arbeit als Schauspieler oder Schriftsteller zu finden, vor allem aber träumt er davon, diese beiden Berufe zu kombinieren und Drehbuchautor zu werden. Seine literarischen Neigungen interessieren niemanden, aber es gelingt ihm, ein paar mittelmäßige kleine Rollen im Fernsehen und in Filmen zu spielen. 1953 heiratete er die Schauspielerin Carolyn Jones und zog mit ihr nach Kalifornien, näher an Hollywood. Care ließ sich im Theater "Pasadena" in einem Vorort von

Los Angeles nieder, ihre Karriere ging bergauf, und die Pläne ihres Mannes, in Hollywood Dramatikerin zu werden, hatten keinen Erfolg. Sie musste beiläufige Sketche für Seifenopern schreiben, gelegentliche Rollen in Filmen spielen (viele ohne Erwähnung im Abspann).

Seinen ersten richtigen Auftritt auf der Leinwand hatte Aaron 1953 in einer Folge von "Wickie", dann in den Fernsehserien "Ich habe drei Leben gelebt", "I Love Lucy", "Alfred Hitchcock's Presents". Insgesamt hatte er bis 1957 mehr als 25 Auftritte in Film und Fernsehen. Nachdem sie ihren Mann in einem Theaterstück in der Rolle eines Bettlers gesehen hatte, sagte seine Frau zu ihm: "Auf Wiedersehen, Schauspieler! hallo, Schreibmaschine!" und bestand darauf, dass er eine Karriere als Schriftsteller anstrebe.

Der Durchbruch kam 1954, als Spelling sein abendfüllendes Drehbuch an Jane Wyman (Oscar-Preisträgerin und erste Ehefrau von R. Reagan) verkaufte. Und danach holte der Musical-Regisseur Dick Powell, ein berühmter Produzent, den zielstrebigsten jungen Autor in seine Firma Four Star Productions für einen ungewöhnlichen Job: Er sollte die Rollen für die begehrten Studiodarsteller schreiben, die über ihren Hollywood-Typus hinausgehen, ihren Launen fröhnen und alles tun wollten, was Powell befahl. Tatsächlich wurde Aaron zum "Laufburschen", der aber alles stillschweigend ertrug und sich nicht über die Schwierigkeiten beklagte.

## Erfolgreicher Produzent

Ebenfalls 1954 bat der Schauspieler und Regisseur Alan Ladd Spelling, Änderungen am Drehbuch eines Westerns vorzunehmen. Ohne wirklich zu wissen, was von ihm verlangt wurde, überarbeitete Aaron das gesamte Drehbuch auf eigene Faust. Ladd war begeistert und machte einen Film daraus. Davon inspiriert, begann Aaron, auf professioneller Basis Drehbücher zu schreiben. Er schrieb mehrere große Episoden für Dick Powell in den Fernsehserien "Playhouse 90", "Last Man" und anderen. Die erste Serie scheiterte und wurde nach einer Staffel abgesetzt, das nächste Werk, Burke's Law, lief besser. Und nach dem Tod von Powell, nachdem er Geld gespart hatte, gründete er zusammen mit Danny Thomas, Komiker und erfolgreicher Produzent, eine Fernsehgesellschaft Thomas-Spelling Productions, die eine Reihe von populären Filmen produzierte: Western Rango und die "Bande alter Männer", Thriller "Mystery Dolls", Komödie "Love War" und Fern-



Aaron Spelling

sehserien "Styles Squad", "Jim Sonnet Trail", "New York Men", "Zane Grey Theatre" und andere.

Aber die bemerkenswerteste Errungenschaft Spellings wurde die Fernsehserie "The Mod Squad" (1968-1973) - ein Kriminaldrama über junge Polizisten, die in verschiedenen Verbrechen unter reichen Jugendlichen und Ausgestoßenen der Gesellschaft ermitteln - Landstreicher, Hippies, Prostituierte, Drogenabhängige. Die Serie behandelte so aktuelle Themen wie Abtreibung, häusliche Gewalt, Kindesmissbrauch, Analphabetismus, Slum-Sitten, illegale Einwanderung, Polizeibrutalität, Rassismus, Euthanasie, Studentenproteste, Sexualerziehung und die Antikriegsbewegung. Einige Episoden erhielten sechs Emmy-Nominierungen, vier Golden-Globe-Nominierungen sowie Edgar Allan Poe Awards, die Directors and Writers Guild of America und vier Lodge Awards. In der Fernsehserie Team Mod wurde die afroamerikanische Figur Link als gleichberechtigt mit den anderen Charakteren eingeführt. Und in einer Folge küsste ein schwarzer Mann ein weißes Mädchen, was zu einem Skandal führte.

Im Jahr 1972 gründete Spelling im Alleingang Aaron Spelling Productions und eine zweite Koproduktion mit dem Produzenten Leonard Goldberg (Spelling-Goldberg Productions), mit dem er eine Reihe von TV-Serien schuf. Im Jahr 1975 startete im Fernsehen ihre Serie im Genre der Action-Film "SWAT" (Special Weapons And Tactics - der Name der Polizei SWAT) - Kriminaldrama über die Abenteuer des Teams, die in Kalifornien spielt. Die Serie wurde auf ABC ausgestrahlt und ihr Titelsong

wurde ein Nummer-eins-Hit. Viele Insider nannten ABC daraufhin "Aaron's Broadcasting Company".

Dort wurde auch das Drama Starsky and Hutch (1975-1979) über zwei junge Polizisten ausgestrahlt, die komplizierte Verbrechen aufklären. Diese Serie wurde für einen Golden Globe nominiert und gewann zwei People's Choice Awards. Eine weitere erfolgreiche Krimiserie war "Drei Engel für Charly" (1976-1981) über die drei Schönheiten, die die Polizeiakademie abgeschlossen haben und für den Privatdetektiv Charlie Townsend arbeiten. Und sie ermitteln nicht nur mit professionellem Wissen, sondern auch mit weiblichem Charme. Es war eine ziemlich riskante Fernsehserie mit Frauen in einer traditionell männlichen Rolle. Aber die Serie war ein großer Erfolg, machte ihren Schöpfer berühmt und den Sender ABC, auf dem sie ausgestrahlt wurde, zu einem der führenden Sender des Landes. 1976 verhalfen Spelling und Goldberg John Travolta zu einer Hauptrolle in dem Drama „The Boy in the Plastic Bubble“,

das auf wahren Begebenheiten von Kindern mit Behinderungen basiert.

In der Samstagsserie „Fantasy Island“ (1978-1984) zeigten die Produzenten den Verwalter einer tropischen Insel, der gegen eine Gebühr Gästen aus verschiedenen Gesellschaftsschichten erlaubt, ihre gewagten Wünsche und bizarren Fantasien wahr werden zu lassen. Spelling führte auch Regie bei "The Love Boat" (1977-1987), einer der am längsten laufenden Fernsehserien aller Zeiten, die auf den aufregenden Ereignissen auf einem Kreuzfahrtschiff basierte. Der Film war auch beim Fernsehpublikum sehr beliebt, er wurde fünfmal für einen Emmy Award und achtmal für einen Golden Globe Award nominiert.

Im Jahr 1981 hat der bereits berühmte Produzent die Serie "Dynasty" nach dem Drehbuch des Ehepaars Richard und Esther Shapiro gedreht. Im Mittelpunkt seiner Handlung - die Konfrontation zwischen den beiden größten Ölgesellschaften des Staates, und die Gründe für den Wettbewerb sind nicht nur geschäftliche Interessen, sondern auch persönliche Beziehungen der Geschäftsleute, ihre Liebesbeziehungen und Streitigkeiten, weibliche Konkurrenzkämpfe ("catfighting") und die Konflikte zwischen ihren Kindern. In den Auseinandersetzungen wurde zum ersten Mal im amerikanischen Fernsehen das Wort "bitch" verwendet. Während der Dreharbeiten wurde auch enthüllt, dass ein Schauspieler AIDS hatte, was zu einer Panik im Fernsehstudio und einem Skandal in den Medien führte und sogar die Frage nach einem totalen Verbot des Küssens in Film und Fernsehen aufwarf.

Allen Widrigkeiten zum Trotz stiegen die Einschaltquoten von *Dynasty* in die Höhe, und die Serie eroberte schließlich die Herzen von Millionen von Zuschauern in aller Welt und wurde mit insgesamt 25 Millionen Zuschauern zu einem echten kulturellen Ereignis zur Hauptsendezeit. Spelling war der erste Produzent, der die Zuschauer dazu ermutigte, das Leben von Prominenten zu verfolgen. Die Serie wurde wiederholt für den Golden Globe Award für das beste TV-Drama nominiert, gewann aber nur einmal. Sie hat zwei Romane beeinflusst, Charakterpuppen geschaffen, Parodien von ihr, Parfüm und Soundtrack-Platten zur Serie veröffentlicht.

In Spellings 114 Episoden umfassendem Fernseh-drama „Hotel“ (1983-1988), das auf dem gleichnamigen Buch von Arthur Hailey basiert, ist die Hauptfigur eine wohlhabende Aristokratin, die in der Mitte der Serie durch eine neue Besitzerin eines mondänen Hotels ersetzt werden muss, weil die Schauspieler plötzlich erkrankt. Insgesamt wurden über hundert Stars für die High-Society-Serie angeworben, die zahlreiche Hotelangestellte und Gäste spielten. Das Projekt berührte eine Reihe von ernsten und kontroversen Themen und wurde mit drei Golden Globe Awards und dem People's Choice Award ausgezeichnet.

### König des Fernsehens

Als junger Mann mischte Aaron Spelling akribisch in jedem Aspekt des Filmmachens mit: Er brachte die Idee ein, entwickelte das Thema, schrieb die Geschichte, wählte Autoren, Regisseure, Kameraleute, Schauspieler und Komponisten aus. Im Laufe der Jahre vertraute er seinen Assistenten und Teammitgliedern immer mehr. Und er konzentrierte sich viel mehr auf den Ausbau und die Verbesserung der Geschäftsbeziehungen, die Finanzierung und die Gewinnung von Investoren. In den 1980er Jahren schätzte das Magazin *Forbes* das Vermögen des Produzenten auf 300 Millionen Dollar. 1986 wurde sein Unternehmen in Spelling Entertainment Inc. und noch später in Spelling Entertainment Group und Spelling TV umbenannt, wobei er sein Kapital deutlich erhöhte. Er schloss Exklusivverträge mit den führenden Sendern für Seifenopern und Spielfilme zur Hauptsendezeit ab. Der Produzent verlangte die höchste Qualität der produzierten Seifenopern. Das Unternehmen schloss einen umfangreichen Vertrag über die weltweiten Vertriebsrechte für seine künftigen Produktionen ab. Spelling wurde zu Recht als "König des Fernsehens" bezeichnet.

Neben Unterhaltungsserien hat er auch Spielfilme produziert und es geschafft, die Kritiker von deren Vorzügen zu überzeugen. So wurde „Day One“ (1989) über die Entstehung der Atombombe und „And The Band Played ON“ (1993) über den Ausbruch der AIDS-Epidemie mit mehreren Emmy Awards ausgezeichnet.

In den frühen 1990er-Jahren war eine Flaute in der Karriere des bekannten Produzenten zu verzeichnen, und er war überrascht, als ein ihm unbekannter Drehbuchautor, Darren Star, ihn bat, eine Jugendfernsehserie namens *Beverly Hills, 90210* zu produzieren. Aaron wandte sich an seine Tochter im Teenageralter, die ihm bestätigte, dass die Serie für ihre Generation von Interesse sein würde. Die Serie wurde im Oktober 1990 erstmals ausgestrahlt und erfreute sich bald großer Beliebtheit. Sie erzählte die Geschichte der Familie Walsh, die aus dem Outback in die Großstadt zieht und einen Kulturschock erleidet. Die

Zwillingskinder haben Schwierigkeiten, sich an ihre verwöhnten Altersgenossen aus den reichen und berühmten Clans anzupassen. Die jüngeren Walshs, die zunächst von dem pulsierenden Leben in der Großstadt fasziniert sind, werden bald mit der harten Realität konfrontiert. Sie werden von den dunkelsten Themen unserer Zeit eingeholt: Rassismus und Schwulenrechte, elterliche Vernachlässigung, erste sexuelle Erfahrungen und Vergewaltigung, früher Alkoholismus und Drogenmissbrauch, AIDS und Teenagerschwangerschaften, Bulimie, Selbstmord und Antisemitismus.

Die Fox-Serie lief zehn Jahre lang, ihre Figuren gerieten in die diverse Situationen, wurden erwachsen, ihre Charaktere und Schicksale veränderten sich. Sie wurden mit Gemeinheit und Tod konfrontiert, gingen zur Schule und wurden beruflich definiert, lernten, Mitgefühl zu zeigen und anderen zu helfen, ein Privatleben zu gestalten. Die Serie war Gegenstand heftiger Kritik, aber die Zuschauer lobten das brillant ausgearbeitete Drehbuch und die Dialoge. Die Einschaltquoten der Serie stiegen von Staffel zu Staffel, sie wurde im Ausland gekauft, und die Fotos der Hauptdarsteller zierte die Titelseiten der großen Zeitschriften. Im Januar 2000 kündigte das Studio die Einstellung der Serie an, doch später gab es noch fünf weitere Folgen. Die Macher und Schauspieler von *"Beverly Hills"* wurden mehr als 20 Mal für hochkarätige Preise nominiert und gewannen 12 Auszeichnungen. Auf der Serie basierende CD-Guides, Kassetten, Fotohefte und Soundtrack-Alben, Kosmetika und Puppen wurden veröffentlicht. Zeitschriften und 12 Romane, die auf der Serie basieren, wurden in mehreren Ländern (einschließlich Russland) veröffentlicht.

Eine weitere Seifenoper, *Melrose Place*, wurde von 1992 bis 1999 auf Fox ausgestrahlt. Ihr Erfolgsgeheimnis war der erfolgreiche Mix aus Melodramatik und promiskuitivem Sex, schwarzem Humor, Gewalt, Homosexualität, rücksichtslosem Wettbewerb und tödlichen Ergebnissen mit schockierenden und absurden Handlungselementen. Die Serie mit ihrer hedonistischen und zugleich dystopischen Lebensauffassung wurde als einer der prägenden Aspekte der amerikanischen Popkultur der 1990er Jahre anerkannt.

1994 übertrug Spelling die Serie an das Spelling Premiere Network Worldvision. Einen Teil der Anteile gab er an den Medienkonzern Blockbuster Inc. mit verschiedenen weltweiten Beteiligungen im Bereich Kabel- und Satellitenfernsehen ab. Das Unternehmen wuchs so stark an, dass es eine Vielzahl von Unternehmen vereinigte, und Spelling hatte eines der größten Büros in Hollywood. 1996 startete er auf dem Sender The WB ein erfolgreiches neues Projekt namens '7th Heaven', das die komplexe Familiengeschichte eines Pastors, seiner Frau und ihrer sieben Kinder unterschiedlichen Alters schildert. Die 11-teilige Serie wirft die Frage auf, wie man in der heutigen Zeit an traditionellen moralischen Werten festhalten kann. Die 243 Episoden umfassende Serie wurde das am längsten laufende Familiendrama von Spelling im Fernsehen und in der Produktion. Erfolgreiches Programm der Jahre 1996-1997 war auch der Fernsehfilm "Savannah", der die Geschichte des Lebens dreier Freundinnen in Georgia erzählt.

Im Jahr 1997 wurde die NBC-Fernsehserie "Love and Secrets of Sunset Beach" ausgestrahlt, die bis Dezember 1999 lief. Darin versuchte Aaron, et-

was äußerst Interessantes zu schaffen, um die Lücke nach der Einstellung von Seifenopern wie *"Santa Barbara"* zu füllen und wieder ein junges Publikum anzusprechen. Er versammelte bekannte und weniger bekannte Schauspieler und gab eine Million Dollar pro Woche aus, um den Film zu produzieren. Im Mittelpunkt der skurrilen Geschichte steht das Städtchen Sunset Beach, in das ein von der Hochzeit weggelaufenes Landmädchen kommt und sich in einen Millionärswitwer verliebt. Eine Dreiecksbeziehung und eine Familiensaga verflechten sich mit Kindesentführung und fiktivem Mord, detektivischen Schwierigkeiten und Rache für Betrug, Erdbeben und Tsunami. Reale Jugendprobleme mischten sich mit surrealen Fantasien und expressionistischen Albträumen, satirischen Parodien auf alte Hollywood-Filme und Talkshows. Die Serie war im Ausland unglaublich populär und wurde in 70 Ländern ausgestrahlt. Sie erhielt mehr als 30 Preise und Nominierungen und wurde mit zwei Emmy Awards ausgezeichnet.

Auf der Suche nach neuen Ideen setzte Spelling Television 1998 schließlich auf ein mystisches Thema bei „Charmed – Zaubermagie Hexen“. Professionelle Dämonologen, Mythologen und Magieexperten wurden hinzugezogen, um das Drehbuch zu schreiben. Acht Staffeln lang verfolgten Millionen Zuschauer sonntags atemlos, wie die drei guten Hexenschwestern gegen böse Dämonen und Zauberer kämpften, um unschuldige Menschen zu schützen. Die Serie wurde zur einschaltquotenstärksten Sendung des Senders und ging als die am längsten laufende Serie mit Frauen in den Hauptrollen in die Fernsehgeschichte ein. Der Erfolg zog ein Videospiel, eine Buch- und Comicreihe, Soundtrack-Alben und eine Neuverfilmung der spirituellen Fortsetzungsgeschichte nach sich.

### Das Haus, das Aaron gebaut hat

Spelling war für seine unermüdliche Arbeitsmoral bekannt. Im Jahr 2000 war er immer noch als CEO tätig und prahlte einmal: "Ich mache vier Shows gleichzeitig, versuche jede Woche vier Pläne und vier Drehbücher zu lesen und vier Entwürfe zu überprüfen." Er hatte einen phänomenalen Instinkt für den Erfolg: Mehr als jeder andere erahnte er, was ein Publikum interessieren könnte, und drehte genau das, was benötigt wurde - eine Komödie, ein Melodram, einen Spionagethriller oder Science-Fiction. Und er wusste, wie er das Projekt zu einem maximalen Erfolg machen konnte. In einem Interview betonte der Produzent, dass das Wichtigste in diesem Geschäft sei, das Publikum zu kennen. Um mit den Zuschauern in Kontakt zu bleiben, fragte er oft alle möglichen Leute nach ihrer Meinung - von Kollegen bis hin zu Mitreisenden in Zügen und Flugzeugen und besuchte sogar Bushaltestellen, um mit den Leuten zu sprechen.

In seinen 50 Jahren in der Fernsehbranche hat Aaron Spelling mehrere Theaterproduktionen, 70 Fernsehserien und mehr als 140 Fernsehfilme produziert - insgesamt mehr als 4.300 Stunden Fernsehprogramm. Mehr als jeder andere. Nicht umsonst drehte sie die Jugend um den Hollywood-Maestro - in seinen Sendungen leuchteten viele zukünftige Stars des amerikanischen Kinos erstmals auf - Schauspieler, Regisseure, Autoren und Produzenten wie John Travolta oder Darren Star, Autor von „Sex and the City“. Und ihr Pate erhielt den Spitznamen "Star-maker", der "Star-Macher". Am 15.

September 1978 wurde er selbst mit einem Stern auf dem Hollywood Walk of Fame ausgezeichnet, 1996 wurde er in die Television Hall of Fame aufgenommen und erhielt zahlreiche weitere Ehrenerzeichnungen für Film und Fernsehen.

Spelling war sein Leben lang ein Genießer und sehnte sich nach persönlichem Glück. Wahrscheinlich aufgrund häuslicher Unannehmlichkeiten trennte er sich 1965 von seiner ersten Frau und heiratete drei Jahre später die 22 Jahre jüngere Carole Jean "Candy" Marer. Carole wuchs in einer jüdischen Familie auf, machte ihren Abschluss am Art Institute in Los Angeles und wurde Schriftstellerin. Das Paar hatte eine Tochter, Tori Spelling, und einen Sohn, Randy Spelling. Gemeinsam lebten sie 38 Jahre lang in Frieden und Harmonie zusammen. 1991 bauten sie für sich und ihre Kinder eine dreistöckige, 5000 Quadratmeter große Villa im französischen Chateau-Stil in Holmby Hills, dem exklusivsten Viertel von Los Angeles. Es verfügt über 123 Zimmer: einem Kinosaal, einer Bibliothek, einem Teesalon im chinesischen Stil und einem Medienraum. Es gibt eine Bar und einen Weinkeller für Weinverkostungen, Räume zum Verpacken von Geschenken für die Feiertage mit einem separaten Flügel für die Garderobe der Ehefrau und einen Schönheitssalon im Dachgeschoss. Das Anwesen verfügt über 12 Springbrunnen, künstliche Wasserfälle, einem Zitrus- und einem Rosengarten, Kino, Puppenmuseum, Sportkomplex mit einem Fitnessstudio, zwei Schwimmbädern, einer Eisbahn, einem Tennisplatz und einer Kegelbahn. Die Garage bietet Platz für 16 Autos und es gibt hundert Parkplätze. Ein ganzer Flügel mit Küchen und Schlafzimmern ist für das Servicepersonal vorgesehen.

Im Guinness-Buch der Rekorde wird die Villa in Holmby Hills als das größte Haus der Welt geführt. Sie ist ein Beispiel für trotzigem Luxus, selbst für Hollywood-Verhältnisse. Vorwürfe der Eitelkeit entgegnete der Multimillionär, er habe sich seinen Reichtum durch harte Arbeit verdient und habe nicht die Absicht, ihn im Namen "einer seltsamen neuen Moral und Korrektheit jeglicher Art" zu verstecken. Aaron Spelling hat viel Geld für philanthropische Zwecke ausgegeben. So erhielt er beispielsweise den NAACP-Preis für humanitäre Hilfe für seine Spende für eine Herzoperation für einen Farbigen. Er setzte sich offen für seine Kinder Randy und Tori ein, die im Teenageralter beliebte Schauspieler wurden, und war besonders stolz auf den Erfolg seiner Tochter und seiner Frau. In einem Interview wünschte er sich scherzhaft, dass auf seinem Grabstein stehen würde: "Toris Vater, Ehemann von Candy, Produzent von Charlie's Angels".

Am 23. Juni 2006 erlag Aaron Spelling den Komplikationen eines Schlaganfalls und wurde in einem Mausoleum auf dem Hillside Park Cemetery in Los Angeles beigesetzt. Nach seinem Tod wurde Spelling Television eine Abteilung der CBS Studios Corporation. Carol war gezwungen, das Haus zu verkaufen, da die Unterhaltskosten exorbitant geworden waren. Sie hat sieben Enkelkinder, fünf von Tori und zwei von Randy. Ihr Sohn und ihre Tochter sind professionelle Film- und Fernsehschauspieler geworden. Carol Spelling unterstützt Theater am Broadway, hat eine Biografie über ihren Mann geschrieben und tut viel, um das Andenken an den großen Fernsehproduzenten zu bewahren.

# Britisches Uganda-Programm: Ringen um eine nationale Heimstätte für die Juden

Als Reaktion auf die blutigen Pogrome im Zarenreich bot der britische Kolonialsekretär Joseph Chamberlain Theodor Herzl an, ein Gebiet in Ostafrika zu einem Zufluchtsort für Juden zu machen. Das sogenannte „Uganda-Programm“ wurde in Folge auf dem 6. Zionistenkongress in Basel präsentiert und entfachte eine innerjüdische Debatte über den Ort einer jüdischen Heimstätte. Letztendlich wurde der Plan verworfen, da er keinerlei Bezug zur jüdischen Geschichte beinhaltete. Der Anspruch und der Wille der Juden zur Gründung eines eigenen jüdischen Nationalstaats manifestierte sich trotzdem und ebnete letztendlich den Weg zur Gründung des Staates Israel auf dem historischen Gebiet des Judentums vor der Vertreibung durch die Römer. (JR)

Von Ilja Aronow

Der Plan für einen jüdischen Staat in Uganda, genauer gesagt in Kenia, entstand durch die leichte Hand eines britischen Journalisten, galt als Zwischenlösung nach dem Pogrom von Kischinew und überlebte Theodor Herzl nicht lange.

### Wasserloses El-Arish

Fragt man jemanden, der mit der jüngeren jüdischen Geschichte vertraut ist, welche Assoziationen die Worte "Herzl" und "Uganda" bei ihm hervorrufen, wird er sofort antworten: Einige Jahrzehnte vor Stalins Birobidschan wollte der in einer assimilierten Familie aufgewachsene Begründer des Zionismus in Uganda einen Ersatzstaat errichten, doch seine traditionalistischen Kollegen waren dagegen. In Wirklichkeit sollte ein jüdischer Staat im heutigen Kenia gegründet werden, und unter denjenigen, die Herzl aktiv unterstützten, befanden sich religiöse Zionisten und sogar Rabbiner.

Aber wir wollen nicht zu weit vorgehen. Einer von Herzls Weggefährten war Israel Zangwill, ein britischer Journalist jüdischer Herkunft. Der Sohn litauischer und polnischer Einwanderer war ein Territorialist, der für einen Staat für seine verfolgten Brüder überall auf der Welt eintrat. Auf Zangwill geht das Motto "Ein Land ohne Volk, ein Volk ohne Land" zurück, das er in Gebieten Kanadas, Australiens, Mesopotamiens und Libyens umzusetzen versuchte.

Am 23. April 1903 bot Joseph Chamberlain, der britische Minister für die Kolonien, auf Betreiben von Zangwill Herzl Land im ostafrikanischen Protektorat an. Der Minister selbst stand kaum im Verdacht, zu viel Sympathie für Juden und den Zionismus zu hegen. Nach Ansicht des Historikers David Vital war Chamberlain von pragmatischen Erwägungen geleitet: Er wollte das unbewohnte Kenia mit Menschen besiedeln, die im Gegensatz zu den südafrikanischen Buren nicht konfrontativ waren. Die Osteuropäer passten perfekt in diese Rolle.

Theodor Herzl reagierte zunächst ablehnend und erklärte dem Minister höflich, dass die Zionisten davon träumten, nach Eretz Israel, dem Land Israel, zurückzukehren, wo sich der Berg Zion befand. Er nutzte die Gelegenheit, um Chamberlain zu bitten, die Ansiedlung von Juden im Norden der Sinai-Halbinsel zu erleichtern (das sogenannte "El-Arish-Projekt"). Lieber eine Handvoll Brüder an der Grenze zum Gelobten Land als ein Staat mitten im Nirgendwo.

Der ugandische bzw. kenianische Plan wäre eine Zeile im Protokoll eines Treffens zwischen einem Staatsbeamten auf der einen und einem



Titelseite der jüdischen Zeitung Die Welt, die Großbritanniens Unterstützung für den Uganda-Plan ankündigt

Träumer auf der anderen Seite geblieben, hätte es nicht das Pogrom von Kischinew gegeben. Die europäischen Zeitungen lieferten spärliche, aber erschreckende Informationen über das tragische Ereignis, das einige Tage vor dem Treffen zwischen Chamberlain und Herzl stattfand: Mehr als ein Drittel aller Häuser in Chisinau wurden zerstört, 586 Juden wurden verletzt und 49 getötet.

Zur gleichen Zeit deuteten britische Beamte an, dass der Plan für die jüdische Siedlung El-Arish auf Eis gelegt wurde. Die Technologie des frühen 20. Jahrhunderts machte es unmöglich, für einen ununterbrochenen Fluss des Nilwassers in die Wüste Sinai zu sorgen, was der Landwirtschaft in der zukünftigen Gartenstadt einen Dämpfer versetzte. Lord Evelyn Baring, 1. Earl of Cromer, der mit den Arabern sympathisierte, war überzeugt, dass selbst eine begrenzte jüdische Präsenz in El-Arish den britischen Kolonialinteressen schaden würde.

### Die Gemeinde oder das Volk?

Herzl beschloss, dass Ostafrika eine gute vorübergehende Heimat für Flüchtlinge aus Osteuropa sein könnte. Außerdem würde sich die Zustimmung zur Gründung eines jüdischen Staates positiv auf das Ansehen aller Juden auswirken. Dies wurde dem Begründer des Zionismus von seinem Freund, dem Herausgeber der Jewish Chronicle, Leopold Greenberg, einge-redet.

In einem Brief vom 7. Juni 1903 schrieb Greenberg über seine Ansichten zu Chamberlains Plan: "Ostafrika an sich hat kein Gewicht und wird für unsere Landsleute keine Anziehungskraft haben. Wir sind nicht daran gebunden, weder historisch noch moralisch. Aber Chamberlains Vorschlag hat ein großes politisches Potenzial: Wenn es Ihnen gelingt, einen Vertrag mit der britischen Regierung zu unterzeichnen, wird dies einen historischen Präzedenzfall schaffen. Zum ersten Mal in all den Jahren des Exils werden wir nicht als eine Gemeinschaft, son-

dern als ein Volk gesehen. Wir werden in der Lage sein, den ostafrikanischen Plan aufzugeben, aber in der Zwischenzeit werden wir die Anerkennung der britischen Regierung haben. Wenn sich herausstellt, dass Ostafrika für die Juden nicht geeignet ist, werden andere Vorschläge auftauchen, und auf diese Weise wird der Weg zum Land Israel geebnet werden, Stück für Stück, aber stetig."

Im August desselben Jahres wird der Sechste Zionistenkongress eröffnet. Herzl stellte den ostafrikanischen Plan vor, der irgendwann als ugandischer Plan bezeichnet wurde. Die Vertreter der russischen Juden stimmten diesem Plan zunächst zu, zumal es zuvor eine heftige Diskussion über das Geld der zionistischen Bewegung gegeben hatte, das Herzl für das karge und wasserlose El-Arish ausgegeben hatte. Es geschah genau das, was Robert Cialdini in „Die Psychologie des Überzeugens“ beschreibt: Ein Mensch, der vor wenigen Minuten eine teure Sache gekauft hat, wird dem Charme des Verkäufers leicht erliegen und einen billigeren Kauf tätigen.

In seiner Eröffnungsrede nannte Herzl Ostafrika "eine vorübergehende nationale Siedlung" und beschwor diejenigen, „die noch gerettet werden können". Nach einem Sturm des Beifalls begann die Debatte. Chaim Weizmann, ein junger Student aus Pinsk, der später der erste Präsident des Staates Israel werden sollte, rief, dass man nicht mit Großbritannien mitgehen könne und dass die Briten ein viel besseres Angebot machen könnten. Als Zeichen des Protests traten sie sogar in einen Hungerstreik, schlossen sich in einem Raum ein und antworteten auf die zaghaften Bitten Herzls, in den Konferenzsaal zurückzukehren, mit dem Ruf "Verräter!"

### Versöhnung von Talmud und Zionismus

Im Gegensatz zu den mehrheitlich irreligiösen und sozialistisch gesinnten russischen Juden unterstützten die Vertreter der religiös-zionistischen Mizrahi-Bewegung unter der Führung des aus der weißrussischen Karlna stammenden Rabbi Yitzhak-Yaakov Raines den ugandischen Plan. Vor allem, weil er perfekt in das frühe Konzept des religiösen Zionismus passte. Einerseits verbot der Talmud, das Zeitalter der messianischen Erlösung künstlich vorzuverlegen. Zum anderen hielt Raines den Zionismus von Herzl für rein materialistisch und hatte nichts mit dem Kommen des Messias zu tun. Die Juden leiden in den Ländern A, B und C, Herzl wird ihnen helfen, in das Land D zu ziehen, egal, wo es liegt. Das hat nichts mit dem Bau des dritten Tempels, der Aufweckung der Toten und all den anderen Wundern zu tun, die geschehen

werden, wenn G-tt es will. Und die talmudischen Gebote werden nicht gebrochen, und die Mittellosen werden gerettet.

Rabbi Raines glaubte zu Recht, dass das Judentum für seine Existenz Juden braucht und dass geistiges Wachstum ohne materiellen Wohlstand unmöglich ist. Der Führer der Mizrachi-Bewegung leugnete keineswegs das jüdische Recht auf das Land Israel, und auf zahlreichen Tagungen des Zionistischen Kongresses war er der einzige Redner, der auf Hebräisch sprach. Während der Debatte über den Uganda-Plan sagte er: "Die Möglichkeit zu verweigern, ein Zufluchtsland für Zehntausende von jüdischen Mitbürgern zu schaffen, widerspricht sowohl der Thora als auch dem gesunden Menschenverstand. Wir können zwar nicht nach Zion gehen, aber wir haben die heilige Pflicht, ein Zufluchtsland für diese unglücklichen Menschen zu schaffen, ganz gleich, wo."

In einem persönlichen Brief an Herzl betonte der Rabbiner noch einmal, dass er keineswegs die jahrtausendealte Hoffnung des jüdischen Volkes auf eine Rückkehr nach Jerusalem aufgeben wolle: "Unsere Zustimmung zu Afrika ist kein Verzicht auf die Heilige Stadt Jerusalem. Im Gegenteil, die Zustimmung zu Afrika ist durch den Wunsch motiviert, einen bedeutenden Teil unseres Volkes zu retten, indem wir sein geistiges und materielles Wohlergehen sicherstellen. Wenn es keine Juden auf der Welt gibt, wird es auch kein Zion geben, und solange es Juden gibt, wird die Hoffnung auf eine

Rückkehr nach Zion nicht verloren gehen."

#### Harte Verhandlungen

Schließlich einigten sich die Gegner und Befürworter des ugandischen Plans auf einen taktischen Kompromiss. Es wurde ein kleines Komitee gegründet, das die Aufgabe hatte, mit britischen Beamten in Verbindung zu treten und für den Plan zu werben. Das Komitee wiederum sollte eine Delegation nach Ostafrika entsenden, um anschließend ein verbindliches Gutachten über das den Juden vorgeschlagene Gebiet einzuholen.

Doch die russischen Zionisten ließen sich nicht einschüchtern. Sie bildeten eine Gruppe mit dem Namen "Zion Zion" (Zionisten von Zion), die jeden territorialen Kompromiss ablehnte und sich für die Besiedlung des Landes Israel entschied, das zu dieser Zeit unter osmanischer Kontrolle stand. Die Gruppe wurde von Menachem Usyschkin, Yehiel Chlen, Shmaryahu Levin und anderen angeführt.

Am Ende wurde der ugandische Plan jedoch angenommen: 295 Teilnehmer des Sechsten Zionistikongresses sprachen sich dafür aus, 178 dagegen. Usyschkin und Herzl tauschten eine Reihe von offenen Briefen aus. Der russische Vertreter erklärte, dass Fragen, die der Ideologie der politischen Bewegung zuwiderliefen, nicht durch



Joseph Chamberlain, 1896

gewöhnliche Abstimmungen entschieden werden könnten und dass er aus Protest aus dem Exekutivkomitee der zionistischen Bewegung zurück-

treten. Herzl ließ sich nicht beirren und kritisierte Usyschkins Idee, Land in Eretz Israel aufzukaufen: "Selbst wenn mein Gegner die Stadt Jekaterinoslaw erwirbt, in der er das Vergnügen hat, zu residieren, ändert das nichts an der Tatsache, dass der russische Zar der eigentliche Besitzer des Ortes bleibt. Die Juden wollen Souveränität, nicht nur Land."

Schließlich wurde der Uganda-Plan von der Tagesordnung gestrichen. Ende 1903 trat Joseph Chamberlain als Minister für die Kolonien zurück. Gleichzeitig begannen die in Ostafrika lebenden Briten gegen die Einwanderung von "kleinen Hausierern in Lumpen, die mit Seife und Kämmen hausieren gehen", wie der East African Standard sie beschrieb, zu protestieren.

Im Jahr 1904 starb Theodore Herzl plötzlich. In der Zwischenzeit kehrte eine Expedition aus Kenia zurück, bestehend aus dem britischen Offizier Hill Gibbons, dem zionistischen Vertreter Nahum Wilbuschewitsch und dem Schweizer Botaniker Alfred Kaiser. Der 24-seitige Bericht, der 24 Fotos und drei Karten enthielt, setzte den letzten Nagel in den Sarg des ugandischen Plans. Nach Wilbuszewicz's Erinnerung waren sich die Mitglieder der Expedition einig: "An einem Ort, an dem es nichts gibt, kann man nichts tun."

(jewishmagazine.ru)

## Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

### Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung! Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre  
JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

# Der 80. Jahrestag des Aufstands im Warschauer Ghetto

Am 19. April 1943 erhoben sich todesmutige und verzweifelte Juden im Warschauer Ghetto gegen die unmenschliche Unterdrückung durch die Nazis. Ab 1940 waren in Warschau über 400.000 Menschen im Ghetto zusammengepfercht, der Alltag war geprägt von Gewalt und Hunger. Als 1942 die Deportationen in die Vernichtungslager begannen und innerhalb weniger Monate über 280.000 Menschen verschleppt und ermordet worden waren, entschlossen sich die jüdischen Widerstandsorganisationen zum Aufstand. Für fast vier Wochen leisteten die polnischen Juden, trotz schlechter Bewaffnung und Unterzahl, heroischen Widerstand gegen die Nazis. Am 16. Mai löste die SS das Ghetto auf und setzte die große Synagoge im Ghetto in Brand. Trotz der Niederlage ist der Aufstand zum Symbol des bewaffneten jüdischen Widerstands geworden. Die Toten werden niemals vergessen werden. (JR)

## Kämpfe um die Ehre des Volkes

Im Januar 1943 kam es im Ghetto zu den ersten bewaffneten Auseinandersetzungen mit den Nazis. Im April, als die Nazis das Ghetto zerstören und die dort verbliebenen 60.000 Menschen in Konzentrationslager schicken wollten, brach ein Aufstand aus. Sie hissten die weiß-blaue jüdische und die rot-weiße polnische Flagge nebeneinander auf dem Dach. Große Transparente mit der Aufschrift „Für unsere und eure Freiheit“ und „Wir kämpfen für Polen“ waren auch im „arischen“ Teil Warschaus zu sehen.

Die Nazis setzten SS, Polizei und Wehrmacht ein, um den Aufstand niederzuschlagen. Die Aufständischen hatten keine Chance auf einen Sieg. Die Kräfte waren zu ungleich. Und das wussten sie nur zu gut. Viele wussten, dass sie nicht überleben würden. Aber sie kämpften für die Ehre des Volkes! Die meisten Aufständischen waren Jungen und Mädchen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren, die noch nie eine Waffe in die Hand genommen hatten. Sie mussten mit einem Minimum an Waffen und in städtischen Gebieten kämpfen, wo es im Gegensatz zu den Wäldern keine Verstecke gab. Doch die Nazis waren zum Rückzug gezwungen. Sie brachten Panzer und Artillerie, gepanzerte Fahrzeuge, setzten großkalibrige Maschinengewehre und Gas ein. Trotzdem konnten sie den Aufstand nicht niederschlagen.

Dann griffen sie zur Taktik der verbrannten Erde: Sie setzten die von den Aufständischen bewohnten Häuser in Brand und erschossen diejenigen, die versuchten, aus den brennenden Gebäuden zu fliehen, zerstörten und füllten Bunker, fluteten Abwasserkanäle. Das Epizentrum des Aufstands fiel in den fast einmonatigen Zeitraum vom 19. April bis zum 16. Mai 1943, in dem Tausende von Aufständischen bei den Kämpfen getötet und teilweise lebendig verbrannt wurden. Der heldenhafte Widerstand gegen die Nazis war eine der größten Massenerhebungen im besetzten Europa. Der Film „Der Aufstand“ vermittelt ein Bild von den Ereignissen, wie die Teilnehmer kämpften und starben.

Nach der Niederschlagung des Aufstands wurden über 50 000 Menschen in die Todeslager geschickt. Etwa 3000 entkamen aus dem Ghetto. Einigen überlebenden Kämpfern gelang es zum Beispiel, durch die Kanalisation in den „arischen“ Teil der Stadt zu entkommen. Bis zum Warschauer Aufstand von 1944, an dem über tausend Juden teilnahmen, kam es im Ghetto sporadisch zu Gefechten.

## Freunde und Denunzianten

Hitlers Prinzip „teile und herrsche“ diente dazu, Polen und Juden gegeneinander auszuspielen und die Gemeinschaft zusammenzuhalten, indem ihre niederen Instinkte geschürt wurden. Die antisemitische Propaganda fiel auf den Boden eines historisch starken polnischen Antisemitismus. Die Verhöhnung der Warschauer Juden durch polnische Polizeibeamte im Dienste der



Deutsche Soldaten verhören Juden nach dem Aufstand im Warschauer Ghetto, Mai 1943.

Deutschen ist allgemein bekannt. Die sogenannten „Schmalzer“ erpressten Juden unter Androhung des Todes, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen: Sie fingen sie außerhalb des Ghettos und drohten, sie bei der Polizei zu denunzieren, wenn sie kein Lösegeld zahlten, oder sie übergaben die Juden und diejenigen Polen, die ihnen geholfen hatten, an die Besatzer. Oder sie erhielten zunächst ein Lösegeld und meldeten sich dann bei der Polizei, um eine Belohnung zu erhalten. Es gab Polen, die den Deutschen halfen, Juden zu fangen, die in verbotenen Transporten reisten, und die den Deutschen Wohnungen und Geschäfte von wohlhabenden Juden zeigten, die ausgeraubt werden konnten. Es gab Zeiten, in denen Polen wohlhabende Juden ausraubten, indem sie ihre Wertsachen „zur Verwahrung“ nahmen und sie für sich selbst verwendeten. Oder sie kauften ihnen Geschäfte und Häuser ab und zahlten nicht. Es gab Fälle, in denen Jugendliche jüdische Passanten mit Steinen und Stöcken verprügelten. Im Februar 1940 stürmte ein Mob von mehreren hundert Menschen jüdische Häuser und rief: „Schluss mit den Juden“.

Und es gab Polen, die einige Tage vor der Schließung des Warschauer Ghettos zu ihren jüdischen Freunden kamen und ihnen Geld und Lebensmittel gaben. Nachdem das Ghetto von der Außenwelt abgeschlossen war, riskierten sie ihr Leben, um Pakete für die ärmsten Juden über die Mauer zu schicken. Es gab schockierende Fälle, in denen polnische Bedienstete, die jahrelang mit Juden zusammengelebt hatten, ihnen ins Ghetto folgten und dann in Treblinka starben.

Einigen Juden gelang es, aus dem Ghetto auf die so genannte „arische Seite“ zu gelangen. Auch hier hing viel von der Hilfe polnischer Freunde oder Verwandter ab. Wenn es sie gab, bestand Hoffnung auf ein Überleben. Wenn nicht, waren die Juden meist dem Untergang geweiht. Manche Polen halfen den Juden nur für viel Geld. Und die große

Mehrheit der Juden hatte kein Geld. Es kam vor, dass Polen und Deutsche, ohne Mitgefühl für die erwachsenen Juden zu zeigen, manchmal Mitleid mit den Kindern hatten, die aus dem Ghetto entkommen waren. Sie gaben ihnen Unterkunft, Essen und Geld.

Die Fälle von polnischem Antisemitismus sind zahlreich (auch nach dem Krieg gibt es dokumentierte Fälle von Pogromen). Es gibt aber auch viele Fälle von wohlwollender Haltung. In Polen war die Hilfe für Juden viel repressiver als in vielen anderen Ländern. Mehr als 6.700 Polen erhielten den Titel „Gerechte unter den Völkern“. Kein anderes Land der Welt hat eine so große Zahl von Gerechten aufzuweisen.

Es gab auch deutsche Soldaten und Offiziere, die die Aktionen der fanatischen Nazis missbilligten und mit den Opfern von Hitlers Terror sympathisierten. Soldaten schützten aus eigener Initiative jüdische Kinder, die bei der Gendarmerie um Brot baten, verteilten Brot an hungernde Juden und spielten mit jüdischen Jugendlichen Fußball.

Wladyslaw Szpilman beschreibt in seinem Buch „Der Pianist“ seine Begegnung mit einem Hauptmann der Wehrmacht, Wilh Hosenfeld, der sein Leben riskierte, um ihm Lebensmittel zu bringen, und ihm half, sich Ende 1944 in den Ruinen Warschaus auf dem Dachboden eines Gebäudes zu verstecken, in dem sich das deutsche Hauptquartier befand. Diese Bekanntschaft wird auch in dem gleichnamigen Film dargestellt. Vor dem Zweiten Weltkrieg war Hosenfeld Schullehrer. Während des Krieges half er mehreren Juden und Polen zur Flucht. In sein Tagebuch schrieb er: „Wir haben schreckliche Ungerechtigkeiten gegen die Juden und ihre Ausrottung auf dem Gewissen. Die deutsche Zivilverwaltung, die Polizei und die Gestapo haben sich von Beginn der Besetzung der Ostgebiete an die Liquidierung der Juden zum Ziel gesetzt, die in vollem Gange ist ...“ Oder: „Als die furchtbaren Morde an den Juden, die Massaker an Frauen und Kindern stattfanden, wusste ich bereits sicher, dass wir

den Krieg verlieren würden, weil er seinen Sinn als Kampf um Lebensraum verloren hatte und in eine ungezügelter, unmenschliche, barbarische Vernichtung von Menschen ausartete ...“.

Hosenfeld wurde von den Sowjets gefangen genommen und zu 25 Jahren Lagerhaft verurteilt. Er starb 1952 in Gefangenschaft. Szpilman versuchte, ihn aus der Gefangenschaft zu befreien, indem er von seiner Hilfe während des Krieges erzählen wollte, aber es gelang ihm nicht: „Ich habe alles getan, was in meiner Macht stand, aber ich habe ihn nie gefunden“. Die Gedenkstätte Yad Vashem hat Hosenfeld als einen Gerechten unter den Völkern der Welt anerkannt.

## „Warschauer Robinsons“

Wie schon während des Ghettoaufstandes brannten die Nazis auch während und nach dem Warschauer Aufstand systematisch einen Häuserblock nach dem anderen nieder und verwandelten die polnische Hauptstadt in einen Schutthaufen. Zwischen 150.000 und 200.000 Zivilisten wurden getötet. Die meisten der übrigen wurden deportiert. Nach der Niederschlagung des Aufstands versteckten sich einige hundert bis zweitausend Menschen, die als „Warschauer Robinsons“ bekannt waren, in den Ruinen. Der Name geht natürlich auf den Helden des Romans Robinson Crusoe von Daniel Defoe zurück. Die meisten der Untergetauchten waren offensichtlich Juden. Der berühmteste „Robinson“ war Vladislav Špilman. Er erinnerte sich an seine Gefühle zu dieser Zeit: „Ich war allein - nicht im Haus und nicht in der Nachbarschaft. Sondern allein in der ganzen Stadt, die vor nicht allzu langer Zeit noch anderthalb Millionen Einwohner hatte und eine der reichsten und schönsten Städte Europas war. Jetzt lag sie in Trümmern. Die Häuser waren verbrannt und zerstört, und unter ihnen, zusammen mit den jahrhundertalten Kulturdenkmälern eines ganzen Volkes, lagen Tausende von Toten begraben ...“

Einige von ihnen hatten etwa dreieinhalb Monate in den Ruinen überlebt - vom Ende des Aufstandes am 2. Oktober 1944 bis zum Einmarsch der Roten Armee in Warschau am 17. Januar 1945. Die Deutschen gaben den Befehl, diejenigen, die sie in den Trümmern fanden, hinzurichten, und führten Polizeirazzien durch. Einigen „Robinsons“ gelang die Flucht aus Warschau. So gelang dies beispielsweise einer Gruppe von Kämpfern der Jüdischen Ghetto-Kampf-Organisation Mitte November. Aber viele der „Ruinenbewohner“ wurden gefangen genommen und getötet.

Der Pianist Vladislav Špilman gehörte zu denen, die überlebten. Die Nazis verließen Warschau. Zum ersten Mal in den Kriegsjahren konnte er frei, ohne Angst und ohne sich zu verstecken, durch die Straßen seiner Stadt gehen. Und er fragte sich: „Ab morgen muss ich ein neues Leben beginnen. Wie kann man leben, wenn man nur den Tod hinter sich hat? Wie kann ich aus dem Tod Kraft für das Leben schöpfen?“

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

# JÜDISCHE RUNDSCHAU

**Abonnementspreis**  
einschliesslich LITERATURBLATT  
vierteljährlich:

1. durch die Expedition:  
a) in Berlin — 90 Mark. b) nach auswärts 1,— Mark. c) für das Ausland 1,50 Mark.  
2. im Postabonnement 1,25 Mark.

**Insertionspreis**  
die vierspaltige Polit-Zeile oder deren Raum 25 Pfennig

**Allgemeine  
Jüdische Zeitung**

Redaktion:  
**BERLIN NW. 52, Melanchthonstrasse 4.**  
Telephon: II, 3337.

**Expedition und  
Adresse für Geldsendungen  
und Bestellungen:**  
Verlag Jüdische Rundschau, E. O. m. b. H.,  
Berlin N. 64, Auguststrasse 49a.

**Geschäftsstunden der Expedition**  
täglich (ausser Sabbat und Sonntag) vor-  
mittags 10—1, nachmittags 3—7 U.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der JUEDISCHEN RUNDSCHAU nur bei voller Quellenangabe gestattet.

---

Nummer 17

Berlin, 2. Ijjâr 5666 — 27. April 1906

XI. Jahrgang

---

## Inhalt

**Ums Goldne Kalb**  
Von Jehuda Lwowski

**Ein Abend bei den Deutsch-Nationalen**  
Von Zeëbh

**Juden in Persien**

**Juden in Yemen I**

**Anglo Palestine Company**

**Rundschau**  
Die Deutsch-russischen Handels-  
beziehungen und die Ausweisungen  
Von dem deutschnationalen  
Handlungsgehilfenverband

**Akademischer Judenhass in Paris**  
Assimilanten und Juden in Galizien  
Eine Bekehrungsgeschichte  
Russische Anleihe  
Diese reichen Juden  
Der erste Protest  
Wahlen in Polen  
Witte und die Juden  
Juden in Finland  
„Vor Tische las man anders“  
Auf deutschen Schiffen  
Deutscher Einfluss in Amerika  
Zigarettensteuer und Judenelend  
Judenverfolgung in Marokko

**Allerlei**  
Ein „Yiddisches“ Theater in London  
Die Musik im Alten Testament  
Ein neues Buch

**Kleine Mitteilungen**  
Jubiläum eines hebräischen Gelehrten  
Jüdische Weber gesucht  
Soldatensynagoge  
Schächtverbot  
Deutsche Kolonie in Natal

**Briefkasten der Redaktion**

**Geschäftliches**

**Feuilleton**  
Aus meinem Märchenbuche  
Der Ring des Propheten Elijjähû (Schluss)

**Beilage: Aus d. zion. Bewegung**  
Der zehnte deutsche  
Delegiertentag in Hannover

**Schekeltage**

**Mitteilungen des Zentralbureaus  
d. zion. Vereinigung f. Deutschland**

**Sprechsaal**  
Rudersport

**Aus den Ortsgruppen**  
Berlin — Hannover — Stralkowo

**Nationalfond**

Der Zionismus erstrebt  
für das jüdische Volk die  
Schaffung einer Öffentlich-  
rechtlich gesicherten Heim-  
stätte in Palästina.  
(Baseler Programm.)

---

### ZIONISTISCHE VEREINIGUNG FÜR DEUTSCHLAND

**NATIONALFOND-VERWALTUNG**  
Adresse für Goldsendungen  
Max Wolfsteler,  
Berlin N.W. 23, Holstener Ufer 10

**ZENTRALBUREAU**  
**Berlin-W. 66**  
Mauerstrasse 2 III

**SHARE KLUB-ZENTRALE**  
Adresse für Anmeldungen  
M. Goldschmidt,  
Hamburg, Stadthausbrücke 12/14

# Jiddisch – Das Erbe einer vernichteten Kultur

Bei der Czernowitzer Sprachkonferenz 1908 wurde darüber debattiert, ob Jiddisch oder Hebräisch die Sprache einer neuen jüdischen Nation werden sollte. Zwar ist heute das Jiddische nicht die offizielle Amtssprache in Israel. Jiddisch bleibt aber ein Teil einer internationalen jüdisch-kulturellen Identität und wird heute besonders in religiösen jüdischen Kreisen gesprochen. Auch unter jungen und säkularen Juden erfreut sich das Jiddische wachsender Beliebtheit. (JR)

Von Grigorij Matatow

Was wird mit den kleinen Sprachen im Zeitalter der Globalisierung geschehen? Manche glauben, dass sie mit dem Aussterben der älteren Generation in Vergessenheit geraten werden. Andere glauben, dass sie eine Zukunft haben. Das Jiddische nimmt in dieser Debatte einen besonderen Platz ein. Trotz aller Schrecken des 20. Jahrhunderts hat es überlebt und lebt weiter, wenn auch nicht mehr in der gleichen Form wie vor 100 Jahren. Wie sieht die Zukunft des Jiddischen aus?

Für viele ist Jiddisch nicht mehr als die Sprache geschlossener ultraorthodoxer Gemeinschaften, Versuche, es wiederzubeleben, werden meist belächelt. Weder die jiddischen Kulturfestivals in Israel noch die jiddischen Schilder in Birobidschan oder gar die Übersetzung von Harry Potter und der Stein der Weisen ermutigen die europäischen Juden, sich in dieser Sprache zu verständigen.

Post-sowjetische Juden haben viele Assoziationen mit dem Jiddischen. Einige werden sich an die Lieder der Berry-Schwestern erinnern, andere an ihre Großeltern, die diese Sprache miteinander sprachen. Viele haben Jiddisch in Filmen und Fernsehserien über das Leben der Juden oder das Odessa des letzten Jahrhunderts gehört. Aber heutzutage nehmen nur wenige Menschen in Russland Jiddisch als eine lebendige, sich entwickelnde Sprache wahr.

Das Wort "Jiddisch" selbst wird im Russischen mit "jüdisch" übersetzt, aber die Sprache hat ganz andere Ursprünge als das Hebräische: Letzteres gehört zu den semitischen Sprachen, seine "Verwandten" sind Arabisch und Aramäisch, während Jiddisch eine germanische Sprache ist. Infolge der Ansiedlung aschkenasischer Juden in Osteuropa hat sich das Jiddische in zahlreiche Dialekte aufgeteilt. Die verschiedenen Regionen haben ihre eigenen Schreibweisen entwickelt. Heute hat jede Gemeinschaft ihre eigene Variante des Jiddischen mit charakteristischen Merkmalen und einem unterschiedlichen Anteil an Fremdwörtern.

## Hebräischer Anteil

Und davon gibt es viele im Jiddischen. Einige hebräische Wörter waren ursprünglich im Jiddischen vorhanden, z. B. "Mischpoke" (Familie) und "Haver" (Freund, Kamerad). Übrigens ist der Anteil der hebräischen Entlehnungen im Jiddischen größer als zum Beispiel in den Sprachen der Berg- oder Buchara-Juden. Jahrhundert, nach der aktiven Auswanderung in den Osten während der Herrschaft des polnischen Königs Kasimir des Großen, war ein slawischer Wortschatz massenhaft ins Jiddische eingedrungen: typische Beispiele sind "Maime" (Mutter) und "Tate" (Vater). Der Austausch erfolgte jedoch auf Gegenseitigkeit: Im Russischen, Ukrainischen und Weißrussischen gibt es, vor allem in der Umgangssprache, Entlehnungen aus dem Jiddischen, die fast täglich zu hören sind: "Freer" (Einfaltspinsel), "Schnobel" (große Nase), "Gesheft" (Geschäft, Schnäppchen)...

Interessant ist, dass zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein Teil der jüdischen Intelligenz Jiddisch als offizielle Sprache des



Titelseite der literarischen Trilogie des Generalsekretärs der KPdSU Leonid Breschnew.

künftigen jüdischen Staates ansah, denn selbst der Verfechter des Zionismus Herzl glaubte nicht an die Fähigkeit des Hebräischen, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu erfassen. Das Zentrum der jiddischen Literatur war die Stadt Czernowitz, die damals zu Österreich-Ungarn gehörte. Dort fand 1908 eine internationale Konferenz statt, die der Sprache gewidmet war und auf der unter anderem darüber diskutiert wurde, dem Jiddischen den Status einer nationalen Sprache der Juden zu verleihen. Die österreichischen Behörden lehnten den Vorschlag jedoch unter dem Vorwand ab, dass Jiddisch eine gesprochene Sprache sei und Juden auch viele andere Sprachen verwendeten. Auch die Zionisten im Mandatsgebiet Palästina lehnten die Idee entschieden ab: Sie widersprachen ihrem Konzept, einen neuen Typus von Juden zu schaffen, der frei vom Denken der Diaspora ist. Infolgedessen verschwand das Jiddische fast vollständig aus dem säkularen Israel und überlebte nur in den ultraorthodoxen Vierteln, während es gleichzeitig als Folge des Holocausts, des "Kampfes gegen den Kosmopolitismus" in der UdSSR und der Assimilation in den USA nicht mehr die Sprache der jüdischen Diaspora war. In vielen observanten jüdischen Gemeinden ist Jiddisch jedoch nach wie vor die Hauptsprache.

## Jiddisch ist eine lebendige Sprache

Nicht alle Rabbiner können Jiddisch, geschweige denn, sich auf Jiddisch verständigen. Aber selbst in Russland gibt es Familien, in denen die Rabbiner nicht nur Jiddisch sprechen, sondern es auch mit ihren Kindern sprechen. Zum Beispiel in der Familie von Michael Oishye, dem Oberrabbiner von Kaluga und der Kaluga-Region.

– **Würde in Ihrer Familie Jiddisch gesprochen oder haben Sie es bewusst gelernt?**

– Kurz bevor ich geboren wurde, starb die Mutter meines Vaters. Er hatte niemanden, mit dem er Jiddisch sprechen konnte, also begann er, mit mir zu sprechen. Im Gegensatz zu meinen Brüdern,

die 10 und 11 Jahre älter sind als ich, wuchs ich also bereits mit der Sprache auf. Genauer gesagt, mit dem Verstehen: Ich habe meinem Vater meistens auf Hebräisch geantwortet – das war für mich einfacher, ich bin in Israel aufgewachsen. Später, als ich 13 oder 14 war, habe ich gemerkt, dass ich die Sprache liebe und dass es wichtig für mich war, sie zu lernen. Jiddisch ist für mich die Sprache meiner Kindheit: Außer von meinem Vater hörte ich es von alten Leuten, in der Synagoge... Es war immer um mich herum. Ich lese viel in Jiddisch und spreche fließend in verschiedenen Dialekten.

– **Sie kommunizieren mit Ihren Kindern auf Jiddisch, auch wenn sie Ihnen auf Hebräisch antworten, wie Sie es einst mit Ihrem Vater taten. Werden sie widerum mit ihren Kindern Jiddisch sprechen?**

– Ich habe vier Kinder, und sie verstehen alle Jiddisch, weil ich es nur mit ihnen spreche. Werden sie mit ihren Kindern Jiddisch sprechen? Das ist ihre Entscheidung. Das hängt natürlich von dem zukünftigen Ehepartner ab. Ich hoffe es. Ich möchte, dass diese Sprache erhalten bleibt. In meiner Familie wird seit tausend Jahren Jiddisch gesprochen, ich werde nicht die letzte sein. Ich denke, es ist auch für die Kinder wichtig. Meinem Sohn fällt es leichter, auf Hebräisch zu antworten, aber wenn es nötig ist (z.B. wenn er Leute sieht, die kein Hebräisch, aber Jiddisch sprechen), kann er sich problemlos mit ihnen verständigen. Es besteht also die Möglichkeit, dass meine Kinder mit ihren Kindern Jiddisch sprechen werden. Ich werde sie nicht zwingen oder überreden. Ich tue das Meine, und Gott tut das Seine.

– **Welche jiddischen Lieder mögen Sie am liebsten?**

– Wenn wir in Russland "jiddisches Lied" sagen, denken die Leute sofort an "Tum balalaika", "A Yiddische mame" und andere alte Lieder, die vor 100 Jahren in Theatern gesungen wurden. Die Leute denken, dass das Jiddische

irgendwo da drin steckt. Das ist es aber nicht. Jiddisch lebt weiter, es gibt moderne Lieder und Interpreten, die nicht nur in Jiddisch singen, sondern Jiddisch ist ihre Muttersprache. Es ist die Sprache, die sie zu Hause, mit Freunden, in der Synagoge, im Geschäft sprechen. Sie leben dort, wo Jiddisch gesprochen wird. Ich liebe authentische jüdische Musik, ohne Bearbeitung – diese Melodien, die seit Jahrhunderten erhalten geblieben sind.

– **Welche Sprache ist Ihrer Meinung nach für die häusliche Kommunikation in einer jüdischen Familie besser geeignet: Hebräisch oder die Sprache einer bestimmten Gemeinde?**

– Das ist wie die Frage, welche Art von Kleidung ein Jude tragen sollte. Das Aussehen eines Menschen bestimmt seine Gedanken. Es stimmt nicht ganz, dass das Äußere keine Rolle spielt, aber es kommt auf das Innere an: Die Kleidung eines Menschen drückt seine Gedanken aus, zu welcher Art von Gesellschaft er gehört, wie er sich selbst sieht. Obwohl es nirgendwo vorgeschrieben ist, eine lange schwarze Jacke zu tragen, kleidet sich jeder, der zu den entsprechenden Kreisen gehört, so. Genauso ist es mit der Sprache: Sie hat einen starken Einfluss auf die Psychologie. Wenn ein Russe in Russland Russisch spricht, ist das ganz natürlich. Morgen wird er nach Neuseeland gehen und in fünf Jahren wird er plötzlich eine russischsprachige Familie auf der Straße sehen. Er kennt sie nicht, aber er wird sie ansprechen, hallo sagen, und sowohl er als auch sie werden sich freuen. Denn die Sprache bringt die Menschen zusammen. Wenn eine Person ihre Muttersprache spricht, hat sie das Gefühl, dass sie ihr nahe steht, auch wenn sie sich nicht kennen. Vor allem, wenn diese Sprache dort, wo man lebt, nicht üblich ist. Das Jiddische beeinflusst die Menschen auf diese Weise. Es ist eine Sprache, die nur von Juden gesprochen wird, und heutzutage vor allem von gottesfürchtigen Juden. Wenn ein Kind in einer Familie aufwächst, in der Jiddisch gesprochen wird, und jemandem begegnet, der ebenfalls Jiddisch spricht, fühlt es sich mit ihm in einer Art Bruderschaft verbunden.

– **Ist es Ihrer Meinung nach möglich, Jiddisch zu lernen, ohne ein Umfeld zu haben, das es spricht?**

– Man kann, aber... Es ist eine Sprache mit Nuancen, die man nicht verstehen kann, wenn man nicht in einem jüdischen Umfeld aufgewachsen ist und dort gelebt hat. Ich denke, es ist unmöglich, eine Sprache so zu lernen, dass niemand merkt, dass es nicht die eigene Muttersprache ist.

– **Wird Jiddisch überleben?**

– Verschiedenen Quellen zufolge sprechen bis zu 2 Millionen Juden in der ganzen Welt täglich Jiddisch. Dies ist vor allem in chassidischen Kreisen der Fall. Es gibt ganze Viertel in New York, Amsterdam, israelischen Städten, in denen die Kinder keine andere Sprache kennen. Es gibt sogar Theater. Mein Sohn und ich waren im Stadtteil Borough Park in Brooklyn, und obwohl mein Sohn kein Englisch spricht,

brauchte er es dort nicht: Jiddisch wird überall gesprochen.

### Kultur und Jiddisch

In letzter Zeit wächst das Interesse an jiddischer Literatur, und sie wird ins Russische übersetzt. Jiddisch wird an einigen russischen Universitäten studiert. Der Leiter des "Knizhniki"-Verlages Boruch Gorin hat erzählt, wie sich die jüdische Literatur in jiddischer Sprache heute entwickelt, wie die Ausbildung der Mitarbeiter abläuft und was Jiddisch für ihn persönlich bedeutet.

– **Man kann Sie heute als den Chef der jüdischen Literatur in Russland bezeichnen. Gibt es Versuche, die jiddische Literatur in Russland und im Ausland wiederzubeleben?**

– Zeitungen und Lehrbücher werden auf Jiddisch veröffentlicht, ebenso wie eine Menge anderer Literatur, darunter Belletristik, vor allem Prosa und Lyrik für Kinder und Krimis. Die Schriftsteller schreiben für ihr Publikum in einer Sprache, die sie verstehen. Wenn wir von Hochliteratur im modernen Sinne sprechen, gibt es solche Bücher praktisch nicht mehr.

– **Gibt es noch viel jiddische Literatur, die nicht ins Russische übersetzt wurde?**

– Natürlich gibt es viel davon. Sagen wir es mal so: Die Hauptlieferanten von Übersetzungen aus dem Jiddischen ins Russische sind nach wie vor wir, der Verlag "Knizhniki". Und wir haben natürlich fast die gesamte erste Schicht der jüdischen Weltliteratur ins Jiddische übersetzt. Aber es ist wichtig, dass wir über Prosa sprechen, denn wir übersetzen fast nie Poesie. Und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war die jiddische Poesie auf einem sehr hohen Niveau, und dieses Segment ist völlig unberührt.

– **Wie wichtig sind Ihrer Meinung nach die verschiedenen Programme, die darauf abzielen, der jüngeren Generation Jiddisch näher zu bringen?**

– Es gibt jiddische Studienprogramme, zum Beispiel an der Staatlichen Universität St. Petersburg, und es gibt Projekte an der Russischen Staatlichen Universität für Geisteswissenschaften auf der Grundlage des Jüdischen Museums. Sie sind nicht nur möglich, sondern werden bereits umgesetzt. Es gibt eine ziemlich große Schule für Jiddisch-Übersetzer, sie ist mehr als 20 Jahre alt, und dank

ihr hat unser Verlag die Möglichkeit, aus dem Jiddischen ins Russische zu übersetzen. All dies existiert in recht aktiver Form, so dass ich keinen Grund sehe, es als irrelevant zu betrachten.

– **Ist eine teilweise Wiederbelebung des Jiddischen in einem säkularen Umfeld überhaupt möglich?**

– Das glaube ich nicht. Das heißt, natürlich gibt es vereinzelte Fälle von jungen jiddischen Sprachfanatikern, "Jiddischisten", die es mit Kindern sprechen, usw. Aber das ist eher die Ausnahme von der Regel. Natürlich wird es immer eine Expertengemeinschaft von Jiddisch-Spezialisten geben, aber ich glaube nicht, dass Jiddisch in einem säkularen Umfeld als Hausprache wieder aufleben kann. Außerdem gibt es eine breite Schicht säkularer Menschen, die in einem ultra-orthodoxen Umfeld aufgewachsen sind und für die Jiddisch ihre Muttersprache ist. Sie sprechen es natürlich immer noch, aber hauptsächlich untereinander. Etwas in größerem Maßstab kann ich mir nicht vorstellen.

– **Sprechen Sie zu Hause Jiddisch?**

– Mit meinen Kindern und meiner Frau spreche ich nicht: Sie können kein Jiddisch. Ich habe mit meinem Vater gesprochen, der leider schon verstorben ist: Jiddisch war seine Muttersprache, ebenso wie die seiner Mutter und Großmutter. Schon in meiner Kindheit sprach niemand mehr Jiddisch.

– **Was ist Jiddisch für Sie persönlich?**

– Ein großer Teil der Geschichte meines Volkes: die jiddische Kultur, die jiddische Schrift, tausend Jahre einer großen Zivilisation, die jeder Nation zur Ehre gereichen würde. Für mich ist Jiddisch auch die Seele des aschkenasischen Judentums. Nur durch das Prisma einer Sprache kann man die Seele eines Volkes verstehen, ohne sie kann man die Feinheiten kaum begreifen. Jiddisch ist also Teil meines genetischen Codes. Und ich bin überzeugt, dass es Teil des genetischen Codes jedes aschkenasischen Juden ist, auch derjenigen, die die Sprache nicht in der dritten oder vierten Generation sprechen. Jiddisch ist tief verwurzelt in seiner aschkenasischen Mentalität, in der Mentalität der europäischen Juden, in den Sprachen, die sie heute sprechen. Es ist klar, dass Philip Roth, Isaac Babel und weniger bekannte Schriftsteller in unserem Land diese Melodie vermittelt haben. Zh-

vanetsky sprach zwar Russisch, aber auch Jiddisch. Es war ein 'jüdisches Russisch'. Jiddisch ist also eine der Grundlagen meiner nationalen Identität.

– **Wird Jiddisch überleben?**

– Zweifelsohne. Ich sehe keinen Grund, es zu begraben, denn es wird von weit mehr Menschen gesprochen als viele andere perfekt lebende Sprachen. Soviel ich weiß, sprechen mehr Menschen Jiddisch als Estnisch. Natürlich hat es keinen eigenen Staat, keine staatliche Unterstützung. Aber Hunderttausende, wenn nicht eine Million, sprechen es. Daher scheint mir, dass die Gerüchte über den Tod des Jiddischen stark übertrieben sind.

### Vorwärts zur Bewahrung des Jiddischen

Ein erfolgreiches Projekt zur Erhaltung der jiddischen Sprache außerhalb der ultra-orthodoxen Welt ist die Zeitung „Forverts“ (The Forward). Sie existiert seit mehr als 120 Jahren und ist bei den amerikanischen Juden nach wie vor sehr beliebt. Zu den Autoren des Forverts gehörten der mit dem Nobelpreis ausgezeichnete Schriftsteller Isaac Bashevis Singer, der Revolutionär Leo Trotzki und der Sozialist Maurice Winchevsky. Rukhl Schaechter, Herausgeberin von Forverts, veranstaltet auch jiddische Videokurse und eine Kochshow in dieser Sprache. Rukhl stammt aus einer bekannten jiddischen Familie: Ihr Vater war ein bedeutender Sprachwissenschaftler, und ihr Neffe übersetzte Harry Potter und der Stein der Weisen ins Jiddische. Während Rukhls Amtszeit als Redakteurin wurde die Zeitung ins Internet verlagert, und die Zahl der Mitwirkenden aus dem säkularen und religiösen Bereich ist gestiegen.

– **Wie lange gibt es „The Forward“ schon?**

– Die Zeitung wurde 1897 gegründet. 2019 ist sie komplett online gegangen; unsere Artikel und Videos werden häufig auf Facebook gepostet.

– **Veröffentlichen Sie Originalartikel auf Jiddisch oder übersetzen Sie englischsprachige Medien?**

– Die meisten unserer Artikel sind Originalinhalte. Wenn wir etwas Interessantes auf Englisch finden, z. B. Artikel über jiddische Kultur oder die Geschichte des osteuropäischen Judentums, übersetzen wir es.

– **Was ist der schwierigste Teil der Arbeit?**

– Das Schwierigste ist, interessante Inhalte für Jiddischsprachige und Akademiker zu finden, und parallel dazu müssen wir Artikel für Menschen veröffentlichen, die Jiddisch mögen, es aber nicht kennen oder nicht lesen können. Wir haben also zwei sehr unterschiedliche Zielgruppen.

– **Sie veranstalten Video-Tutorials mit dem Titel "Wort des Tages auf Jiddisch". Wie reagieren die Zuschauer darauf?**

– Ich erhalte viel positives Feedback und Worte der Anerkennung sowohl für die Videolektionen als auch für die Ausgaben der Kochshow. Natürlich sagen die Leute manchmal, dass ein Wort in ihrer Familie anders ausgesprochen wurde.

– **Ist es möglich, die Sprache auch außerhalb der jiddischsprachigen Gesellschaft zu lernen?**

– Dank Zoom ist es heute einfacher denn je, Jiddisch zu lernen, selbst wenn man mitten im Nirgendwo lebt. In der Ära der Pandemie gibt es mehr Studenten als je zuvor.

– **Sprechen Sie zu Hause Jiddisch?**

– Ich spreche es mit meinen Kindern und Enkelkindern, aber mit meinem Mann kommuniziere ich auf Englisch. Wir sprechen auch mit Cousins und Cousinen, Schwestern und deren Kindern Jiddisch.

– **Was ist Jiddisch für Sie persönlich?**

– Mein Vater, der sich für das Erlernen der Sprache einsetzte, machte mir bewusst, wie wichtig es ist, das Sprechen, Lesen und Schreiben auf Jiddisch zu bewahren. Dies prägte mein Schicksal als Journalist und schließlich als Zeitungsredakteur.

Leider hat sich Jiddisch als Hauptsprache des aschkenasischen Judentums nur in den ultra-religiösen Gemeinden erhalten. Obwohl in letzter Zeit immer häufiger verschiedene kulturelle Feste in Jiddisch abgehalten werden, hat sich an dieser Situation nichts geändert. Aber auch wenn Jiddisch im säkularen Milieu nicht mehr alltäglich ist, ist es nicht tot: Es beeinflusst weiterhin die jüdische Kultur und bleibt ein wesentlicher Bestandteil der Identität des europäischen Judentums. Schließlich parodiert man das Jiddische sogar, indem man die jüdische Sprache parodiert.

(jewishmagazine.ru)

## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Presseiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Presseiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

**Kaufen Sie auf der Seite [www.juedische-rundschau.de/shop](http://www.juedische-rundschau.de/shop) jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.**

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 4,25 Euro statt 4,95 Euro am Kiosk, das Jahresabo 49,75 Euro statt 57,50 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website [www.juedische-rundschau.de/shop](http://www.juedische-rundschau.de/shop) zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

# Gesetze und Bräuche des Pessachfestes

Der Auszug aus Ägypten ist eine wesentliche Grundlage des jüdischen Glaubens, denn zum ersten Mal offenbarte sich Gott in der Welt einem ganzen Volk mit großen Zeichen und Wundern. Mit dem Exodus wurde deutlich, dass Gott Israel zu seinem Volk erwählt hat, um sein Wort in der Welt zu offenbaren. Das Pessachfest und der Sederabend stärken unsere Identität und unseren Glauben. Für diejenigen, die Wert auf ein koscheres Fest legen oder einfach nur unsere Tradition kennenlernen möchten, biete ich eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Gebote. (JR)

Von Rabbiner Igor Mendel Itkin

## Das Verbot von Chametz (Gesäuertes) an Pessach

Fünf Getreidearten: Weizen, Gerste, Dinkel, Hafer und Roggen ergeben Chametz, wenn sie nach der Ernte mit Wasser in Berührung kommen oder wenn ihr Mehl mit Wasser geknetet und der Teig nicht innerhalb von 18 Minuten gebacken wird.

Chametz darf während der acht Tage des Pessachfestes nicht gegessen werden. Wer an Pessach Chametz in seinem Besitz hat, verstößt gegen zwei Verbote und ein Gebot: 1. Es soll nicht zu sehen sein, wie es heißt: „es darf nichts Gesäuertes bei dir zu sehen sein“ (Ex. 13:7). 2. Es soll nicht zu finden sein, wie es heißt: „Sieben Tage soll Sauerteig nicht gefunden werden in euren Häusern“ (Ex. 12:19). 3. Das Gebot Sauerteig zu entfernen, wie es heißt: „Gleich am ersten Tag sollt ihr den Sauerteig aus euren Häusern entfernen“ (Ex. 12:15).

## Beseitigung von Chametz vor Pessach

Nach der Tora würde es ausreichen, Chametz zu beseitigen, indem wir es in unserem Bewusstsein „annullieren“ und auf all unseren Chametz verzichten. Auf diese Weise können wir die Verbote „nicht zu sehen“ und „nicht zu finden“ von Chametz umgehen. Das bedeutet, dass das Chametz zwar physisch noch vorhanden ist, aber rechtlich nicht mehr uns gehört.

Warum genügt es trotzdem nicht, das Chametz nur im Bewusstsein zu annullieren? Warum müssen wir es tatsächlich suchen und physisch vernichten? Die Rabbiner lieferten zwei Erklärungen. Erstens, weil Chametz das ganze Jahr über im Haus ist und wir uns so sehr daran gewöhnt haben, dass wir aus Gewohnheit das Verbot vergessen und es essen könnten. Zweitens gibt es Grund zu der Annahme, dass ein Mensch nicht wirklich all sein Chametz für wertlos erklären und sein Eigentum daran aufgeben würde, besonders wenn damit ein großer finanzieller Verlust verbunden ist. Deshalb haben unsere Weisen entschieden, dass jeder Mensch sein Haus und seinen Besitz nach Chametz durchsuchen und es vollständig vernichten muss, anstatt es einfach für null und nichtig zu erklären.

## Die Suche nach Chametz

Am Vorabend des 14. Nissan muss jeder überprüfen, ob er Chametz in seiner Wohnung hat, in seinem Geschäft, in seinem Auto, in seinen Lagerräumen und an jedem anderen Ort, an dem er Chametz aufbewahrt haben könnte. In der Wohnung muss alles gründlich durchsucht werden: Schränke, Külschränke, Bücherregale, die Schultaschen der Kinder, die Kleidertaschen, kurz überall dort, wo sich Chametz befinden könnte.

Die Suche wird mit Kerzenlicht durchgeführt. Fackeln oder Kerzen mit mehr als einem Docht sollten nicht verwendet werden, da sie nicht in enge Räume gebracht werden können und



Matze, handgemacht in Jerusalem

die Gefahr eines Brandausbruchs besteht. Wer anstelle von Kerzen elektrisches Licht wie Taschenlampen verwenden möchte, kann dies tun. Das gefundene Chametz bewahrt man auf, um es am nächsten Morgen zu verbrennen oder man wirft es draußen in die Mülltonne.

## Der Verkauf von Chametz

Wenn man Chametz von großem finanziellem Wert besitzt (wie Getränke auf der Basis von Getreidealkoholen oder einen Lebensmittelladen), kann man es vor Pessach an einen Nichtjuden verkaufen. Da es schwierig ist, dieses Chametz aus dem Haushalt zu entfernen und physisch zu dem Nichtjuden zu bringen, haben unsere Weisen verfügt, dass das Chametz zusammen mit dem Ort, an dem es aufbewahrt wird, verkauft werden darf. Nach Pessach werden der Aufbewahrungsort und sein Inhalt zurückgekauft. Chametz, das während des Pessachfestes im Besitz eines Juden geblieben ist und nicht an einen Nichtjuden verkauft wurde, darf nach dem Pessachfest in keiner Weise verwendet werden.

Der Verkauf von Chametz ist eine komplizierte Angelegenheit. Deshalb haben unsere Weisen ein Dokument ausgearbeitet, mit dem die Unterzeichner den Rabbiner bevollmächtigen, ihr Chametz in ihrem Namen zu verkaufen. Dies ist auch im Internet möglich unter [ogy.de/chametz](http://ogy.de/chametz)

## Ess- und Kochgeschirr für Pessach kaschern

Geschirr, das während des Jahres zum Kochen von Chametz verwendet wurde, darf an Pessach nicht verwendet werden, da Chametz, das in das Ge-

schirr absorbiert wurde, während des Kochens in die Pessachspeisen übergeht und sie so zu Chametz macht. Auch wenn die absorbierte und ausgeschiedenen Mengen an Chametz minimal sind, gilt das Gesetz, dass jegliches Chametz an Pessach und jedes Lebensmittel, in das auch nur die geringste Menge an Chametz gelangt ist, verboten ist.

Wenn man sein alltägliches Geschirr benutzen muss und nicht die Möglichkeit hat, Geschirr für Pessach zu kaufen, kann man es für Pessach koscher machen („kaschern“). Dabei gibt es die Grundregel: „Wie es absorbiert wird, so wird es ausgeschieden“, was bedeutet, dass das Chametz auf die gleiche Weise aus dem Geschirr entfernt werden muss, wie es aufgenommen wurde. Die Einzelheiten dieser Gesetze sind zahlreich und kompliziert: Einige Geräte müssen im Feuer auf eine hohe Temperatur erhitzt werden, um koscher zu werden. Andere müssen in kochendes Wasser getaucht werden, was für Geräte wichtig ist, die Chametz in Flüssigkeiten (durch Kochen) aufgenommen haben. Manchmal, wie bei Arbeitsflächen, genügt es, sie mit kochendem Wasser zu übergießen. Andere Geräte wie Töpferwaren, Keramik oder Porzellan können für Pessach nicht koscher gemacht werden. Aufgrund der Vielzahl und Komplexität dieser Gesetze ist es ratsam, einen Rabbiner zu fragen, wie mit den verschiedenen Arten von Geschirr umzugehen ist. Auch Öfen, Herde, Spülbecken und Arbeitsflächen, auf denen Speisen zubereitet werden, müssen für Pessach koscher gemacht werden. In jedem Fall sollte ein Rabbiner befragt werden, wie dies zu geschehen hat.

## Die Seder-Schüssel

Am Sederabend legen wir viele besondere Speisen, die an die historischen Ereignisse des Pessachfestes erinnern sollen, auf einen speziellen Teller, die Seder-Schüssel. Dazu gehören die Matzen, die an das ungesäuerte Brot erinnern, das unsere Vorfahren beim Auszug aus Ägypten aßen, das Maror (Bitterkräuter, z.B. Meerrettich), die an die harte Arbeit erinnern, die unsere Vorfahren in der ägyptischen Sklaverei verrichten mussten, die Zeroa (Schenkel), ein Knochen mit wenig Fleisch daran, auf Kohlen gebraten, der das Pessachopfer symbolisiert, das zuerst in Ägypten und später im Tempel in Jerusalem dargebracht wurde, das Charoset (ein Mus aus Äpfeln, Nüssen und Zimt, mit Wein angerührt), das an den Lehm erinnert, den unsere Vorfahren in Ägypten herstellten, das Beitza (gekochtes Ei in der Schale gebraten), das das Chagiga (Festopfer) symbolisiert, das ebenfalls im Tempel dargebracht wurde, und das Karpas, das aus verschiedenen Gemüsesorten bestehen kann, wie Petersilie oder Radieschen. Die Reihenfolge, in der diese Speisen auf der Schüssel angeordnet und verzehrt werden, ist in jeder Pessach-Haggada festgelegt.

## Die Matze

Das Essen von Matze am ersten Abend des Pessachfestes ist ein Gebot der Tora, denn es heißt: „Am Abend des vierzehnten Tags sollt ihr ungesäuerte Brote essen“ (Ex. 12:18). Die Mindestmenge, die während des Seders gegessen werden muss, heißt „Kezait“ (wörtlich: „wie eine Olive“). Das ist ein Volumenmaß, etwa 29 Kubikzentimeter, was ungefähr 15 Gramm ent-

spricht. Bei maschinell hergestellten Matzen entspricht dies etwa  $\frac{2}{3}$  einer Matze. An den anderen Tagen des Pessachfestes gibt es keine Verpflichtung, Matzen zu essen. Die Matze muss aus einer der fünf Getreidesorten hergestellt werden, aus denen Chametz hergestellt werden kann. Der vorherrschende Brauch ist die Verwendung von Weizen. Am Vorabend des Pessachfestes ist es ab der zehnten Stunde des Tages (ca. 16 Uhr) verboten, Matze zu essen, damit sie beim Seder mit gutem Appetit verzehrt werden kann. In der Praxis verzichten viele auf das Matzenessen ab Beginn des Monats Nissan, damit die Matze am Sederabend etwas Besonderes ist.

### Bewachte Matze

Alle Matzen, die zu Pessach gebacken werden, werden aus Mehl hergestellt, das bewacht wurde. Der Vers „Und ihr sollt die ungesäuerten Brote hüten“ (Ex. 12:17) bedeutet nach rabbinischer Auffassung, dass die Matzen bewacht werden müssen, um sicherzustellen, dass der Teig nicht durchsäuert und zu Chametz wird. Die meisten halachischen Autoritäten sind der Meinung, dass die Überwachung mit dem Mahlen des Weizens zu Mehl beginnt und nach dem Backen endet. Matzen, die auf diese Weise hergestellt werden, erfüllen das Pessachgebot, und dies ist die gängige Praxis. Alle Matzen, die für Pessach kosher sind, werden aus „bewachtem“ Mehl gebacken. Es gibt jedoch auch diejenigen, die meine, dass die in der Pessachnacht gegessenen Matze noch länger gehütet werden muss, nämlich von der Zeit der Weizernte auf dem Feld bis zum Backen. Diese Art von Matze wird heute Matza Schmura genannt.

### Maschinengefertigte und handgemachte Matze

Im Laufe der Geschichte wurden Matze von Hand gebacken, wobei der Teig zuerst geknetet und dann gebacken wurde. Vor etwa 150 Jahren wurde eine Maschine zur Herstellung von Matze erfunden. Die Rabbiner waren damals geteilter Meinung über die maschinell hergestellten Matzen: Die einen erlaubten sie, die anderen verboten sie. Diejenigen, die maschinell hergestellte Matzen verboten, befürchteten unter anderem, dass sich Teigkrümel zwischen den vielen kleinen Teilen der Maschine verfangen könnten und dass dieser Teig, wenn er länger als 18 Minuten unangetastet bleibt, zu Chametz wird. Diese Krümel würden sich dann mit den gebackenen Matzen vermischen.

Die Mehrheit der rabbinischen Autoritäten erlaubte jedoch die maschinelle Herstellung von Matzen und diese Entscheidung wurde allgemein akzeptiert, unter der Bedingung, dass die Maschine während des Backvorgangs immer sauber gehalten wird. Eine Möglichkeit, dies zu gewährleisten, besteht darin, die Maschine alle 18 Minuten mit einem Ventilator zu reinigen, der alle Teigkrümel aus den Ritzen bläst. Eine andere Möglichkeit besteht darin, die Produktion anzuhalten, die Maschine auszubauen und gründlich zu reinigen. Obwohl der Verzehr von maschinell hergestellten Matzen problemlos ist, versuchen viele Menschen immer noch, nur handgemachte Matzen zu essen, insbesondere die Matzen am Seder-Abend.

### Die Haggada

Ein weiteres Gebot ist es, die Geschichte des Auszugs aus Ägypten in der Pessachnacht zu erzählen. Je mehr



Pessach-Haggada von Jakob Michael May Segal 1731 Frankfurt am Main

man die Erzählung ausschmückt, die große Güte, die Gott uns erwiesen hat, indem er uns vor den Ägyptern gerettet und sich an ihnen gerächt hat, die Zeichen und Wunder, die Gott zu dieser Zeit für uns getan hat, desto lobenswerter ist es. Der Kern des Gebots besteht darin, es den Kindern zu erzählen, wie es heißt: „Und du sollst deinem Kind an jenem Tag sagen: Es ist wegen dem, was der Ewige für mich getan hat, als ich aus Ägypten zog“ (Ex. 13:8). Auch wer kinderlos ist, wird von der Tora aufgefordert, sich in der Pessachnacht an den Auszug zu erinnern, wie es heißt: „Gedenkt dieses Tages, an dem ihr aus Ägypten, aus dem Sklavenhaus, ausgezogen seid, denn der Ewige hat euch von dort herausgeführt mit starker Hand“ (Ex. 13:3). Die Haggada dient genau diesem Zweck, indem sie die Geschichte des Exodus mit Interpretationen und Details ausschmückt. Haggadot in verschiedenen Sprachen für verschiedene Altersgruppen finden Sie unter [ogy.de/haggada](http://ogy.de/haggada)

### Afikoman

Als der Tempel noch stand, wurde das Pessachopfer am Ende der Mahlzeit des Sederabends gegessen. Seit der Zerstörung des Tempels gibt es kein Opfer mehr, und so essen wir am Ende des Seders eine Matze, um uns an das Pessachopfer zu erinnern. Diese letzte Matze heißt Afikoman. Nach dem Verzehr des Afikoman darf bis zum Morgen nichts mehr gegessen oder getrunken werden, so wie es zur Zeit des Tempels nach dem Verzehr des Opfers üblich war. Auf diese Weise bleibt der Geschmack der Matze erhalten. Das Trinkverbot umfasst Wein und alle anderen Getränke, auch alkoholfrei. Wasser ist erlaubt, da es den Geschmack der Matze nicht aufhebt, und einige Autoritäten erlauben auch Tee oder Kaffee, wenn dies notwendig ist, um bis zum Ende der Haggada wach und aufmerksam zu bleiben. Manche bleiben auch die ganze Nacht auf, um das Hohelied zu rezitieren und die Pessachgesetze zu studieren.

### Die vier Becher Wein

Unsere Weisen haben verfügt, dass jeder Teilnehmer am Seder vier Becher Wein trinken muss. Auch die Kinder bekommen vier Becher Wein und werden aufgefordert, so viel wie möglich davon zu trinken. Kinder können jedoch statt Wein auch Traubensaft bekommen, um diese Pflicht zu erfüllen. Die vier Becher müssen in der Reihenfolge getrunken werden, die in der Haggada angegeben ist: Der erste Becher wird beim Kiddusch getrunken, der zweite nach dem Segenspruch beim Rezitieren der Haggada, der dritte nach dem Tischgebet und der vierte nach dem Hallel-Gebet.

Jeder sollte sich bemühen, dieses Gebot zu erfüllen. Auch diejenigen, die keinen Wein mögen oder denen es schwerfällt, Wein zu trinken, sollten sich bemühen, die vorgeschriebenen vier Becher zu trinken. In Ausnahmefällen, wie bei Schwangeren und Kranken, kann der Wein durch Traubensaft ersetzt werden, um das Gebot zu erfüllen. Die Mindestmenge für jeden Becher ist ein Flüssigkeitsmaß namens reviit, das 86 Kubikzentimetern oder was 86 Gramm entspricht. Im Idealfall sollte jedes Mal der ganze Becher ausgetrunken werden. Wenn dies jedoch schwierig ist, sollte zu jedem der vier angegebenen Zeitpunkte etwas mehr als die Hälfte des Bechers getrunken werden. Wenn der vierte Becher Wein eingeschenkt wird, ist es Brauch, einen weiteren Becher zu füllen und auf den Tisch zu stellen. Dieser Becher wird „Becher des Propheten Elijah“ genannt und weist auf die zukünftige Erlösung Israels hin, deren Vorbote Elijah sein wird. Dieser Becher wird nicht getrunken.

### Das Bitterkraut Maror

Laut Tora müssen wir in der ersten Nacht Matzen und bittere Kräuter (Maror) zusammen mit dem Pessachopfer essen: „mit ungesäuerten Broten und bitteren Kräutern soll man es essen“ (Num. 9:11). Da wir heute wegen der Zerstörung des

Tempels nicht in der Lage sind, das Passachopfer darzubringen, ist das Gebot, Maror zu essen, rabbinischen Ursprungs. Wir tauchen das Maror in das Charoset, um seine Bitterkeit auszugleichen, denn das Maror symbolisiert die bittere Knechtschaft. Als Maror wird Lattich oder Meerrettich verwendet. Nachdem man das Bitterkraut gegessen hat, isst man es noch einmal, diesmal zusammen mit Matza, um sich an die Meinung von Hillel dem Älteren zu erinnern. Nach Hillel dem Älteren wurde das Gebot zur Zeit des Tempels erfüllt, indem Matza und Maror zusammen gegessen wurden. Andere Gelehrte sind der Meinung, dass Matza und Maror getrennt gegessen werden sollten. Da in dieser Frage keine endgültige Entscheidung getroffen wurde, folgen wir beiden Praktiken.

### Das Lehnen

Das Essen von Matze und das Trinken aus den vier Bechern soll lehrend auf einem Sofa oder einem Sessel erfolgen, auf den nach königlicher Art Kissen gelegt werden. Man lehnt sich auf die linke Seite, wobei der Kopf und der größte Teil des Körpers zur Seite geneigt sind. Es genügt nicht, nur den Kopf zur Seite zu neigen. So wie die vornehmen Römer und Griechen ihre Mahlzeiten im Liegen einnahmen, so versuchen wir es ihnen gleichzutun, um uns als freie Menschen und nicht als Sklaven zu fühlen. Im Laufe der Zeit ging diese Sitte verloren, da die Menschen ihre Mahlzeiten im Sitzen und nicht im Liegen einnahmen. Ein Sederabend in der Art eines Symposiums ist ein seltenes Erlebnis.

Das Pessachfest ist ein Fest der Freiheit. Trotz all der Drangsal durch die Ägypter, Assyrer, Babylonier, Perser, Griechen, Römer, Christen, Muslime, Nazis und Sowjets haben wir die Hoffnung nie aufgegeben, eines Tages als freie Menschen auf die dunkelsten Kapitel der Menschheitsgeschichte zurückzublicken und Gott für die Erlösung zu danken.

# Israelischer Ex-Elitesoldat gründet Modelabel: Einnahmen gehen an Krebshilfe

Nach einer Verwundung im Einsatz als Armee-Offizier startete Sahar Cohen das ungewöhnliche Modegeschäft „Tiki“. Cohen bringt in seinem Unternehmen Krebspatienten mit Designern zusammen, ein großer Teil des Verkaufserlöses geht an die Krebsforschung und an gemeinnützige Einrichtungen in Israel. (JR)

Von Jürgen Th. Müller

Auf den ersten Blick ist „Tiki“ ein normales, kleines Modegeschäft in einem Tel Aviver Einkaufszentrum. Aber „Tiki“ ist alles andere als normal. Der Gründer und Besitzer, Sahar Cohen, nutzt seine Modemarke, um damit Krebspatienten zu helfen. In seiner Familie und in seinem Bekanntenkreis hat die Krankheit mehrere Opfer gefordert, berichtet er: „Ich habe eine lange Geschichte mit Krebs. Meine Mutter ist an Krebs gestorben. Mein Bruder ist zweimal an Krebs erkrankt und wurde zweimal geheilt. Meine Tante ist auch an Krebs gestorben. Alle diese Erfahrungen mit dieser elenden Krankheit haben mich dazu gebracht, dass ich etwas geben wollte. Ich wollte etwas tun, um mich selbst zu heilen, etwas für meine Seele und meine Psyche, ich wollte Gutes tun.“

## Neue Aufgabe für ehemaligen Elitekämpfer

Vor vier Jahren hat der heute 27-Jährige das Modelabel „Tiki“ gegründet. Er war zuvor Offizier in einer Elite-Kampfereinheit der Armee, anschließend gehörte er zur Yamam. Das ist die Spezialeinheit der Grenzpolizei mit dem Einsatzschwerpunkt Antiterrorkampf. Als er verwundet wurde, musste er den Dienst aufgeben. Zusammen mit seiner Freundin wandte er sich einem Arbeitsfeld zu, von



Der ehemalige Elitesoldat Sahar Cohen engagiert sich mit seinem Modelabel „Tiki“ für Krebskranke.

dem er keine Ahnung hatte, wie er selbst sagt: Der Elitekämpfer kreierte und verkaufte modische Kleidung.

Keine Waffen mehr, keine Uniform. In seinem Geschäft bietet er modische Mützen und bunte Sweatshirts an. Das war gewöhnungsbedürftig: „Ich wusste gar nicht, was ich da tue. Ich war ja Armee-Offizier, und mir war wirklich nicht klar,

wie man so etwas macht. Aber in kleinen Schritten, einen nach dem anderen, ist es mir gelungen, diese Modemarke aufzubauen. Was bei uns besonders ist: Wir spenden Geld. Wir haben schon über 250.000 Schekel an gemeinnützige Einrichtungen gegeben, die Krebspatienten helfen und Forschung betreiben.“

Aber damit nicht genug: Sahar bindet

Krebspatienten aktiv in die Gestaltung seiner Kleidungsstücke ein: „Wir bringen Krebspatienten zusammen mit Designern, die für uns arbeiten. Das heißt: Alle unsere Produkte sind gestaltet oder inspiriert durch die wahren Geschichten von Krebspatienten.“

Die Nutzung sozialer Medien ist sehr wichtig für die kleine Firma. Mit dem Slogan „Eine Marke für gute Leute“ wirbt sie um Aufmerksamkeit. Sahars Traum: Er will Tiki zu einer internationalen Marke ausbauen, die in verschiedenen Ländern Mode anbietet und Krebspatienten unterstützt.

## Immer wieder Leid und Tod

Doch wer mit Krebs zu tun hat, wird immer wieder mit Leid und Tod konfrontiert. Mit Tränen in den Augen erzählt der junge Unternehmer: „Vor einigen Monaten habe ich ein Gestaltungsprojekt mit meinem Freund Bar begonnen. Bar war ein enger Freund von mir. Er war in der Internatsschule mein Zimmergenosse. Seit mehr als zehn Jahren waren wir Freunde. Einen Monat, nachdem wir diese Gestaltung abgeschlossen hatten, starb Bar an Krebs.“

Letztlich habe ihn der Tod seines Freundes motiviert, sich noch mehr und noch intensiver für Krebskranke einzusetzen. Laut Sahar ist „Tiki“ eine Geschichte darüber, an Krisen zu wachsen und im Schmerz Gutes zu tun.

# Immer mehr Israelis wollen sich bewaffnen – zur eigenen Sicherheit

Besonders in den letzten Monaten wird Israel wieder von einer arabischen Terrorwelle überrollt. Seither hat die Nachfrage nach Waffen-Lizenzen deutlich zugenommen. Colonel Sharon Gat bildet in seiner Antiterror-Akademie „Caliber 3“ in Gush Etzion Profis und Zivilisten aus. Hier lehrt er nicht nur den Umgang mit Waffen, sondern auch Selbstverteidigung.

Sein Motto heißt: Ein gesetzestreuer Zivilist, der weiß was er tut und eine Waffe trägt, kann Leben retten. (JR)

Von Jürgen Th. Müller

Jeder nennt ihn nur den Colonel. Sharon Gat war Kommandeur einer Elite-Einheit der israelischen Armee, hat in vier Kriegen gekämpft und 20.000 Soldaten befehligt. Er ist der Gründer und Leiter von „Caliber 3“, der größten Akademie für Terrorismusbekämpfung, Sicherheit und Verteidigung in Israel. Auf seinem Gelände in Gush Etzion üben Spezialkräfte von Armee und Polizei, aber auch Zivilisten.

Einer von ihnen ist Ben Goldstein. Der Familienvater steht mit gezogener Pistole zwischen Wänden, die ein Haus simulieren. Im Innern des verwinkelten Gebäudes sind lebensgroße Fotos von bewaffneten Terroristen und ihren Geiseln aufgestellt. Ben weiß nicht, was ihn wo erwartet. Aber er muss in Sekundenbruchteilen entscheiden, ob er die Waffe abfeuert.

## „Du musst deine Familie retten“

Der Colonel steht dicht hinter ihm und gibt letzte Anweisungen: „Du zielst immer in Richtung der Räume und drehst dich niemals zu mir um. Der Finger bleibt

außerhalb des Abzugs. Nur wenn du einen Terroristen siehst, kommt der Finger rein und du schießt. Okay? Wenn ich sage, der ist erledigt, dann ist er auch erledigt und du kannst zum nächsten gehen. Deine Familie ist jetzt da drin. Du musst sie retten! Denk daran: Jede Kugel muss genau sitzen.“

Dann geht es los. Geübt wird mit scharfer Munition. Ben erledigt in weniger als zwei Minuten alle Terroristen und verschont die Geiseln. Das bringt ihm Lob vom Colonel ein: Der 46-Jährige hat die Stress-Situation gut bewältigt und sich an die Regeln gehalten.

Für ihn als Zivilist war das Training in der modernen militärischen Anlage ein besonderes Erlebnis: „Es war einfach unglaublich! Es ist das erste Mal, dass ich eine 360-Grad-Schießanlage erlebt habe. Deshalb bin ich zu „Caliber 3“ gekommen. Es ist der einzige Ort der Welt, an dem so etwas angeboten wird. Als Zivilist hier zu schießen, mit meiner eigenen Pistole, ist eine Erfahrung wie keine andere. Ich habe Gänsehaut!“

Das Training in der Anlage wird von verschiedenen Kameras aufgezeichnet. Die Wände des Übungshauses beste-

hen aus einem Spezialmaterial, das die Kugeln auffängt.

## Große Nachfrage nach Waffen-Lizenzen

Seit einigen Monaten wird Israel von einer Terrorwelle überrollt. Seither hat die Nachfrage nach Waffen-Lizenzen deutlich zugenommen, von Männern und Frauen. Colonel Gat sieht das positiv: „Zivilisten sind auf den Straßen unterwegs, sie gehen zur Arbeit, sie halten sich in Einkaufszentren auf, an Bushaltestellen und in Bahnhöfen. Wenn es an einem dieser Orte plötzlich zu einem Angriff kommt, und es ist gerade keine Polizei in dieser Gegend, dann kann ein Zivilist, der weiß was er tut und eine Waffe trägt, Leben retten. Das ist bewiesen. So wurden schon sehr viele Leben in Israel gerettet.“

## „Wir beschützen die Schwachen“

Die Akademie vermittelt Israelis auch, wie sie sich bei Terrorangriffen verhalten sollen. Einer der Ausbilder ist Hananya Young. Er erklärt, dass die Sicherheitskräfte jeden in Israel schützen, egal welcher Nationalität oder Religion derjenige angehört. Young steht im Kampfanzug

vor einer weiß-blauen Fahne mit dem Davidsstern und berichtet einer Besuchergruppe, warum er selbst Soldat geworden ist: „Das hier ist der Grund: Diese Flagge und wofür sie steht. Vor 70 Jahren hatten wir niemanden, der sich vor uns gestellt und uns beschützt hat. Wir haben ein Versprechen abgegeben: Wir sind die, die sich vor dich stellen. Wir rennen vor, um die Schwachen zu beschützen.“

„Caliber 3“ lehrt nicht nur den Umgang mit Waffen, sondern auch Selbstverteidigung mit einer speziellen Technik: Krav Maga. Mit gezielten Schlägen und Tritten können Angreifer zu Fall gebracht und unschädlich gemacht werden. Colonel Gat schärft den Schülern ein, niemals aufzugeben: „Es kann zu einer Situation kommen, in der du auf den Rücken fällst. Wenn das passiert, musst du weiter kämpfen. Also kämpfst du mit deinen Beinen und bewegst dich, bis du an deine Waffe kommst und schießen kannst.“

Es geht letztlich darum, zu überleben. Der Colonel will durch seine Lehrgänge Leben retten – das Leben von Unschuldigen, die bedroht werden. Israelis dürfen nicht mehr einfache Opfer sein. Das habe ihn die Geschichte gelehrt.